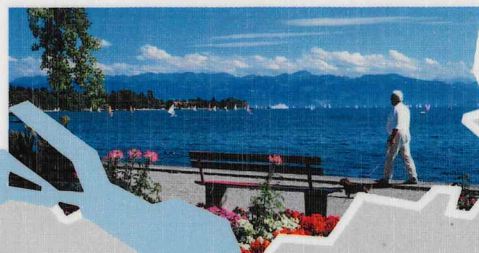
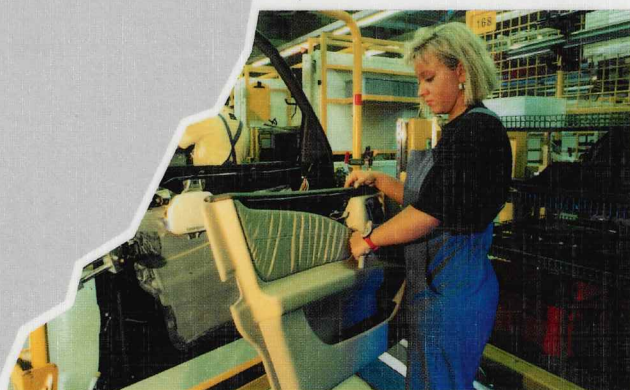


2000 Baden-Württemberg

Der NEUE ATLAS für das ganze Land

16 Kapitel ✓
100 Karten ✓
Satellitenfotos ✓
90 Grafiken ✓
Regional-Ranking ✓



Baden-Württemberg

Der NEUE ATLAS für das ganze Land

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 1999

ISBN 3-923292-96-1

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Postfach 10 60 30
70049 Stuttgart

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart

E-Mail: poststelle@stala.bwl.de
Telefon: (0711) 6 41-28 66
Fax: (0711) 6 41-21 30 oder 24 40
Internet: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Artikel-Nr. 8051 99001

Preis: 49,- DM (25,- EURO) zuzüglich Versandkosten

Grundlage für die thematischen Karten:	RegioGraph/Macon GmbH
Sonderkarten (Landschaft, Geologie, Klima):	Westermann-Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig
Satellitenbildausschnitt (Stuttgart):	© Dornier Satellitensysteme GmbH, 1998 Original Data © ESA/CNES, 1998, distributed by Eurimage/Spotimage
Satellitenbild Baden-Württemberg:	Institut für Navigation der Universität Stuttgart

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 1999

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Projektleitung:	Manfred Deckarm
Konzeption:	Manfred Deckarm, Jutta Demel, Wolfgang Walla
Texte:	Werner Brachat-Schwarz, Manfred Deckarm, Dr. Berthold Fischer, Reinhard Güll, Christina Hackl, Steffi Krenzke, Harald Pfitzer, Christiane Seidel, Walter Stenius, Wolfgang Walla (alle Statistisches Landesamt Baden-Württemberg) Hans-Georg Klaedtke (Institut für Navigation der Universität Stuttgart)
Karten:	Jutta Demel, Uwe Tronsberg
Grafik:	Thomas Hoffmann, Gabriele Vogel, Wolfgang Schumacher
Datenaufbereitung und -prüfung:	Walter Weltin, Peter Eichfuss
Foto-Recherche:	Bernd Schleh
Umschlaggestaltung:	Wolfgang Schumacher, Martin Ratering
Redaktion:	Jürgen Manzke
Druck-/Reprovorlage:	Willi Engel, Ute Peust, Birgit Krämer
Druck:	W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart



Grußwort

Bei der täglichen Flut von Nachrichten fällt es zunehmend schwerer, sich gezielt einen Überblick über wichtige Zahlen, Daten und Fakten zu verschaffen und sie rasch und zuverlässig für bevorstehende Entscheidungen aufzubereiten. Wem das jedoch nicht gelingt, der gerät in unserer modernen Arbeitswelt mit ihren immer kürzeren Informations- und Kommunikationswegen leicht ins Straucheln.

Der erstmals vom Statistischen Landesamt herausgegebene Atlas "Baden-Württemberg 2000" stellt eine unverzichtbare Orientierungshilfe dar, in diesem Nachrichtendickicht zurechtzukommen. Er bietet all denen eine wertvolle Informationsquelle, die auf der Suche sind nach verlässlichen und detaillierten Aussagen über unser Land und seine Regionen. Aktuell und übersichtlich bietet dieser Atlas in seinen 16 Kapiteln nicht nur Karten und Grafiken, sondern auch Zahlenmaterial und allgemeinverständliche Texte, die den jeweiligen Sachverhalt auf den Punkt bringen.

Ich bin mir sicher, daß der neue Atlas "Baden-Württemberg 2000" sich rasch als eine Art "Kompass" auf dem Markt der Nachschlagewerke etablieren wird. Allen, die daran mitgearbeitet haben, danke ich herzlich für dieses gelungene Werk.

A handwritten signature in blue ink, reading "Erwin Teufel". The signature is written in a cursive, flowing style.

Erwin Teufel

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg



Vorwort

Mit diesem Atlas "Baden-Württemberg 2000" stellt das Statistische Landesamt der gesamten Öffentlichkeit, der Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und jedem an unserem Land Interessierten, eine neuartige Informationsquelle vor. 1 111 Gemeinden, 44 Stadt- und Landkreise, 12 Regionen – allein diese Aufzählung zeigt, daß es reizvoll ist, sich ein aktuelles, objektives Bild über unser Land und seine vielen Teilräume zu verschaffen.

Ich bin überzeugt davon, daß sich die Leserinnen und Leser durch die Kombination von

- anschaulichen Grafiken
- Kreis- und Gemeinde-Rankings
- kurzen, prägnanten Texten
- Vergleichszahlen für Baden-Württemberg und Deutschland sowie den
- zahlreichen thematischen Karten auf Gemeinde-, Kreis- oder Regionsebene

schnell ein "richtiges" Bild von den Verhältnissen in unserem Land machen können.

Ziel war es, die Lebens-, Wirtschafts- und Umweltverhältnisse anhand vorliegender Daten wissenschaftlich korrekt, aber auch möglichst allgemeinverständlich darzustellen. Dabei konnte primär auf die eigenen Erhebungen (Bundes- und Landesstatistik) zurückgegriffen werden. Ergänzend wurden Daten anderer Institutionen (zum Beispiel Landesarbeitsamt, Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Kraftfahrt-Bundesamt, Verbände) ausgewertet.

Die Karten zur Landschaft, zur Geologie und zum Klima wurden vom Westermann-Schulbuchverlag zur Verfügung gestellt. Diese Übersichtskarten und die Satellitenaufnahmen der Fa. Dornier mit Erläuterungen des Instituts für Navigation der Universität Stuttgart ergänzen meines Erachtens die statistischen Informationen in hervorragender Weise um wesentliche, landeskundliche Grundlagen. Die Fotos, die von verschiedenen Unternehmen und Institutionen bereitgestellt wurden, illustrieren exemplarisch einige Aspekte der angesprochenen Themen.

Mein persönlicher Dank gilt allen, die an der Erstellung dieser Publikation mitgewirkt haben. Besonders danken möchte ich den externen Datenlieferanten und den Werbepartnern, die die Herausgabe dieses modernen Informations-Atlanten in dieser Form erst ermöglicht haben.

Stuttgart, im November 1999

Dr. Eberhard Leibing

Präsident des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Baden-Württemberg 2000
Der NEUE ATLAS für das ganze Land

	Seite
Grußwort	3
Vorwort	5
Kapitel 1 Landschaft, Geologie, Klima und Verwaltung	15
• Satellitenaufnahmen	16
• Landschaften	18
• Geologie	20
• Klima	22
• Verwaltungsgliederung	24
Kapitel 2 Gebiet und Bevölkerung	27
• Definitionen	28
• Siedlungs- und Verkehrsfläche	30
• Bevölkerungsdichte	32
• Bevölkerungsentwicklung	34
• Altersstruktur	36
• Ausländer	38
• Geburten und Sterbefälle	40
• Wanderungen	42
• Privathaushalte	44
• Konfession	46
Kapitel 3 Bauen und Wohnen	49
• Definitionen	50
• Wohnungsversorgung	52
• Künftiger Wohnungsbedarf	54
• Gebäudestruktur	56
• Baulandpreise	58

Kapitel 4 **Wahlen** **61**

- Definitionen 63
- Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen 64
- Zweitstimmen bei Bundestagswahlen: CDU, SPD, FDP/DVP 66
- Zweitstimmen bei Bundestagswahlen: GRÜNE, REPUBLIKANER, Sonstige 68
- Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen 70
- Stimmen bei Landtagswahlen: CDU, SPD, FDP/DVP 72
- Stimmen bei Landtagswahlen: GRÜNE, REPUBLIKANER, Sonstige 74

Kapitel 5 **Beschäftigung und Arbeitsmarkt** **77**

- Definitionen 78
- Beschäftigungsentwicklung 80
- Branchenstruktur 82
- Frauenbeschäftigung 84
- Arbeitslosigkeit 86

Kapitel 6 **Landwirtschaft** **89**

- Definitionen 90
- Ertragsmeßzahlen der Böden 92
- Betriebe und Betriebsgrößen 94
- Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe 96
- Flächennutzung 98
- Nutztierhaltung 100

Kapitel 7 **Bergbau, Energie und Wassergewinnung** **103**

- Definitionen 105
- Bergbaubetriebe 106
- Beschäftigung: Bergbau, Steine und Erden 108
- Gasversorgung 110
- Wassergewinnung 112

Kapitel 8	
Produzierendes Gewerbe	115
▪ Definitionen	116
▪ Industriestandorte	118
• Branchenstruktur im Verarbeitenden Gewerbe	120
• Löhne und Gehälter	122
• Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes	124
• Bauhauptgewerbe	126
Kapitel 9	
Handel, Tourismus und sonstige Dienstleistungen	129
• Definitionen	131
• Großhandel	134
• Einzelhandel	136
• Prädikatisierte Gemeinden	138
• Tourismusintensität	140
• Beherbergungsgewerbe	142
• Ausländische Gäste	144
• Kredit- und Versicherungsgewerbe	146
• Unternehmensorientierte Dienstleistungen	148
Kapitel 10	
Wirtschaftskraft und Kaufkraft	151
• Definitionen	153
• Entwicklung der Bruttowertschöpfung	154
• Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen	156
• Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	158
• Kaufkraft	160
Kapitel 11	
Kommunalfinanzen	163
• Definitionen	165
• Gewerbesteuerhebesatz	166
• Schulden	168
• Steueraufkommen	170

Kapitel 12	
Verkehr	173
• Definitionen	175
• Verkehrsinfrastruktur	176
• Pkw-Dichte	178
• Unfälle im Straßenverkehr	180
Kapitel 13	
Bildung und Kultur	183
• Definitionen	185
• Hochschulstandorte	188
• Übergänge auf weiterführende Schulen	190
• Schüler an beruflichen Schulen	192
• Medienangebot in Bibliotheken	194
• Theater und Orchester	196
Kapitel 14	
Gesundheitswesen und Soziales	199
• Definitionen	200
• Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen	202
• Ärzte, Zahnärzte und Apotheken	204
• Sozialhilfe	206
• Wohngeld	208
• Altenhilfe	210
Kapitel 15	
Umwelt	213
• Definitionen	215
• Abfallentsorgung	218
• Abfallaufkommen	220
• Qualität des gewonnenen Wassers	222
• Trinkwasserqualität	224
• Wasserverbrauch	226
• Trink- und Abwasserpreise	228
• SO ₂ -Emissionen	230
• NO _x -Emissionen	232
• Natur- und Landschaftsschutz	234

Kapitel 16**Die größten ... , die kleinsten ... (Ranking) 237**

- Stadt- und Landkreise, sortiert nach der Einwohnerzahl 238
- Stadt- und Landkreise, sortiert nach der Fläche 239
- Die größten Städte und Gemeinden (Einwohnerzahl) 240
- Die kleinsten Städte und Gemeinden (Einwohnerzahl) 241
- Die größten Städte und Gemeinden (Fläche) 242
- Die kleinsten Städte und Gemeinden (Fläche) 243
- Die Städte und Gemeinden mit dem höchsten Waldanteil 244
- Die Städte und Gemeinden mit der größten Rebfläche 245

Anhang 1 247

- Gemeindekarte mit Namensliste: Regierungsbezirk Stuttgart 248
- Gemeindekarte mit Namensliste: Regierungsbezirk Karlsruhe 256
- Gemeindekarte mit Namensliste: Regierungsbezirk Freiburg 262
- Gemeindekarte mit Namensliste: Regierungsbezirk Tübingen 270

Anhang 2 277

- Informationsstellen in Baden-Württemberg – eine Auswahl 279

Kapitel 1

Landschaft, Geologie, Klima und Verwaltung

Landschaftsbild auf der Schwäbischen Alb

Die Schwäbische Alb beginnt als Fortsetzung des schweizerischen Tafeljuras am Hochrhein und reicht im Nordosten bis zum Ries. Sie erstreckt sich über eine Länge von 220 km und erreicht eine Breite von etwa 40 km. Liegt die Albhochfläche im Südwesten noch bei etwa 1000 m, so liegen die Höhen im Nordosten bei etwa 700 m.

Foto: Tourismus-Verband Baden-Württemberg e.V.

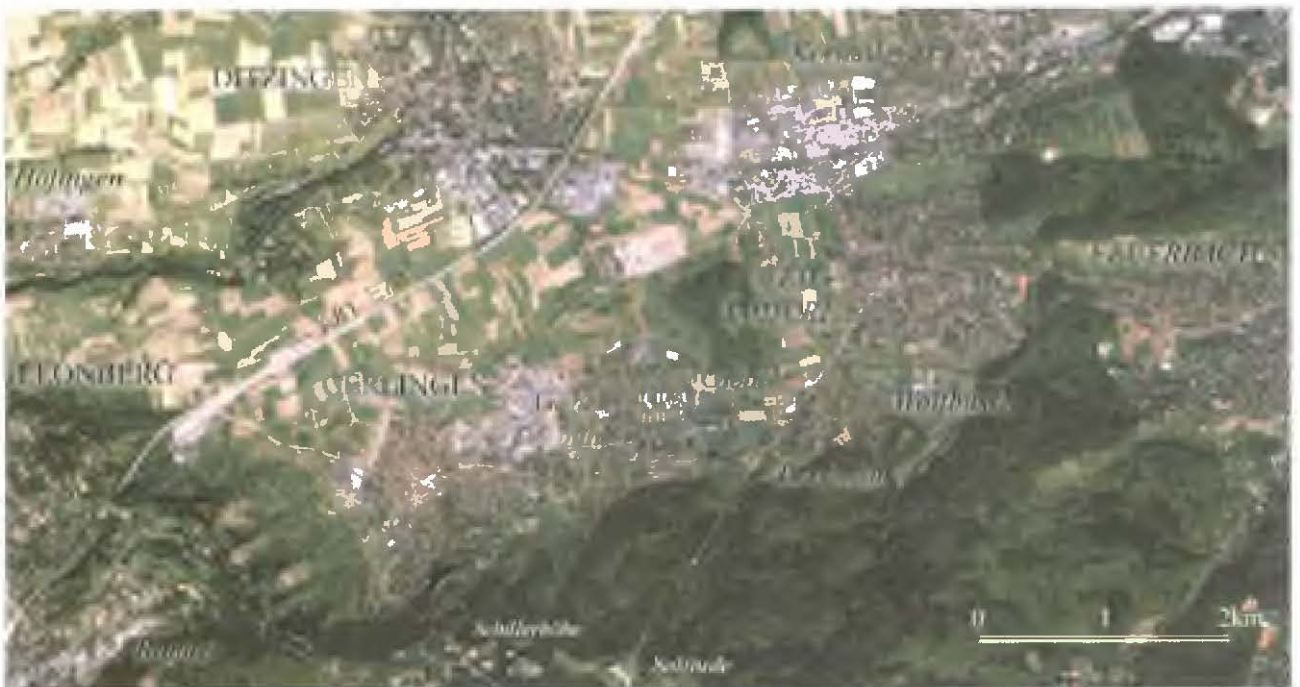


***Der Mensch muß sich über die Erde erheben,
nur dann wird er die Welt, in der er lebt, verstehen.*** (Sokrates, um 450 v.Chr.)

Mit der Erfindung der Photographie im 19. Jahrhundert und der raschen Entwicklung der Luftfahrt war die Möglichkeit gegeben, unsere Welt aus der Vogelperspektive abzubilden. Am 12. April 1961 blickte der sowjetische Kosmonaut Juri Gagarin als erster Mensch aus seiner Raumkapsel Wostok I auf die Erde. Nun entwickelte sich der Einsatz der Satellitentechnik in der Telekommunikation und Erdbeobachtung rasant. Der großräumige Überblick über unseren Lebensraum brachte auch Wissenschaften wie der Geographie, Geologie und Meteorologie neue Erkenntnisse. 1972 startete die amerikanische Raumfahrtorganisation NASA den ersten Erdbeobachtungssatelliten Landsat. Viele andere Satelliten mit immer höherem räumlichen und spektralen Auflösungsvermögen folgten. Heute werden Satelliten kommerziell und von der Industrie intensiv genutzt, zum Beispiel für Zwecke der Wettervorhersagen und der Erdvermessung. Auch der Statistik ermöglichen Satelliten eine objektive Darstellung der Landnutzungsformen auf unserer Erde.

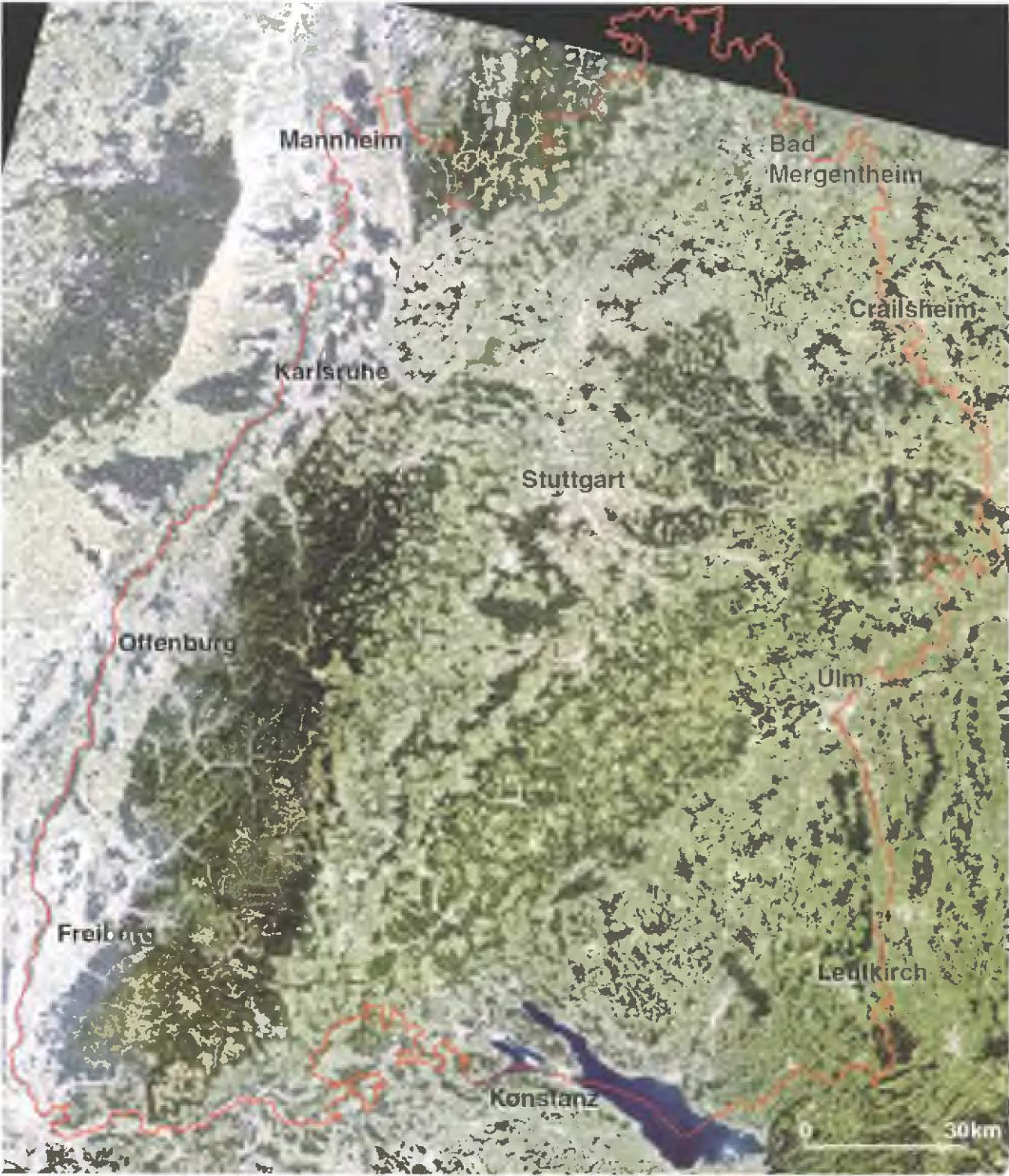
Das Bild rechts wurde mit dem Landsat-5-Satelliten aufgenommen. Er umkreist die Erde in einer Höhe von 705 km. Das an Bord installierte Aufnahmesystem registriert über eine Breite von 185 km punktwise das von der Erdoberfläche reflektierte Sonnenlicht. Es wird in sieben Bereiche des elektromagnetischen Spektrums zerlegt, codiert, zur nächsten Bodenstation gefunkt und dort wieder zu Bildern zusammengesetzt. Jeder Bildpunkt entspricht am Boden einer Fläche von 30 m x 30 m. Die Flugbahn des Satelliten ist so ausgelegt, daß nach 16 Tagen die gesamte Erdoberfläche aufgenommen wird. Für die Darstellung des Landes wurde ein Mosaik aus Einzelszenen zweier Flugbahnen zusammengesetzt.

Die untere Aufnahme, eine Kombination von Landsat-5- und SPOT-Bilddaten, zeigt den nordwestlichen Stadtstrand von Stuttgart. Bei einer Auflösung von 10 m x 10 m lassen sich hier Straßen, Gebäudekomplexe und landwirtschaftlich genutzte Parzellen gut unterscheiden. Neuere Aufnahme- und Auswertetechniken werden eine noch differenziertere Darstellung ermöglichen.



Satellitenaufnahme von Stuttgart (Weilimdorf, Feuerbach, Solitude) und Nachbarstädten in den Landkreisen Ludwigsburg (Ditzingen, Gerlingen, Korn tal-Münchingen) und Böblingen (Leonberg)

Baden-Württemberg aus 705 km Höhe (Satellitenaufnahme)



Quelle: Institut für Navigation der Universität Stuttgart

Baden-Württembergs Landschaften: Vielfalt als Prinzip

Baden-Württemberg ist mit einer Fläche von 35 752 km² und 10,4 Millionen Einwohnern (31. Dezember 1998) flächen- und bevölkerungsmäßig das drittgrößte Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. Auf einer Fläche von etwa 10 % des Bundesgebietes leben hier knapp 13 % der Bevölkerung. Die größte Ausdehnung beträgt von Nord nach Süd rund 240 km und von West nach Ost etwa 190 km. Landeshauptstadt ist Stuttgart.

Die Länge der Landesgrenzen beträgt 1650 km. Hiervon entfallen auf Bayern 860 km, Hessen 171 km, Rheinland-Pfalz 93 km, Frankreich 179 km und auf die Schweiz (bis zum Bodenseeufer bei Konstanz) etwa 316 km. Auf dem Bodensee sind die Grenzen gegenüber der Schweiz und Österreich nicht fest fixiert. Auf eine Strecke von 420 km hin bildet der Rhein die Landesgrenze. Das Einzugsgebiet des Rheins umfaßt 78 % des Landes; die übrigen 22 % entfallen auf die Donau. Die europäische Hauptwasserscheide zwischen Nordsee und Schwarzem Meer verläuft auf der Schwäbischen Alb.

Wesentliches Merkmal Baden-Württembergs ist die landschaftliche Vielgestaltigkeit, das Nebeneinander unterschiedlicher Landschaftsräume auf kurzen Distanzen. Baden-Württemberg hat Anteil an drei landschaftlichen Großräumen: im Westen am Oberrheingraben mit seiner östlichen Gebietsbegrenzung, dem Schwarzwald und dem südlichen Odenwald, den Norden und Osten bildet das Südwestdeutsche Schichtstufenland (Schwäbische Alb, Kraichgau, Bauland, Hohenloher Ebene, Keuperwaldberge u.a.) und den Südosten das von den Gletschern der Eiszeit überformte Alpenvorland (Oberschwaben).

Baden-Württemberg gehört zu den städtereichsten Gebieten in Deutschland. Ursache ist die territoriale Zersplitterung vor dem 19. Jahrhundert. Beispiele für alte Reichsstädte sind Heilbronn, Esslingen am Neckar, Reutlingen und Ulm. Bekannte Residenzstädte sind Rastatt, Karlsruhe, Mannheim und Ludwigsburg.

Die am stärksten verdichteten Gebiete sind der Großraum Stuttgart (einschließlich Heilbronn, Reutlingen, Tübingen und dem Filstal mit Göppingen), die Räume Karlsruhe/Pforzheim und Freiburg sowie die grenzüberschreitenden Gebiete Rhein-Neckar (mit Mannheim und Heidelberg), Ulm (Neu-Ulm) und Lörrach/Weil (Basel).

Die großen Flüsse (schiffbare Strecke) und ihre Gesamtlänge:

Rhein	437 (289) km von 1320 km
Neckar	367 (201) km (gesamte Länge von Villingen-Schwenningen bis Mannheim)
Main	38 (38) km von 524 km
Donau	251 (–) km von 2858 km

Die höchsten Berge:

Schwarzwald:	Feldberg (1493 m), Herzogenhorn (1415 m), Belchen (1414 m)
Alpenvorland:	Schwarzer Grat (1118 m), Hohenhewen (846 m)
Schwäbische Alb:	Lemberg (1015 m), Plettenberg (1005 m), Dreifaltigkeitsberg (983 m)
Odenwald	Katzenbuckel (626 m), Königstuhl (566 m)

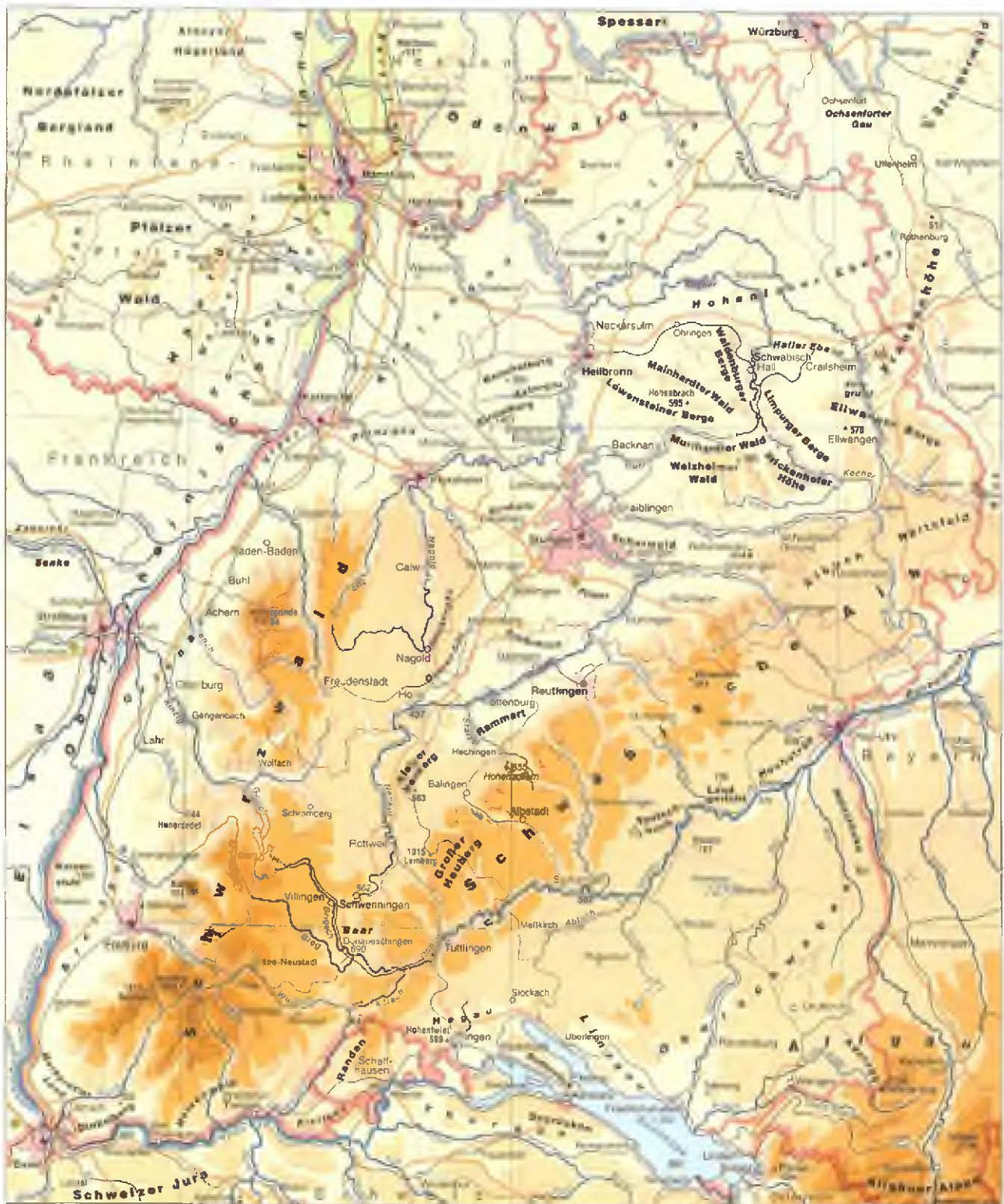
Der niedrigste Punkt:

Rheinpegel bei Mannheim: 85 m über NN

Die größten Seen und ihre Höhenlage:

Bodensee:	571,5 km ²	(395 m über NN)
Schluchsee:	5,1 km ²	(930 m über NN)
Federsee:	1,5 km ²	(578 m über NN)
Titisee:	1,1 km ²	(846 m über NN)

Die Landschaften Baden-Württembergs



Quelle: Westermann Schulbuchverlag GmbH

Die geologische Karte: Jahrtausende auf einen Blick

In der geologischen Karte sind die Gesteinsformationen der Erdoberfläche dargestellt. Sie sind nach ihrem Alter, ihrem Mineralbestand und ihrer Entstehung (Genese) gegliedert. Helle, gelbliche und grünliche Farben kennzeichnen zum Beispiel die aus der „Erdneuzeit“ stammenden, eiszeitlichen Lockergesteinsgebiete des Alpenvorlands (Oberschwaben), die Lößgebiete des Kraichgaus sowie die Senkungsgebiete des Oberrheingrabens. Sie nehmen 28 % der Landesfläche ein. Die in Baden-Württemberg besonders weit verbreiteten Festgesteine des „Erdmittelalters“ sind in blauen und violetten Farben dargestellt. Gut 40 % der Landesfläche stammen hierbei aus der Trias-Formation, der ersten Periode des Erdmittelalters (Keuperberge, Gäulandschaften, nördlicher/östlicher Schwarzwald, östlicher Odenwald); weitere 20 % aus der darauffolgenden Jurazeit (Schwäbische Alb, Albvorland, Albvorberge). Die ältesten Gesteine Baden-Württembergs (Gneise und Granite) stammen als Teile eines alten Grundgebirges aus dem „Erdaltertum“ und sind auf der Karte rosa dargestellt (westlicher/südlicher Schwarzwald, westlicher Odenwald). Ihr Anteil an der Landesfläche beträgt etwa 11 %. Alte Ergußgesteine und junge Vulkangesteine sind auf der Karte rot hervorgehoben. Hier sind insbesondere die steilen Kuppen der Hegau-Vulkane und die im Gelände wenig auffallenden Vulkanschlote der mittleren Schwäbischen Alb sowie die Porphyre des südlichen Schwarzwalds und des Odenwalds zu nennen.

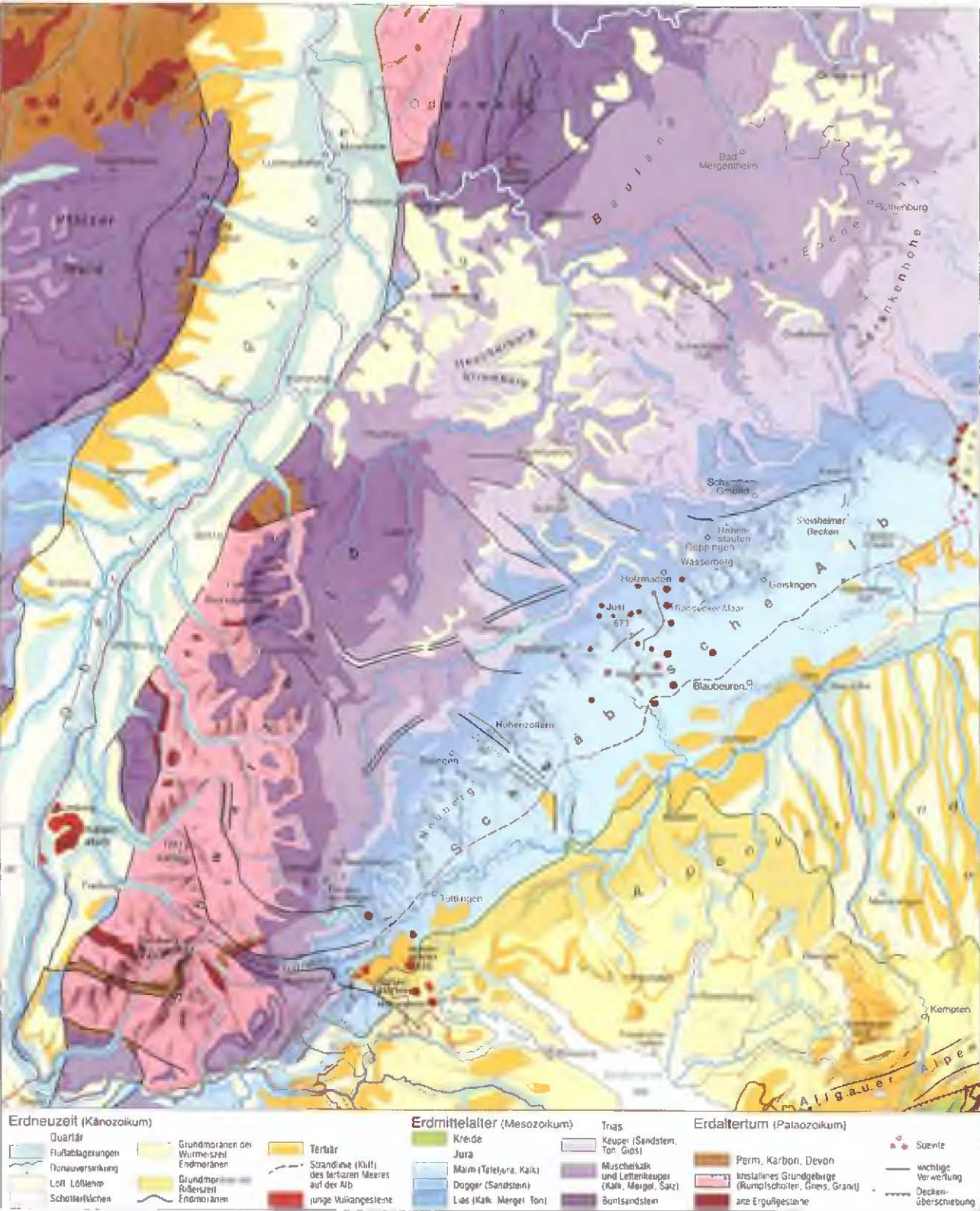
Die schwarzen Linien auf der Karte sind wichtige Verwerfungen (Bruchlinien). Diese bilden zum Beispiel den Rand des vor ca. 65 Millionen Jahren (Beginn der Erdneuzeit, Tertiär) eingebrochenen Oberrheingrabens. Beim Absinken zerbrach der Untergrund in viele Schollen, die später von bis zu 3,5 km mächtigen Ablagerungen überdeckt wurden. Randliche, nicht vollständig eingesunkene Schollen bilden heute zum Beispiel die Vorbergzone, das Markgräfler Hügelland und den Tuniberg. Parallel zur Einsenkung des Oberrheingrabens verlief die Heraushebung der Randgebirge (Vogesen, Schwarzwald, Odenwald), so daß im Laufe von Jahrtausenden „Sprunghöhen“ von bis zu 4,4 km erreicht wurden. Die Brüche in der Erdkruste bedingten auch den schon erwähnten Vulkanismus (zum Beispiel Kaiserstuhl). Ebenfalls eine Folge von Spannungen in der Erdkruste sind die in den Bruchzonen beobachtbaren Erdbeben. So gilt der auf der Schwäbischen Alb gelegene Zollerngraben als erdbebenreichstes Gebiet Mitteleuropas. Eine weitere Folgeerscheinung sind heiße Quellen, wie zum Beispiel in Baden-Baden oder Bad Krozingen.

Eine rote, unterbrochene Linie markiert auf der Karte die Strand- oder Klifflinie des tertiären Meeres. Dieses Meer hatte sich infolge der Auffaltung der Alpen im Vorfeld dieses jungen Gebirges im sogenannten Molassebecken (Ablagerungstrog) gebildet. Die Klifflinie, die abschnittsweise noch gut erhalten ist und an einigen Stellen bis zu 70 m aufragt, markiert die größte nördliche Ausdehnung dieses Meeres.

Die Buntsandstein-, Muschelkalk- und Keupergebiete sowie die Schwäbische Alb gehören zum südwestdeutschen Schichtstufenland. Hierbei handelt es sich um eine Folge von Landterrassen, die sanft nach Südosten einfallen und durch steile Hänge, die Stufen, voneinander abgesetzt sind. Eine wichtige Voraussetzung für die Ausbildung einer Schichtstufenlandschaft ist der Wechsel von harten (widerständigen) und weichen (weniger widerständigen) Gesteinsschichten. Der Anstieg vom Albvorland zur Schwäbischen Alb bildet mit 250 bis 300 m Höhenunterschied die höchste Landstufe in Süddeutschland. Genau genommen handelt es sich beim „Albrauf“ um eine Abfolge einander nahe benachbarter Stufen, wobei die Breite zwischen einigen hundert Metern und mehreren Kilometern variiert.

Südlich der Schwäbischen Alb, dem größten Karstgebiet Mitteleuropas, liegt das Gebiet der eiszeitlichen Überformung (Alpenvorland). Diese erdgeschichtlich junge Phase begann vor etwa zwei Millionen Jahren und dauerte bis etwa 10 000 vor heute. Die aus den Alpen vorstoßenden Eismassen drangen mehrfach in das Gebiet des heutigen Oberschwabens und des Rheingrabens vor. Der weiteste Vorstoß des „Rheingletschers“, der auch das Bodenseebecken ausschürfte, reichte – vor etwa 150 000 Jahren – bis über die heutige Donau hinweg. Auf der Karte ist diese „Endmoräne“ der Rißeiszeit gut erkennbar.

Geologische Karte Baden-Württembergs



Quelle: Westermann Schulbuchverlag GmbH

Das Klima: Westwinde, Relief und Höhenlage von großem Einfluß

Das Klima Baden-Württembergs besitzt den Charakter des Übergangs vom atlantischen (ozeanischen) zum kontinentalen Klima, wobei der atlantische Einfluß auf Grund der vorherrschenden Westwinde dominiert. Unterschiedliche Luftmassen, nämlich maritime Polarluft, kontinentale Polarluft oder maritime Tropikluft beeinflussen den jahreszeitlichen Witterungsablauf. Daneben prägen das Relief und die Höhenlage das Klima stark mit.

Die höchsten jährlichen Niederschlagsmengen werden im Schwarzwald und im Odenwald gemessen. Hier stauen sich die westlichen Luftströmungen, und infolge der Abkühlung beim Anstieg kommt es zu ergiebigen Regen- oder Schneefällen. Wesentlich geringer sind die Niederschlagsmengen in den Leelagen, so vor allem an Teilen des Oberrheins (Windschatten von Vogesen und Pfälzer Wald), im Mittleren Neckarraum und in der Baar (Ostseite des Schwarzwalds) sowie im Tauberland (Lee von Odenwald und Spessart). Der Hochschwarzwald hat mit mehr als drei Monaten die längste mittlere jährliche Dauer einer Schneedecke von mindestens 10 cm aufzuweisen.

Höchste jährliche Niederschlagsmenge: Mittlerer Schwarzwald (Hornisgrinde), über 2000 mm

Niedrigste jährliche Niederschlagsmenge: Gegend um Mannheim, etwa 600 mm

Die Temperaturverhältnisse stehen in engem Zusammenhang mit der Höhenlage. Mit zunehmender Höhe beträgt die mittlere Temperaturabnahme je 100 m in Süddeutschland $0,57^{\circ}\text{C}$. Im Sommer ist diese vertikale Temperaturabnahme allerdings etwas höher als im Winter. Mit zunehmender Höhe steigt auch die Jahreschwankung der Temperatur, das heißt die Differenz zwischen dem tiefsten und höchsten Monatsmittel. Zu den wärmsten Gebieten des Landes gehören insbesondere das Oberrheinische Tiefland, der Kraichgau, das Neckarbecken, große Teile von Hohenloher- und Tauberland sowie im Süden das Bodenseegebiet und das Hochrheintal.

Die „thermischen Ungunsträume“, also die eher kalten Gegenden, sind die über 700 m hoch gelegenen Gebiete, wie der Nordschwarzwald, die Ostabdachung des mittleren Schwarzwalds, die Baar, das Alb-Wutach-Gebiet und die Schwäbische Alb.

Einige Klimameßstationen haben entweder höhere oder niedrigere Jahresdurchschnittstemperaturen als in Abhängigkeit von der Höhenlage zu erwarten wäre. Hier sind in erster Linie die Hanglagen am Westrand von Kaiserstuhl, Schwarzwald und Odenwald (Bergstraße) zu nennen. Ausschlaggebend für diese Sondersituation sind die hohe Sonneneinstrahlung, der Schutz vor kalten Ostströmungen sowie der Abfluß bodennaher Kaltluft in die tieferen Bereiche der Rheinebene. Eine ähnliche Begünstigung weisen geschützte Tallagen in den Becken von Neckar und Tauber auf. Ein bekanntes Sammelbecken für abfließende Kaltluftströme (Täler von Brigach und Breg) bildet hingegen die auf der Ostseite des Schwarzwalds gelegene „Kälteinsel“ der Baar. In Donau- und Villingen treten extreme Minima von unter minus 30°C auf.

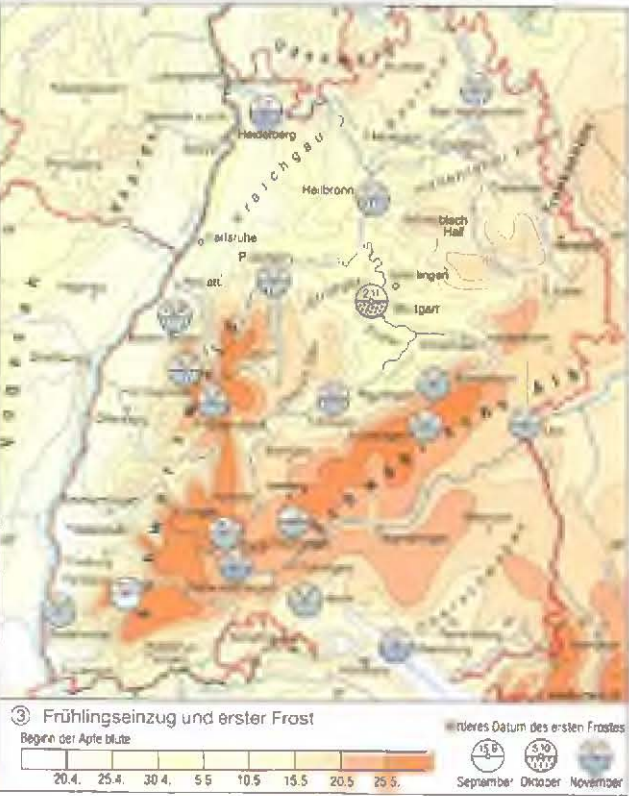
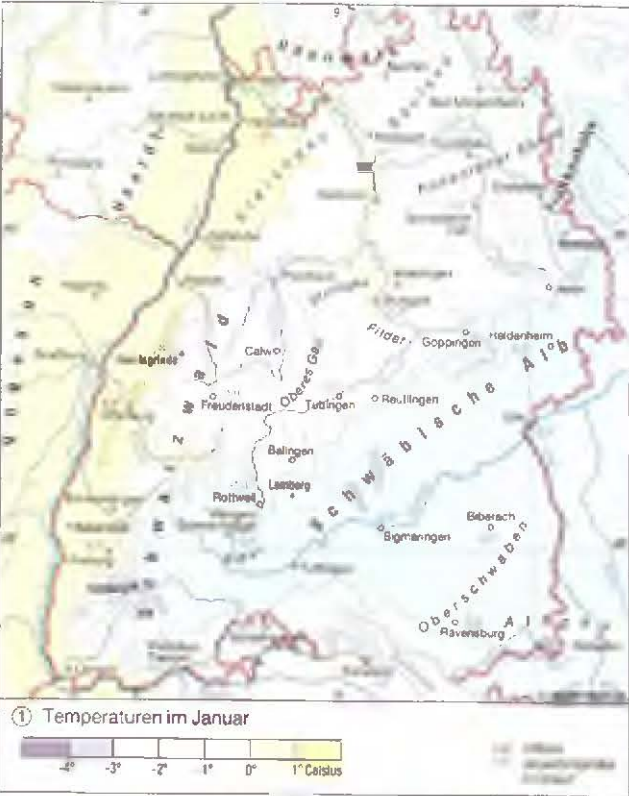
Höchste Jahresdurchschnittstemperatur: Heidelberg (Station 112 m über NN): $10,7^{\circ}\text{C}$.

Niedrigste Jahresdurchschnittstemperatur: Feldberg (Station 1486 m über NN): $3,2^{\circ}\text{C}$

Für die landwirtschaftliche Nutzung ist die Dauer der Vegetationsperiode von größter Bedeutung. Eine der Karten zeigt die räumlichen Unterschiede des Frühlingsbeginns, dargestellt am Beispiel der Apfelblüte und des ersten Frostes. Der zeitliche Unterschied bei der Apfelblüte zwischen dem Oberrheingebiet und dem Hochschwarzwald beträgt je nach Jahr 40 Tage und mehr.

Spezifische klimatische Verhältnisse herrschen – auf Grund der großen Wasserfläche – im Bodenseegebiet. Im Frühjahr erwärmt sich das Wasser nur langsam, wodurch auch die Obstbaumblüte erst verspätet einsetzt. Dies erweist sich dann bei späten Frösten als großer Vorteil. Die sommerliche Wärmespeicherung des Sees bewirkt schließlich einen ausgeglichenen Temperaturverlauf und einen langen milden Herbst.

Klimakarten Baden-Württembergs



Quelle: Westermann Schulbuchverlag GmbH

Kurzer historischer Rückblick und heutige Verwaltungsgliederung

Im Land Baden-Württemberg sind die nach Kriegsende 1945 neu gebildeten Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern vereinigt. Die Vereinigung wurde auf der Grundlage des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland durch die Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 herbeigeführt. Das neue Bundesland Baden-Württemberg wurde am 25. April 1952 konstituiert. Grundlage des öffentlichen Lebens im Lande ist die Verfassung vom 11. November 1953.

Die heutige Gebietseinteilung ist durch die Kreisreform 1973 und die bis 1975 andauernde Gemeindereform entstanden. Die Zahl der Gemeinden schrumpfte von 3 381 (1961) auf die heutigen 1 111. Hierin ist auch ein bewohntes gemeindefreies Gebiet enthalten (Gutsbezirk Münsingen). Die Zahl der Landkreise reduzierte sich von 63 auf 35, während die Zahl der Stadtkreise mit neun unverändert blieb. Die zwölf Regionen wurden neu gebildet und die Regierungsbezirke neu zugeschnitten; ihre Zahl blieb mit vier aber unverändert.

Die aktuelle Gebietseinteilung des Landes in Regierungsbezirke, Regionen sowie Stadt- und Landkreise ist auf der nebenstehenden Seite veranschaulicht. Oberste Landesbehörden sind die Ministerien und der Rechnungshof. In der Verwaltungshierarchie folgen als Mittelinstanzen die vier Regierungspräsidien (Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen). Für die Gebiete der zwölf Regionen (je Regierungsbezirk drei) werden von den Regionalverbänden die Regionalpläne erstellt. Erweiterte Kompetenzen besitzt der 1994 geschaffene „Verband Region Stuttgart“. Er hat zusätzlich zur Regionalplanung auch Aufgaben der regionalen Verkehrsplanung, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Abfallentsorgung und der Wirtschaftsförderung übernommen. Neu ist vor allem die Direktwahl der 80 Mitglieder der Regionalversammlung, die diesem „Parlament“ des Verbandes unmittelbare demokratische Legitimation verschafft. Sonderregelungen betreffen auch den Raumordnungsverband Rhein-Neckar (grenzüberschreitende Regionalplanung mit Hessen und Rheinland-Pfalz) und den Regionalverband Donau-Iller, dem auch bayerische Stadt- und Landkreise angehören.

Untere Verwaltungsbehörden sind die neun Stadtkreise (in ihrer Funktion als Gemeinden), die Landratsämter der 35 Landkreise sowie die Großen Kreisstädte und Verwaltungsgemeinschaften. Große Kreisstädte können Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern werden. Sie gehören dann weiter dem Landkreis an, unterliegen aber nicht mehr der Rechtsaufsicht des Kreises, sondern des Regierungspräsidiums. 81 Städte des Landes besitzen derzeit diesen Status. Über 900 der 1 111 Gemeinden des Landes haben sich zu derzeit 272 Verwaltungsgemeinschaften (Gemeindeverwaltungsverbänden oder vereinbarten Verwaltungsgemeinschaften) zusammengeschlossen. Die übrigen 189 Gemeinden werden als Einheitsgemeinden bezeichnet.

Neun Städte hatten zum Stichtag 30. Juni 1998 mehr als 100 000 Einwohner: Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Ulm, Pforzheim und Reutlingen. Darunter ist Reutlingen als einzige Großstadt kein Stadtkreis. Den umgekehrten Fall gibt es auch: Baden-Baden ist als einziger Stadtkreis keine Großstadt. Stuttgart überschreitet als einzige Stadt die Schwelle der halben Million (584 565). Es folgen an zweiter und dritter Stelle Mannheim (309 680) und Karlsruhe (276 351). Die meisten Gemeinden, nämlich annähernd 800, zählen zwischen 1 000 und 10 000 Einwohner. Sechs Gemeinden hatten 1998 weniger als 200 Einwohner. Die kleinste Gemeinde, Böllen, befindet sich im Landkreis Lörrach und zählte zum Stichtag 112 Einwohner. Die nächstkleinsten sind Emeringen und Unterwachingen mit 161 bzw. 163 Einwohnern, beide im Alb-Donau-Kreis gelegen.

Anfang Februar 1999 standen nur in elf Kommunen Frauen an der Rathauspitze. Hierunter waren vier Oberbürgermeisterinnen, und zwar in Baden-Baden, Heidelberg, Lörrach und Tübingen.

Verwaltungsgliederung des Landes Baden-Württemberg

Stand: 1. März 1999

4 Regierungsbezirke

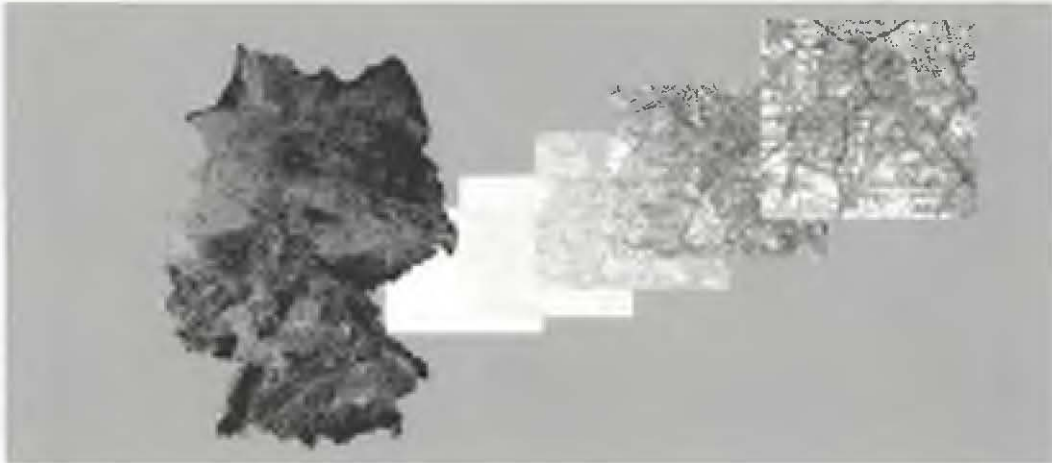


12 Regionen (z.B. Neckar-Alb)
44 Stadt- und Landkreise (z.B. Rottweil)



1) soweit Land Baden-Württemberg
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Geographische Daten im Internet



- ☐ Über unseren Server erhalten Sie hochgenau georeferenzierte Produkte
 - Satellitenbilder
 - Satellitenbildkarten
 - Erdbeobachtungsdatenprodukte
 - Topographische Daten.
- ☐ Sie können direkt via Internet Suche und Recherche, Bestellung, Kauf, Lieferung und Abrechnung durchführen.
- ☐ Aktuell verfügbar sind Satellitenbilddaten auf der Basis von Landsat TM (flächendeckend Deutschland) mit
 - Ausschnitten von 15 km x 15 km oder von 30 km x 30 km
 - 30 m Auflösung
 - 7 Kanal oder Echtfarbe (321).
- ☐ Verfügbar sind Topographische Karten und Satellitenbildkarten (TK50 und TK50S) im Service für das Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen.

Unterstützt von:
Cybernet
AG



 **DaimlerChrysler Aerospace**
Dornier

Kapitel 2

Gebiet und Bevölkerung

Marktplatzfest in Bad Mergentheim, Main-Tauber-Kreis

Bad Mergentheim, im Nordosten Baden-Württembergs nahe der bayerischen Grenze gelegen, ist eines der bedeutendsten Kurbäder des Landes (Glauber- und Bittersalzquellen).

Foto: Tourismus-Verband Baden-Württemberg e.V.



Definitionen

Ausländer

Als Ausländer gelten alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind. Dazu zählen auch Personen, die staatenlos sind oder deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist.

Personen, die neben der deutschen noch eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, sind nicht als Ausländer gezählt. Ebenfalls nicht erfaßt sind die nicht zur Bevölkerung zählenden Mitglieder der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Ausländeranteil

Anteil der Ausländer an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung insgesamt.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung gehören alle Personen, die in dem angegebenen Gebiet ihren ständigen Wohnort haben. Mit Wirkung vom 27. April 1983 sind bei der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes aufgrund von An- und Abmeldungen diejenigen Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich ihre Hauptwohnung im Sinne des Landesmeldegesetzes befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen die Mitglieder der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen. Personen mit Wohnraum in mehreren Gemeinden wurden vor dem 27. April 1983 der Gemeinde zugeordnet, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gingen. Soweit sie weder berufstätig waren noch in Ausbildung standen, war die Wohnung oder Unterkunft maßgebend, in der sie sich überwiegend aufhielten.

Bevölkerungsdichte

Einwohner je km² Gemarkungsfläche.

Haushalt (Privathaushalt)

Als Haushalt (Privathaushalt) zählt jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine gemeinsame Hauswirtschaft führt. Zum Haushalt können außer Verwandten auch familienfremde Personen gehören, zum Beispiel häusliches Dienstpersonal. Anstalten gelten nicht als Privathaushalte. Auch eine allein wohnende und wirtschaftende Person (zum Beispiel ein Untermieter) bildet einen Privathaushalt.

Haushaltsgröße

Als Haushaltsgröße wird die Gliederung der Haushalte nach der Zahl der Haushaltsmitglieder bezeichnet.

Konfessionszugehörigkeit

Maßgebend ist die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgemeinschaft oder religiös-weltanschaulichen Gemeinschaften, nicht jedoch die religiöse Überzeugung.

evangelisch: Angehörige der evangelischen Landeskirchen einschließlich der sonstigen evangelischen Kirchen, Angehörige der evangelischen Freikirchen.

römisch-katholisch: Angehörige der römisch-katholischen Kirche einschließlich der unierten Riten.

sonstige religiöse Gemeinschaften: Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft, Angehörige der Ostkirchen, der Altkatholischen Kirche und verwandten Gruppen, christlich orientierter Sondergemeinschaften, anderer Volks- und Weltreligionen, Freireligiöser und Weltanschauungsgemeinschaften.

Natürliche Bevölkerungsbewegung

Die natürliche Bevölkerungsbewegung hält die Veränderung des Bevölkerungsstandes durch Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und gerichtliche Ehelösungen fest.

Siedlungsdichte

Bevölkerung einer bestimmten Gemarkungsfläche bezogen auf die Siedlungsfläche dieser Gemarkungsfläche.

Siedlungs- und Verkehrsfläche

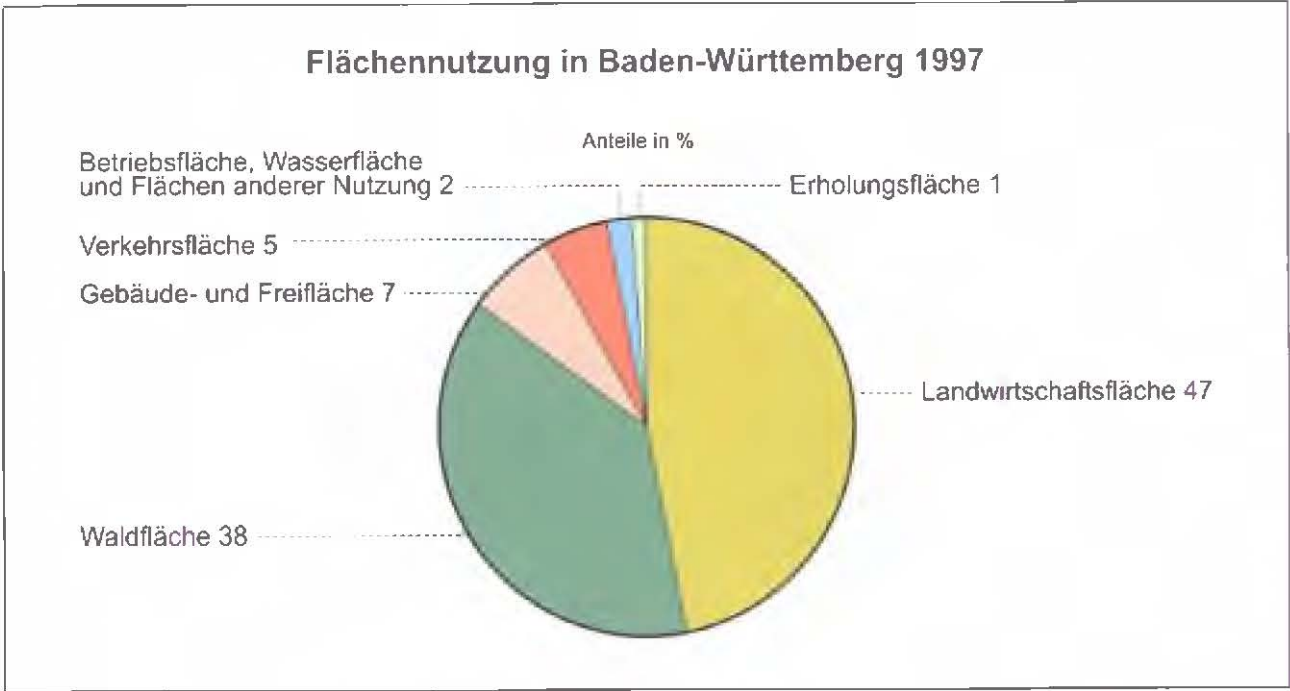
Summe aus Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbau land, Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhöfe.

Verkehrsfläche

Flächen, die dem Straßen-, Schienen- oder Luftverkehr dienen. Zu den Straßen gehören auch die Trenn- und Seitenstreifen, Brücken, Gräben und Böschungen, Rad- und Gehwege, Parkstreifen und ähnliche Einrichtungen. Ebenfalls zur Verkehrsfläche gehören Feldwege.

Wanderungen

Umzüge von einer Gemeinde in eine andere Gemeinde einschließlich der Fälle, in denen jemand unter Beibehaltung seiner bisherigen Wohnung eine weitere Wohnung in einer anderen Gemeinde bezieht bzw. unter Aufgabe einer weiteren Wohnung in die beibehaltene Wohnung zurückkehrt.



Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil 1997

Höchste Werte:

1. Stadtkreis Mannheim	54,3 %
2. Stadtkreis Stuttgart	49,2 %
3. Stadtkreis Karlsruhe	44,4 %
4. Stadtkreis Heilbronn	33,3 %
5. Stadtkreis Freiburg im Breisgau	30,2 %
Land Baden-Württemberg:	12,7 %
Bundesrepublik Deutschland:	11,8 %

Niedrigste Werte:

44. Landkreis Sigmaringen	8,6 %
43. Landkreis Freudenstadt	8,8 %
42. Landkreis Ravensburg	9,0 %
Landkreis Waldshut	9,0 %
40. Main-Tauber-Kreis	9,5 %

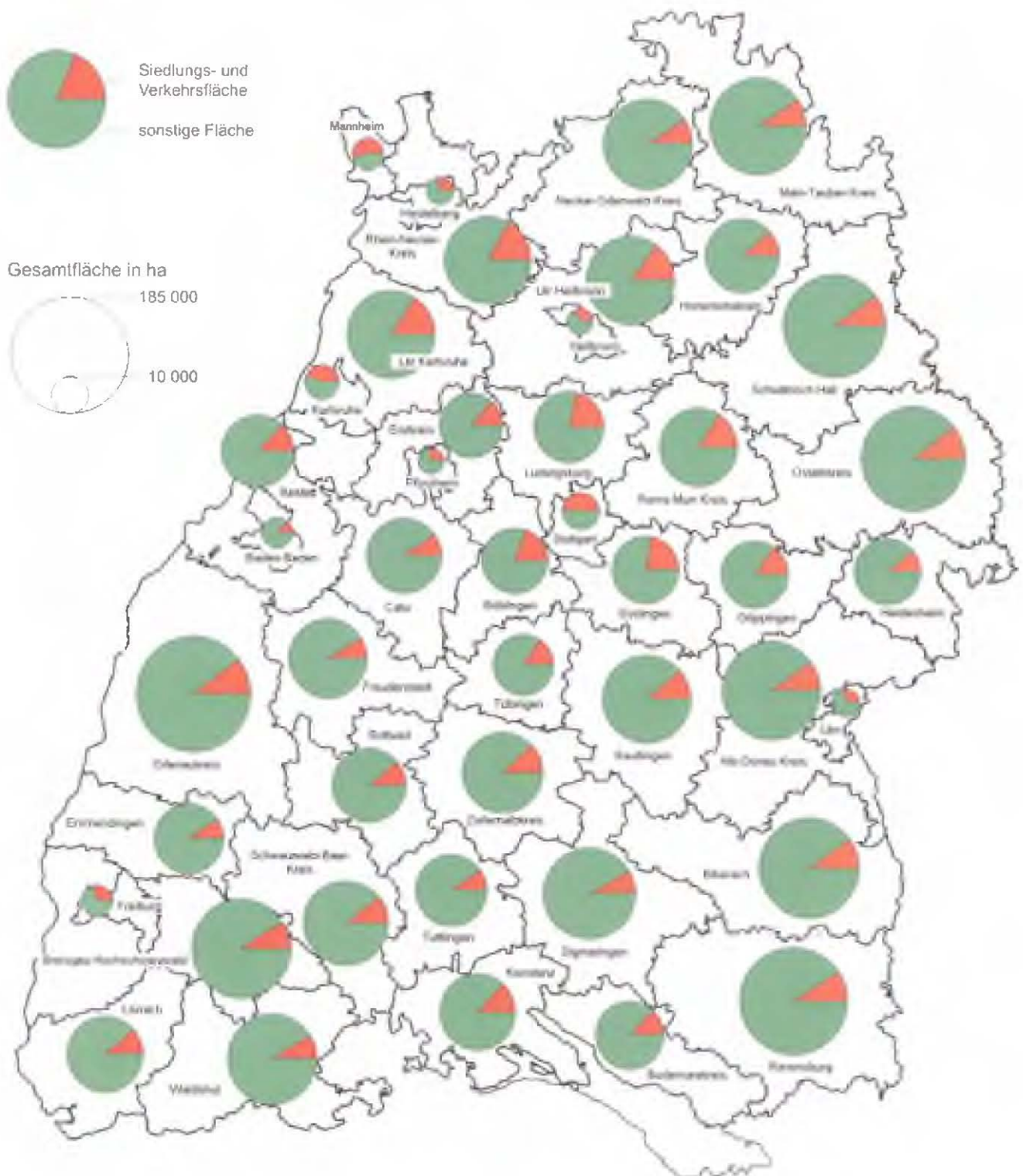
Große regionale Unterschiede beim Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfaßt für Baden-Württemberg insgesamt 1997 knapp 13 %, also etwa ein Achtel der gesamten Landesfläche. Dies ist ein Ergebnis der "Flächenerhebung nach der tatsächlichen Nutzung", die seit 1979 auf der Grundlage des Liegenschaftskatasters durchgeführt wird. Die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke belief sich seit 1993 auf circa 11 ha (ca. 20 Fußballfelder) täglich.

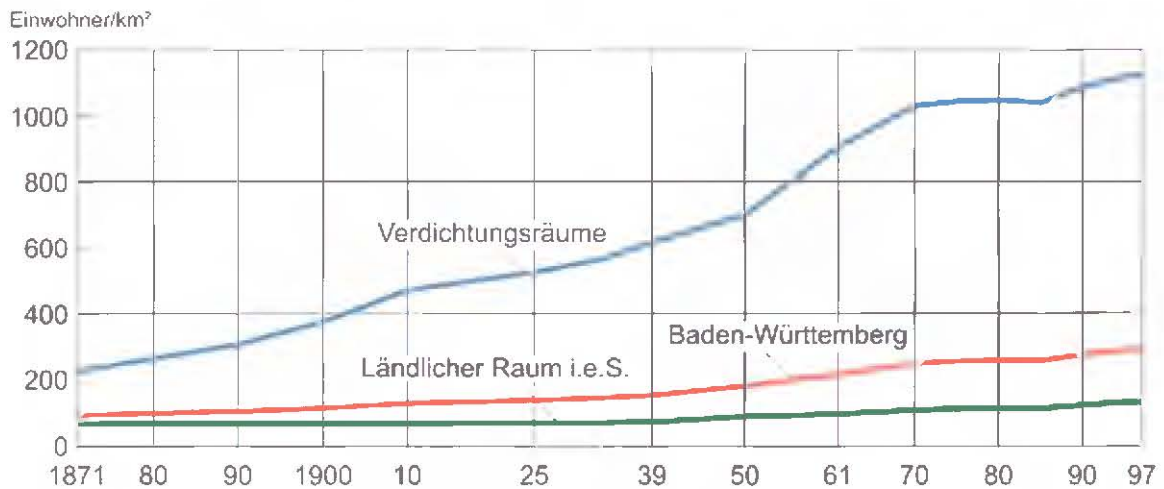
Von der gesamten Siedlungs- und Verkehrsfläche des Landes entfallen gut 54 % auf "Betriebs-" sowie "Gebäude- und Freiflächen" (gewerblich und industriell genutzte sowie dem Wohnen dienende Flächen einschließlich Vor- und Hausgärten, Stellplätzen u.ä.), etwa 5 % auf Erholungsflächen (Sport-, Grünanlagen, Campingplätze) und 41 % auf Verkehrsflächen (Straßen, Wege, Plätze einschließlich Schienen- und Luftverkehr). Eine Gleichsetzung der Siedlungs- und Verkehrsfläche mit "versiegelten Flächen" ist, wie das Beispiel der Grünanlagen zeigt, nicht möglich.

Erwartungsgemäß liegen die Prozentanteile der Siedlungs- und Verkehrsfläche bei den Stadtkreisen deutlich höher als in den Landkreisen. In Mannheim ist bereits deutlich mehr als die Hälfte des Stadtgebiets Siedlungs- und Verkehrsfläche. Eine Ausnahme unter den Stadtkreisen bildet Baden-Baden, das mit 14 % nur einen Wert wie die "siedlungsflächenstärksten" Landkreise aufweist.

Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1997



Bevölkerungsdichte in den Verdichtungsräumen, im Ländlichen Raum i.e.S. und in Baden-Württemberg insgesamt seit 1871



Bevölkerungsdichte 1997

Die meisten Einwohner je km²:

1. Stadtkreis Stuttgart	2 823
2. Stadtkreis Mannheim	2 142
3. Stadtkreis Karlsruhe	1 594
4. Stadtkreis Freiburg im Breisgau	1 310
5. Stadtkreis Heidelberg	1 286
Land Baden-Württemberg:	291
Bundesrepublik Deutschland:	230

Die wenigsten Einwohner je km²:

44. Main-Tauber-Kreis	105
43. Landkreis Sigmaringen	109
42. Landkreis Schwäbisch Hall	124
41. Landkreis Biberach	127
40. Neckar-Odenwald-Kreis	132

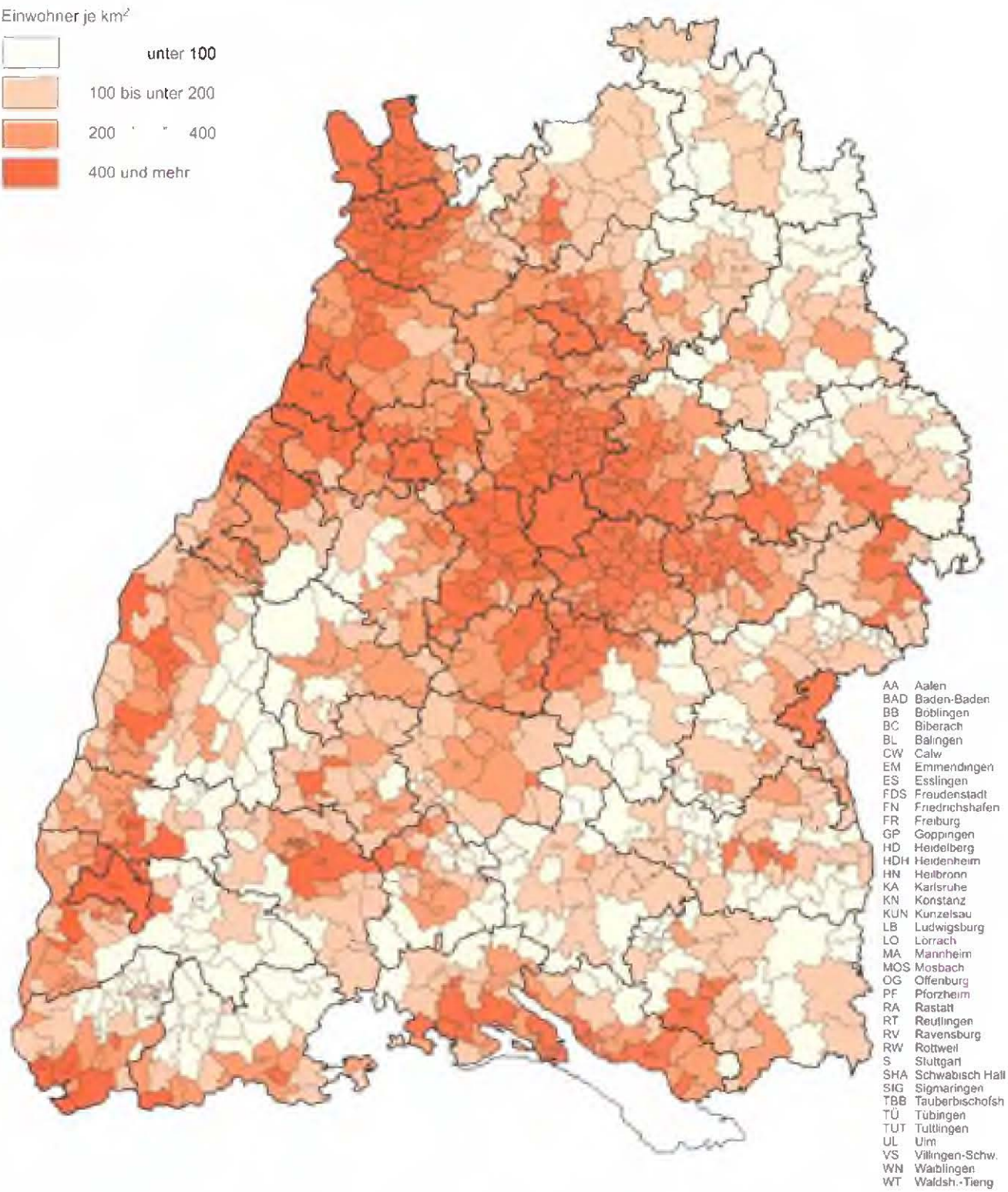
Im Bundesvergleich relativ hohe Bevölkerungsdichte

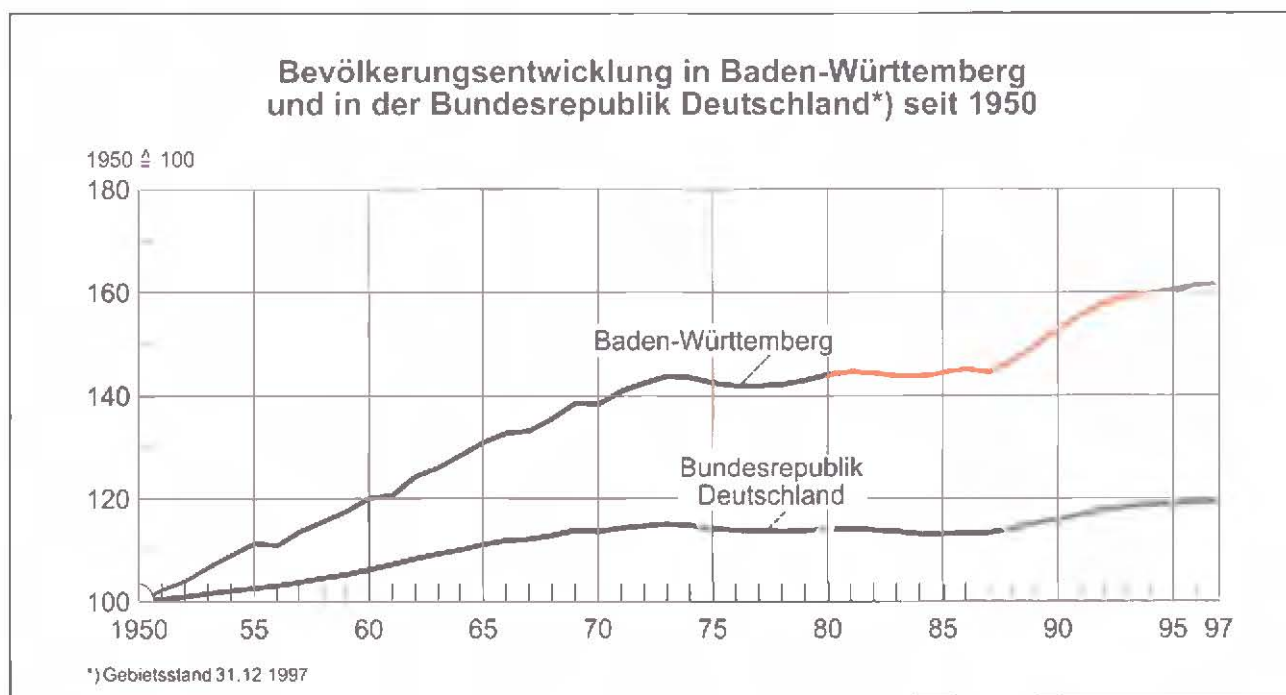
Die Bevölkerungsdichte beschreibt die regionale Bevölkerungsverteilung und Siedlungsstruktur eines Gebietes. Als positive Aspekte höherer Verdichtung können die in der Regel bessere Infrastrukturversorgung, -auslastung und -erreichbarkeit sowie das vielfältigere Arbeitsplatz- und Bildungsangebot angesehen werden. Als negative Aspekte treten häufig Verknappungen und damit Verteuerungen auf dem Wohnungs- und Baulandmarkt sowie Umwelt- und Verkehrsbelastungen auf.

Mit 291 Einwohnern je km² steht Baden-Württemberg nach den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sowie Nordrhein-Westfalen und dem Saarland an 6. Stelle unter den Bundesländern. Keiner der Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs zählt zu den 100 am dünnsten besiedelten im Bundesgebiet. Sehr hohe kleinräumige Bevölkerungsverdichtungen werden in Stuttgarter Stadtvierteln (Stuttgart-Süd und -West) mit über 19 000 Einwohnern je km² erreicht.

Im Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1983 sind vier Verdichtungsräume ausgewiesen: Stuttgart, wozu auch Heilbronn im Norden sowie Reutlingen und Tübingen im Süden gehören, der länderübergreifende Verdichtungsraum Rhein-Neckar mit Mannheim und Heidelberg sowie Karlsruhe und Freiburg. Gemäß einem Beschluß der Ministerkonferenz für Raumordnung aus dem Jahre 1993 spricht man inzwischen von einem Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim. In den Räumen Ulm/Neu-Ulm sowie Lörrach/Weil (Basel) haben sich neue Verdichtungsräume gebildet.

Bevölkerungsdichte
in den Gemeinden Baden-Württembergs am 31. Dezember 1997





Bevölkerungsveränderung im Zeitraum 1993 bis 1997

Höchste Zunahmen:

1. Landkreis Heilbronn	+ 5,7 %
2. Hohenlohekreis	+ 5,6 %
3. Landkreis Schwäbisch Hall	+ 4,6 %
4. Landkreis Biberach	+ 4,1 %
5. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	+ 3,8 %

Land Baden-Württemberg + 1,6 %

Bundesrepublik Deutschland: + 0,9 %

Höchste Abnahmen:

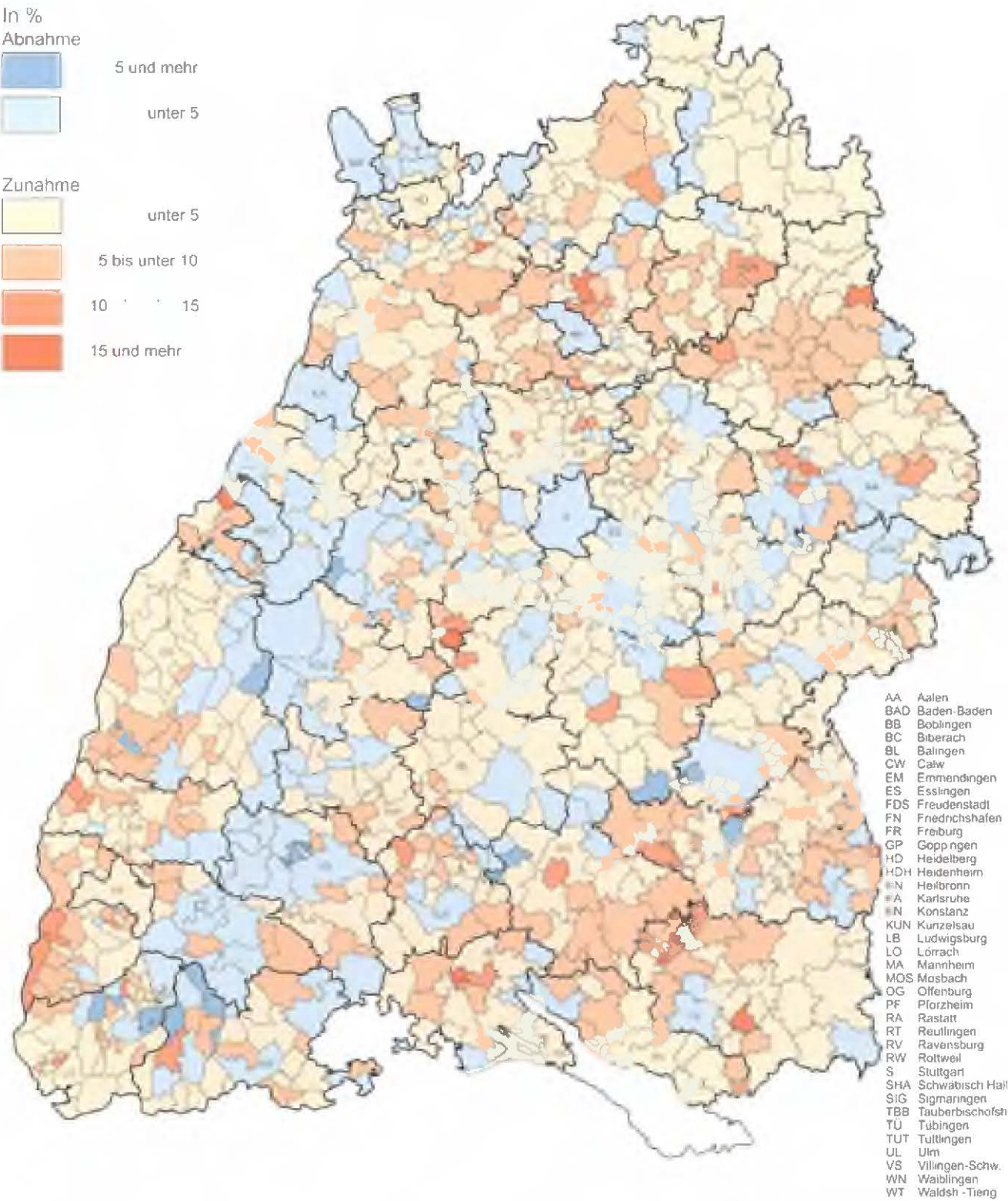
44. Stadtkreis Mannheim	– 2,4 %
43. Stadtkreis Stuttgart	– 1,5 %
42. Stadtkreis Heilbronn	– 1,2 %
41. Landkreis Freudenstadt	– 0,8 %
40. Stadtkreis Karlsruhe	– 0,5 %

In knapp 80 % der Gemeinden hat sich die Bevölkerungszahl seit 1993 erhöht

Kein anderes Bundesland wies seit 1950 einen so starken Anstieg der Bevölkerung auf wie Baden-Württemberg. Lebten 1950 hier erst 6,4 Mill. Menschen, waren es Ende 1997 bereits 10,4 Mill. Personen. Die prozentuale Zunahme war damit annähernd doppelt so hoch wie im Durchschnitt der alten Bundesländer. Besonders stark war das Bevölkerungswachstum in den ersten Jahren nach dem "Fall der Mauer". Zwischen 1989 und 1993 nahm die Bevölkerungszahl um annähernd 700 000 Einwohner zu. Seither hat sich das Wachstum deutlich verlangsamt und betrug 1997 insgesamt 22 000 Personen. Hiervon resultierten nur etwa 3 000 aus Wanderungsgewinnen, dagegen ca. 19 000 aus Geburtenüberschüssen.

Die Bevölkerungszahl nahm in den letzten Jahren in weiten Teilen des Landes zu. Lediglich 244 der insgesamt 1 111 Kommunen des Landes mußten seit 1993 Bevölkerungsverluste verkraften. Betroffen hiervon waren vor allem Städte und Gemeinden im Schwarzwald, aber auch vier der neun Großstädte des Landes. Überdurchschnittliche Zuwächse konnten dagegen insbesondere Gemeinden in Oberschwaben und in den nordöstlichen Landesteilen erzielen. In diesen eher ländlich geprägten Gebieten war der prozentuale Bevölkerungszuwachs erheblich größer als in weiten Teilen der stärker verdichteten Räume. Entscheidend hierfür dürften die in den dünner besiedelten Gebieten höheren Geburtenüberschüsse sein; außerdem haben die ländlichen Räume – wegen der hier deutlich geringeren Wohnungskosten – von Stadt-Umland-Wanderungen profitiert.

Veränderung der Bevölkerungszahl
in den Gemeinden Baden-Württembergs 1993 bis 1997



Altersstruktur der Bevölkerung 1997

Hoher Anteil an unter 15jährigen:

1. Landkreis Biberach	20,0 %
2. Landkreis Sigmaringen	19,3 %
Alb-Donau-Kreis	19,3 %
4. Landkreis Schwäbisch Hall	19,1 %
5. Landkreis Heilbronn	19,0 %
Land Baden-Württemberg:	16,9 %
Bundesrepublik Deutschland:	16,0 %

Geringer Anteil an unter 15jährigen:

44. Stadtkreis Heidelberg	12,5 %
43. Stadtkreis Baden-Baden	12,8 %
42. Stadtkreis Stuttgart	13,2 %
41. Stadtkreis Karlsruhe	13,3 %
40. Stadtkreis Freiburg im Breisgau	13,5 %

Hoher Anteil an 15- bis unter 65jährigen:

1. Stadtkreis Heidelberg	72,5 %
2. Stadtkreis Freiburg im Breisgau	71,4 %
3. Stadtkreis Stuttgart	70,8 %
4. Landkreis Tübingen	70,5 %
5. Stadtkreis Mannheim	69,8 %
Landkreis Böblingen	69,8 %
Land Baden-Württemberg:	68,0 %
Bundesrepublik Deutschland:	68,2 %

Geringer Anteil an 15- bis unter 65jährigen:

44. Stadtkreis Baden-Baden	64,7 %
43. Landkreis Rottweil	65,4 %
42. Main-Tauber-Kreis	65,5 %
41. Landkreis Schwäbisch Hall	65,6 %
40. Landkreis Heidenheim	65,7 %

Hoher Anteil an über 64jährigen:

1. Stadtkreis Baden-Baden	22,5 %
2. Stadtkreis Karlsruhe	17,6 %
3. Stadtkreis Pforzheim	17,5 %
4. Main-Tauber-Kreis	16,9 %
5. Schwarzwald-Baar-Kreis	16,6 %
Landkreis Heidenheim	16,6 %
Stadtkreis Heilbronn	16,6 %
Land Baden-Württemberg:	15,1 %
Bundesrepublik Deutschland:	15,8 %

Geringer Anteil an über 64jährigen:

44. Landkreis Tübingen	12,0 %
43. Landkreis Böblingen	12,9 %
42. Landkreis Heilbronn	13,7 %
41. Landkreis Ludwigsburg	13,9 %
40. Alb-Donau-Kreis	14,0 %

Der Alterungsprozeß der Bevölkerung wird sich auch in Zukunft fortsetzen

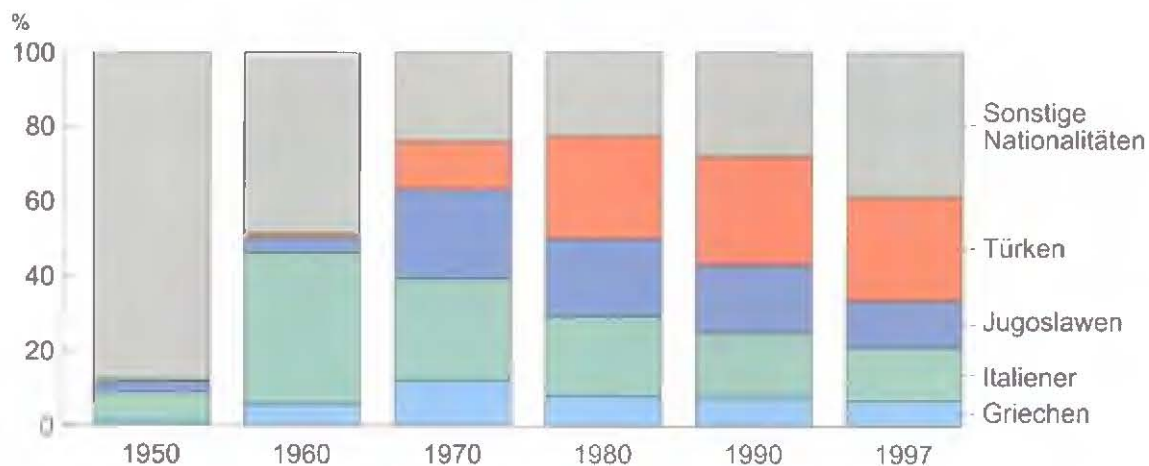
Die Bevölkerung Baden-Württembergs wird immer älter. 1970 lag das Durchschnittsalter noch bei 34,9 Jahren, Ende 1997 bereits bei 39,6 Jahren. Deutlich wird der fortschreitende Alterungsprozeß auch anhand der über 64jährigen: 1970 waren erst 11,8 % der Bevölkerung älter als 64 Jahre, 1997 immerhin 15,1 %. Dagegen hat sich der Anteil der unter 15jährigen erheblich verringert, und zwar von 24,3 % auf zuletzt nur noch 16,9 %. Dieser Anteil der jungen Bevölkerung wird aller Voraussicht nach auch in Zukunft weiter abnehmen: Im Jahr 2040 werden nur noch etwa 12 % jünger als 15 Jahre alt sein, 29 % aber 65 Jahre oder älter.

Die Gründe für die regionalen Unterschiede in der Altersstruktur der Bevölkerung sind vielfältig. So dürfte der geringe Anteil an unter 15jährigen in den Zentren vor allem auf die hier niedrigere Geburtenhäufigkeit sowie auf den Wegzug von Familien mit kleinen Kindern in das Umland zurückzuführen sein. Einen weit überdurchschnittlichen Anteil an älterer Bevölkerung weisen dagegen bevorzugte Altersruhesitze und vom Kurbetrieb geprägte Gemeinden wie Baden-Baden, Bad Dürkheim oder Badenweiler auf. Den höchsten Anteil an älteren Menschen in Baden-Württemberg hat die Gemeinde Untermarchtal im Alb-Donau-Kreis, was auf die dort ansässige Klosterbevölkerung zurückzuführen ist.

Altersstruktur der Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1997



Anteile der Griechen, Italiener, Jugoslawen*), Türken und der sonstigen Nationalitäten an den Ausländern insgesamt in Baden-Württemberg seit 1950



*) Jugoslawen einschließlich Nachfolgestaaten

Anteil der Ausländer 1997

Höchste Werte:

1. Stadtkreis Stuttgart	24,8 %
2. Stadtkreis Mannheim	20,9 %
3. Stadtkreis Heilbronn	20,7 %
4. Stadtkreis Ulm	18,2 %
5. Stadtkreis Pforzheim	17,3 %

Niedrigste Werte:

44. Main-Tauber-Kreis	5,8 %
43. Landkreis Emmendingen	6,0 %
42. Landkreis Biberach	6,1 %
41. Hohenlohekreis	7,4 %
Neckar-Odenwald-Kreis	7,4 %
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	7,4 %
Ortenaukreis	7,4 %

Land Baden-Württemberg: 12,7 %

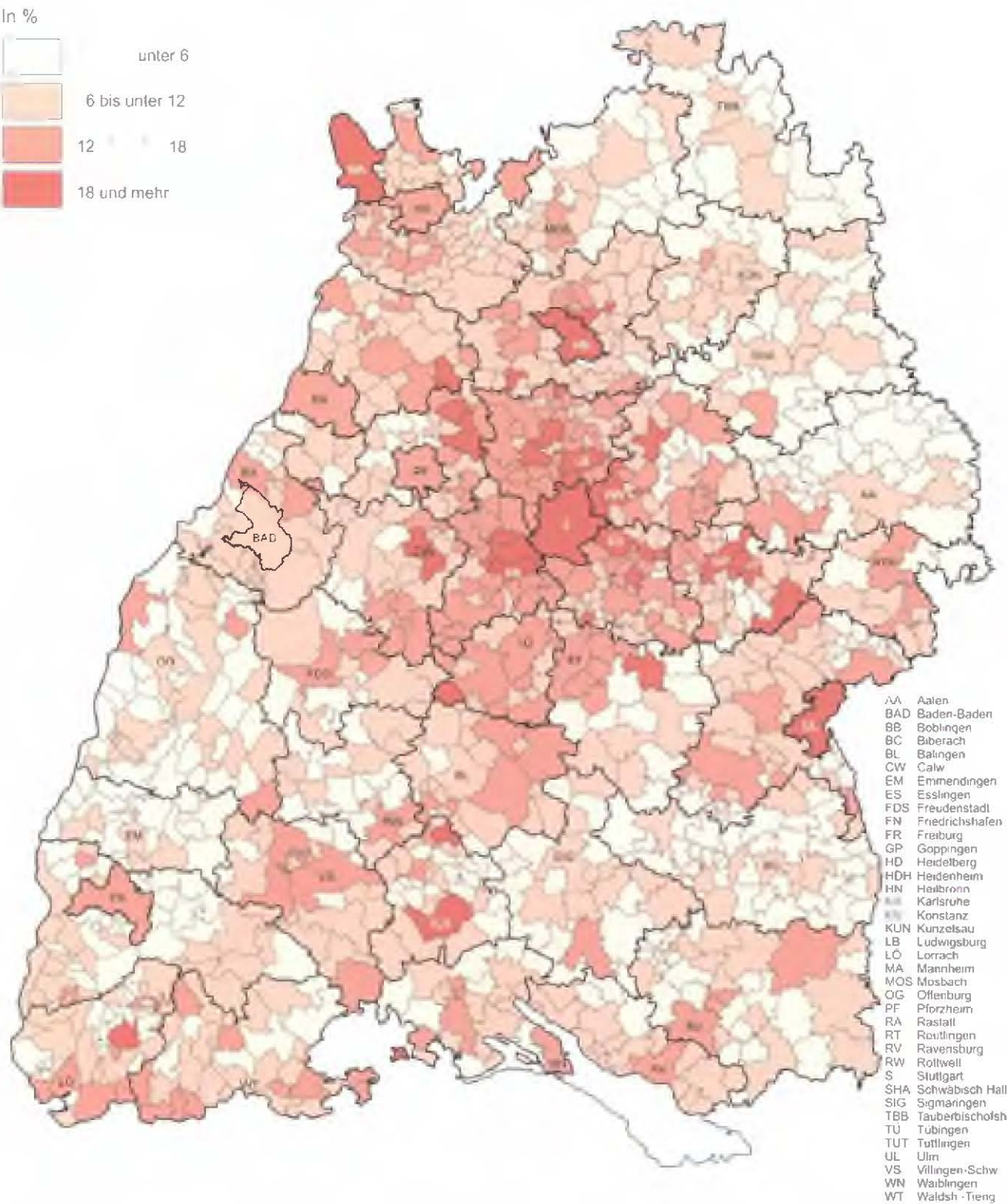
Bundesrepublik Deutschland: 9,0 %

Überdurchschnittlicher Ausländeranteil in den wirtschaftlichen Zentren des Landes

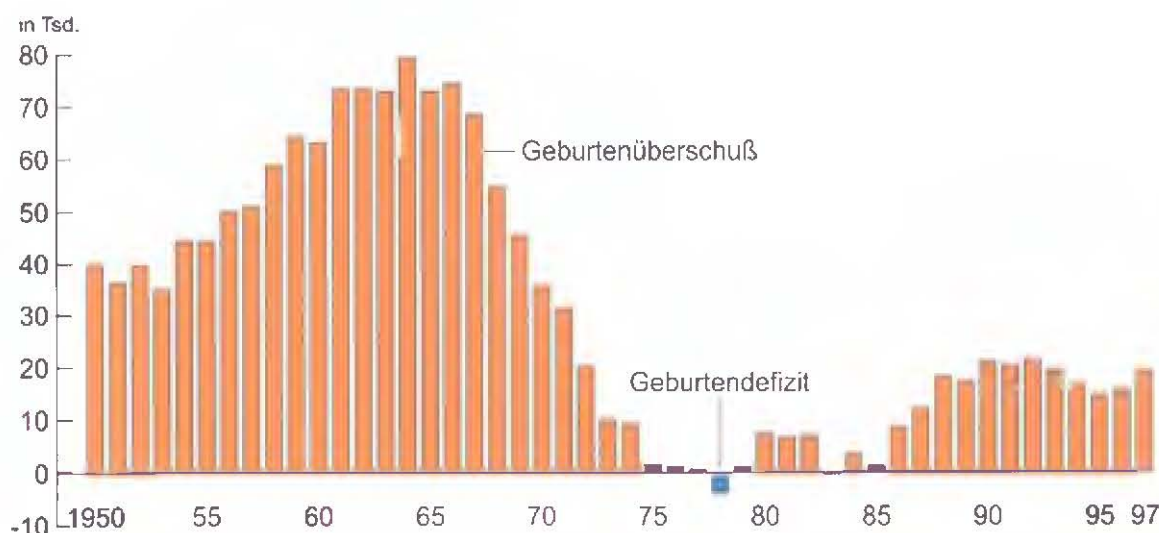
In den 50er Jahren lag der Anteil der ausländischen Mitbürger bei unter 1 % der Gesamtbevölkerung. Der wirtschaftliche Aufschwung in den 60er Jahren hatte aber einen zunehmenden Arbeitskräftemangel zur Folge, der durch die verstärkte Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer kompensiert wurde. Dementsprechend ist die Zahl der Ausländer sprunghaft angestiegen und lag 1965 bereits bei 5 %. Seither ist diese Entwicklung durch konjunkturelle Schwankungen und nicht zuletzt durch die politischen und wirtschaftlichen Umbrüche in Osteuropa stark beeinflusst worden. Heute leben in Baden-Württemberg 1,3 Mill. Ausländer, was einem Anteil von 12,7 % entspricht.

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung streut regional sehr stark. Während in den Zentren des Landes etwa jeder fünfte Bürger einen ausländischen Paß besitzt, ist es in den ländlich geprägten Gebieten oftmals nur jeder zwanzigste. Entscheidender Grund hierfür ist das im Vergleich zu den dünner besiedelten Gebieten erheblich größere Arbeitsplatzangebot in den Ballungsräumen.

Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung
in den Gemeinden Baden-Württembergs am 31. Dezember 1997



Geburtenüberschuß und Geburtendefizit in Baden-Württemberg seit 1950



Natürliche Bevölkerungsbewegung im Zeitraum 1993 bis 1997

Hohe absolute Geburtenüberschüsse:

1. Landkreis Ludwigsburg	+ 8 039
2. Landkreis Böblingen	+ 6 822
3. Landkreis Esslingen	+ 6 683
4. Rems-Murr-Kreis	+ 5 203
5. Landkreis Tübingen	+ 4 823

Land Baden-Württemberg: + 85 897

Bundesrepublik Deutschland: – 468 294

Hohe absolute Geburtendefizite:

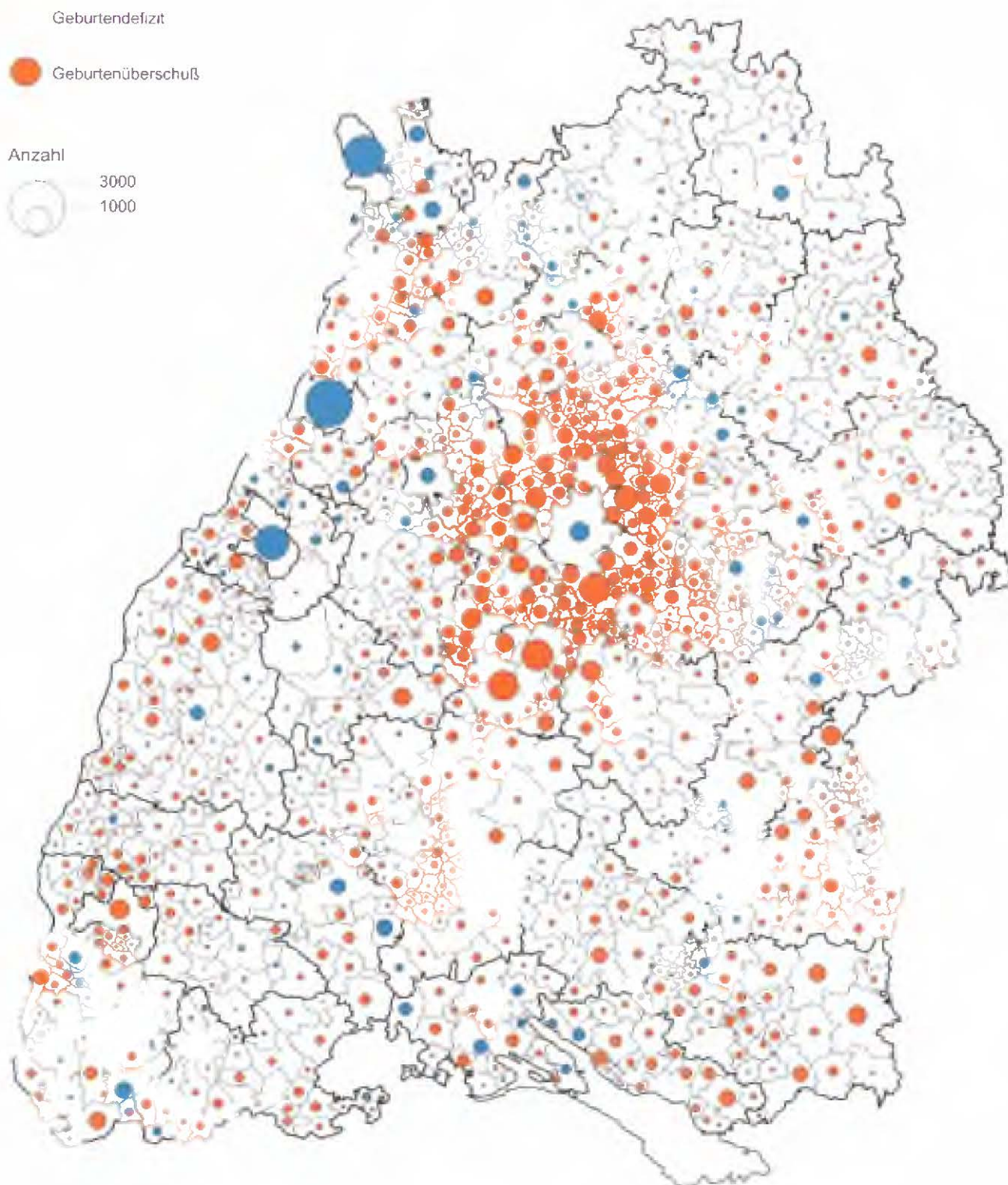
44. Stadtkreis Karlsruhe	– 2 977
43. Stadtkreis Mannheim	– 2 222
42. Stadtkreis Baden-Baden	– 1 610
41. Stadtkreis Stuttgart	– 544
40. Stadtkreis Heidelberg	– 397

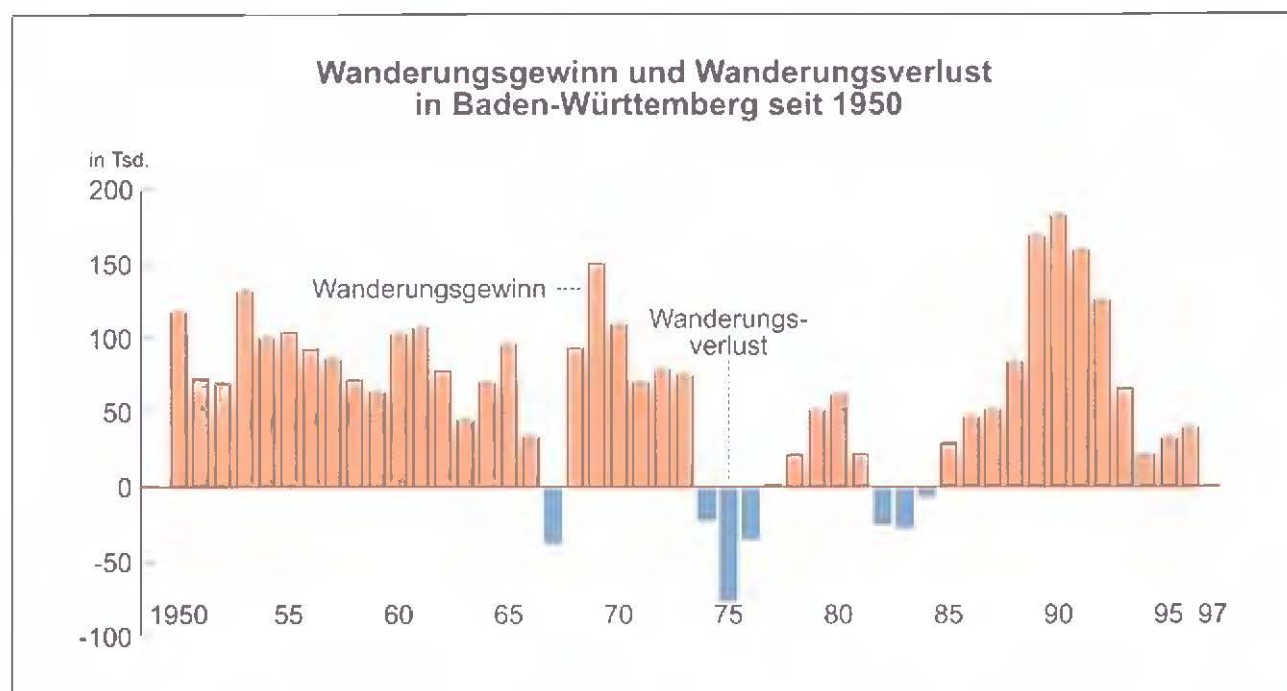
Geburtenüberschuß mit abnehmender Tendenz

Seit 1950 lag in Baden-Württemberg – mit Ausnahme der Jahre 1978 und 1983 – die Zahl der Lebendgeborenen jeweils über derjenigen der Gestorbenen. Im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren hat sich dieser jährliche Geburtenüberschuß aber deutlich verringert und betrug 1997 nur noch 19 000 Personen, obwohl sich die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter stetig vergrößert hat. Hauptursache dieser Entwicklung ist die in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunkene Geburtenhäufigkeit; zum anderen hat sich die Zahl der Gestorbenen aufgrund der Alterung der Bevölkerung erheblich erhöht – und dies, obwohl die durchschnittliche Lebenserwartung stark angestiegen ist.

Die nebenstehende Karte zeigt, daß die überwiegende Zahl der Gemeinden in den betreffenden Jahren Geburtenüberschüsse erzielen konnte. Deutliche Geburtendefizite sind dagegen vor allem in einigen Großstädten des Landes anzutreffen. Hier fällt oftmals eine geringe Fruchtbarkeit mit einer "überalterten" Bevölkerungsstruktur zusammen. Die Karte zeigt weiter, daß es im Umland von Stuttgart viele Gemeinden mit hohen absoluten Geburtenüberschüssen gibt. Knapp ein Drittel der gesamten Überschüsse des Landes entfällt auf die fünf Landkreise der Region Stuttgart. Dies hängt vor allem mit dem hohen Ausländeranteil zusammen: Die ausländische Bevölkerung weist einerseits eine höhere Geburtenhäufigkeit auf, andererseits liegt die Zahl der Gestorbenen aufgrund der jungen Altersstruktur der Ausländer relativ niedrig.

Natürliche Bevölkerungsbewegung in den Gemeinden Baden-Württembergs 1993 bis 1997





Räumliche Bevölkerungsbewegung im Zeitraum 1993 bis 1997

Hohe absolute Wanderungsgewinne:

1. Landkreis Heilbronn	+	18 429
2. Ortenaukreis	+	13 409
3. Landkreis Karlsruhe	+	11 528
4. Rhein-Neckar-Kreis	+	11 200
5. Landkreis Rastatt	+	10 084
Land Baden-Württemberg:	+	162 005
Bundesrepublik Deutschland:	+	1 550 890

Hohe absolute Wanderungsverluste:

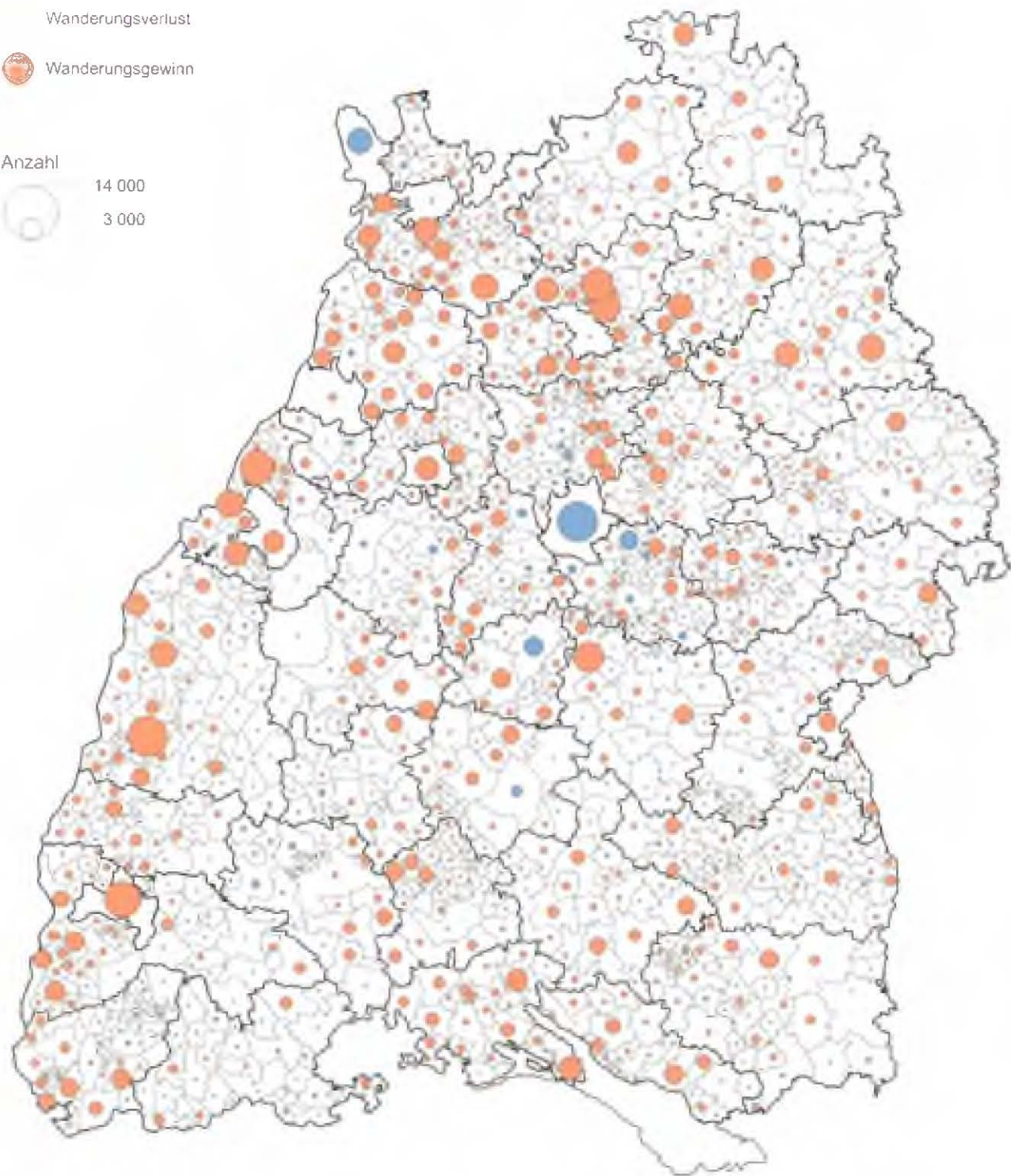
44. Stadtkreis Stuttgart	-	13 597
43. Stadtkreis Mannheim	-	5 749
42. Landkreis Esslingen	-	4 373
41. Landkreis Tübingen	-	996
40. Landkreis Calw	-	226

Wanderungsgewinn 1997 – so niedrig wie noch nie in diesem Jahrzehnt

1997 zogen knapp 3 000 Personen mehr nach Baden-Württemberg als von hier fortzogen. Der Wanderungsgewinn lag damit 1997 so niedrig wie noch nie in diesem Jahrzehnt. Maßgeblich dafür ist vor allem das veränderte Wanderungsgeschehen der ausländischen Bevölkerung. Während 1996 für die Ausländer noch ein Wanderungsüberschuß von etwa 26 000 festgestellt wurde, war der Wanderungssaldo 1997 für diese Bevölkerungsgruppe – vor allem aufgrund der verstärkten Rückwanderungen in das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien – sogar deutlich negativ. Dagegen war der Wanderungssaldo der Deutschen mit einem Plus von etwa 15 000 in den letzten Jahren recht stabil.

Die Karte zeigt das Wanderungsverhalten auf der Ebene der Gemeinden. Über 70 % der Gemeinden erzielten im Zeitraum 1993 bis 1997 Wanderungsgewinne. In den Jahren zuvor (1990 bis 1992) waren es – nicht zuletzt aufgrund der starken Zuwanderungen aus den neuen Bundesländern und aus osteuropäischen Staaten – sogar annähernd 95 % der Gemeinden. Hohe absolute Wanderungsgewinne in den Jahren 1993 bis 1997 zeigen sich insbesondere in Gemeinden der Rheinebene sowie entlang der Autobahn A6 zwischen Hockenheim und Crailsheim. Dagegen entfielen knapp 40 % der Wanderungsverluste in den letzten fünf Jahren allein auf die vier Städte Stuttgart, Mannheim, Tübingen und Esslingen.

Wanderungssaldo
in den Gemeinden Baden-Württembergs 1993 bis 1997



Privathaushalte 1996

Hohe Anteile an Einpersonenhaushalten:

1. Stadtkreis Freiburg im Breisgau	55,2 %
2. Stadtkreis Heidelberg	52,6 %
3. Stadtkreis Stuttgart	50,5 %
4. Stadtkreis Mannheim	50,1 %
5. Stadtkreis Karlsruhe	47,8 %
Land Baden-Württemberg:	36,6 %
Bundesrepublik Deutschland:	35,4 %

Niedrige Anteile an Einpersonenhaushalten:

44. Alb-Donau-Kreis	26,4 %
43. Neckar-Odenwald-Kreis	28,4 %
42. Landkreis Heilbronn	29,2 %
Hohenlohekreis	29,2 %
40. Enzkreis	29,6 %

Hohe Anteile an Zwei- bis Vierpersonenhaushalten:

1. Enzkreis	64,9 %
Landkreis Karlsruhe	64,9 %
3. Alb-Donau-Kreis	63,9 %
Landkreis Heilbronn	63,9 %
5. Zollernalbkreis	63,6 %
Land Baden-Württemberg:	57,8 %
Bundesrepublik Deutschland:	60,0 %

Niedrige Anteile an Zwei- bis Vierpersonenhaushalten:

44. Stadtkreis Freiburg im Breisgau	41,8 %
43. Stadtkreis Heidelberg	44,6 %
42. Stadtkreis Stuttgart	46,7 %
41. Stadtkreis Mannheim	47,0 %
40. Stadtkreis Karlsruhe	49,6 %

Hohe Anteile an Haushalten mit fünf und mehr Personen:

1. Landkreis Biberach	10,4 %
2. Landkreis Sigmaringen	10,3 %
3. Alb-Donau-Kreis	9,7 %
4. Hohenlohekreis	9,3 %
Landkreis Schwäbisch Hall	9,3 %
Land Baden-Württemberg:	5,7 %
Bundesrepublik Deutschland:	4,6 %

Niedrige Anteile an Haushalten mit fünf und mehr Personen:

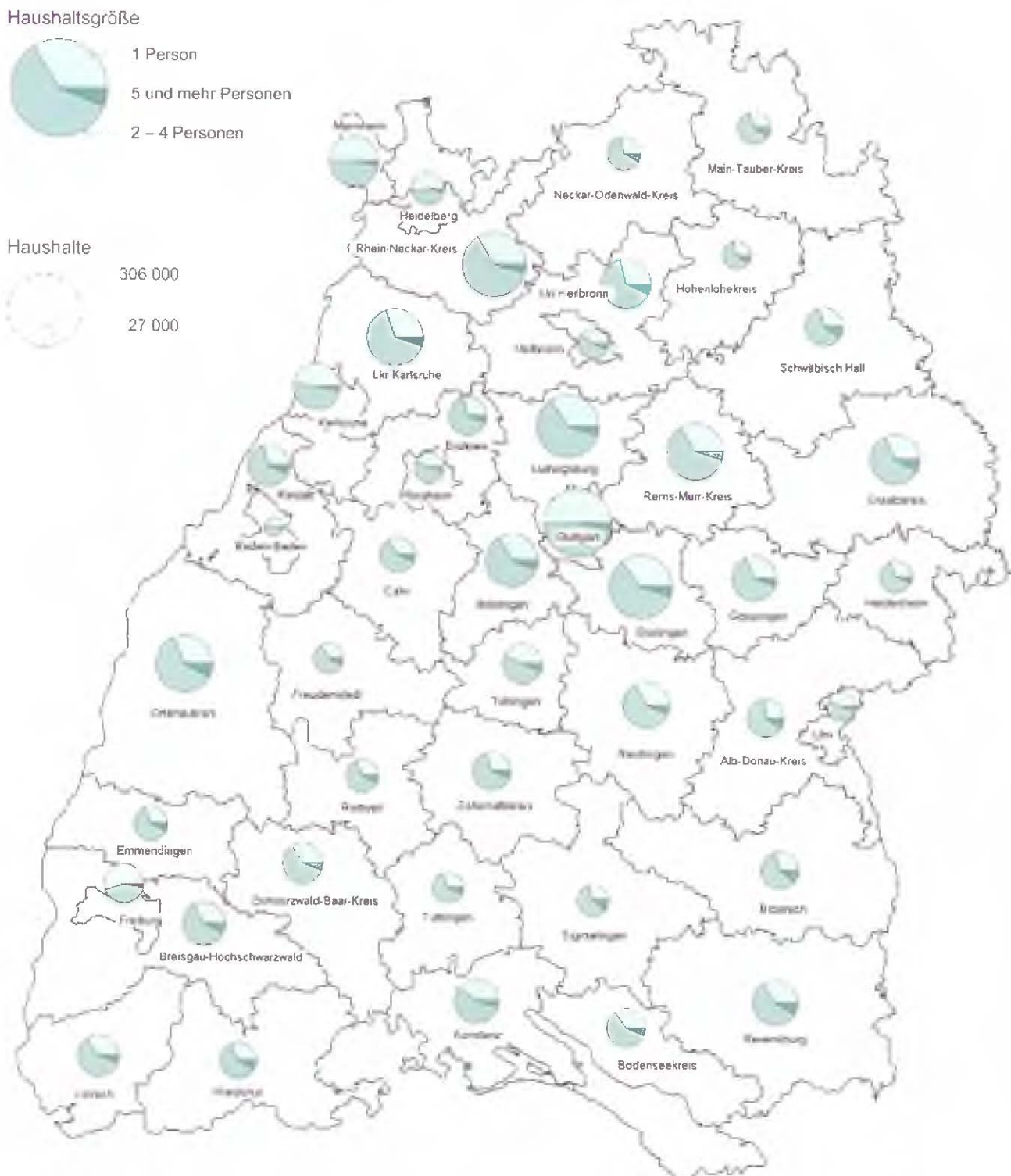
44. Stadtkreis Baden-Baden	2,6 %
Stadtkreis Karlsruhe	2,6 %
42. Stadtkreis Heidelberg	2,8 %
41. Stadtkreis Mannheim	2,9 %
Stadtkreis Stuttgart	2,9 %

In den Großstädten ist schon jeder zweite Haushalt ein Einpersonenhaushalt

Die durchschnittliche Haushaltsgröße hat sich in den letzten Jahrzehnten gravierend verändert. Belief sich zu Beginn der 60er Jahre die durchschnittliche Personenzahl je Haushalt noch auf einen rechnerischen Wert von 2,9 Personen, so ist dieser Wert bis zum Jahr 1997 auf nur noch 2,2 Personen gesunken. Begleitet wurde diese Entwicklung von einem rasanten Anstieg der Zahl der Privathaushalte, die sich seit 1961 landesweit von 2,64 Mill. auf 4,72 Mill. erhöht hat. Neben der deutlichen Zunahme der Bevölkerung hat vor allem die schon längerfristig beobachtbare Verschiebung hin zu kleineren Haushalten zur allgemeinen Ausweitung der Zahl der Privathaushalte beigetragen. Dieser Trend hat sich aber in den letzten Jahren erheblich verlangsamt und kommt in der Zukunft aller Voraussicht nach praktisch zum Stillstand.

Die regionalen Unterschiede in der Haushaltsgröße sind erheblich; so liegt der Anteil der Einpersonenhaushalte in den Großstädten bereits bei 50 %, in den ländlich geprägten Gebieten ist er nicht einmal halb so hoch. Diese Diskrepanzen sind vor allem auf Unterschiede bei den Anteilen an Single- und Witwenhaushalten, bei der Scheidungshäufigkeit und der Erwerbsbeteiligung sowie auf andere längerfristig wirkende Traditionen zurückzuführen.

Privathaushalte*)
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1996



*) Ergebnisse der kleinräumigen Haushaltsvorausrechnung
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Konfessionszugehörigkeit 1995

Hoher Anteil an Evangelischen:

1. Landkreis Schwäbisch Hall	62,5 %
2. Landkreis Calw	58,6 %
3. Enzkreis	57,8 %
4. Landkreis Reutlingen	56,3 %
5. Rems-Murr-Kreis	53,3 %
Land Baden-Württemberg:	39,3 %
Bundesrepublik Deutschland:	34,1 %

Geringer Anteil an Evangelischen:

44. Landkreis Ravensburg	17,9 %
Landkreis Sigmaringen	17,9 %
42. Landkreis Biberach	18,1 %
41. Landkreis Waldshut	21,2 %
40. Landkreis Rastatt	21,7 %

Hoher Anteil an Katholiken:

1. Landkreis Biberach	73,0 %
2. Landkreis Sigmaringen	71,3 %
3. Landkreis Ravensburg	70,7 %
4. Landkreis Rastatt	68,4 %
5. Landkreis Waldshut	66,5 %
Land Baden-Württemberg:	43,8 %
Bundesrepublik Deutschland:	33,4 %

Geringer Anteil an Katholiken:

44. Landkreis Calw	23,1 %
43. Landkreis Schwäbisch Hall	24,1 %
42. Enzkreis	25,9 %
41. Landkreis Reutlingen	26,0 %
40. Rems-Murr-Kreis	27,4 %

Hoher Anteil an sonstigen Konfessionen und Konfessionslosen:

1. Stadtkreis Stuttgart	29,2 %
2. Stadtkreis Mannheim	25,8 %
3. Stadtkreis Heidelberg	24,5 %
4. Stadtkreis Heilbronn	21,7 %
5. Stadtkreis Ulm	21,6 %
Land Baden-Württemberg:	16,9 %
Bundesrepublik Deutschland:	32,5 %

Geringer Anteil an sonstigen Konfessionen und Konfessionslosen:

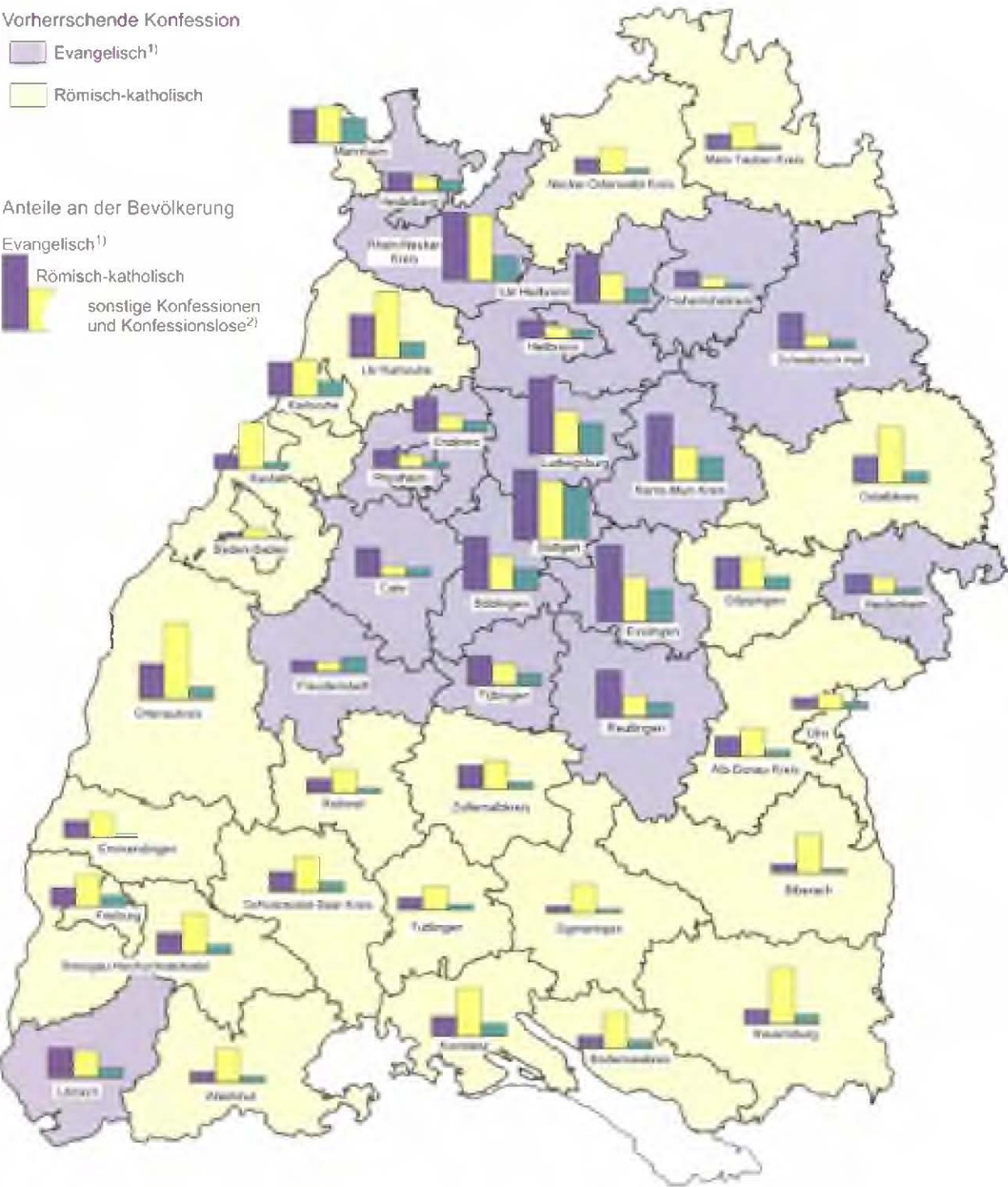
44. Main-Tauber-Kreis	8,6 %
43. Landkreis Biberach	8,9 %
42. Ortenaukreis	9,6 %
41. Landkreis Rastatt	9,9 %
40. Neckar-Odenwald-Kreis	10,2 %

Enorme Wanderungsströme haben die einstige Konfessionsverteilung aufgelockert

Zu Beginn dieses Jahrhunderts lebten im Gebiet des heutigen Baden-Württembergs 4 Mill. Einwohner. Von diesen waren 54 % evangelisch, 45 % katholisch, und nur 1 % gehörte keiner oder einer sonstigen Religionsgemeinschaft an. In den folgenden Jahrzehnten und insbesondere durch die Wellen der Zuwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg ist nicht nur die Bevölkerung auf über 10 Mill. Einwohner angestiegen, auch die Anteile der Konfessionen haben sich signifikant verschoben: Ende 1995 waren die Katholiken mit 44 % die größte konfessionelle Gruppe, nur noch 39 % waren evangelisch und immerhin 17 % gehörten keiner oder einer sonstigen Religionsgemeinschaft an.

Was die regionale Verbreitung der beiden christlichen Hauptkonfessionen betrifft, so waren diese entsprechend der einstigen Territorialgliederung im 19. Jahrhundert noch deutlich voneinander zu unterscheiden. Den einheitlichen protestantischen Gemeinden vor allem Altwürttembergs standen die ebenso geschlossenen katholischen Gegenden, insbesondere Vorderösterreichs und Hohenzollerns, gegenüber. Auch wenn es – wie die Karte verdeutlicht – auch heute noch regionale Schwerpunkte in der Konfessionsverteilung gibt, so haben die bereits angesprochenen enormen Wanderungsbewegungen zu einer Durchmischung der Bevölkerung geführt. Es gibt heute kaum mehr Gemeinden, die nur von Evangelischen oder nur von Katholiken bewohnt werden.

Konfessionszugehörigkeit*)
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1995



*) Ohne Kirchenein-, -aus- und -übertritte. Lebendgeborene werden nach der Religionszugehörigkeit der Mutter ausgewertet – 1) einschließlich Freikirchen – 2) im Landkreis Freudenstadt überhöhter Anteil durch Aufnahmелager

Kapitel 3

Bauen und Wohnen

Wohn- und Geschäftsbauten am Adenauerplatz in Backnang, Rems-Murr-Kreis

Im Regionalplan des Verbandes Region Stuttgart vom 22. Juli 1998 ist Backnang als Mittelzentrum und Entlastungsort für den Regionskern ausgewiesen. Nach diesem Planungskonzept ist hier weitere Wohnsiedlungsentwicklung sowie die Ansiedlung zusätzlicher Arbeitsplätze zu konzentrieren und eine Beeinträchtigung wertvoller Freiräume zu vermeiden.

Foto: Züblin AG, Stuttgart



Definitionen

Baureifes Land

Eine Bebauung des Grundstücks ist sofort möglich. Das Land muß nach der baulichen Ordnung in der Gemeinde zur Bebauung anstehen.

Gebäude

Als Gebäude gelten nach der Systematik der Bauwerke selbständig benutzbare, überdachte Bauwerke, die auf Dauer errichtet sind und von Menschen betreten werden können. Sie dienen dem Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen. Dabei kommt es auf die Umschließung durch Wände nicht an. Gebäude in diesem Sinne sind auch selbständig benutzbare, unterirdische Bauwerke. Unterkünfte, wie zum Beispiel Baracken, Gartenlauben und Behelfsheime, die nur für begrenzte Dauer errichtet oder von geringem Wohnwert sind, werden nicht zu den Gebäuden gerechnet.

Industrieland

Das Grundstück ist im Bebauungsplan als reines Industriegebiet ausgewiesen oder für eine überwiegend industrielle Nutzung vorgesehen

Kaufwerte von Bauland

Berücksichtigt werden durch Kauf erworbene, unbebaute Grundstücke, die im Baugebiet der Gemeinde liegen und eine Fläche von mindestens 100 m² haben. Der Kaufwert enthält keine Grunderwerbsnebenkosten, wie zum Beispiel Vermessungskosten, Notariatsgebühren oder Grunderwerbsteuern.

Wohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser rechnen ebenfalls dazu.

Wohnung

Eine Wohnung besteht aus einem oder mehreren Räumen und verfügt über eine eigene – nicht nur behelfsmäßige – Kochgelegenheit. Sie hat grundsätzlich einen eigenen abschließbaren Zugang unmittelbar vom Freien, einem Treppenhaus oder einem Vorraum, ferner Wasserversorgung, Ausguß und Toilette, die auch außerhalb des Wohnungsabschlusses liegen können

Wohnungsbestand

Der Wohnungsbestand wird zwischen den Gebäude- und Wohnungszählungen durch Fortschreibung der Ergebnisse mit Hilfe der Bautätigkeitsstatistik ermittelt.

Wohnungersatzbedarf

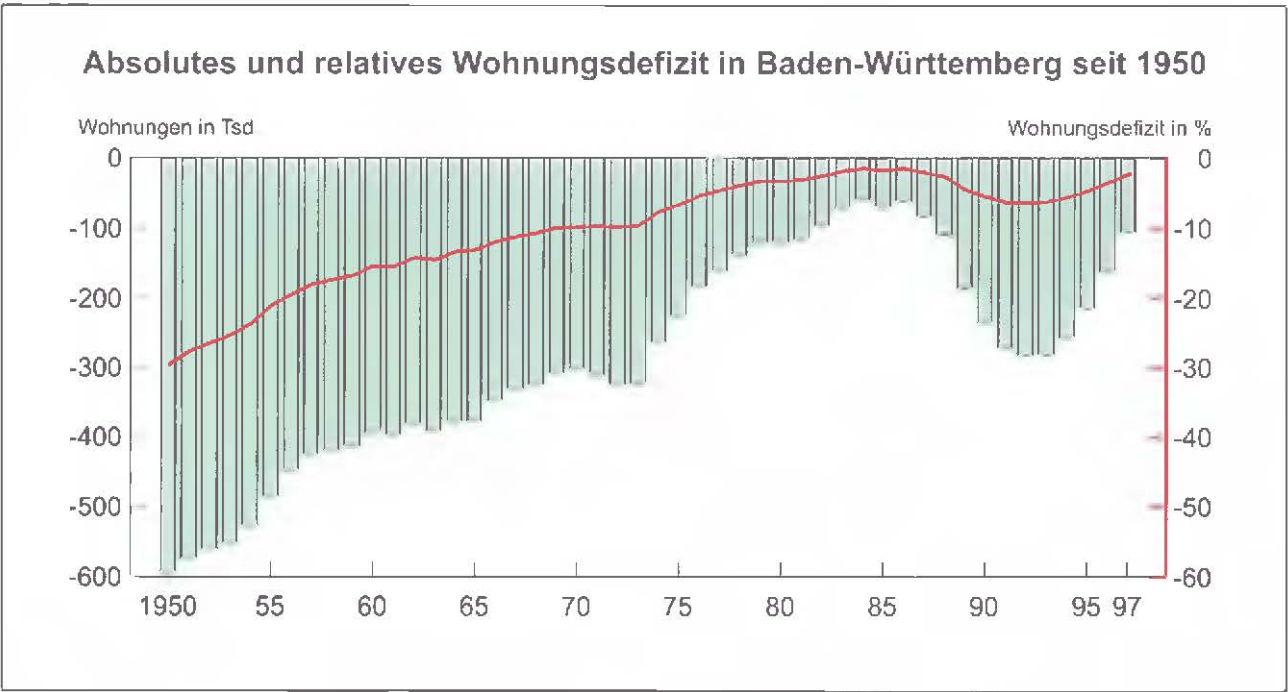
Diese Komponente berücksichtigt den im Prognosezeitraum zu erwartenden Wegfall von Wohnungen aufgrund von Abrissen, Umwidmungen oder Zusammenlegungen von Wohnungen. Es wurden, da die Abgangsquoten stark vom Baualter der Gebäude abhängen, für die Baualtersgruppen "bis 1918", "von 1919 bis 1948" und "von 1949 bis 1957" jeweils separate Abgangsquoten berechnet.

Wohnungsneubedarf

Der Wohnungsneubedarf berücksichtigt den Bedarf aufgrund steigender Haushaltszahlen während des Prognosezeitraums. Zur Ermittlung der voraussichtlichen Entwicklung der Haushalte wurde eine Haushaltsprognose erstellt, welche wiederum eine Bevölkerungsvorausrechnung voraussetzt.

Wohnungsversorgung

Bei der Ermittlung der Wohnungsversorgung wurde unterstellt, daß für jeden Haushalt mit Wohnungsbedarf eine Wohnung zur Verfügung stehen soll. Als Haushalte mit Wohnungsbedarf werden alle Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte angesehen. Dagegen wird nur für einen Teil der Untermieterhaushalte ein Wohnungsbedarf angenommen: für alle, die zwei oder mehr Personen zählen, und für 10 % der Einpersonen-Untermieterhaushalte. Für die übrigen Untermieterhaushalte wird angenommen, daß sie keinen Bedarf nach einer eigenen Wohnung haben, da sie zum Beispiel als Studenten oder Monteure an einem anderen Ort ihre eigentliche Wohnung haben und nur temporär in einem Untermieterverhältnis leben. Diesen Haushalten mit Wohnungsbedarf wird der Wohnungsbestand nach Abzug einer für einen funktionierenden Wohnungsmarkt notwendigen Fluktuationsreserve gegenübergestellt. Bei der Berechnung dieser regionalisierten Fluktuationsreserve wurde von der Annahme ausgegangen, daß sie von der Zahl der Umzüge und damit von den Zu- und Wegzügen, also dem Wanderungsvolumen, abhängt.



Wohnungsversorgung 1996¹⁾

Größtes rechnerisches Wohnungsdefizit:

1. Stadtkreis Freiburg im Breisgau	– 20,0 %
2. Stadtkreis Heidelberg	– 14,8 %
3. Stadtkreis Stuttgart	– 13,3 %
4. Stadtkreis Karlsruhe	– 11,2 %
5. Landkreis Tübingen	– 9,8 %
Land Baden-Württemberg	– 3,7 %
Deutschland (alte Bundesländer):	– 4,5 %

Größte rechnerische Überversorgung:

44. Landkreis Biberach	+ 4,5 %
43. Landkreis Sigmaringen	+ 2,5 %
Stadtkreis Baden-Baden	+ 2,5 %
41. Landkreis Freudenstadt	+ 2,4 %
40. Bodenseekreis	+ 2,2 %

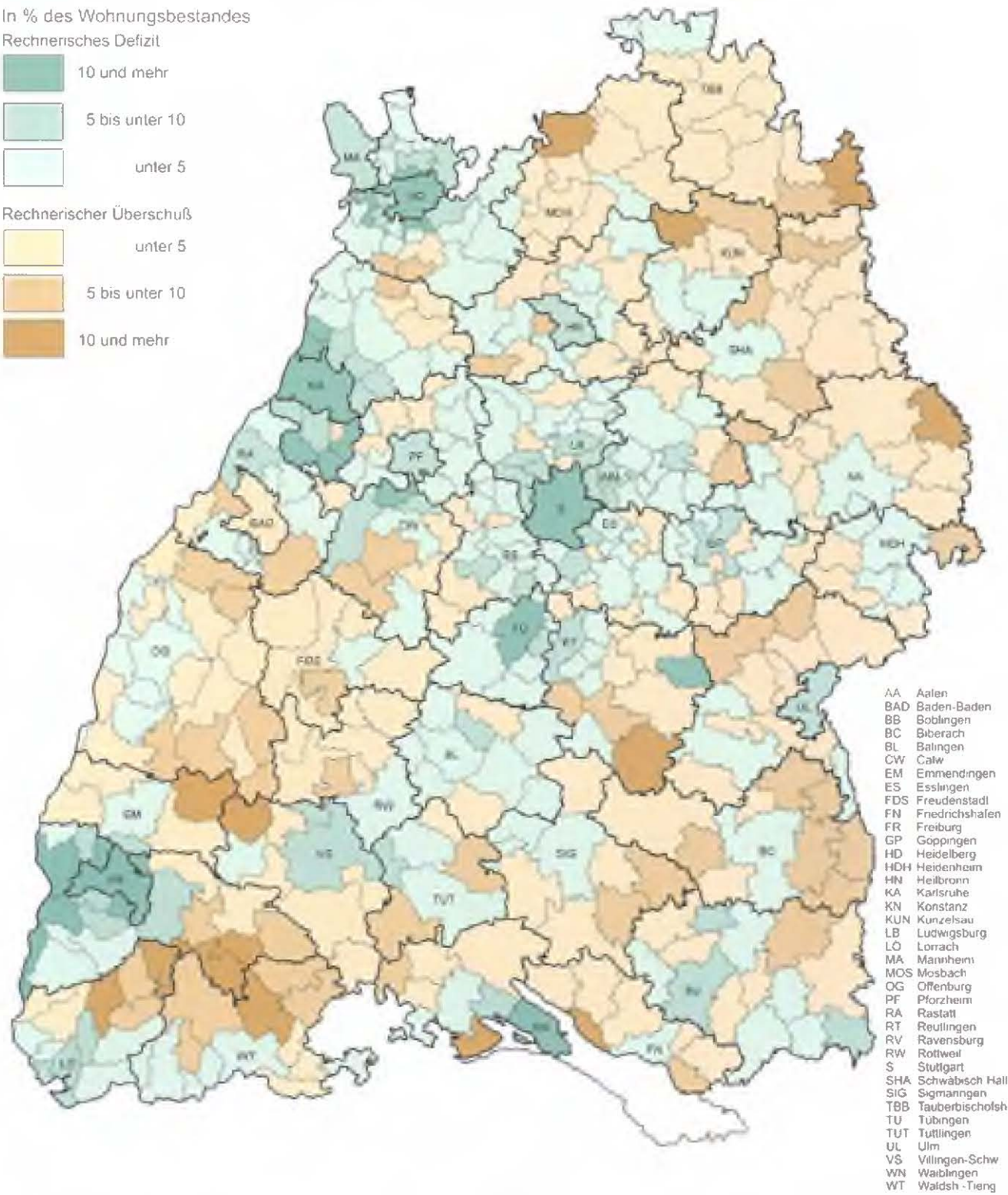
1) in % des Wohnungsbestandes 1996

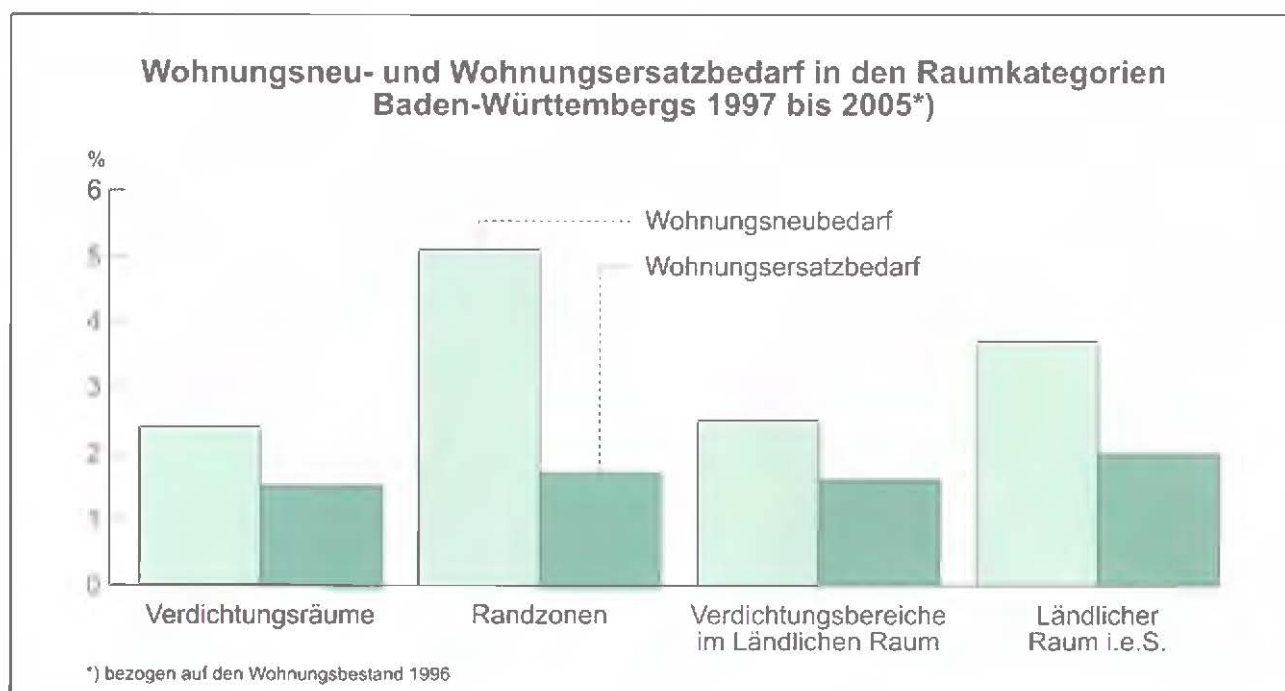
Flächendeckende Entspannung des Wohnungsmarktes

Die Bewertung der Wohnungsversorgung wird üblicherweise anhand einer Gegenüberstellung der Zahl der Haushalte und des Wohnungsbestandes vorgenommen, wobei zusätzlich eine für einen funktionierenden Wohnungsmarkt notwendige Fluktuationsreserve berücksichtigt wird. Entsprechend diesem Ansatz fehlten Ende 1993 landesweit noch 295 000 Wohnungen. Seither war die Entwicklung durch eine enorme Bautätigkeit gekennzeichnet – der Wohnungsbestand nahm landesweit von Ende 1993 bis Ende 1996 um etwa 260 000 zu. Andererseits hat sich in diesem Zeitraum die Zahl der Haushalte mit Wohnungsbedarf zwar erhöht, die durchschnittliche jährliche Zunahme war mit ca. 45 000 allerdings deutlich geringer als diejenige der Baufertigstellungen. Aufgrund dieser Entwicklung hat sich das Wohnungsdefizit im Land binnen dreier Jahre um etwa 40 % auf 167 000 reduziert.

Der Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg hat sich in den letzten Jahren praktisch flächendeckend entspannt. 1996 waren knapp 650 baden-württembergische Gemeinden voll- oder bereits "überversorgt"; das sind annähernd 60 % der Kommunen. 1993 waren es erst etwa 400 Gemeinden. Wie die nebenstehende Karte zeigt, sind dabei günstige Situationen vor allem in den ländlichen Räumen anzutreffen. Für diese wurde sogar eine rechnerische Überversorgung in Höhe von 2 % des Wohnungsbestandes ermittelt. Dagegen ist das Wohnungsdefizit in den Verdichtungsräumen des Landes mit gut 8 % auch weiterhin beachtlich.

Wohnungsversorgung in den Verwaltungsgemeinschaften und
Einheitsgemeinden Baden-Württembergs 1996





Wohnungsbedarf im Zeitraum 1997 bis 2005¹⁾

Höchster Wohnungsbedarf:

1. Landkreis Calw	9,2 %
2. Landkreis Heilbronn	8,0 %
3. Landkreis Tübingen	7,9 %
4. Enzkreis	7,7 %
5. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	7,0 %
Land Baden-Württemberg:	5,1 %
Bundesrepublik Deutschland:	kein Vergleichswert vorhanden

Geringster Wohnungsbedarf:

44. Stadtkreis Karlsruhe	1,9 %
43. Stadtkreis Stuttgart	2,5 %
42. Main-Tauber-Kreis	3,1 %
41. Stadtkreis Mannheim	3,2 %
Schwarzwald-Baar-Kreis	3,2 %

1) Wohnungsneubedarf und -ersatzbedarf

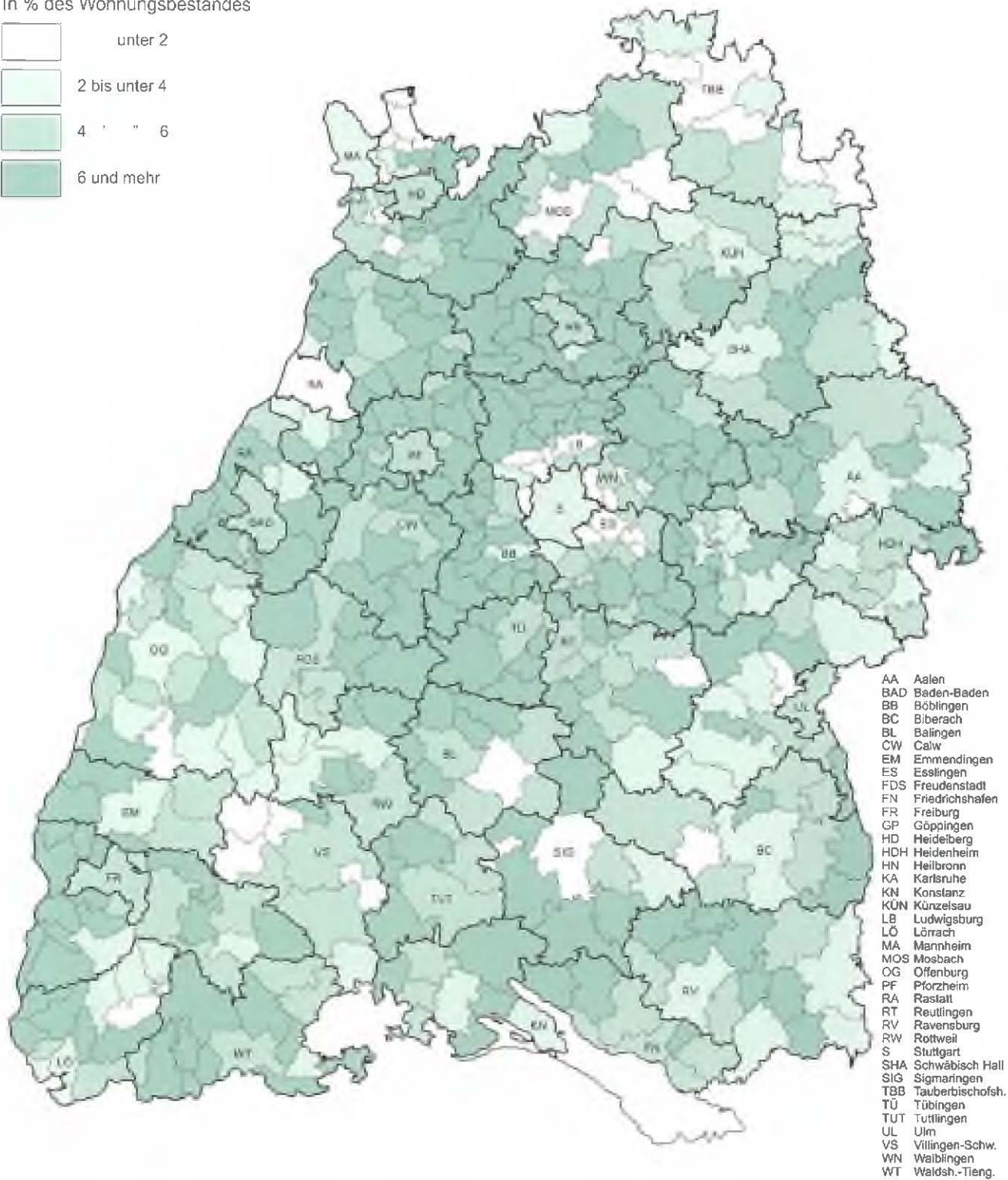
Für die Zukunft wird ein moderater Wohnungsbedarf erwartet

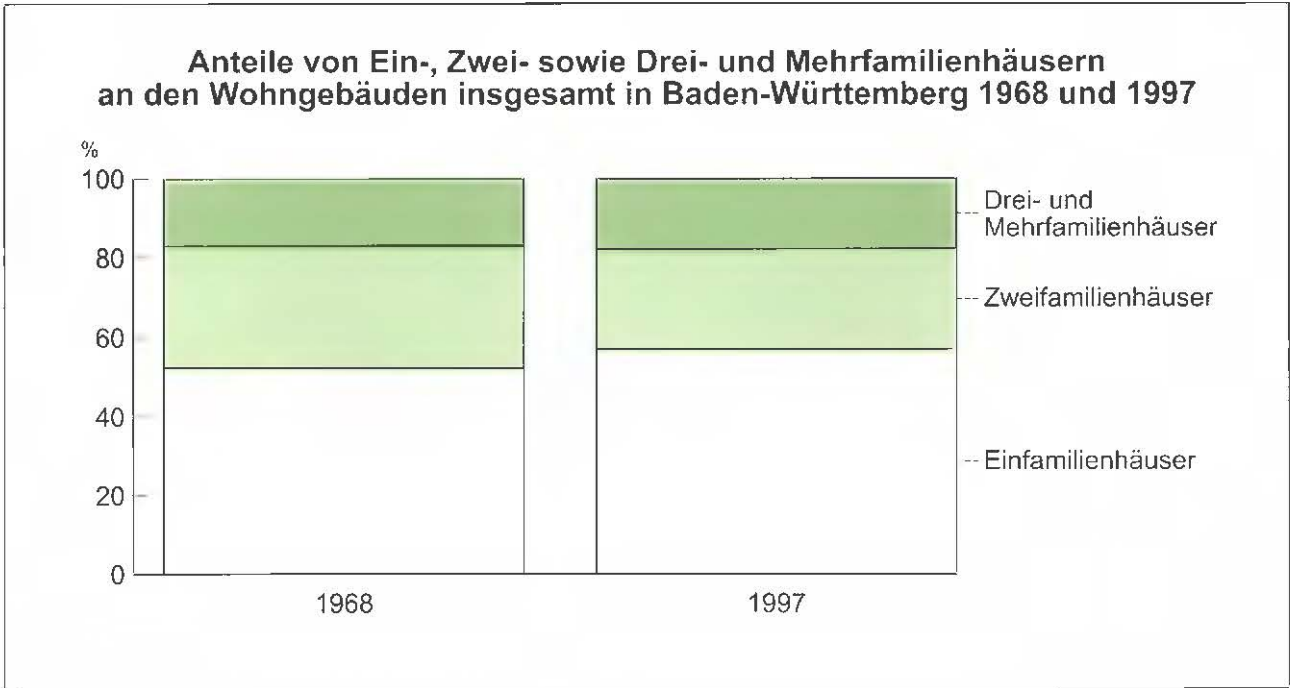
Der künftige Wohnungsbedarf setzt sich zum einen aus (möglicherweise) steigenden Haushaltszahlen ("Wohnungsneubedarf") sowie zum anderen aus dem voraussichtlichen Wegfall von Wohnungen aufgrund von Abrissen, Umwidmungen oder Zusammenlegungen von Wohnungen ("Wohnungsersatzbedarf") zusammen. Aus der erwarteten Zunahme der Bevölkerungs- und Haushaltszahlen resultiert für die Jahre 1997 bis 2005 ein Wohnungsneubedarf von landesweit knapp 150 000 Wohnungen; für den gleichen Zeitraum wurde ein Ersatzbedarf in Höhe von 77 000 Wohnungen ermittelt. Der künftige Wohnungsbedarf insgesamt liegt damit bei 227 000 Einheiten.

In den Ergebnissen zum Wohnungsneubedarf spiegelt sich – was auch anhand der nebenstehenden Karte vor allem für den Großraum Stuttgart deutlich wird – der sogenannte Suburbanisierungsprozeß wieder. Das heißt, daß sich die Entwicklungsdynamik weiterhin von den großen Agglomerationszentren ins Umland verlagern wird; den höchsten Neubedarf werden die Randzonen, gefolgt vom Ländlichen Raum i.e.S., haben. Erheblich geringer wird der Zuwachs in den Verdichtungsräumen und den Verdichtungsgebieten des Ländlichen Raumes ausfallen. Dagegen zeigt sich beim Wohnungsersatzbedarf ein relativ einheitliches Bild: Die Spannweite reicht lediglich von 1,5 % – bezogen auf den Wohnungsbestand – in den Verdichtungsräumen bis 2,0 % im Ländlichen Raum i.e.S.

Wohnungsbedarf in den Verwaltungsgemeinschaften und
Einheitsgemeinden Baden-Württembergs 1997 bis 2005

In % des Wohnungsbestandes





Anteil der Einfamilienhäuser an den Wohngebäuden 1997

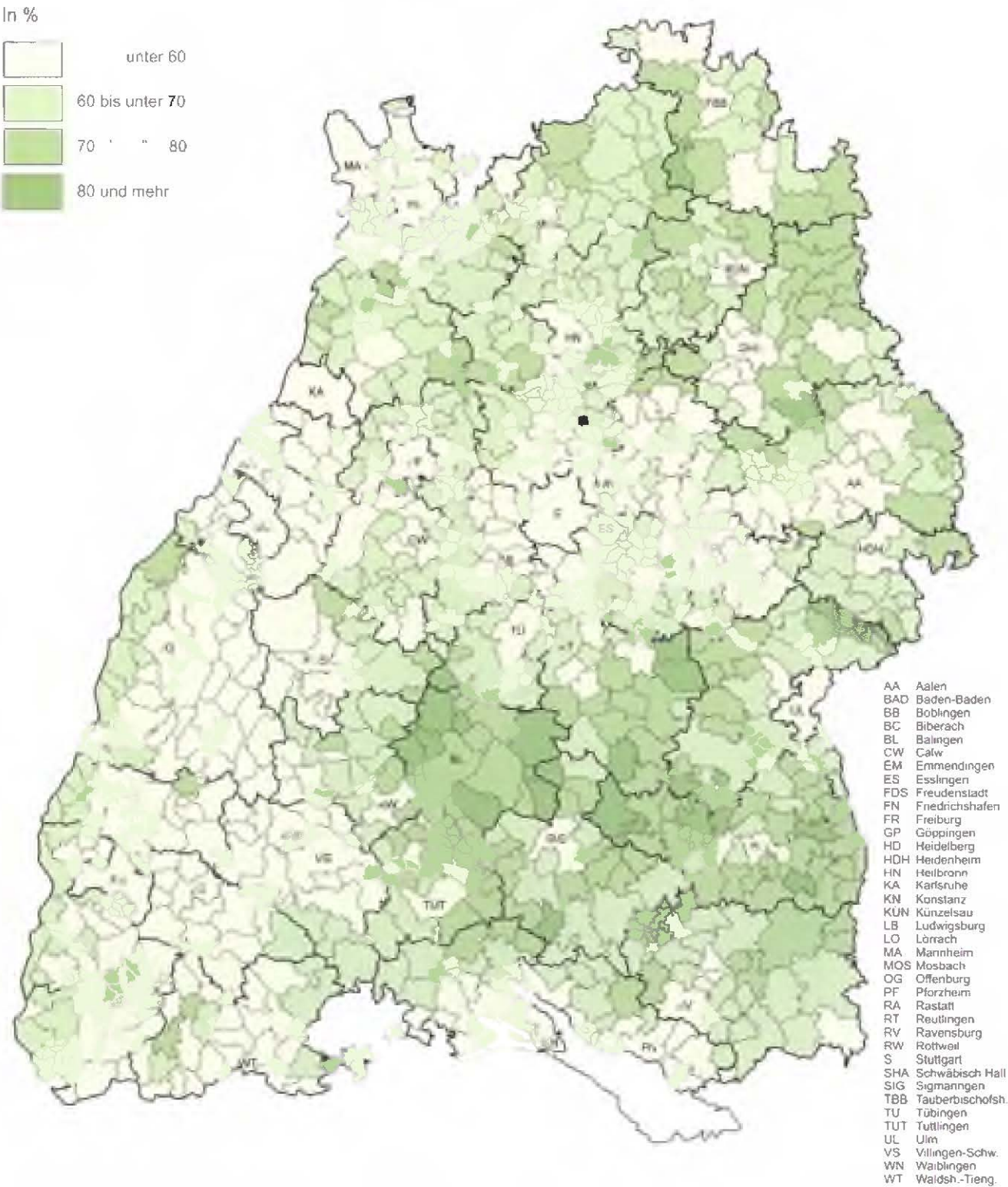
Hohe Anteile:		Geringe Anteile:	
1. Zollernalbkreis	76,8 %	44. Stadtkreis Stuttgart	28,7 %
2. Landkreis Biberach	72,4 %	43. Stadtkreis Freiburg im Breisgau	37,7 %
3. Landkreis Sigmaringen	69,0 %	42. Stadtkreis Heidelberg	37,9 %
4. Alb-Donau-Kreis	68,5 %	41. Stadtkreis Mannheim	39,0 %
5. Hohenlohekreis	67,0 %	40. Stadtkreis Baden-Baden	40,0 %
Land Baden-Württemberg:	57,0 %		
Bundesrepublik Deutschland:	61,5 % (1996)		

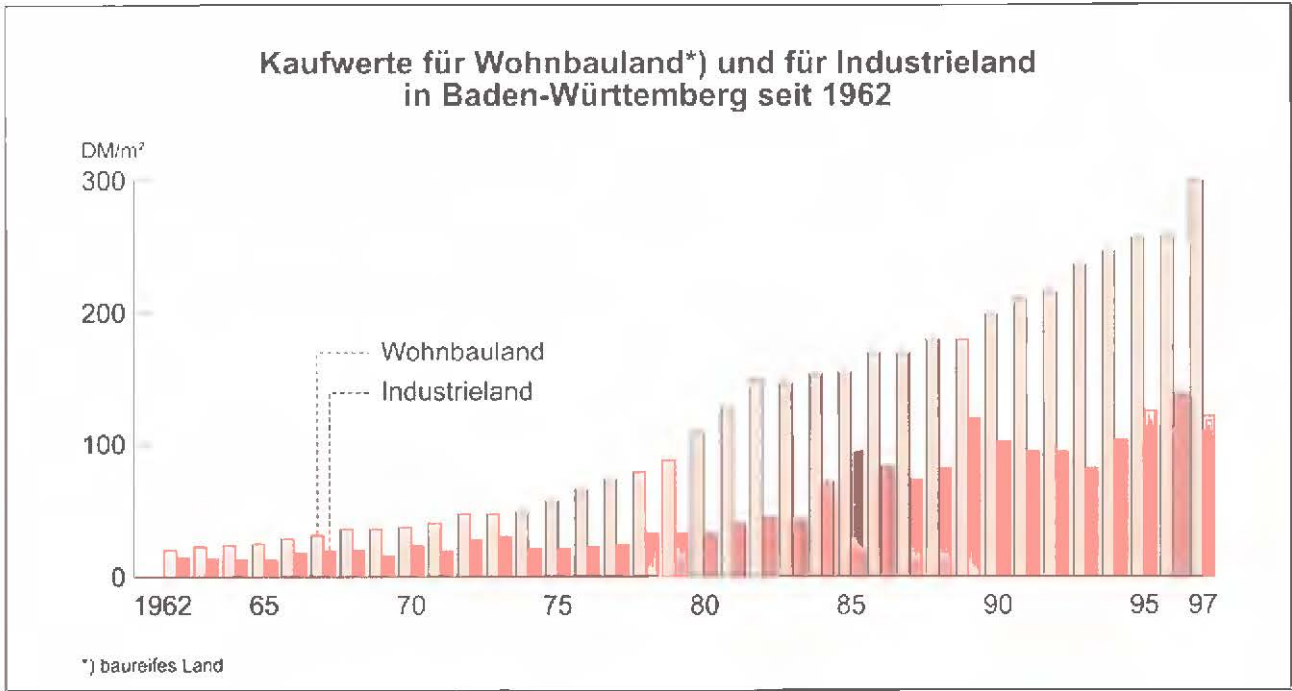
Deutliche regionale Unterschiede beim Anteil der Einfamilienhäuser

Der Wohnungsbestand Baden-Württembergs hat sich im Zuge des enormen Bevölkerungszuwachses in den letzten Jahrzehnten erheblich erhöht: 1950 gab es erst 1,49 Mill. Wohnungen, Ende 1997 bereits 4,54 Mill. Der Zuwachs an Wohnungen (+ 205 %) war damit deutlich stärker als das Bevölkerungswachstum (+ 62 %). Ursachen dieser Diskrepanz zwischen Wohnungsbestands- und Bevölkerungsveränderung waren der Wiederaufbau der zerstörten Gebäude nach dem Zweiten Weltkrieg, der anhaltende Trend hin zu kleineren Haushalten ("Singularisierung") und nicht zuletzt die stetige Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse.

Aber nicht nur der Wohnungsbestand insgesamt hat sich verändert, auch bei der Aufteilung der Wohngebäude nach der Gebäudegröße hat sich ein nicht unerheblicher Wandel vollzogen: Innerhalb der letzten 30 Jahre hat der Anteil der Einfamilienhäuser um 5 Prozentpunkte zugenommen, derjenige der Zweifamilienhäuser um 5 Prozentpunkte abgenommen; der Anteil der Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen blieb dagegen praktisch unverändert. Wie die nebenstehende Karte belegt, variiert dabei die Gebäudestruktur in den Teilräumen des Landes signifikant: Unter anderem bedingt durch die unterschiedliche Höhe der Baulandpreise ist der Anteil der Einfamilienhäuser insbesondere auf der Schwäbischen Alb, in Oberschwaben und Franken höher, in den verdichteten Gebieten um Stuttgart, Heidelberg/Mannheim und entlang des Bodensees geringer. Daß auch im Schwarzwald der Anteil der Einfamilienhäuser unterdurchschnittlich ist, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß hier oftmals Häuser mit Ferienwohnungen gebaut wurden.

Anteil der Einfamilienhäuser an den Wohngebäuden
in den Gemeinden Baden-Württembergs 1997





Kaufwerte für Wohnbauland im Zeitraum 1995 bis 1997

Die höchsten Kaufwerte in DM/m²:

1. Stadtkreis Stuttgart	1 381
2. Stadtkreis Heidelberg	1 120
3. Landkreis Esslingen	708
4. Landkreis Böblingen	616
5. Landkreis Ludwigsburg	603
Land Baden-Württemberg:	269
Bundesrepublik Deutschland:	120

Die geringsten Kaufwerte in DM/m²:

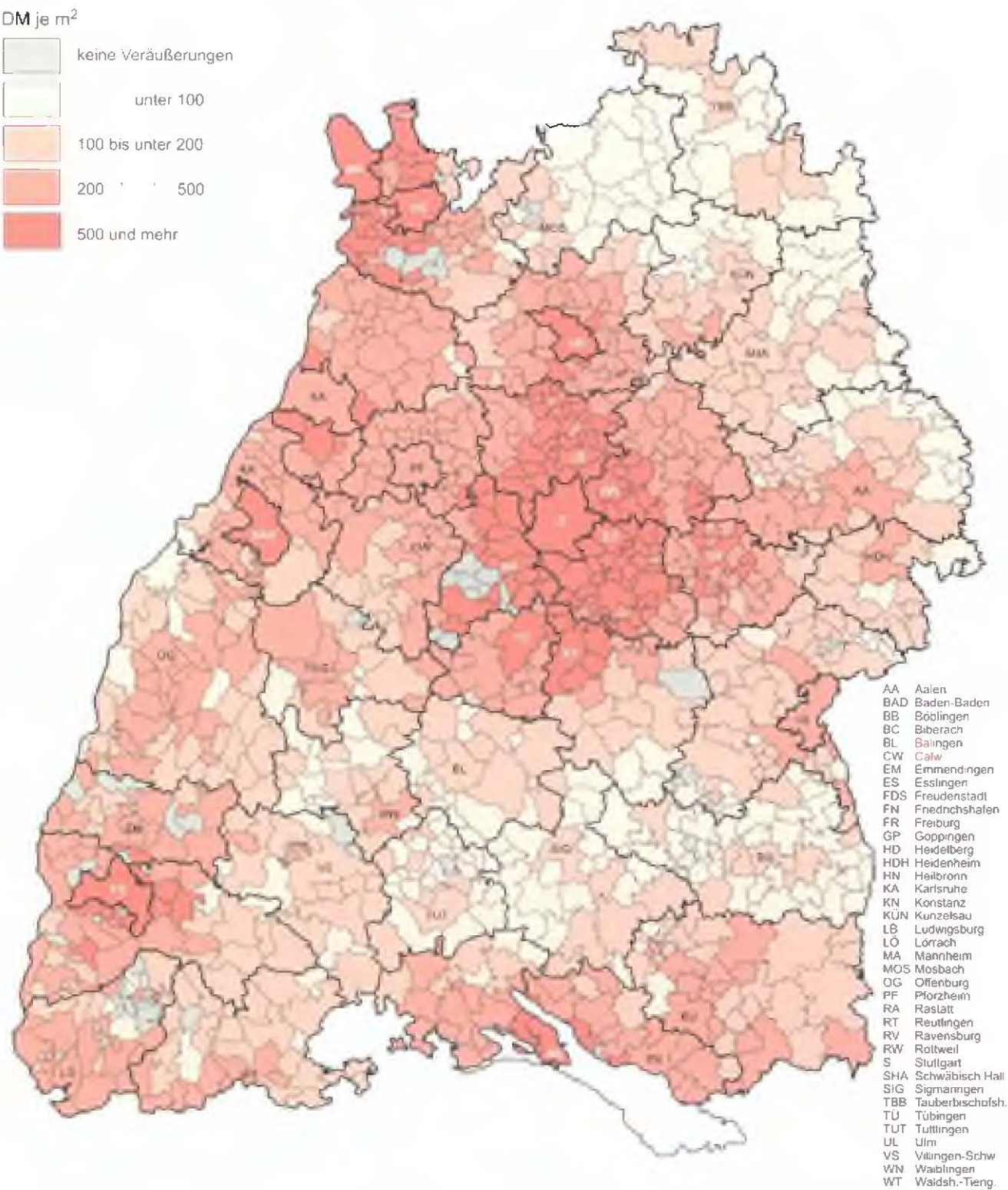
44. Neckar-Odenwald-Kreis	79
43. Landkreis Biberach	84
42. Landkreis Sigmaringen	100
41. Landkreis Schwäbisch Hall	105
40. Main-Tauber-Kreis	107

Baulandpreise liegen in den Großstädten viermal so hoch wie in den übrigen Gemeinden des Landes

Entscheidend für den Preis oder Wert eines Baugrundstücks ist nicht zuletzt die nach der örtlichen Bauleitplanung zulässige Nutzungsmöglichkeit. Eine Differenzierung der Baulandpreise nach der Art des Baugebiets zeigt, daß diese 1997 für baureifes Land mit 299 DM je m² erheblich höher als diejenigen für Rohbauland (56 DM), Industrieland (121 DM) oder für Verkehrszwecke (99 DM) lagen. Gegenüber 1970 bedeutet dies eine Steigerung des Quadratmeter-Preises für baureifes Land um das Siebenfache. Der Anstieg war damit in diesem Zeitraum mehr als viermal so stark wie derjenige der allgemeinen Lebenshaltungskosten.

Die Unterschiede im regionalen Preisniveau für baureifes Land sind enorm. Wie aus der nebenstehenden Karte zu erkennen ist, sind die Preise in den Räumen Stuttgart und Heidelberg/Mannheim, im Breisgau und am Bodensee am höchsten. Darüber hinaus zeigt sich, daß die Durchschnittspreise in den neun Großstädten des Landes sogar viermal so hoch wie in den übrigen 1102 Gemeinden des Landes liegen. Die Ursachen dieses regionalen Preisgefälles sind vielschichtig. Entscheidend hierfür dürfte aber vor allem die Bevölkerungs- bzw. Siedlungsdichte sowie das örtliche Angebots-/Nachfrage-Verhältnis auf dem Grundstücksmarkt sein.

Durchschnittliche Kaufwerte für Wohnbauland
in den Gemeinden Baden-Württembergs 1995 bis 1997



Lebensträume werden wahr.



BADENIA

Ihre Bausparkasse.



Badenia Bausparkasse AG · Badeniaplatz 1 · 76114 Karlsruhe
Telefon (07 21) 9 95-0 · www.badenia.de

Bezahlbar, variabel, schlüsselfertig

Das Haus, das Ihre Bürger wollen

Rund 100.000 Haushalte
in Baden-Württemberg
interessieren sich für ein
Haus im Preisrahmen
von DM 350.000,- bis
DM 400.000,-.

Ein Potential, für das wir
ein spezielles Reihenhaus-
programm entwickelt
haben – das ab ca. 12
Einheiten realisierbar ist.

Mit geeigneten Grund-
stücken wird daraus
das Angebot, das auch
in Ihrer Kommune stark
nachgefragt ist.



Unverbindliche Illustration



**Sprechen wir darüber!
Handeln wir zusammen!**

Herr Rudolph freut sich auf Ihren Anruf.

Telefon **0711/21 77-215**



LEG

LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg mbH
Katharinenstraße 20 · 70182 Stuttgart · Tel. 07 11/21 77-2 20 · Fax 3 94

BAUEN AUF SICHEM GRUND

Kapitel 4

Wahlen

Blick in den Plenarsaal des Landtags von Baden-Württemberg

Das Parlament hat im demokratischen Staatswesen eine zentrale Gestaltungsaufgabe. Hier werden öffentlich die Grundlinien der Politik erörtert und festgelegt. Am 1. Juni 1996 hat die auf fünf Jahre verlängerte Wahlperiode des 12. Landtags begonnen. 155 Abgeordnete, die sich auf fünf Fraktionen verteilen, gehören derzeit dem Landtag an. Wahlberechtigt und wählbar sind bei Landtagswahlen alle Deutschen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit drei Monaten in Baden-Württemberg ihre Wohnung (bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung) oder sonst einen gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Foto: Landesbildstelle Württemberg



Definitionen

Wähler

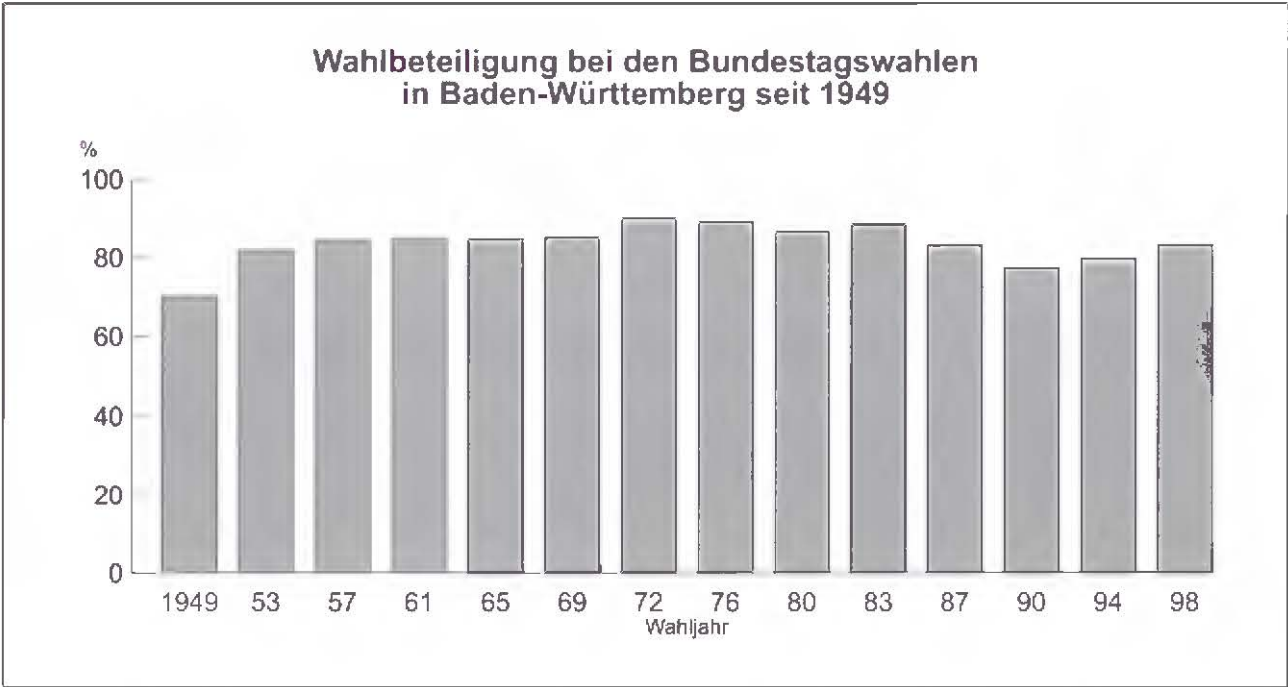
Wähler sind Wahlberechtigte, die durch persönliche Stimmabgabe in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis sie aufgeführt sind, bzw. Wahlberechtigte, die mittels Wahlschein innerhalb des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt ist, entweder durch persönliche Stimmabgabe oder durch Briefwahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Wahlberechtigte

Der Personenkreis der Wahlberechtigten erfuhr durch die Herabsetzung des Wahlalters im Jahre 1970 (von 21 auf 18 Jahre) eine Erweiterung. Bei Bundestagswahlen sind wahlberechtigt alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 GG, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten im Geltungsbereich dieses Gesetzes einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Wahlgebiet haben und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Bei Wahlen zum Landtag von Baden-Württemberg ist wahlberechtigt, wer Deutscher nach Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist, am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, seit mindestens drei Monaten seinen Wohnsitz oder seinen dauernden Aufenthalt in Baden-Württemberg hat und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist. Vom Wahlrecht ausgeschlossen ist sowohl bei Bundestags- wie auch bei Landtagswahlen, wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht, ferner, wer infolge eines gerichtlichen Urteils das Wahlrecht nicht besitzt.

Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung gibt den Anteil der Wähler an der Zahl der Wahlberechtigten an. Sie gibt demnach Auskunft darüber, wieviel Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.



Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 1998

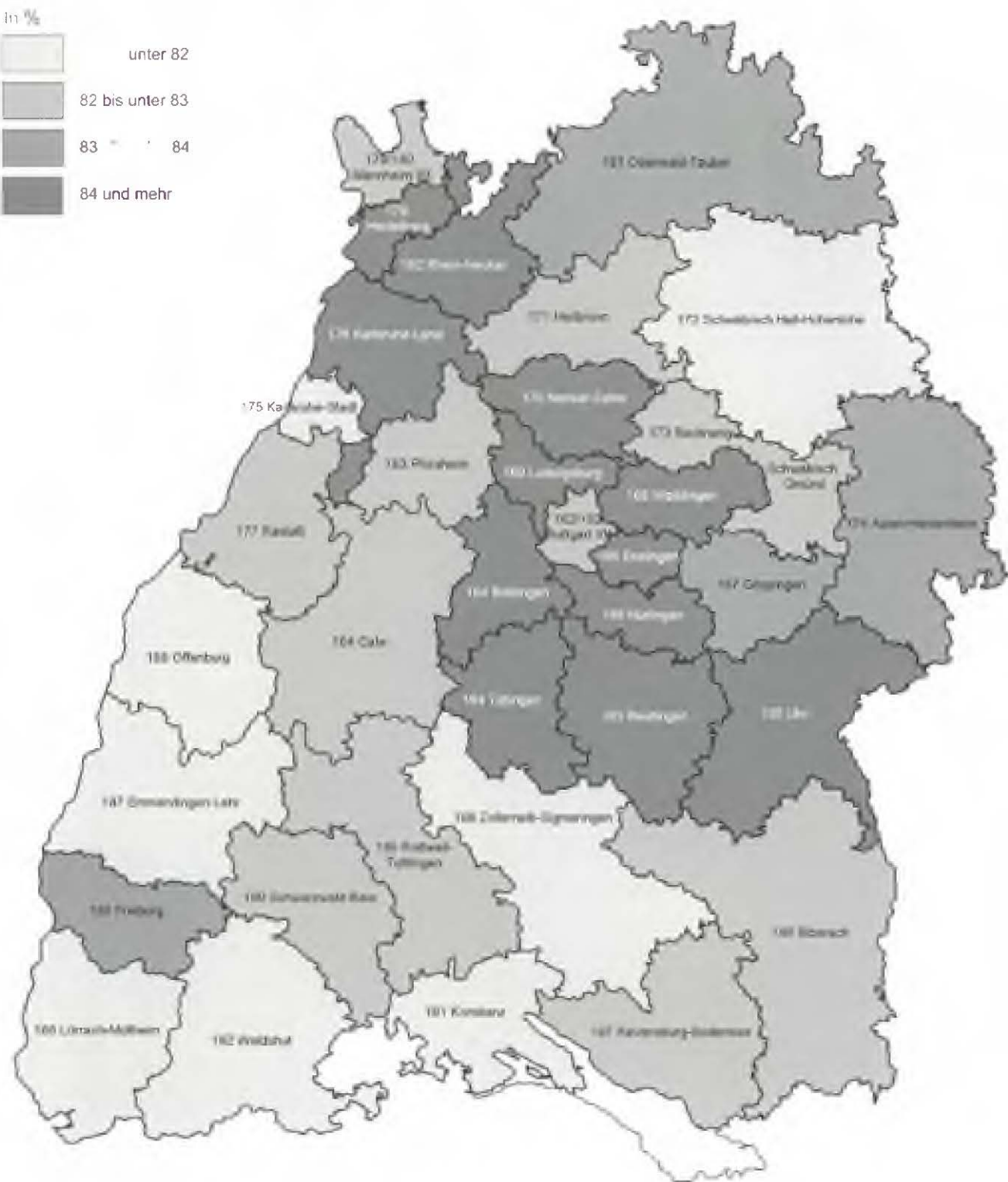
Höchste Beteiligung:		Geringste Beteiligung:	
1. Mannheim II	85,9 %	37. Mannheim I	78,5 %
2. Neckar-Zaber	85,8 %	36. Offenburg	79,1 %
3. Esslingen	85,6 %	35. Waldshut	80,6 %
4. Rhein-Neckar	85,5 %	34. Karlsruhe-Stadt	80,9 %
5. Nürtingen	85,4 %	33. Lörrach-Müllheim	81,2 %
Land Baden-Württemberg:	83,1 %		
Bundesrepublik Deutschland:	82,2 %		

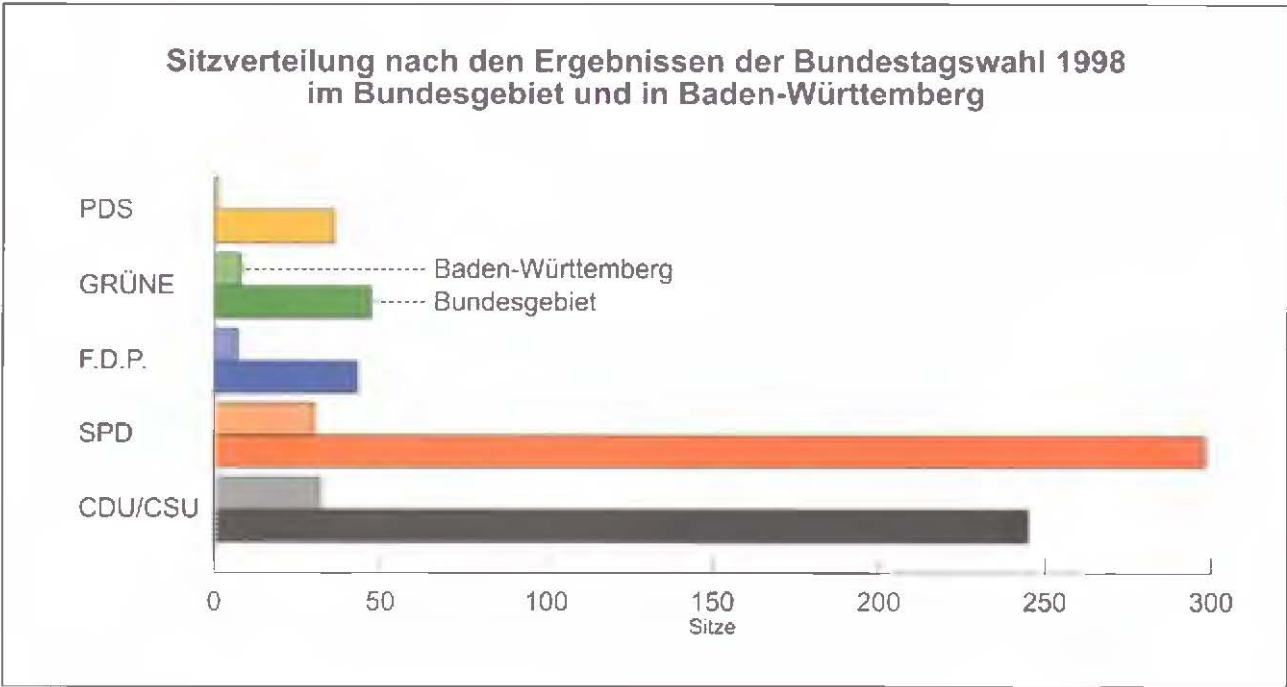
Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg 1998 um 3,4 Prozentpunkte höher als 1994

Von den rund 7,26 Mill. Wahlberechtigten im Lande machten 1998 bei der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag 83,1 % von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Damit lag die Wahlbeteiligung um 3,4 Prozentpunkte höher als 1994 (79,7 %). Gleichwohl erreichte die Wahlbeteiligung 1998 bei weitem noch nicht das Rekordniveau der Bundestagswahl 1972, als sich 90,2 % an der Wahl beteiligten. Danach war eine sinkende Wahlbeteiligung zu beobachten. Sie fiel 1990 mit 77,4 % auf den historischen Tiefstand. Bei der Bundestagswahl 1994 ist die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg wieder gestiegen, und dieser Trend setzte sich bei der letzten Wahl am 27. September 1998 fort.

Von den 37 Bundestagswahlkreisen in Baden-Württemberg wiesen 18 bei der Wahl 1998 eine über dem Landesdurchschnitt von 83,1 % liegende Wahlbeteiligung auf, in 19 Wahlkreisen wurde eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung erreicht. Die drei Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung waren Mannheim II (85,9 %), Neckar-Zaber (85,8 %) und Esslingen (85,6 %). Die größte Wahlabstinenz wurde – wie schon 1990 und 1994 – in Mannheim I erkennbar. Hier machten lediglich 78,5 % der Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Insgesamt gesehen hat sich die regionale Verteilung von Wahlkreisen mit höherer und niedrigerer Wahlbeteiligung im Vergleich zu 1994 nicht grundlegend verändert.

Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl
in den Wahlkreisen Baden-Württembergs 1998





Zweitstimmen der Parteien bei der Bundestagswahl 1998

CDU: Höchste Anteile		CDU: Niedrigste Anteile	
1. Odenwald-Tauber	45,8 %	37. Mannheim I	31,6 %
2. Biberach	45,5 %	36. Freiburg	31,8 %
SPD: Höchste Anteile		SPD: Niedrigste Anteile	
1. Mannheim I	45,6 %	37. Biberach	26,4 %
2. Mannheim II	39,6 %	36. Zollernalb-Sigmaringen	31,6 %
		Ravensburg-Bodensee	31,6 %
FDP/DVP: Höchste Anteile		FDP/DVP: Niedrigste Anteile	
1. Stuttgart I	11,9 %	37. Mannheim I	5,8 %
2. Schwäbisch Hall-Hohenlohe	11,4 %	36. Biberach	6,7 %
		Odenwald-Tauber	6,7 %

Schlechtestes Zweitstimmenergebnis seit 1949 für die CDU in Baden-Württemberg

Bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 gaben nur noch 37,8 % Wähler in Baden-Württemberg ihre Zweitstimme der CDU; das ist ihr schlechtestes Wahlergebnis seit der ersten Bundestagswahl 1949. Bei den Hochburgen der CDU handelt es sich um den Wahlkreis Odenwald-Tauber (45,8 %) sowie die Wahlkreise Biberach (45,5 %), Offenburg (42,9 %), Rastatt (42,7 %), Rottweil-Tuttlingen (42,5 %) und Zollernalb-Sigmaringen (42,4 %).

Auf die SPD entfielen 35,6 % der gültigen Zweitstimmen in Baden-Württemberg. Sie gehört mit diesem hohen Zugewinn von 4,9 Prozentpunkten gegenüber der Bundestagswahl 1994 zu den eindeutigen Wahlgewinnern 1998 in Baden-Württemberg. Den mit Abstand höchsten Zweitstimmenanteil 1998 erzielte die baden-württembergische SPD – wie bereits bei der Bundestagswahl 1994 – im Wahlkreis Mannheim I mit 45,6 % der Stimmen.

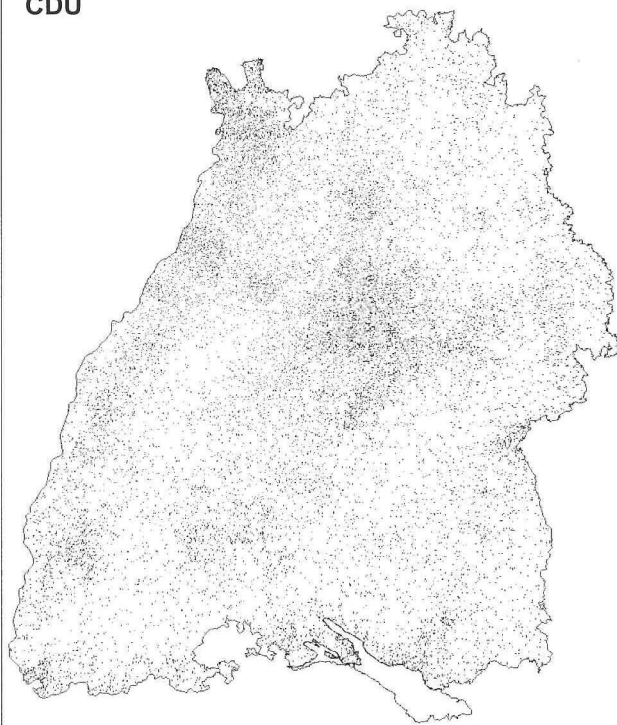
Die FDP/DVP erreichte bei der Bundestagswahl 1998 in Baden-Württemberg 8,8 % der gültigen Zweitstimmen; das sind 1,1 Prozentpunkte weniger als 1994. Mit diesem Ergebnis setzte sich der Abwärtstrend der Freien Demokraten in ihrem "Stammland" fort, erzielten sie doch hier bis Mitte der 60er Jahre bei jeder Bundestagswahl ein zweistelliges Ergebnis.

Stimmen der Parteien bei der Bundestagswahl in Baden-Württemberg 1998

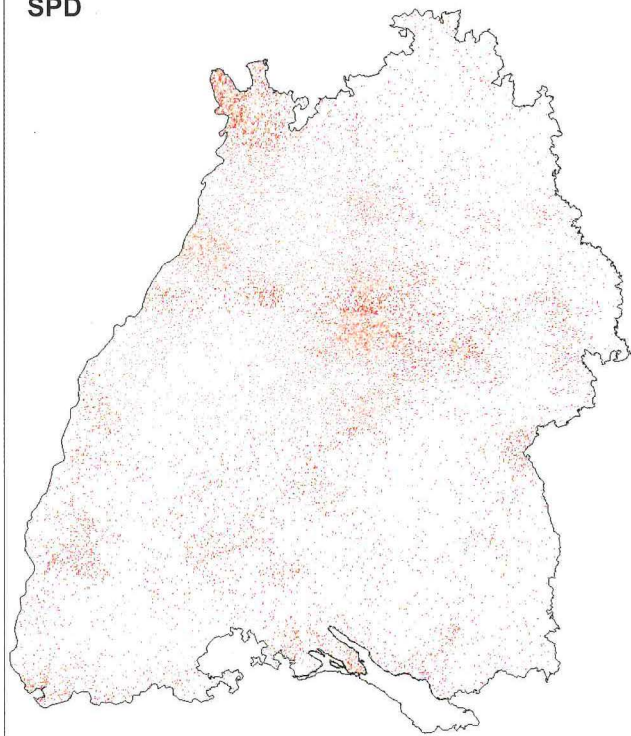
– ohne Briefwähler –

1 Punkt entspricht 100 Zweitstimmen

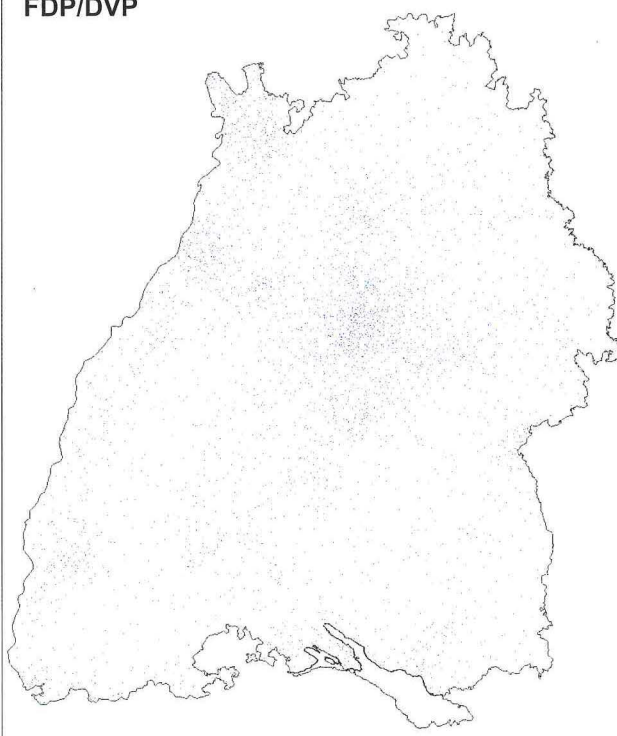
CDU

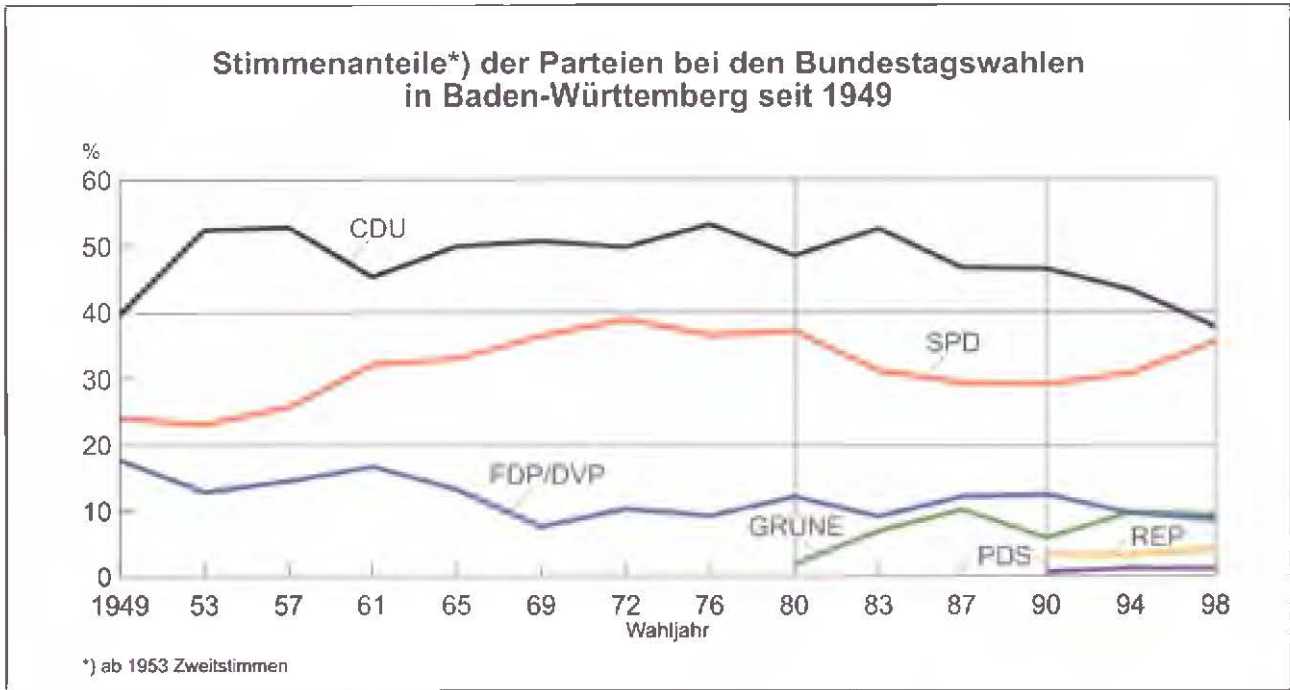


SPD



FDP/DVP





Zweitstimmen der Parteien bei der Bundestagswahl 1998

DIE GRÜNEN: Höchste Anteile

1. Freiburg	20,4 %
2. Stuttgart I	15,5 %

DIE GRÜNEN: Niedrigste Anteile

37. Odenwald-Tauber	5,8 %
36. Zollernalb-Sigmaringen	6,3 %

REPUBLIKANER: Höchste Anteile

1. Biberach	7,0 %
2. Heilbronn	6,4 %

REPUBLIKANER: Niedrigste Anteile

37. Freiburg	1,9 %
36. Karlsruhe-Stadt	2,1 %

Sonstige Parteien: Höchste Anteile

1. Mannheim I	5,7 %
2. Rottweil-Tuttlingen	5,6 %

Sonstige Parteien: Niedrigste Anteile

37. Esslingen	3,4 %
36. Nürtingen	3,8 %
Rastatt	3,8 %

Leichte Verluste der GRÜNEN bei der Bundestagswahl 1998

Bei der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag erreichten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 9,2 % der Zweitstimmen in Baden-Württemberg. Im Vergleich zur Bundestagswahl von 1994 verringerte sich ihr Stimmenanteil um 0,4 Prozentpunkte. Seit 1980 sind die GRÜNEN im Deutschen Bundestag vertreten. Seither haben sie – was ihre Wahlbilanz anbelangt – wechselweise Höhen und Tiefen erlebt. Bei der Bundestagswahl 1983 konnten sie mit 6,8 % der Zweitstimmen in Baden-Württemberg einen überraschenden Wahlerfolg feiern. 1987 steigerten sie sich auf 10 %, bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 fielen sie allerdings wieder auf 5,7 % zurück. Bei der Bundestagswahl 1994 hat sich ihr Zweitstimmenanteil dann gegenüber 1990 wieder nahezu verdoppelt. Am stärksten waren die GRÜNEN bei allen Bundestagswahlen bisher in den Universitätsstädten des Landes.

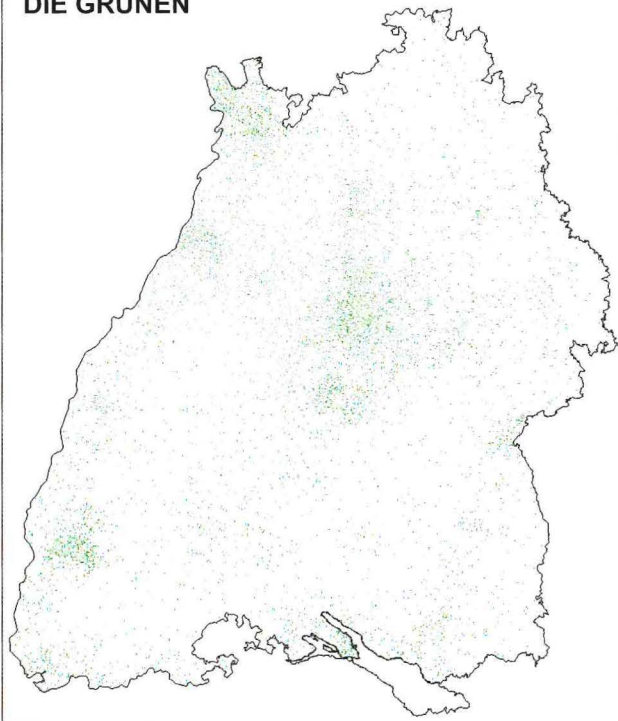
Die REPUBLIKANER erhielten bei der Bundestagswahl 1998 4,0 % der Zweitstimmen. Dies ist das beste Ergebnis, das die REPUBLIKANER, die erstmals 1990 bei einer Bundestagswahl in Baden-Württemberg kandidiert hatten, bisher erzielen konnten. Die höchsten Zweitstimmenanteile gewannen sie in den Wahlkreisen Biberach, Heilbronn, Schwäbisch Hall-Hohenlohe und Backnang-Schwäbisch Gmünd

Stimmen der Parteien bei der Bundestagswahl in Baden-Württemberg 1998

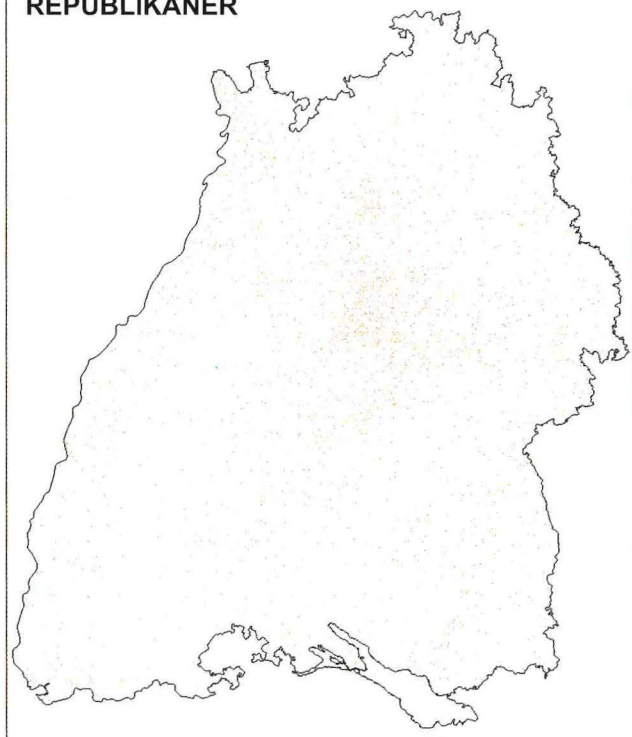
– ohne Briefwähler –

1 Punkt entspricht 50 Zweitstimmen

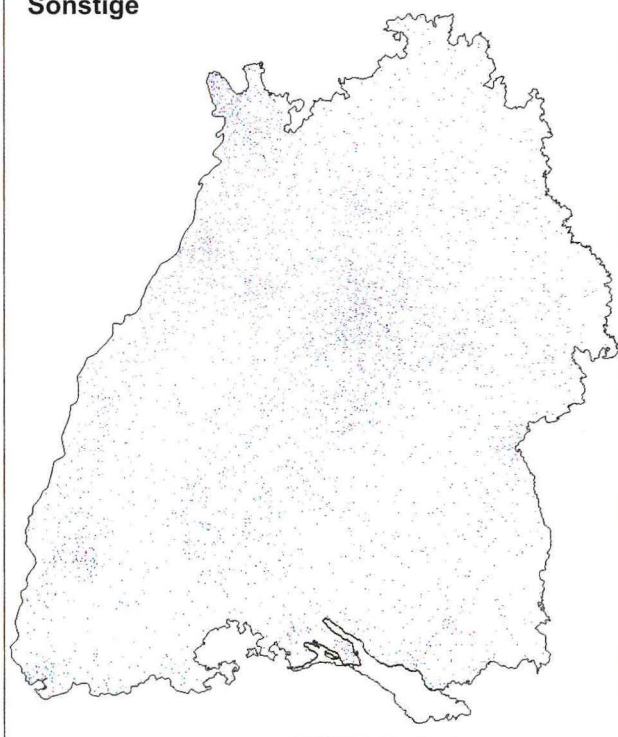
DIE GRÜNEN

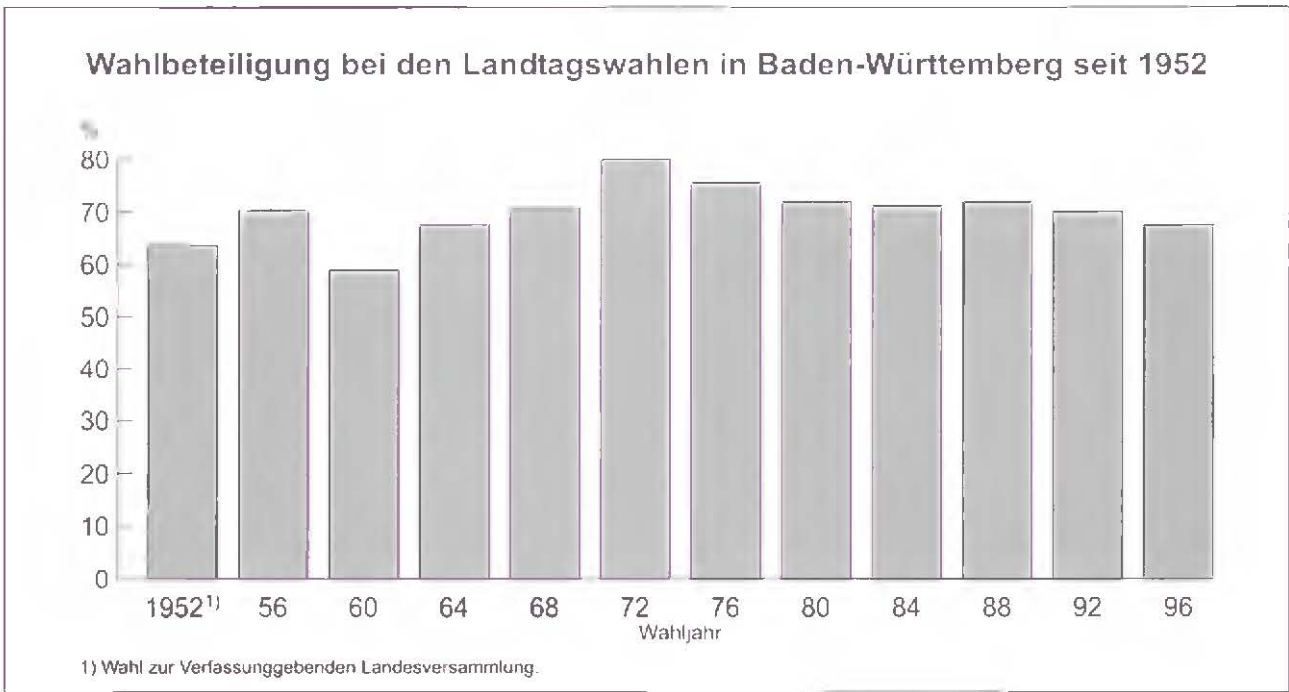


REPUBLIKANER



Sonstige





Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen bei der Landtagswahl 1996

Höchste Beteiligung:

1. Stuttgart II	74,8 %
2. Vaihingen	73,4 %
3. Esslingen	72,1 %
4. Nürtingen	71,8 %
5. Tübingen	71,7 %

Geringste Beteiligung:

70. Mannheim I	56,9 %
69. Karlsruhe II	60,8 %
68. Waldshut	61,7 %
67. Singen	61,8 %
66. Lörrach	61,9 %
Freiburg II	61,9 %

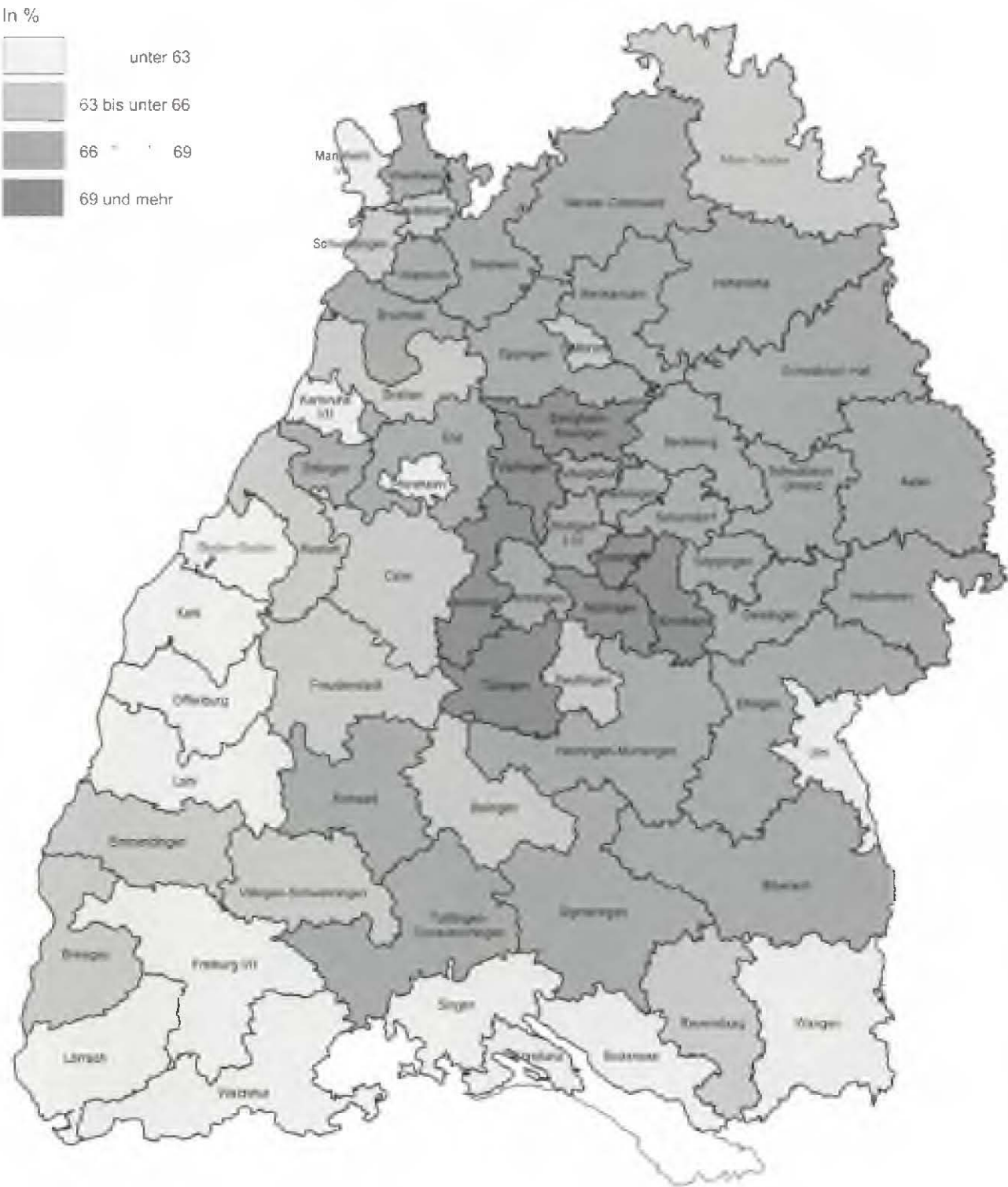
Land Baden-Württemberg: 67,6 %

Seit 1972 beteiligen sich immer weniger Bürger an den Landtagswahlen

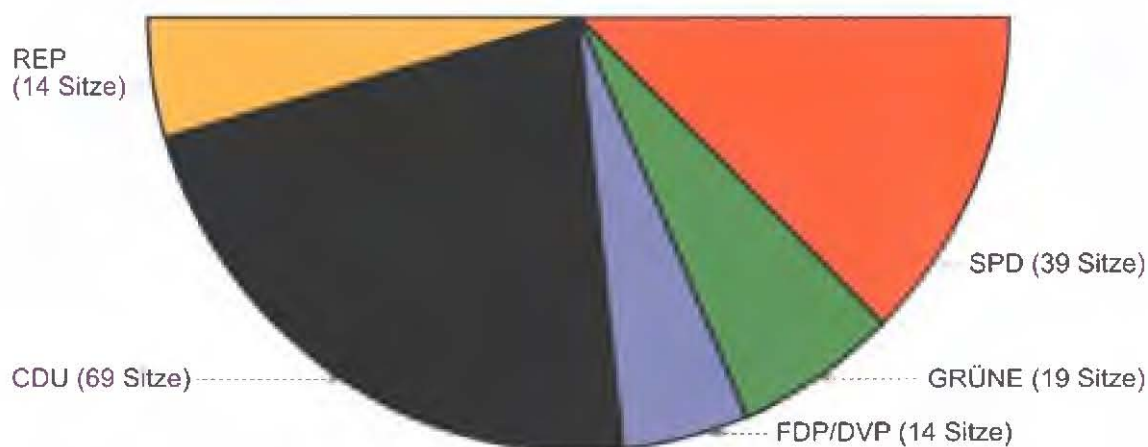
In der Bundesrepublik Deutschland ist die Wahlbeteiligung bis in die 70er Jahre hinein angewachsen. Diese Entwicklung war auch bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg zu beobachten. 1972 wurde mit 80,0 % die höchste Wahlbeteiligung seit Gründung des Landes Baden-Württemberg erreicht. Seither beteiligen sich immer weniger Bürger an Landtagswahlen. 1992 lag die Wahlbeteiligung lediglich bei 70,1 %. Dieser Trend hat sich auch 1996 fortgesetzt. Hier beteiligten sich nur noch 67,6 % der Wahlberechtigten. Damit sank die Wahlbeteiligung gegenüber 1992 um 2,5 Prozentpunkte. Die niedrigste Wahlbeteiligung seit der Gründung des Landes wurde allerdings 1960 registriert.

Betrachtet man die regionalen Unterschiede in den 70 Wahlkreisen des Landes, dann zeigt sich, wie schon bei der Landtagswahl 1992, daß die Gebiete mit hoher Wahlbeteiligung fast ausnahmslos im württembergischen Landesteil liegen, und zwar vor allem in der Region Stuttgart. Bei den drei Wahlkreisen mit der höchsten Wahlbeteiligung handelt es sich um Stuttgart II (74,8 %), Vaihingen (73,4 %) und Esslingen (72,1 %). Demgegenüber lagen die Wahlkreise mit der niedrigsten Wahlbeteiligung alle in Baden. Die größte Wahlabstinenz wurde – wie schon 1992 – in Mannheim I erkennbar. In diesem Wahlkreis haben lediglich 56,9 % der Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl
in den Wahlkreisen Baden-Württembergs 1996



**Sitzverteilung im Landtag von Baden-Württemberg
nach den Ergebnissen der Wahl am 24. März 1996**



Stimmen der Parteien bei der Landtagswahl 1996

CDU: Höchste Anteile

1. Biberach	52,9 %
2. Sigmaringen	52,5 %

SPD: Höchste Anteile

1. Mannheim I	40,1 %
2. Heilbronn	33,8 %

FDP/DVP: Höchste Anteile

1. Schwäbisch Hall	19,7 %
2. Hechingen-Münsingen	16,1 %

CDU: Niedrigste Anteile

70. Freiburg II	30,5 %
69. Schwäbisch Hall	30,6 %

SPD: Niedrigste Anteile

70. Biberach	14,4 %
69. Wangen	15,9 %

FDP/DVP: Niedrigste Anteile

70. Mannheim I	3,9 %
69. Bruchsal	4,8 %

CDU nach wie vor stärkste Kraft bei Landtagswahlen

In Baden-Württemberg hat die Landtagswahl vom 24. März 1996 neue politische Kräfteverhältnisse geschaffen. Mit einem Stimmenanteil von 41,3 % erwies sich die CDU erneut als stärkste Kraft. Seit ihrem Spitzenergebnis von 56,7 % bei der Landtagswahl 1976 hatte die CDU von Wahl zu Wahl an Wählergunst eingebüßt. Bei der Landtagswahl 1992 mußten die Christdemokraten sogar ihr drittschlechtestes Ergebnis (39,6 %) in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg hinnehmen. Seitdem scheint die Talsohle durchschritten zu sein.

Die Regierungsbeteiligung der SPD in der Großen Koalition mit der CDU in den Jahren 1992 bis 1996 wurde von den Wählern offensichtlich nicht honoriert. Mit einem Stimmenanteil von nur noch 25,1 % mußten die Sozialdemokraten, die seit der Landtagswahl 1972 kontinuierlich Stimmen verloren haben, auch bei der Landtagswahl 1996 erneut deutliche Verluste hinnehmen. Dies ist das schlechteste Ergebnis bei Landtagswahlen für die SPD in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg.

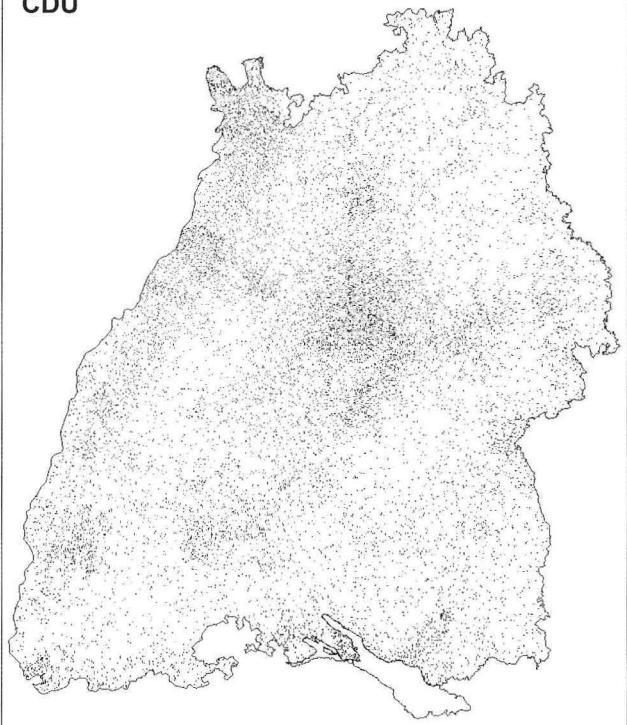
Mit 9,6 % der abgegebenen Stimmen war die FDP/DVP einer der Gewinner der Landtagswahl 1996. In ihrem "Stammland" gewannen die Liberalen gegenüber dem Wahlergebnis von 1992 beachtliche 3,7 Prozentpunkte hinzu und kehrten damit den Abwärtstrend bei früheren Wahlen um.

Stimmen der Parteien bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 1996

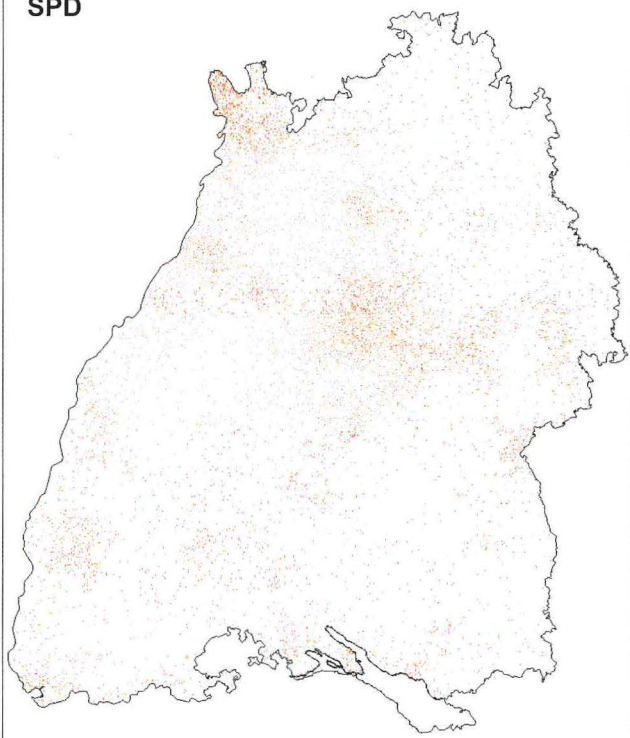
– ohne Briefwähler –

1 Punkt entspricht 100 Stimmen

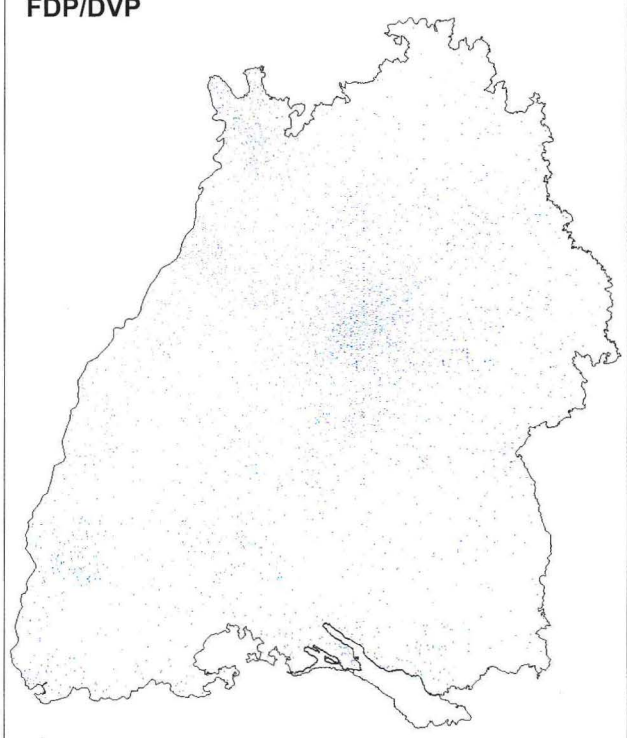
CDU



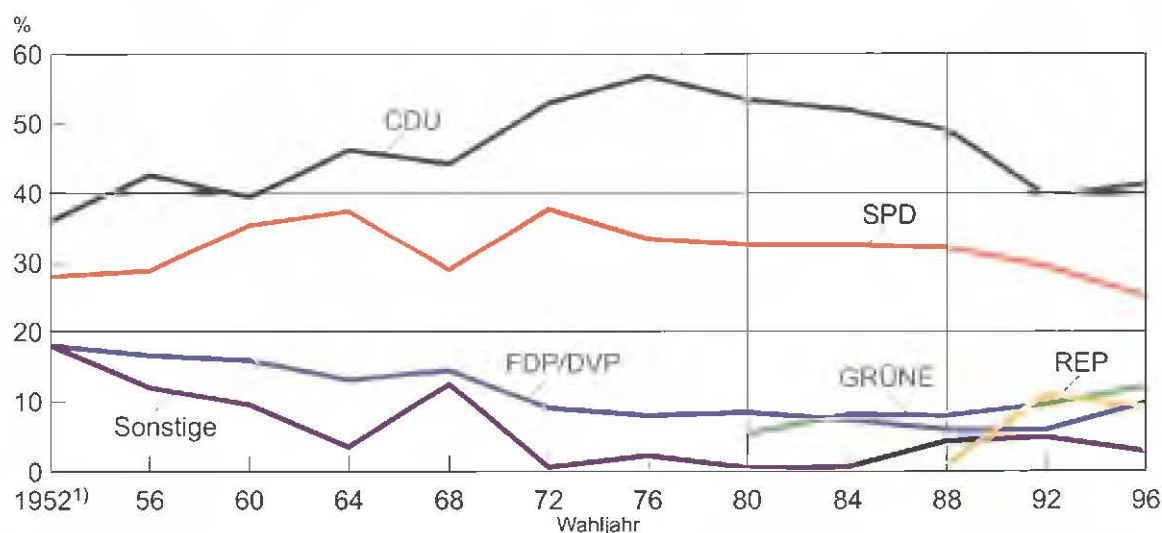
SPD



FDP/DVP



Stimmenanteile bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg seit 1952



1) Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung.

Stimmen der Parteien bei der Landtagswahl 1996

DIE GRÜNEN: Höchste Anteile

- | | |
|----------------|--------|
| 1. Freiburg II | 24,9 % |
| 2. Freiburg I | 23,0 % |

REPUBLIKANER: Höchste Anteile

- | | |
|--------------|--------|
| 1. Enz | 15,4 % |
| 2. Pforzheim | 13,5 % |
| Backnang | 13,5 % |

Sonstige Parteien: Höchste Anteile

- | | |
|-------------|-------|
| 1. Wangen | 7,9 % |
| 2. Rottweil | 5,3 % |

DIE GRÜNEN: Niedrigste Anteile

- | | |
|--------------|-------|
| 70. Aalen | 7,6 % |
| 69. Balingen | 7,7 % |

REPUBLIKANER: Niedrigste Anteile

- | | |
|----------------|-------|
| 70. Freiburg I | 3,8 % |
| 69. Konstanz | 4,7 % |

Sonstige Parteien: Niedrigste Anteile

- | | |
|--------------|-------|
| 70. Bruchsal | 1,1 % |
| Baden-Baden | 1,1 % |
| Schwetzingen | 1,1 % |
| Ettlingen | 1,1 % |

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden 1996 zur drittstärksten Kraft im Land

Bei der Landtagswahl 1996 erreichten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit 12,1 % ihr bislang bestes Ergebnis im Land. Im Vergleich zu 1992 steigerten sie ihren Stimmenanteil um 2,6 Prozentpunkte. Im Jahre 1980 übersprangen die baden-württembergischen GRÜNEN erstmals die Fünfprozenthürde und erreichten damals 5,3 % aller abgegebenen Stimmen. Seither konnten sie ihren Stimmenanteil kontinuierlich erhöhen. Bei der Landtagswahl 1996 gelang es ihnen aber zum ersten Mal, ein zweistelliges Ergebnis zu erreichen. Wie bereits 1992 wiesen die GRÜNEN auch 1996 ihre besten Ergebnisse in den Hochschulstädten auf.

Auch im 12. Landtag von Baden-Württemberg sind die REPUBLIKANER vertreten. Sie konnten zwar ihren spektakulären Erfolg der Landtagswahl 1992, als sie 10,9 % der Stimmen erreichten, nicht ganz wiederholen, doch schafften sie mit 9,1 % deutlich den Wiedereinzug in den Landtag.

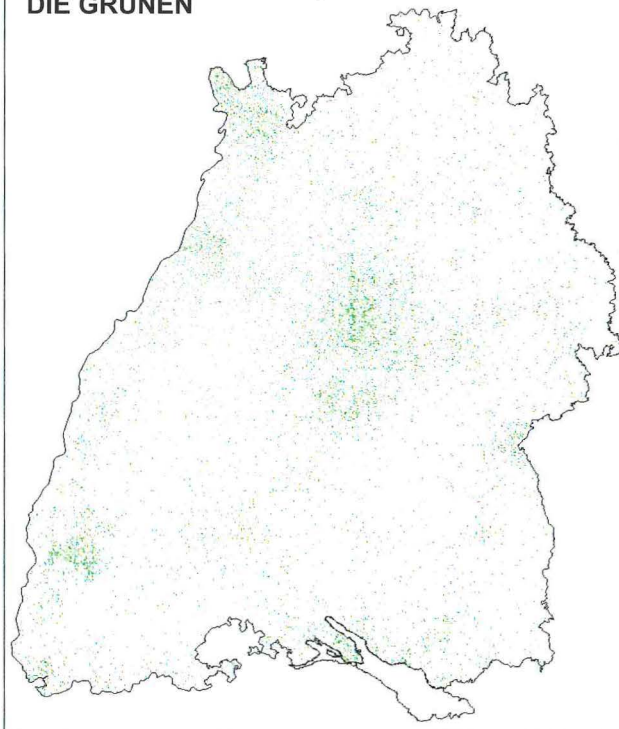
Neben den fünf Parteien, die den Sprung in den Landtag 1996 schafften, kandidierten weitere 13 Parteien und neun Einzelbewerber. Zusammen erreichten diese 2,8 % der gültigen Wählerstimmen. Das waren 2,0 Prozentpunkte weniger als bei der Landtagswahl 1992.

Stimmen der Parteien bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 1996

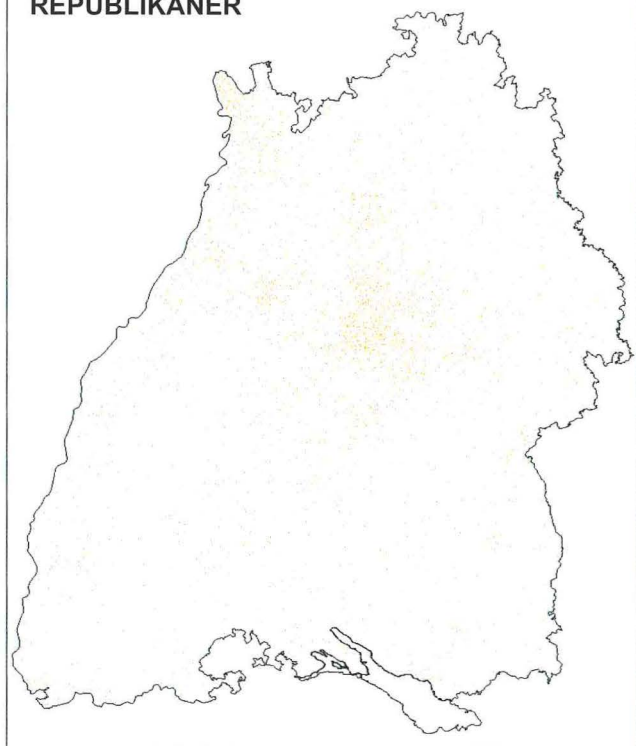
– ohne Briefwähler –

1 Punkt entspricht 50 Stimmen

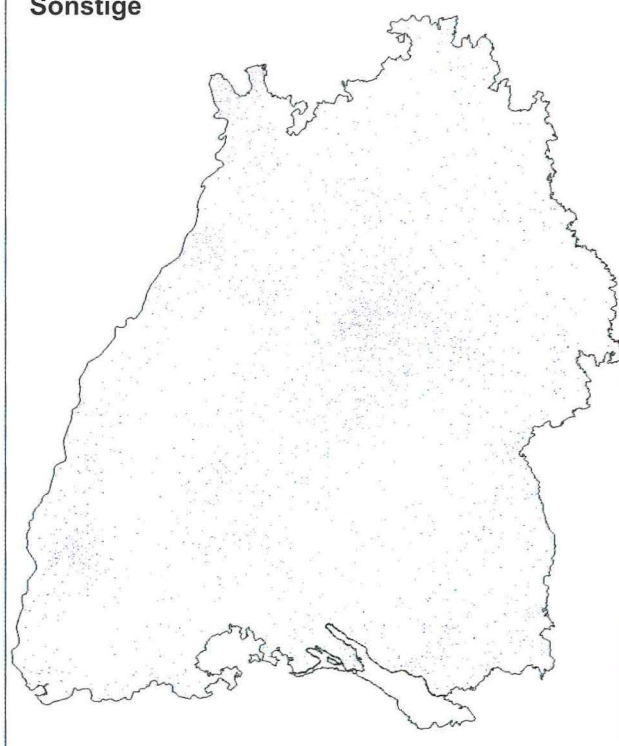
DIE GRÜNEN



REPUBLIKANER



Sonstige



Kapitel 5

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Türenmontage in der Pkw-Produktion

Kraftfahrzeuge gehören zu den begehrtesten Exportgütern Baden-Württembergs auf dem Weltmarkt. Natürlich kommt dem Fahrzeugbau auch für die Beschäftigungs- und Ausbildungssituation im Land hohe Bedeutung zu. Weibliche Auszubildende in technischen Berufen sind im Land bis heute weit unterrepräsentiert. Sie bilden etwa in den Bereichen Kraftfahrzeugmechanik, Industriemechanik, Elektroinstallation bzw. Gas- und Wasserinstallation nur eine sehr kleine Minderheit.

Foto: DaimlerChrysler AG, Stuttgart



Definitionen

Arbeitslose

Arbeitsuchende, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen (oder nur eine kurzzeitige Beschäftigung ausüben) und sich persönlich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet haben

Arbeitslosenquote

Anteil der beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose), ausgedrückt in Prozent.

Beschäftigte am Arbeitsort

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die am Ort der Betriebsstätte ihren Wohnort haben, sowie die aus anderen Gemeinden einpendelnden Beschäftigten; siehe auch die Definition *sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer*.

Offene Stellen

Die dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldeten Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von voraussichtlich mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist (keine kurzfristige Beschäftigung). Stellen für Heimarbeit werden bei den offenen Stellen für Teilzeitarbeit erfasst.

Wirtschaftsabteilungen

Der Einteilung der Beschäftigten nach zehn Wirtschaftsabteilungen liegt das Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit zugrunde:

- Land und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei
- Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau
- Verarbeitendes Gewerbe
- Baugewerbe
- Handel
- Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
- Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht
- Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte
- Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen

Wirtschaftsbereiche

Die zehn Wirtschaftsabteilungen wurden zu folgenden vier Wirtschaftsbereichen zusammengefaßt:

1. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
2. Produzierendes Gewerbe
 - Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau
 - Verarbeitendes Gewerbe
 - Baugewerbe
3. Handel und Verkehr
 - Handel
 - Verkehr und Nachrichtenübermittlung

4. Sonstige Dienstleistungen

- Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
- Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht
- Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte
- Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer

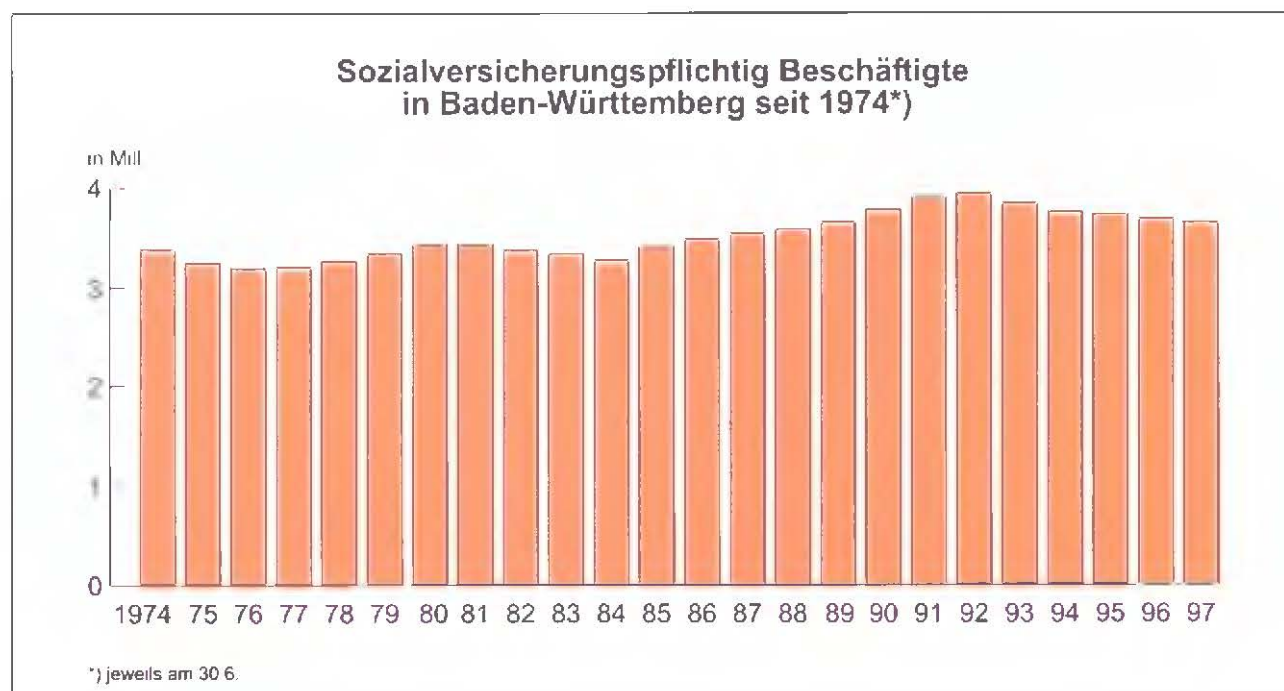
Der Kreis der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer umfaßt alle Arbeitnehmer, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. In der Regel gehören zu diesem Personenkreis alle Arbeiter, Angestellten und Personen in beruflicher Ausbildung.

Für die örtliche Abgrenzung betrieblicher Einheiten gilt der Gemeindebereich. Alle in einer Gemeinde liegenden Niederlassungen desselben Unternehmens können als eine örtliche Betriebseinheit angesehen werden. Die wirtschaftssystematische Zuordnung der Beschäftigten erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Betriebseinheit, die regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort. Ausgewiesen werden nicht Beschäftigungsfälle, sondern beschäftigte Personen. Personen mit mehreren sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten werden nur einmal erfaßt.

Voll-/Teilzeitbeschäftigte

Der Unterscheidung der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer nach Voll- und Teilzeitbeschäftigten liegen die von den Arbeitgebern in den Meldebelegen zu machenden Angaben über die arbeitsvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit zugrunde, und zwar in folgender Gliederung:

- vollzeitbeschäftigt
- teilzeitbeschäftigt mit einer Wochenarbeitszeit von weniger als 18 Stunden (bis 1993: weniger als 20 Stunden) und
- teilzeitbeschäftigt mit einer Wochenarbeitszeit von 18 Stunden (bis 1993: 20 Stunden) und mehr, jedoch nicht vollbeschäftigt.



Veränderung der Beschäftigtenzahl im Zeitraum 1990 bis 1997

Höchste Zunahmen:

1. Hohenlohekreis	+ 10,7 %
2. Landkreis Heilbronn	+ 7,9 %
3. Landkreis Schwäbisch Hall	+ 6,8 %
4. Alb-Donau-Kreis	+ 6,4 %
5. Landkreis Freudenstadt	+ 4,5 %
Land Baden-Württemberg:	– 3,3 %
Deutschland (alte Bundesländer)	– 1,2 %

Höchste Verluste:

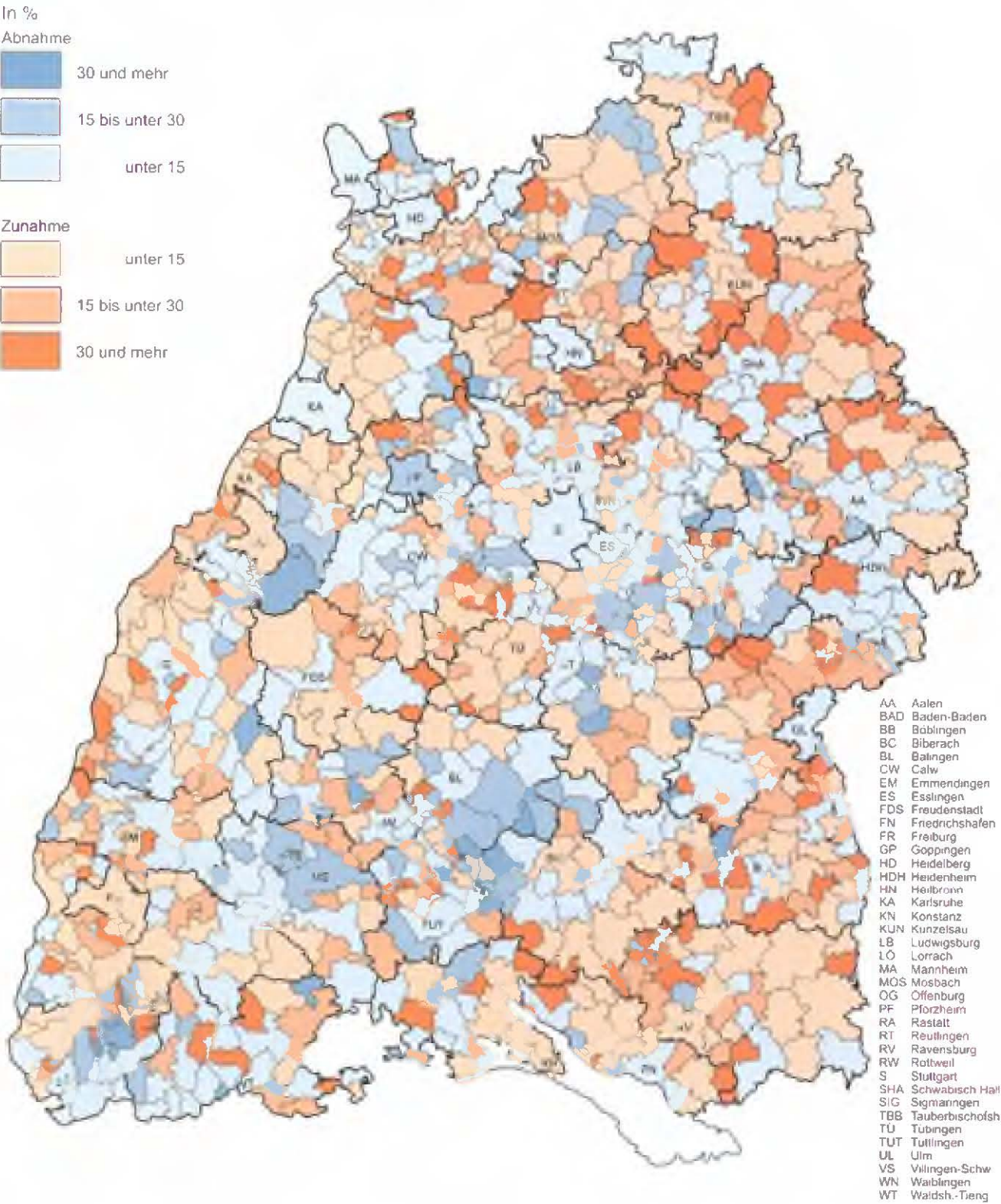
44. Stadtkreis Pforzheim	– 15,5 %
43. Zollernalbkreis	– 11,3 %
42. Stadtkreis Stuttgart	– 10,6 %
41. Schwarzwald-Baar-Kreis	– 9,9 %
40. Landkreis Göppingen	– 8,8 %

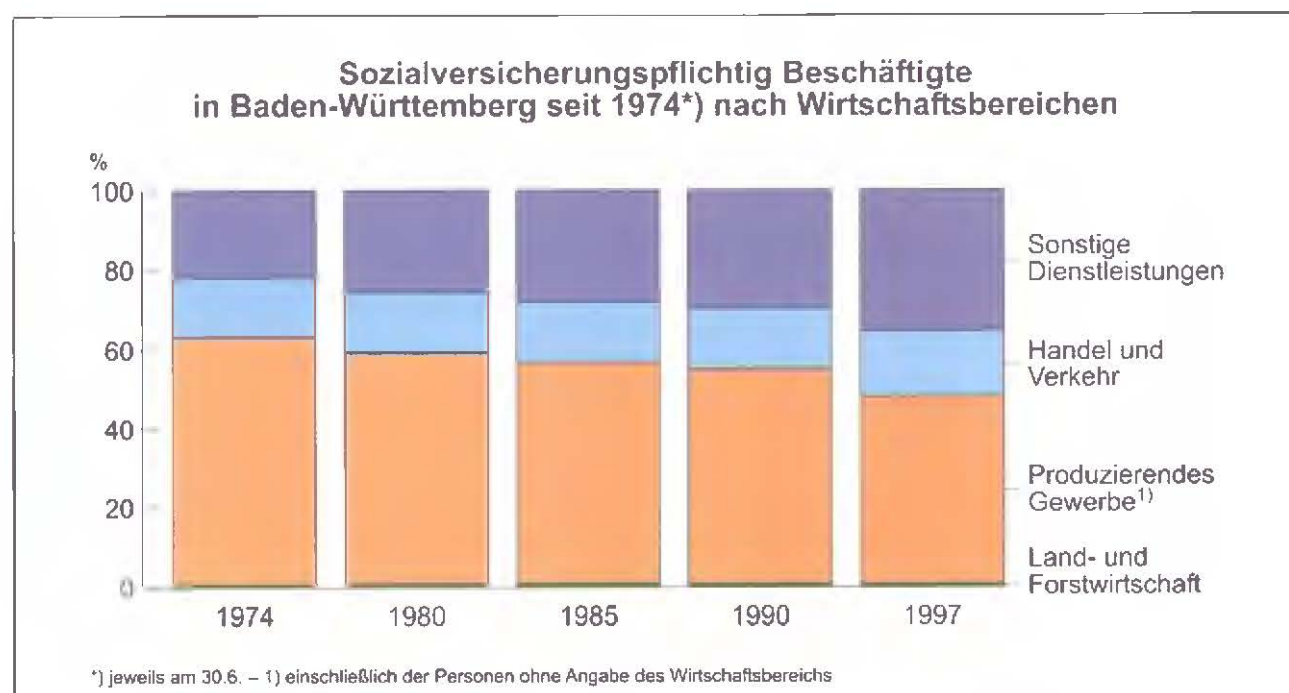
Günstige Beschäftigungsentwicklung im ländlichen Raum

Die wirtschaftliche Entwicklung war von Mitte der 80er Jahre bis 1992 durch einen anhaltenden konjunkturellen Aufschwung geprägt. Die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten nahm in diesem Zeitraum landesweit um über eine halbe Million zu. Seit 1992 wird die Wirtschaft aber durch eine nachhaltige Rezession bestimmt, als deren Folge knapp 300 000 Arbeitsplätze verloren gingen. Allerdings hat sich zuletzt im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs der Rückgang der Beschäftigten deutlich abgeschwächt. Im Zeitraum 30. Juni 1997 bis 30. Juni 1998 nahm die Beschäftigtenzahl im Land sogar wieder geringfügig um 6 200 (+ 0,2 %) zu.

Nebenstehende Karte zeigt die Entwicklung der Beschäftigung von 1990 bis 1997. Immerhin 464 der 1 111 Gemeinden des Landes mußten in diesem Zeitraum Beschäftigungsverluste verkraften. Besonders gravierend war der Arbeitsplatzabbau vor allem in Gemeinden des Landkreises Lörrach sowie im Bereich zwischen Rottweil und Sigmaringen. Auch wenn es sich hierbei um dünnbesiedelte Gebiete handelt, so haben sich dennoch die ländlichen Räume insgesamt erheblich günstiger als die übrigen Raumkategorien nach dem Landesentwicklungsplan entwickelt: Im Gegensatz zu den Verdichtungsräumen, Randzonen und Verdichtungsbereichen konnte im Ländlichen Raum i.e.S. sogar ein Plus von 1,4 % erzielt werden.

Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Gemeinden Baden-Württembergs 1990 bis 1997





Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg 1997 nach den zehn Wirtschaftsabteilungen

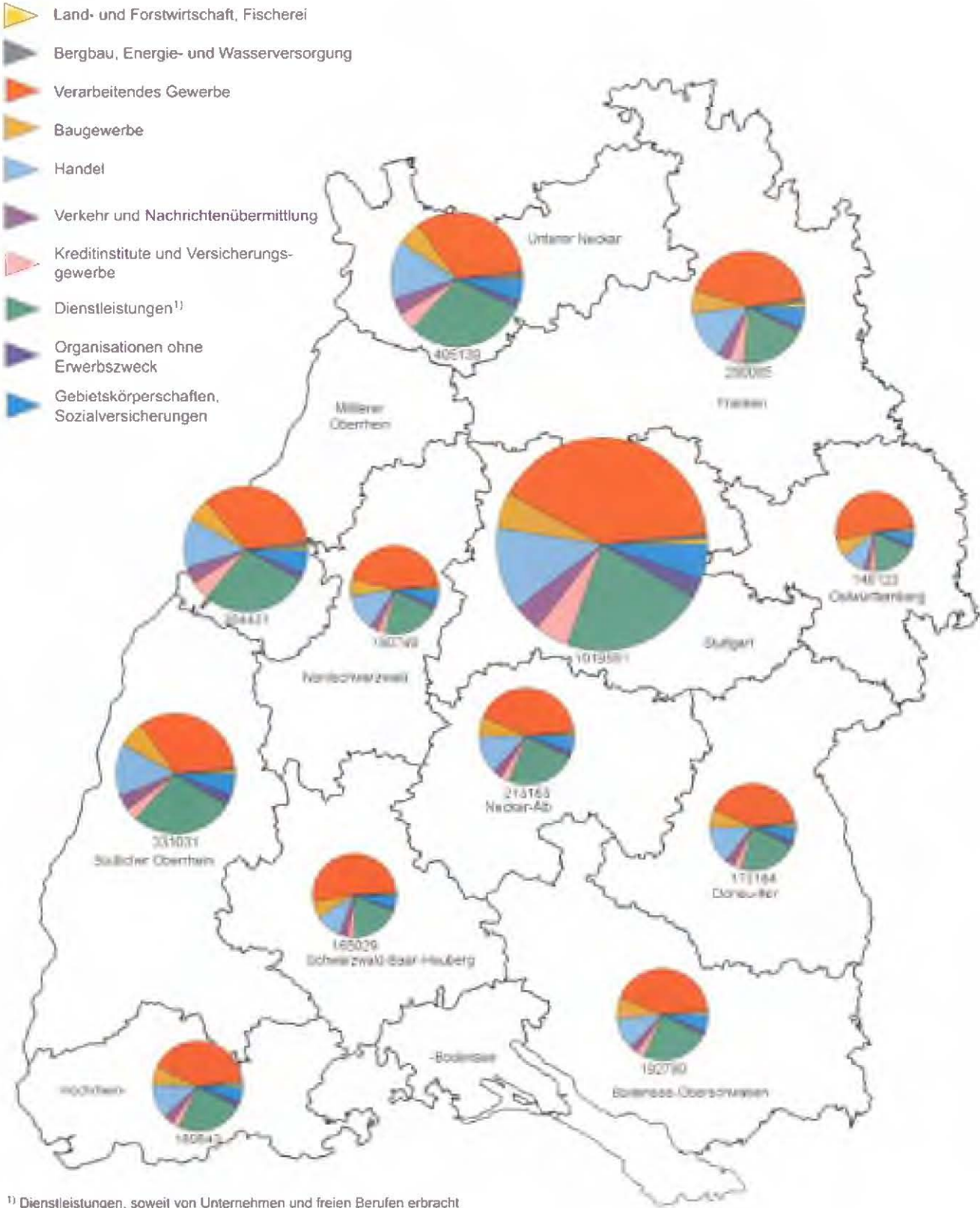
1. Verarbeitendes Gewerbe	40,0 %	6. Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	4,0 %
2. Dienstleistungen soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	23,6 %	7. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3,9 %
3. Handel	12,7 %	8. Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte	2,3 %
4. Baugewerbe	6,2 %	9. Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	1,0 %
5. Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	5,6 %	10. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,8 %

Anhaltender Trend zur Dienstleistungsgesellschaft

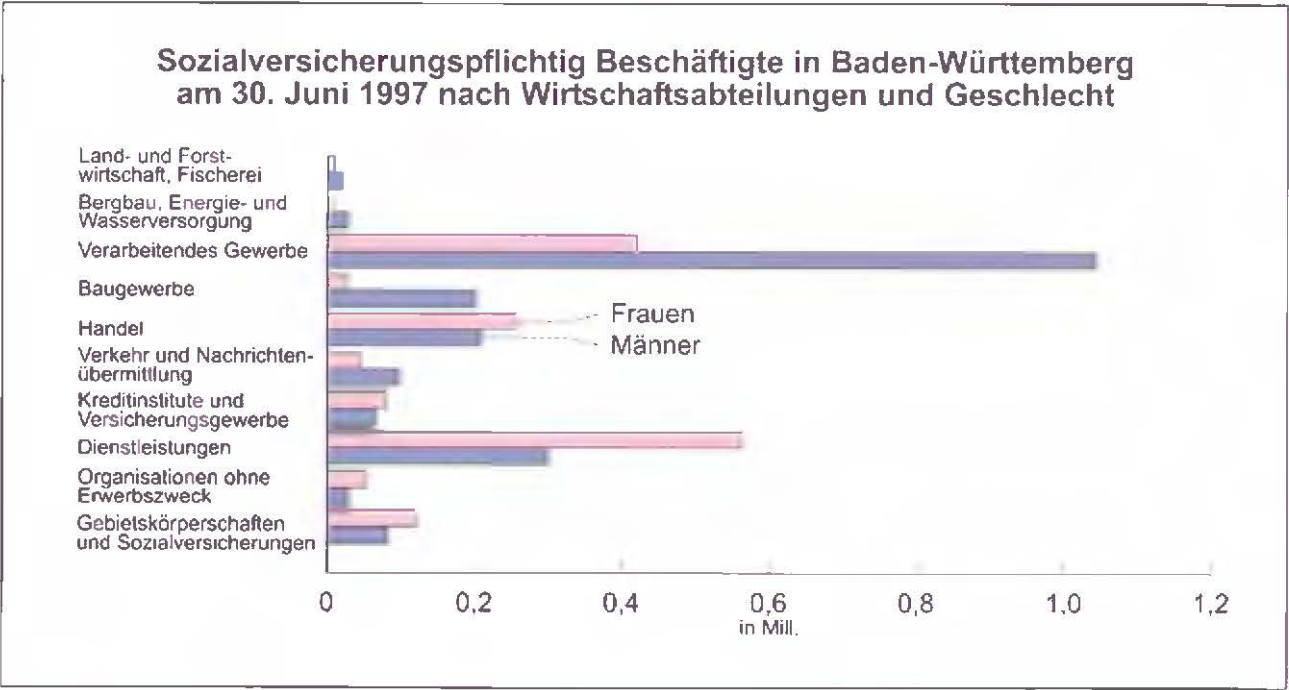
Auf dem Arbeitsmarkt vollzieht sich seit Beginn der Industrialisierung ein ständiger Wandel der Tätigkeiten und Anforderungen an Arbeitsplätze. Dabei hat sich unter anderem das Schwergewicht der Beschäftigten im Laufe der Zeit immer stärker von der Land- und Forstwirtschaft über das Produzierende Gewerbe hin zu einer Beschäftigung im Dienstleistungsbereich verlagert. Noch 1975 waren knapp 62 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (einschließlich Land- und Forstwirtschaft) tätig, lediglich gut 38 % im Dienstleistungssektor. 1997 waren nur noch 48 % im Produzierenden Sektor beschäftigt, aber bereits 52 % im tertiären Sektor. Der enorme Strukturwandel zeigt sich auch an der Entwicklung der absoluten Zahlen: Gegenüber 1975 hat sich die Zahl der Beschäftigten im sekundären Sektor um 245 000 verringert, diejenige im Dienstleistungssektor aber um 655 000 erhöht.

Trotz dieses hohen Arbeitsplatzverlustes sind im Verarbeitenden Gewerbe – hier nach der sektoralen Gliederung in zehn Wirtschaftsabteilungen – immer noch die meisten Beschäftigten tätig (40 %). Danach folgen die Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht (24 %), und der Handel (13 %). Diese Reihenfolge gilt auch für jede der zwölf Regionen, mit allerdings zum Teil nicht unerheblichen Abweichungen bei den jeweiligen Anteilen. Landesweit sind in der Land- und Forstwirtschaft mit lediglich knapp 1 % die wenigsten Beschäftigten tätig. Dies trifft auch auf sieben Regionen zu, während vor allem in ländlich geprägten Regionen die Abteilung "Energie, Wasser, Bergbau" das Schlußlicht bei der Beschäftigung bildet.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
in den Regionen Baden-Württembergs 1997 nach Wirtschaftsabteilungen



¹⁾ Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem



Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt 1997

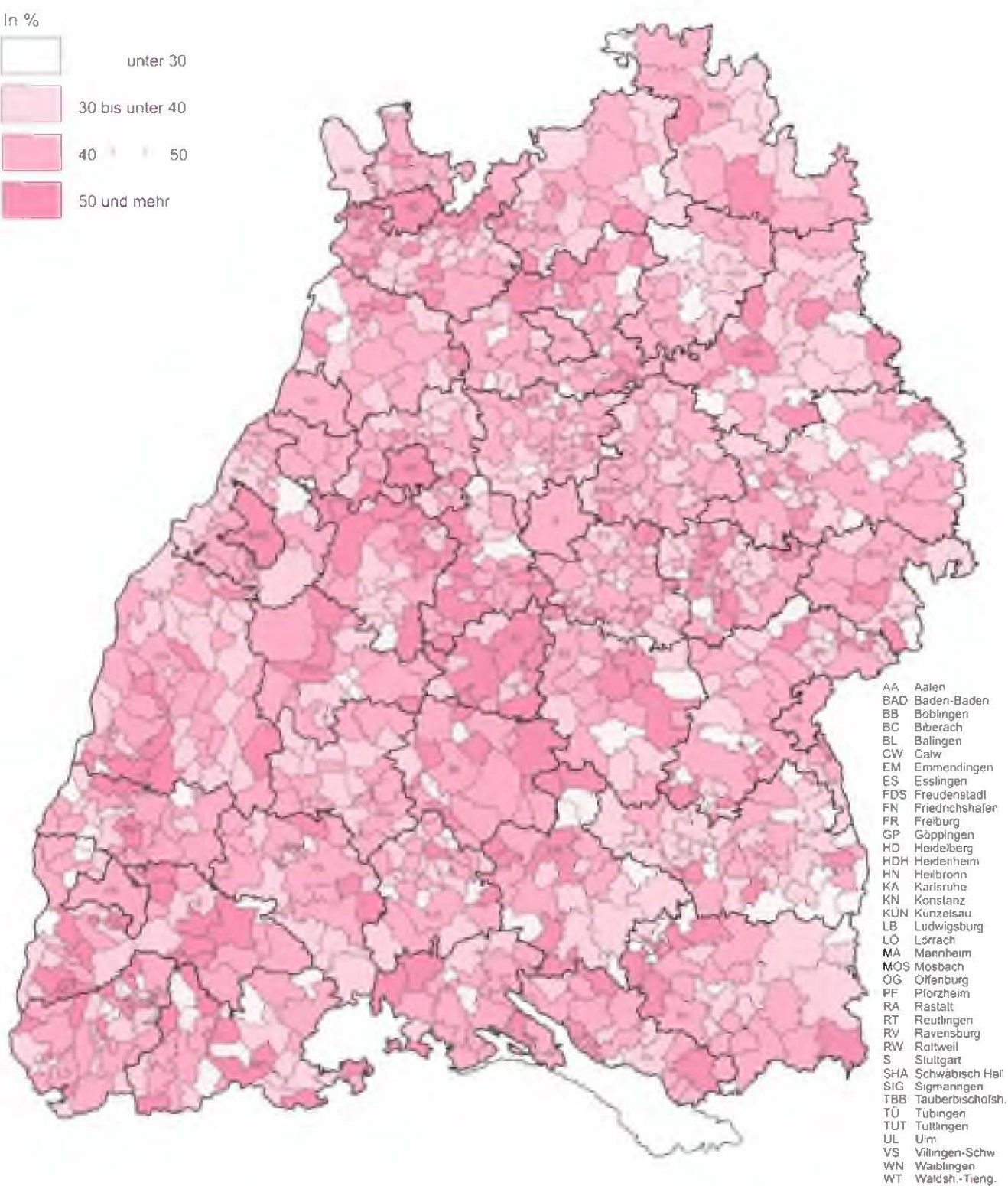
Höchste Anteile:		Geringste Anteile:	
1. Stadtkreis Heidelberg	52,3 %	44. Landkreis Böblingen	36,9 %
2. Landkreis Tübingen	51,6 %	43. Landkreis Rastatt	39,0 %
3. Stadtkreis Pforzheim	51,0 %	42. Landkreis Heilbronn	39,2 %
4. Stadtkreis Baden-Baden	50,3 %	41. Hohenlohekreis	39,3 %
5. Stadtkreis Freiburg im Breisgau	49,5 %	40. Stadtkreis Mannheim	40,3 %
Land Baden-Württemberg	43,3 %		
Bundesrepublik Deutschland:	43,8 %		

Anteil der Frauen an den Beschäftigten insgesamt liegt landesweit bei 43,3 %

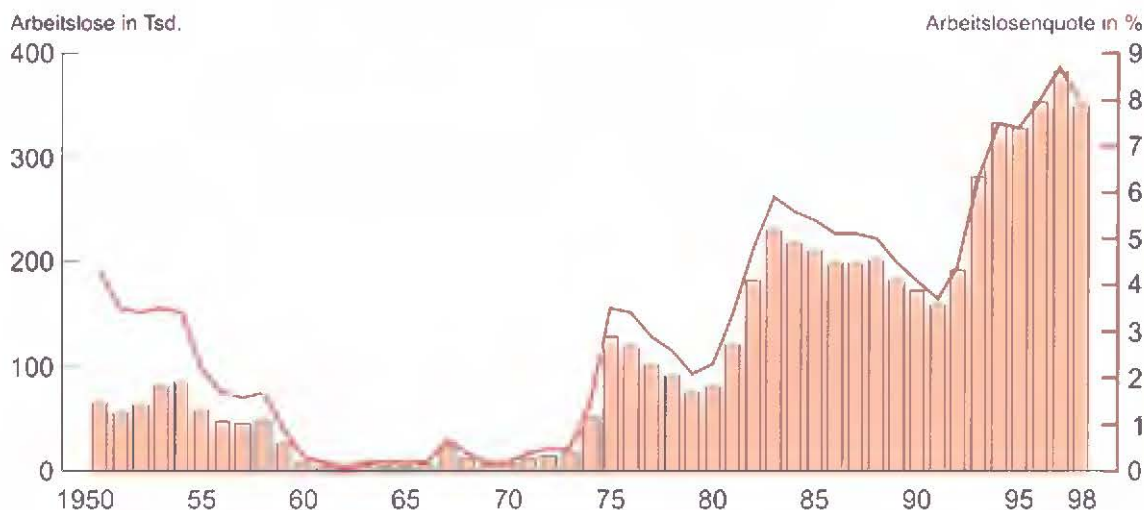
In Baden-Württemberg gab es 1997 ca. 1,58 Mill. sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen; dies waren immerhin 43,3 % der Beschäftigten insgesamt. Damit ist zwar aufgrund der Rezession die Zahl der beschäftigten Frauen im Vergleich zum Beginn dieses Jahrzehnts gesunken, der Rückgang der von Frauen besetzten Arbeitsplätze war aber deutlich geringer als derjenige bei den Männern (– 5 bzw. – 9 %). Ursache hierfür war insbesondere, daß die konjunkturelle Abwärtsbewegung vor allem den Arbeitsplatzabbau im Produzierenden Gewerbe bewirkte, während im Dienstleistungsbereich noch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Von Beschäftigungszuwächsen im Dienstleistungsbereich können erfahrungsgemäß die Frauen in stärkerem Maße profitieren. Die Beschäftigungsmöglichkeiten für die Frauen waren außerdem wohl auch deshalb in den letzten Jahren tendenziell günstiger, weil die Teilzeitarbeit, insbesondere im Handel, ausgeweitet wurde – und 90 % aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen.

Die Gründe für die regionalen Unterschiede im Anteil der Frauen an den Beschäftigten (vgl. nebenstehende Karte) sind vielfältig. Mitentscheidend dürften die unterschiedliche Branchenstruktur – der tertiäre Sektor bietet für Frauen bessere Berufsmöglichkeiten als der produzierende Bereich – sowie die unterschiedliche Bevölkerungsstruktur, insbesondere was die Anteile von Frauen mit bzw. ohne Kindern angeht, sein.

Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt in den Gemeinden Baden-Württembergs 1997



Arbeitslose und Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg seit 1950



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

Arbeitslosenquote im Juni 1998

Höchste Arbeitslosenquote:

1. Stadtkreis Mannheim	13,1 %
2. Stadtkreis Pforzheim	10,7 %
3. Stadtkreis Freiburg	10,4 %
4. Stadtkreis Heilbronn	10,3 %
5. Stadtkreis Karlsruhe	9,9 %

Land Baden-Württemberg: 7,5 %

Bundesrepublik Deutschland: 12,2 %

Geringste Arbeitslosenquote:

44. Landkreis Biberach	5,2 %
43. Landkreis Freudenstadt	5,5 %
Landkreis Ravensburg	5,5 %
41. Alb-Donau-Kreis	5,8 %
40. Landkreis Calw	6,0 %

Arbeitslosenzahl weiterhin auf hohem Niveau – jedoch mit abnehmender Tendenz

Die Wirtschaftsexpansion der 50er und 60er Jahre führte zu einer enormen Arbeitskräftenachfrage, die ihren Höhepunkt Mitte der 60er Jahre erreichte. Die Arbeitslosenquote lag damals landesweit bei 0,2 %, und auf jeden Arbeitslosen kamen 25 offene Stellen. Heute sieht die Situation auf dem Arbeitsmarkt völlig anders aus: Nach der schärfsten Rezession der Nachkriegszeit waren im März 1998 371 000 Menschen arbeitslos – so viele wie noch nie seit Bestehen des Landes Baden-Württemberg. Dies entsprach einer Arbeitslosenquote von 8,5 %. Allerdings ist seither die Arbeitslosigkeit zurückgegangen – aufgrund der konjunkturellen Belebung, aber auch aus saisonalen Gründen. Im Juni 1998 waren 331 000 Menschen (7,5 %) ohne Beschäftigung. Bis zum Juni 1999 hat sich die Zahl auf 311 000 (7,0 %) reduziert.

Innerhalb des Landes zeigen sich deutliche Unterschiede (vgl. Karte). So ist in allen Stadtkreisen – mit Ausnahme Baden-Badens – die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich, wobei Mannheim die höchste Quote aufweist; dies ist nicht zuletzt auf den erheblichen Arbeitsplatzabbau vor allem in den Schlüsselbranchen "Maschinenbau" und "Elektrotechnik" zu Beginn der 90er Jahre zurückzuführen. Relativ günstig ist dagegen die Situation in den ländlichen Kreisen Biberach, Freudenstadt, Ravensburg und dem Alb-Donau-Kreis mit einer Quote von unter 6 %. Auch wenn sich damit ein Stadt-Land-Gefälle bei der Arbeitslosigkeit belegen lässt, ist zu bedenken, daß die Zentren nicht nur eine tendenziell höhere Arbeitslosenquote aufweisen. Vielmehr ist auf der anderen Seite zu beachten, daß auch das relative Arbeitsplatzangebot, das heißt die Zahl der Beschäftigten bezogen auf die Einwohnerzahl, immer noch erheblich höher liegt als in den ländlich geprägten Kreisen.

Kapitel 6

Landwirtschaft

Getreideernte auf den Fildern

Die mit Abstand bedeutendste Getreideart im Land ist der zur Brotherstellung dienende Winterweizen, gefolgt von der Sommergerste, bei der ein Großteil in der Bierherstellung verwendet wird. Typische Futtergetreidearten sind Wintergerste und Hafer.

Foto: Deutsches Landwirtschaftsmuseum Hohenheim



Definitionen

Ackerland

Zum Ackerland zählen alle Flächen, die in die Fruchtfolge einbezogen sind und regelmäßig oder in gewissen Zeitabständen beackert und bestellt werden. Im einzelnen rechnen zum Ackerland die Flächen der als Hauptfrüchte angebauten Getreidearten, Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung, Hackfrüchte, Gartenbauerzeugnisse (auch unter Glas), Ölsaaten, Handelsgewächse und der Ackerfutterbau sowie stillgelegte Ackerflächen im Rahmen des Stilllegungsprogramms, wie zum Beispiel Dauer- und Rotationsbrache ohne Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und sonstige Brache (Gründungspflanzen, Schwarzbrache).

Anerbengebiet

Gebiet, in denen der land- und forstwirtschaftliche Grundbesitz an *einen* Erben ging oder geht; dabei handelt es sich meist um den ältesten, manchmal um den jüngsten Sohn.

Arbeitskraft-Einheit (AK-Einheit)

Die AK-Einheit ist die Maßeinheit der Arbeitsleistung einer im Berichtszeitraum mit betrieblichen Arbeiten **vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Person**. Dabei wird die Arbeitsleistung der **vollbeschäftigten**

- Betriebsinhaber, sonstigen Familienangehörigen im Alter von 16 bis unter 65 Jahren, ständigen familienfremden Arbeitskräften im Alter von 16 Jahren und darüber mit 1,0 AK-Einheiten,
- Familienarbeitskräfte (ohne Betriebsinhaber) und ständige familienfremde Arbeitskräfte im Alter von 15 Jahren mit 0,5 AK-Einheiten,
- Familienarbeitskräfte (ohne Betriebsinhaber) im Alter von 65 Jahren und darüber mit 0,3 AK-Einheiten bewertet.

Die Arbeitsleistung der *teilzeitbeschäftigten* Arbeitskräfte wird an der durchschnittlichen Arbeitsleistung der vollbeschäftigten Arbeitskräfte gemessen und in Bruchteilen einer AK-Einheit errechnet.

Betrieb

Technisch-wirtschaftliche Einheit, die für Rechnung eines Inhabers bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung untersteht und land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt.

Betriebsfläche / Wirtschaftsfläche

Als Betriebsfläche wird die selbstbewirtschaftete Gesamtfläche eines Betriebes bezeichnet. Sie umfaßt die von einem Betrieb aus bewirtschaftete oder verwaltete Bodenfläche, unabhängig davon, ob es sich um eigene, gepachtete oder unentgeltlich zur Bewirtschaftung übernommene Flächen handelt. Zur Betriebsfläche zählen neben der landwirtschaftlich genutzten Fläche auch die nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Fläche, Öd- und Unland, unkultivierte Moorflächen, Waldflächen, Gewässerflächen, Gebäude- und Hofflächen, Parkanlagen sowie Ziergärten.

Dauergrünland

Zum Dauergrünland rechnen Wiesen, Mähweiden, sonstige Dauerweiden und Hutungen, auch Wiesen und Weiden unter Obstbäumen, soweit nicht die obstbauliche Nutzung überwiegt.

Ertragsmeßzahl

Die durchschnittlichen bereinigten Ertragsmeßzahlen sind ein Maßstab für die mittlere Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlich genutzten Böden in den Gemeinden. Dabei werden die Bodenarten, die topographischen Gegebenheiten und die örtlichen Klimaverhältnisse berücksichtigt.

Haupterwerbsbetrieb

siehe: Sozialökonomische Betriebstypen.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche zählen alle Flächen, die als Ackerland, Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes genutzt werden.

Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe

Landwirtschaftliche Betriebe sind alle Betriebe, bei denen die Waldfläche das Zehnfache der landwirtschaftlich genutzten Fläche nicht übersteigt. Forstbetriebe sind alle Betriebe, bei denen die Waldfläche mehr als das Zehnfache der landwirtschaftlich genutzten Fläche ausmacht.

Nebenerwerbsbetrieb

siehe: Sozialökonomische Betriebstypen

Obstanlagen

Als Obstanlagen zählen die ertragsfähigen und noch nicht ertragsfähigen Anlagen von Obstbäumen und -sträuchern ohne Unterkultur oder mit Unterkultur, wenn Obst die Hauptnutzung darstellt.

Nicht zu den Obstanlagen rechnen reine Erdbeeranlagen, Obstanlagen auf Äckern, Wiesen und Weiden, bei denen die Hauptnutzung die landwirtschaftlichen Feldfrüchte (zum Beispiel Getreide, Kartoffeln) oder der Futterertrag (Gras, Heu) bilden, und der Obstbau in Haus- und Kleingärten für den Eigenbedarf der Gartenbesitzer.

Realteilungsgebiet

Gebiet, in denen der land- und forstwirtschaftliche Grundbesitz auf die Erben aufgeteilt wird.

Rebland

Zum Rebland gehören alle im Ertrag und nicht im Ertrag stehenden Rebflächen einschließlich Rebbrache zur Wiederbestockung sowie Rebschulen und Unterlagenschnittgärten.

Sozialökonomische Betriebstypen

Unter den Betrieben, deren Inhaber natürliche Personen sind, wird folgendermaßen unterschieden:

1. Haupterwerbsbetriebe: Betriebe ohne außerbetriebliches Einkommen des Betriebsinhabers und/oder seines Ehegatten sowie Betriebe mit außerbetrieblichem Einkommen des Betriebsinhabers und/oder seines Ehegatten, in denen das betriebliche Einkommen größer ist als das außerbetriebliche Einkommen.

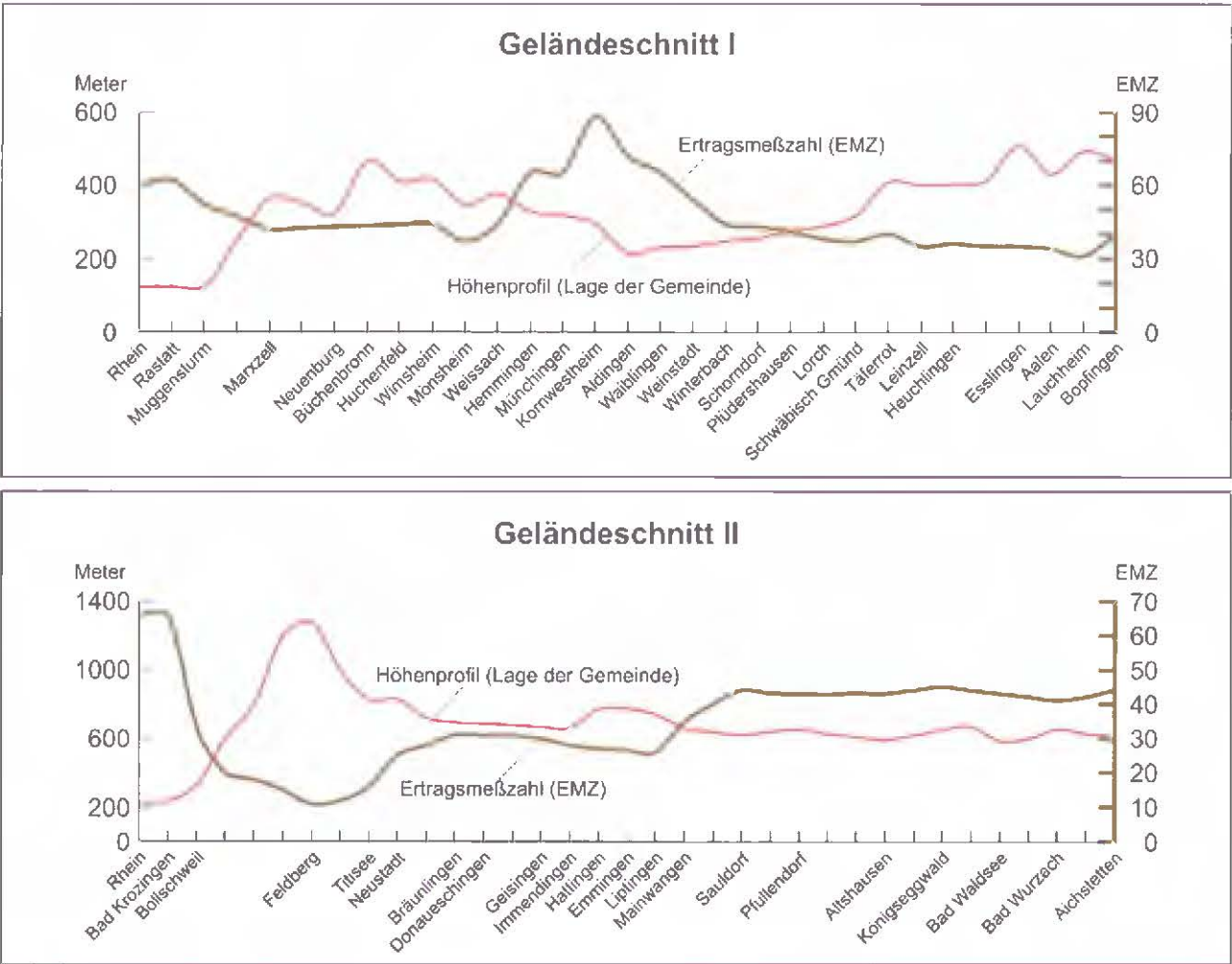
Neue Definition ab 1997: Betriebe, in denen

- das betriebliche Arbeitsvolumen, berechnet in Arbeitskraft (AK)-Einheiten, 1,5 AK und mehr beträgt,
- das betriebliche Arbeitsvolumen mindestens 0,75 und weniger als 1,5 AK-Einheiten beträgt und das außerbetriebliche Einkommen des Betriebsinhabers und/oder seines Ehegatten kleiner ist als das betriebliche Einkommen bzw. kein außerbetriebliches Einkommen vorliegt.

2. Nebenerwerbsbetriebe: Betriebe mit außerbetrieblichem Einkommen des Betriebsinhabers und/oder seines Ehegatten, in denen das betriebliche Einkommen kleiner ist als das außerbetriebliche Einkommen. Zum außerbetrieblichen Einkommen zählen Einkünfte aus Erwerbstätigkeit außerhalb des land- und forstwirtschaftlichen Betriebes und aus sonstigen außerbetrieblichen Quellen (zum Beispiel Rente, Altersgeld für Landwirte, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung usw.).

Neue Definition ab 1997: Betriebe, in denen

- das betriebliche Arbeitsvolumen, berechnet in AK-Einheiten, weniger als 0,75 AK-Einheiten beträgt,
- das betriebliche Arbeitsvolumen mindestens 0,75 und weniger als 1,5 AK-Einheiten beträgt und das außerbetriebliche Einkommen des Betriebsinhabers und/oder seines Ehegatten größer ist als das betriebliche Einkommen.



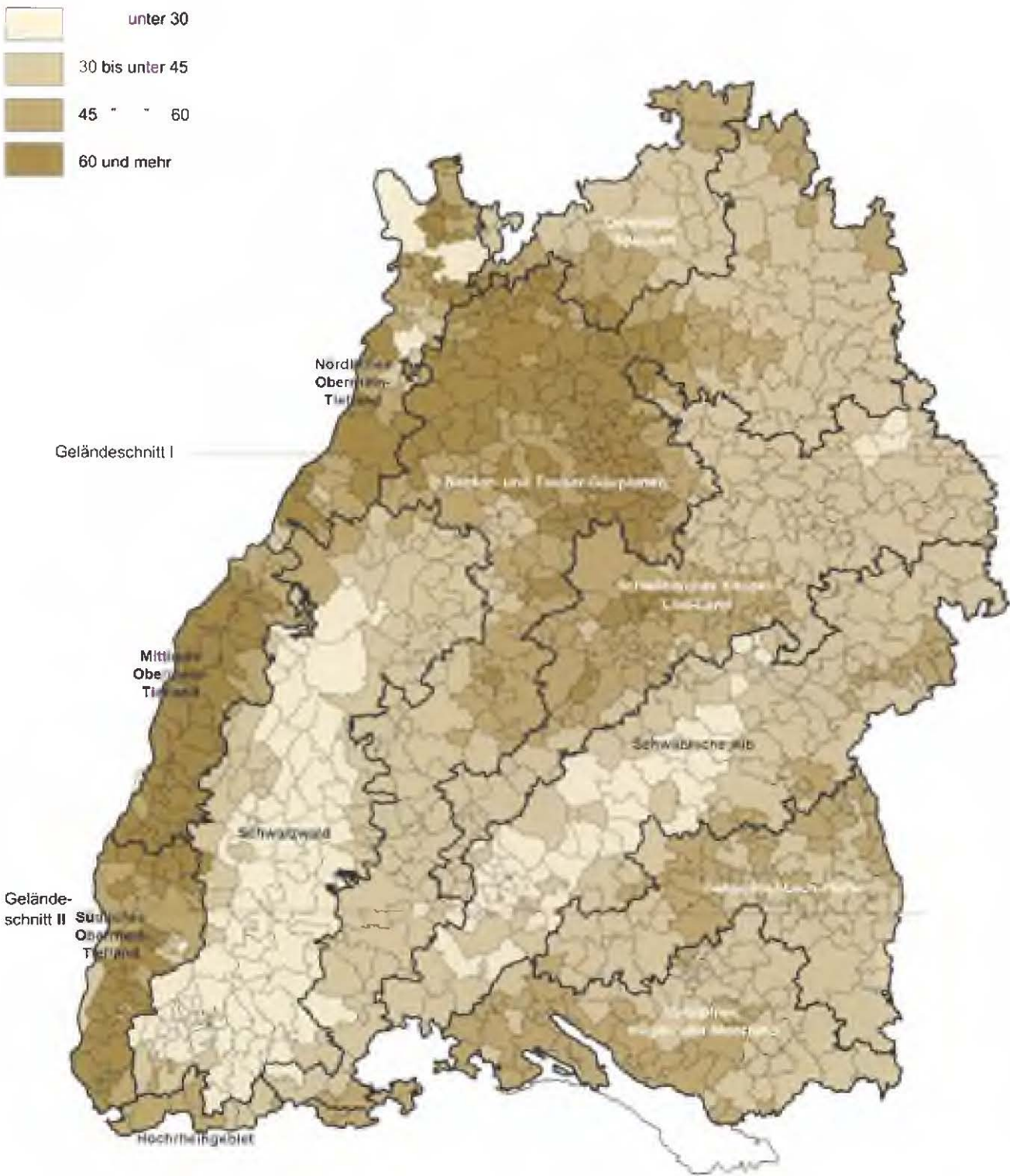
Ertragsmeßzahlen der landwirtschaftlichen Böden

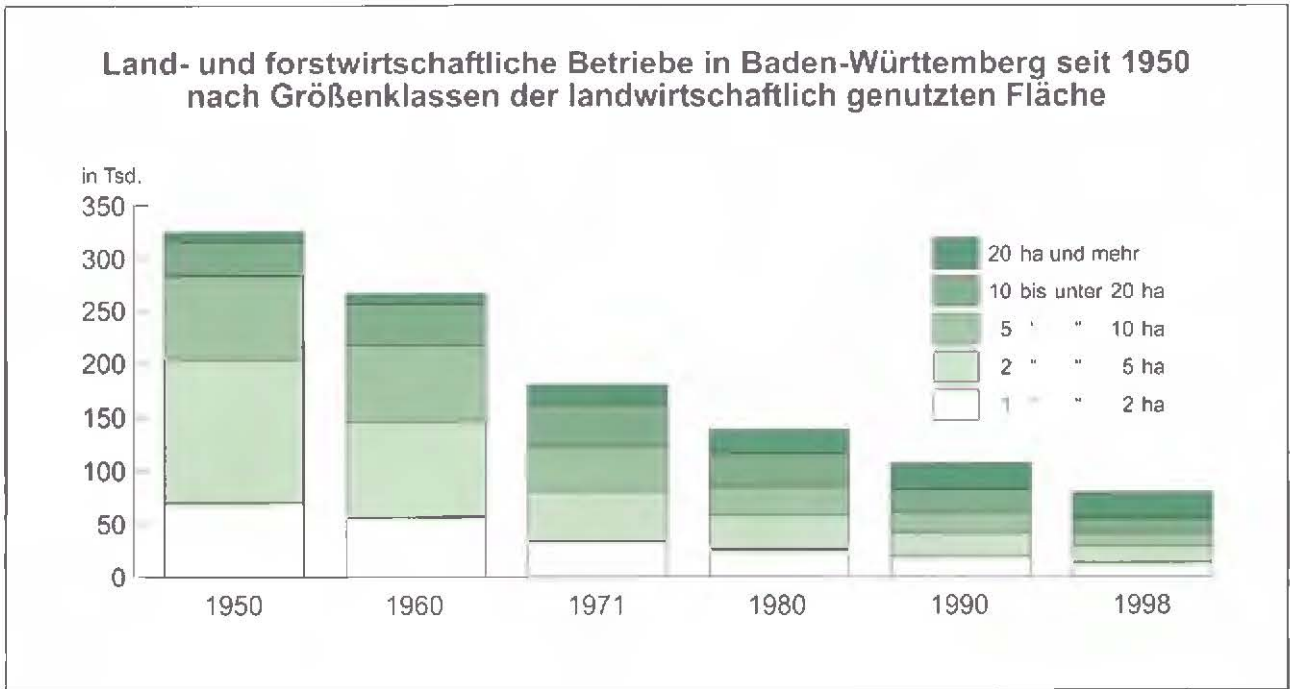
Höchste Ertragsmeßzahlen:		Niedrigste Ertragsmeßzahlen:	
1. Kornwestheim	88	1 111. Feldberg (Schwarzwald)	11
2. Eppelheim	80	1 110. Schonach im Schwarzwald	12
Ilvesheim	80	1 109. Triberg im Schwarzwald	13
4. Möglingen	78	1 108. Hinterzarten, Hornberg,	14
5. Dossenheim	77	St. Märgen, Schluchsee,	14
Edingen-Neckarhausen	77	Schönwald im Schwarzwald	14
Forchheim	77	1 103. Böllen, Eisenbach (Hochschwarzwald),	15
Heilbronn	77	Ibach	15
Land Baden-Württemberg:	45		
Bundesrepublik Deutschland	kein Vergleichswert vorhanden (Maximum: 100)		

Niedrigste Ertragsmeßzahlen in den Höhenlagen

Die Ertragsmeßzahlen sind ein Maßstab für die mittlere Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlich genutzten Böden in den Gemeinden. Dabei werden die Bodenarten, die topographischen Gegebenheiten und die örtlichen Klimaverhältnisse berücksichtigt. Der Mittelwert der gewogenen Ertragsmeßzahlen liegt im Land bei 45. In rund einem Drittel der Gemeinden sind mittlere Bodengüten zwischen 40 und 50 anzutreffen. Unterdurchschnittliche Werte weisen vor allem der Schwarzwald, der Odenwald und der Schwäbische Wald sowie die südwestliche Alb auf. In knapp 50 Gemeinden zwischen Ludwigsburg, Heilbronn und Heidelberg sowie im südbadischen Raum sind dagegen mit 70 und mehr sehr günstige natürliche Ertragsbedingungen anzutreffen.

Durchschnittliche bereinigte Ertragsmeßzahlen der landwirtschaftlichen Böden in den Gemeinden Baden-Württembergs





Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe 1998

Die meisten Betriebe:

1. Ortenaukreis	6 954
2. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	5 211
3. Landkreis Ravensburg	4 387
4. Landkreis Heilbronn	3 977
5. Landkreis Schwäbisch Hall	3 700

Die wenigsten Betriebe:

44. Stadtkreis Pforzheim	58
43. Stadtkreis Mannheim	109
42. Stadtkreis Heidelberg	123
41. Stadtkreis Karlsruhe	143
40. Stadtkreis Ulm	196

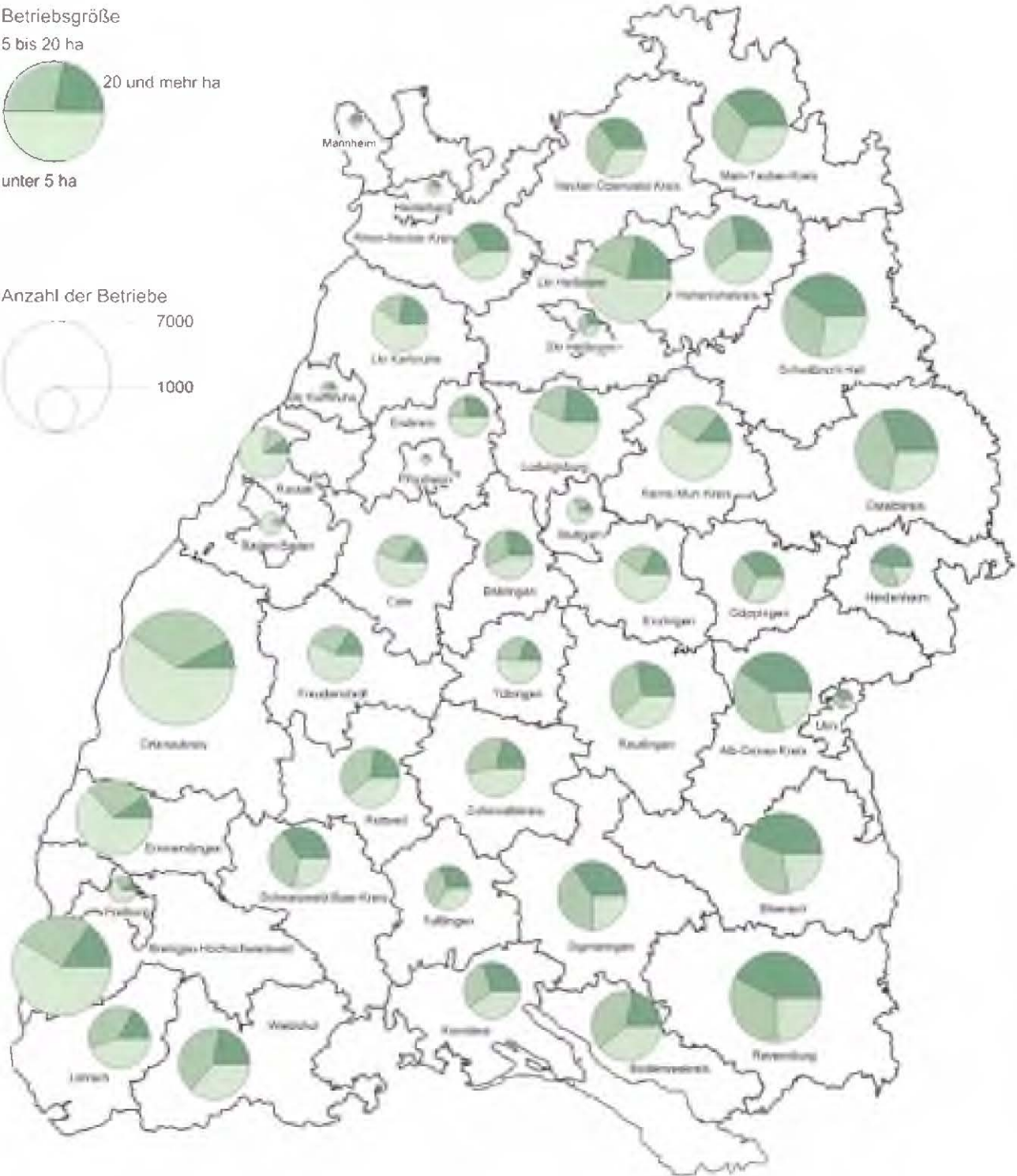
Land Baden-Württemberg:	87 715
Bundesrepublik Deutschland	525 121 (1997, Abgrenzung nach der Hauptproduktionsrichtung; Vergleichswert Baden-Württemberg: 80 789)

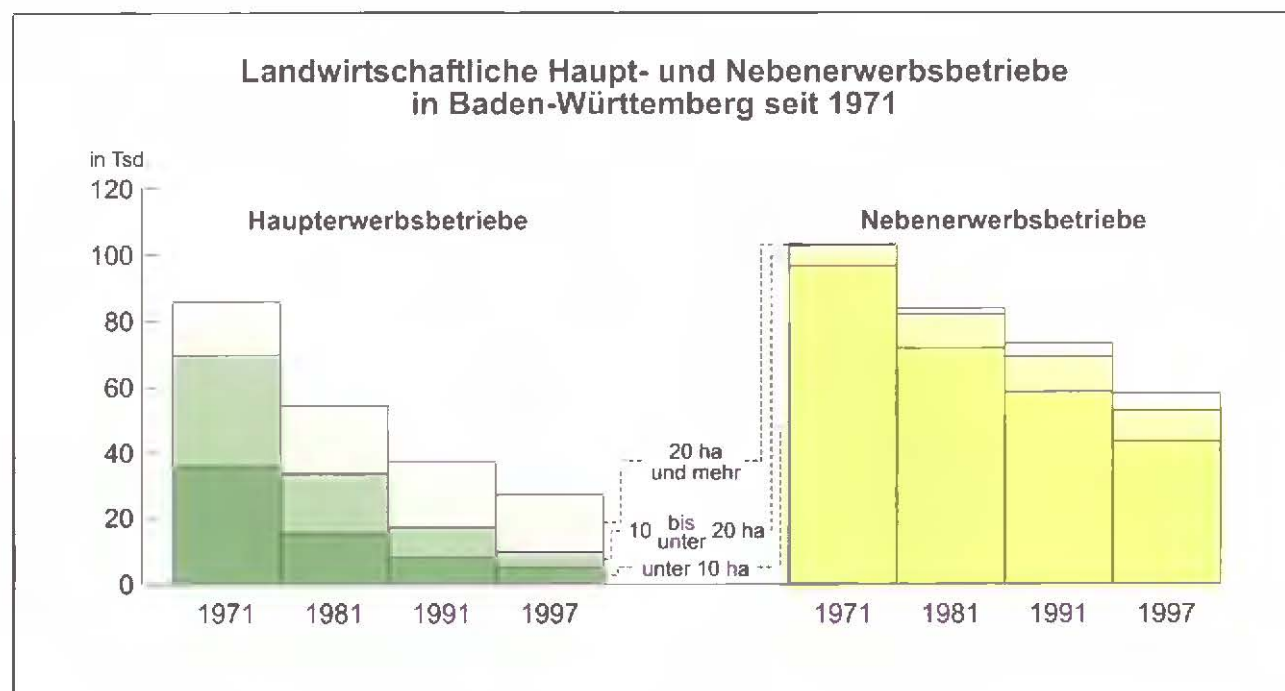
Starker Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe in Realteilungsgebieten

Seit 1950 haben etwa eine viertel Million land- und forstwirtschaftliche Betriebe aufgegeben. Das stärkste Höfesterben vollzog sich überwiegend in den württembergischen, protestantischen Realteilungsgebieten und den Verdichtungsräumen mit ihren durch andauernde Erbteilung letztlich unwirtschaftlich gewordenen Kleinbetrieben. Dem Konzentrationsprozeß fallen zunehmend auch mittlere Betriebe zum Opfer. Die Gefährdung der Betriebe ist heute aber weniger von der Qualität der Böden als vielmehr von der Kapitalausstattung, dem unternehmerischen Geschick und nicht zuletzt von der Ordnungspolitik der Europäischen Gemeinschaft bestimmt. Verglichen mit den Betriebsgrößen der neuen Bundesländer kann man die baden-württembergische Struktur als kleingekammert und weiterhin gefährdet bezeichnen

Dennoch hat Baden-Württemberg als Land der Sonderkulturen (Wein, Spargel, Obst, Gemüse, Zierpflanzen, Hopfen, Tabak, Heil- und Gewürzpflanzen, Baumschulgehölze) gerade in den arbeitsintensiven Weinbaugebieten noch einen hohen Anteil von kleinen Betrieben mit weniger als 5 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Auffallend ist der hohe Anteil kleinerer Betriebe auch in den Regionen Nordschwarzwald und Neckar-Alb; dabei handelt es sich vor allem um Betriebe in ehemaligen Arbeiter-Bauern-Gemeinden, die heute als Nebenerwerbsbetriebe weitgehend und insbesondere bei der Ernte in Lohnarbeit bewirtschaftet werden. Größere und große Betriebe mit mehr als 20 bzw. 50 Hektar findet man vor allem in den oberschwäbischen, katholischen Anerbengebieten und im östlichen Landesteil

Landwirtschaftliche Betriebe in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1998 nach Betriebsgröße





Anteile der Nebenerwerbsbetriebe 1995

Höchste Anteile:

1. Stadtkreis Baden-Baden	90 %
2. Zollernalbkreis	88 %
3. Landkreis Rastatt	87 %
4. Landkreis Freudenstadt	85 %
Landkreis Calw	85 %
Landkreis Tübingen	85 %

Land Baden-Württemberg:	69 %
Bundesrepublik Deutschland:	58 %

Geringste Anteile:

44. Stadtkreis Mannheim	30 %
43. Stadtkreis Heidelberg	32 %
42. Stadtkreis Heilbronn	37 %
41. Landkreis Ravensburg	39 %
40. Stadtkreis Stuttgart	42 %

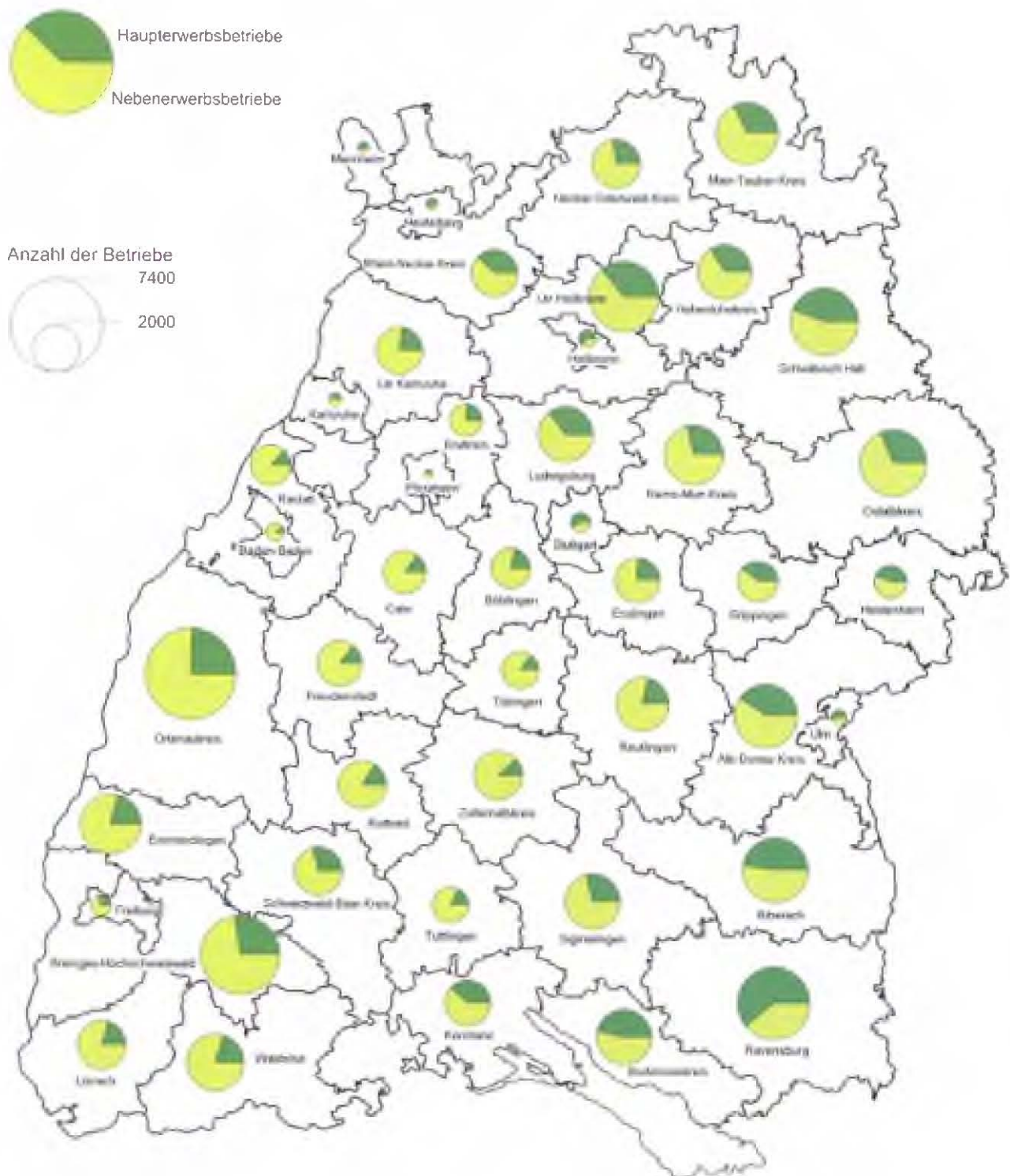
Nebenerwerbsbetriebe in Baden-Württemberg dominierend

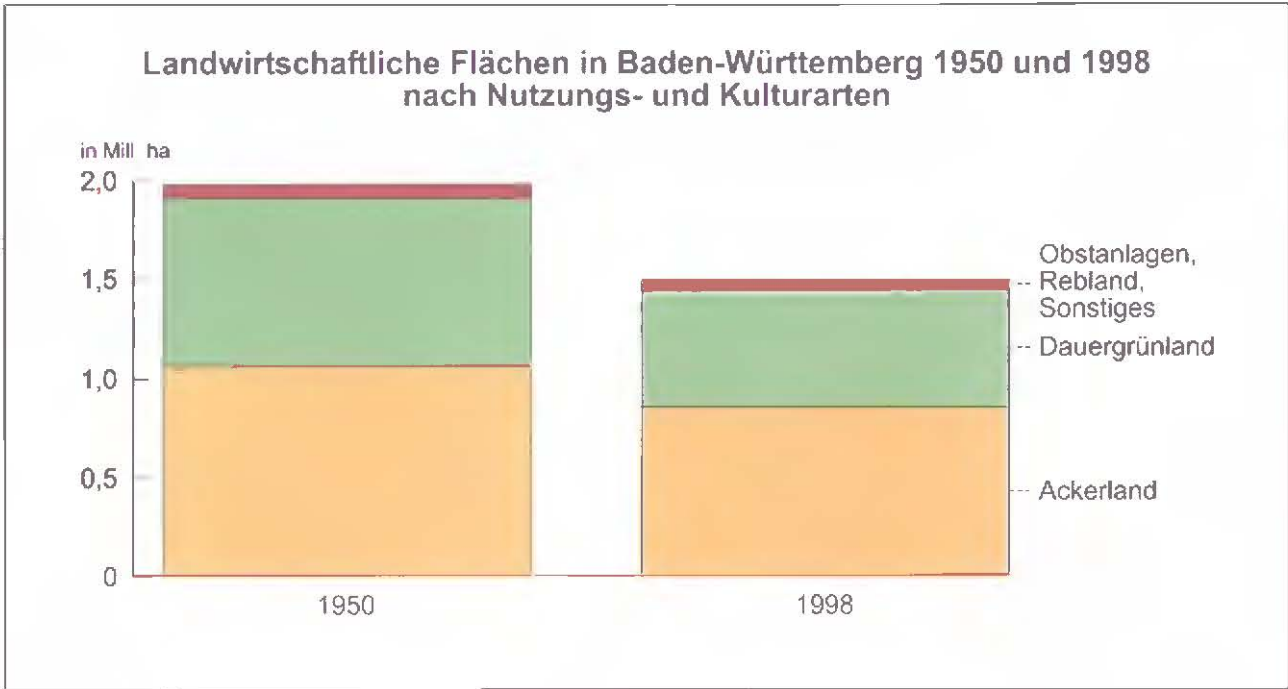
Seit 1997 gelten alle Betriebe mit mehr als 1,5 Arbeitskraft-Einheiten (AK-Einheiten) als Haupterwerbsbetriebe, solche mit weniger als 0,75 AK-Einheiten als Nebenerwerbsbetriebe. Bei Betrieben zwischen 0,75 und 1,5 AK-Einheiten ist die Zusammensetzung des Gesamteinkommens maßgebend. Aufgrund definitorischer und systematischer Änderungen sind die im Schaubild dargestellten Vergleiche gegenüber den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg zeichnet sich traditionell durch einen hohen Anteil von Nebenerwerbsbetrieben aus. Diese konzentrierten sich lange Zeit hauptsächlich auf die Mittelgebirgslandschaften, die Gebiete mit Realteilung (Erteilung des Grund und Bodens) sowie Gebiete mit Sonder- und Intensivkulturanbau. In den An-erbegebieten dagegen, in denen größere Betriebe vorherrschen, dominieren traditionell die Haupterwerbsbetriebe.

Der Nebenerwerbsanteil hat sich innerhalb der letzten Jahrzehnte in fast allen Betriebsgrößenklassen und Regionen stetig erhöht. Von einem überdurchschnittlichen Rückgang der hauptberuflichen Landwirtschaft sind in jüngster Zeit vor allem Gebiete betroffen, die unter erschwerten Bedingungen bewirtschaftet werden müssen, so zum Beispiel der Schwarzwald oder Teile der westlichen Schwäbischen Alb. 1995 gab es in Baden-Württemberg bereits 30 Gemeinden ohne landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieb. In immerhin 180 Gemeinden dominierten allerdings noch die Haupterwerbsbetriebe. Die nächsten Zahlen auf Gemeinde- und Kreisebene werden 1999 erhoben.

Landwirtschaftliche Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1995





Landwirtschaftliche Flächen und ihre Nutzung 1998

Das meiste Dauergrünland:

1. Landkreis Ravensburg	67 239 ha
2. Ostalbkreis	34 011 ha
3. Landkreis Schwäbisch Hall	29 774 ha
Land Baden-Württemberg:	588 656 ha
Bundesrepublik Deutschland:	5 213 100 ha ¹⁾

Die meisten Obstflächen:

1. Bodenseekreis	6 369 ha
2. Ortenaukreis	4 597 ha
3. Landkreis Ravensburg	1 396 ha
Land Baden-Württemberg	23 246 ha
Bundesrepublik Deutschland:	67 700 ha ¹⁾

Das meiste Ackerland:

1. Main-Tauber-Kreis	60 551 ha
2. Alb-Donau-Kreis	56 681 ha
3. Landkreis Biberach	51 850 ha
Land Baden-Württemberg:	853 529 ha
Bundesrepublik Deutschland:	11 814 900ha ¹⁾

Das meiste Rebland:

1. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	5 275 ha
2. Landkreis Heilbronn	5 132 ha
3. Ortenaukreis	2 336 ha
Land Baden-Württemberg:	24 911 ha
Bundesrepublik Deutschland:	99 000 ha ¹⁾

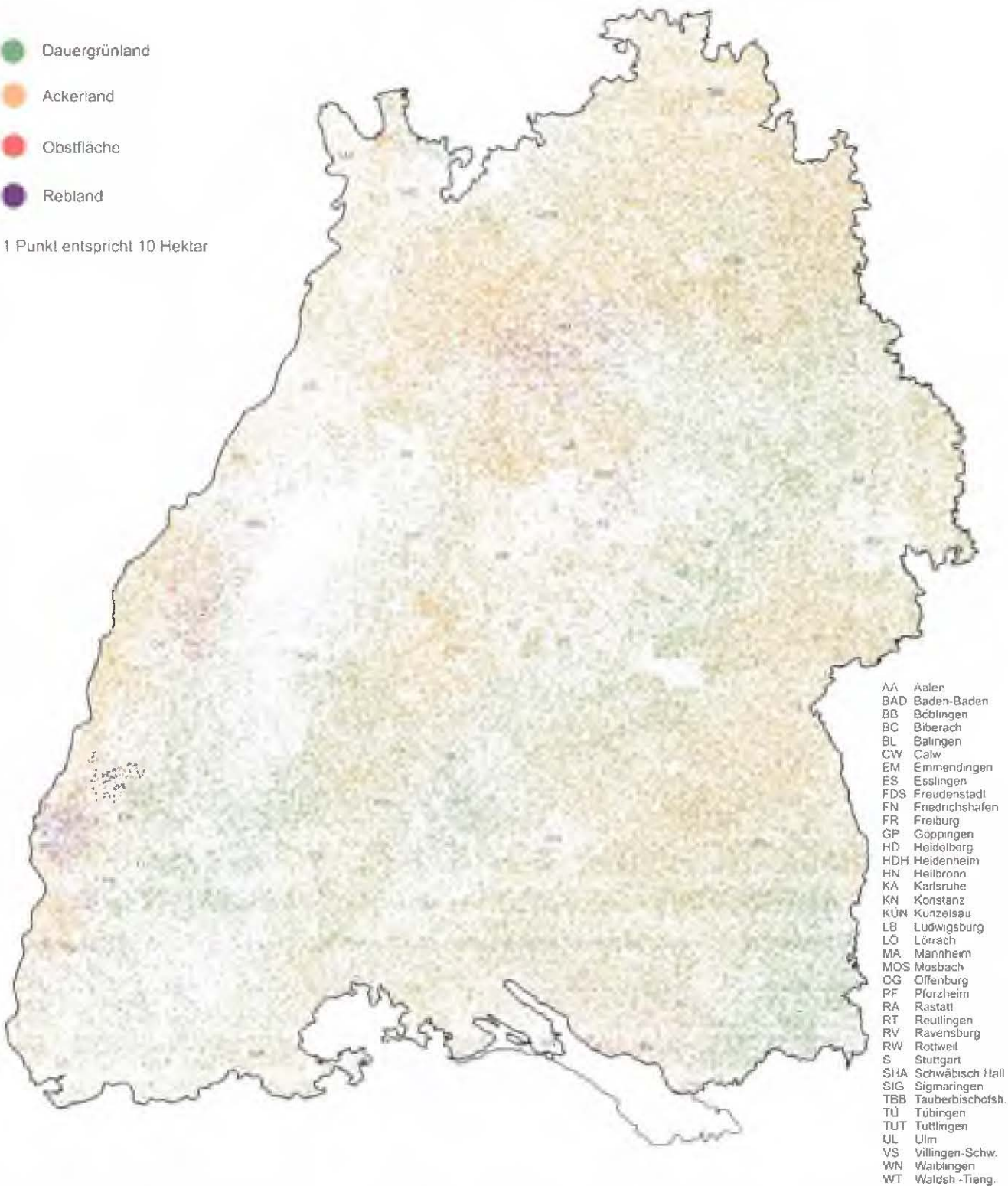
1) 1995

Landwirtschaftliche Nutzung stark von geographischen Verhältnissen abhängig

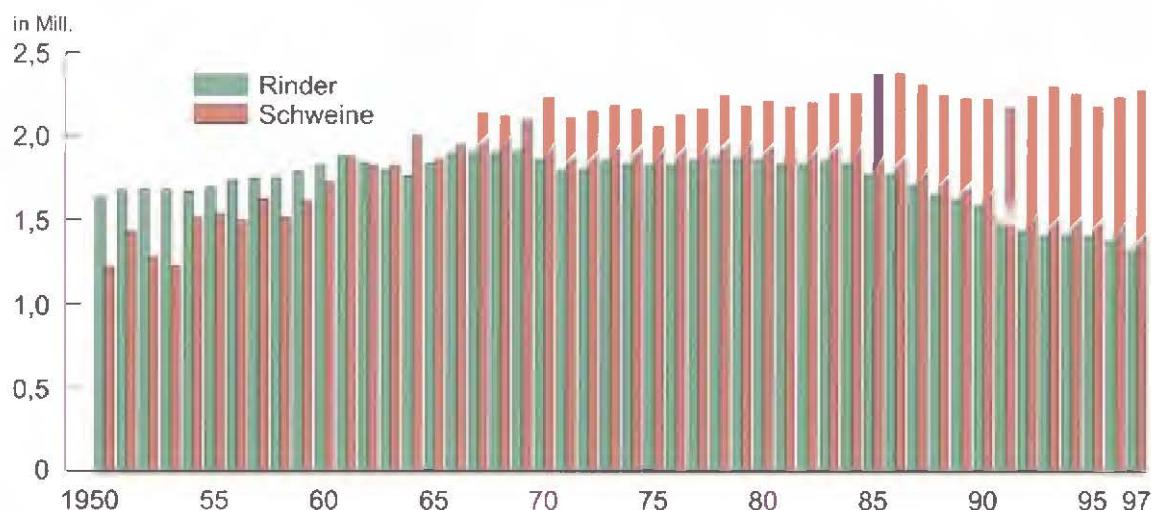
Die geologischen, morphologischen und klimatischen Voraussetzungen des Landes führten zu einer sehr heterogenen Nutzung der landwirtschaftlich genutzten Flächen. 1998 waren von den 1,5 Mill. ha (15 000 km²) landwirtschaftlich genutzter Fläche 57 % Ackerland, 39 % Dauergrünland, 1,6 % Obstflächen und 1,7 % Rebland.

Die Karte zeigt bei den Sonderkulturen "Rebland" und "Obstflächen" eine deutliche Abhängigkeit von den klimatischen Verhältnissen. Die wichtigsten Obstanbaugebiete befinden sich in der Ortenau (zum Beispiel Bühler Zwetschgen), in Oberschwaben und am Bodensee (Äpfel, Kirschen). Wein wird vor allem am Kaiserstuhl, am südlich davon liegenden Tuniberg und im Markgräfler Land sowie um Heilbronn und im Remstal angebaut. Die Anbaugebiete im Nordbadischen und am Bodensee haben eher sporadischen Charakter. Die Verteilung von Ackerland und Dauergrünland ist neben den klimatischen Bedingungen im wesentlichen von der Bodengüte, der Lage und der Geländeneigung bestimmt (vgl. dazu auch die Karte "Durchschnittliche bereinigte Ertragsmeßzahlen in den Gemeinden Baden-Württembergs").

Landwirtschaftliche Flächen und ihre Nutzung
in Baden-Württemberg 1998



Rinder- und Schweinebestand in Baden-Württemberg seit 1950



Nutztierhaltung 1996

Die meisten Rinder:

1. Landkreis Ravensburg	177 774
2. Landkreis Biberach	122 775
3. Ostalbkreis	100 827

Land Baden-Württemberg: 1 381 977

Bundesrepublik Deutschland: 15 759 600

Die meisten Pferde:

1. Landkreis Ravensburg	5 013
2. Ostalbkreis	4 221
3. Rhein-Neckar-Kreis	3 447

Land Baden-Württemberg: 80 231

Bundesrepublik Deutschland: 652 400

Die meisten Schweine:

1. Landkreis Schwäbisch Hall	446 179
2. Alb-Donau-Kreis	256 652
3. Hohenlohekreis	208 576

Land Baden-Württemberg: 2 231 281

Bundesrepublik Deutschland: 24 283 000

Die meisten Schafe:

1. Landkreis Reutlingen	20 044
2. Zollernalbkreis	16 953
3. Landkreis Esslingen	13 888

Land Baden-Württemberg: 286 506

Bundesrepublik Deutschland: 2 324 000

Tierhaltung ist wesentliche Einkommensquelle für Landwirte

Baden-Württembergs Landwirtschaft wird in starkem Maße von der tierischen Erzeugung mitgeprägt: Hohenlohe und das Gebiet um Schwäbisch Hall beispielsweise von der Zuchtsauenhaltung und der Ferkelerzeugung (zum Beispiel Hällisches Landschwein), Oberschwaben von der Grünlandwirtschaft und der Milchproduktion oder die Schwäbische Alb und die oberen Gäue auch von der Schafhaltung. Die durchschnittlichen Bestandsgrößen liegen – außer bei den Schafen – deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und vor allem unter jenen der neuen Bundesländer.

Die Tierhaltung ist eine wesentliche Einkommensquelle für die Landwirte; mehr als die Hälfte der Verkaufserlöse der Landwirtschaft stammen aus der tierischen Erzeugung. Von zunehmender Bedeutung ist seit einiger Zeit – unter anderem als Folge der "Mast- und Fütterungs-Skandale" in Großbritannien und in Norddeutschland – die Versorgung der heimischen Bevölkerung mit „im Ländle“ erzeugten und entsprechend gekennzeichneten tierischen Nahrungsmitteln.

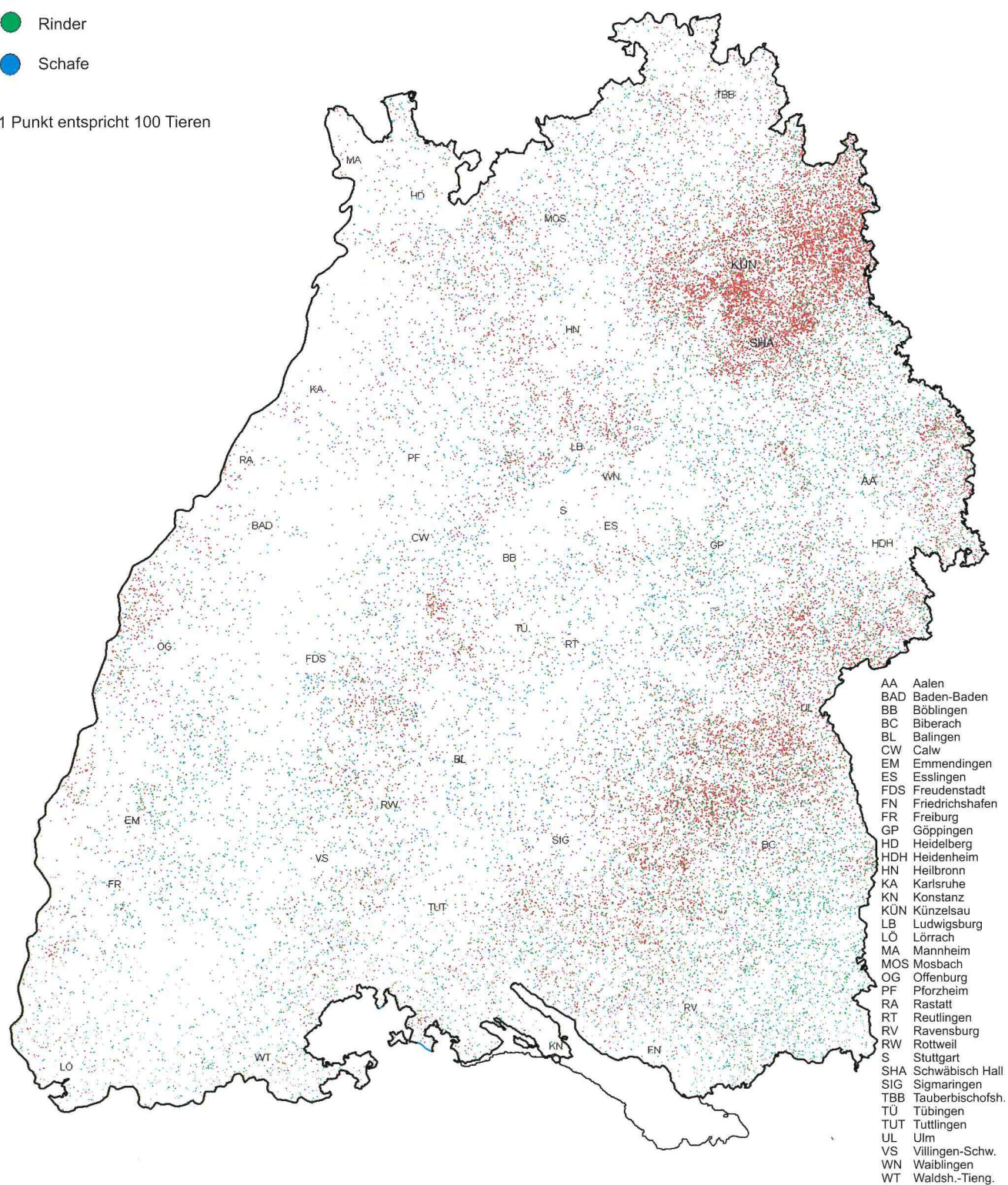
Nutztierhaltung in Baden-Württemberg 1996

● Schweine

● Rinder

● Schafe

1 Punkt entspricht 100 Tieren



Kapitel 7

Bergbau, Energie und Wassergewinnung

Bodenseewasser-Aufbereitungsanlage Sipplingen

Das von Sipplingen am Überlinger See (Teil des Bodensees) ausgehende Leitungsnetz des 1954 gegründeten Verbands „Bodensee-Wasserversorgung (BWV)“ reicht heute über den Raum Villingen-Schwenningen/Rottweil/Albstadt und den Großraum Stuttgart auch weit in die nördlichen Landesteile (z.B. Mosbach, Sinsheim). Die BWV liefert in ihrem Versorgungsgebiet, das derzeit etwa 3,7 Millionen Einwohner umfaßt, etwa die Hälfte des gesamten Trinkwasserbedarfs.

Foto: Bodensee-Wasserversorgung



Definitionen

Bergbaubetrieb

Betriebe, die der Aufsicht des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau unterliegen; die Betriebe sind nicht vollkommen identisch mit jenen, die zur Berichterstattung für die Statistik im Verarbeitenden Gewerbe melden (vgl. Karte "Beschäftigte im Bergbau und bei der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden").

Erdgasversorgung

Als Quellen wurden unter anderem Geschäftsberichte der Gasversorgung Süddeutschland GmbH und Statistiken des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V. herangezogen.

Grundwasser

Wasser, das Hohlräume der Erdrinde zusammenhängend ausfüllt und keinen natürlichen Austritt besitzt.

Oberflächenwasser

Wasser natürlicher und künstlicher oberirdischer Gewässer (Flüsse, Seen und Talsperren).

Öffentliche und gewerbliche Wasserwirtschaft

Bundesweite wasserwirtschaftliche Erhebungen finden auf der Grundlage des Umweltstatistikgesetzes vierjährlich statt.

Die Erhebung über die *öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung* richtet sich an alle Gemeinden und Zweckverbände, die Trinkwasser gewinnen und/oder verteilen bzw. Anlagen zur Sammlung und Reinigung des Abwassers betreiben.

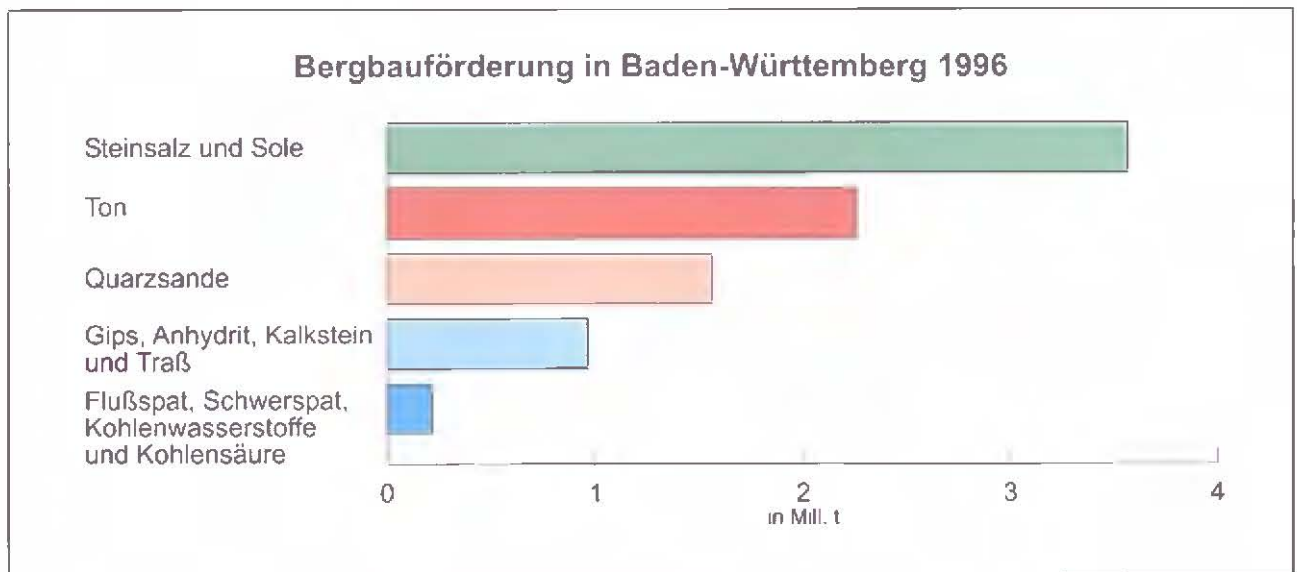
Im Rahmen der Erhebung über die *Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe* wird eine repräsentative Zahl von Betrieben zur Wassergewinnung, Wasserverwendung sowie zur Behandlung und Ableitung des Abwassers befragt. Bis 1991 erfolgte die Auswahl der Betriebe gemäß dem Umweltstatistikgesetz von 1980 im wesentlichen nach der Beschäftigtenzahl. Einbezogen waren Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Im Vorgriff auf das am 1. Januar 1997 in Kraft getretene neue Umweltstatistikgesetz vom 21. September 1994 wurde der Berichtskreis bei der Erhebung für 1995 deutlich reduziert. Danach wurden Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten befragt, die Wasser gewinnen, Wasser oder Abwasser in Gewässer einleiten bzw. ein Wasseraufkommen von mindestens 10 000 m³ haben.

Aufgrund des stark reduzierten Berichtskreises ist die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Erhebungen bis 1991 insbesondere beim Merkmal "fremdbezogenes Wasser" eingeschränkt.

In Ergänzung zur Bundesstatistik wird auf Veranlassung des Umweltministeriums Baden-Württemberg eine zweijährliche Zusatzerhebung über die öffentliche Wasserversorgung durchgeführt.

Quellwasser

Örtlich begrenzter, natürlicher Grundwasseraustritt.



In Haslach gräbt man Silbererz ...

— das war einmal. Vom einst so bedeutenden Bergbau im Schwarzwald (Silber, Blei, Kupfer, Zink, Fluß- und Schwerspat) und auf der Schwäbischen Alb (Bohnerze) ist heute fast nichts mehr übriggeblieben.

Dem Jahresbericht 1996 des Landesbergamtes mit Sitz in Freiburg im Breisgau ist folgende Situation zu entnehmen: Die Industrie der Steine und Erden ist sowohl von der Fördermenge als auch von der Anzahl der Unternehmen der größte Bergbauzweig in Baden-Württemberg. Die unter Bergaufsicht stehenden Steine- und Erdenbetriebe förderten 4,8 Mill. Tonnen Ton und 1,6 Mill. Tonnen Quarzsand bzw. Quarzit und jeweils 0,5 Mill. Tonnen Gips und Anhydrit bzw. Kalkstein und Traß. Trotz des aktuellen Rückgangs der Bauwirtschaft konnten die Fördermengen der Vorjahre gehalten werden.

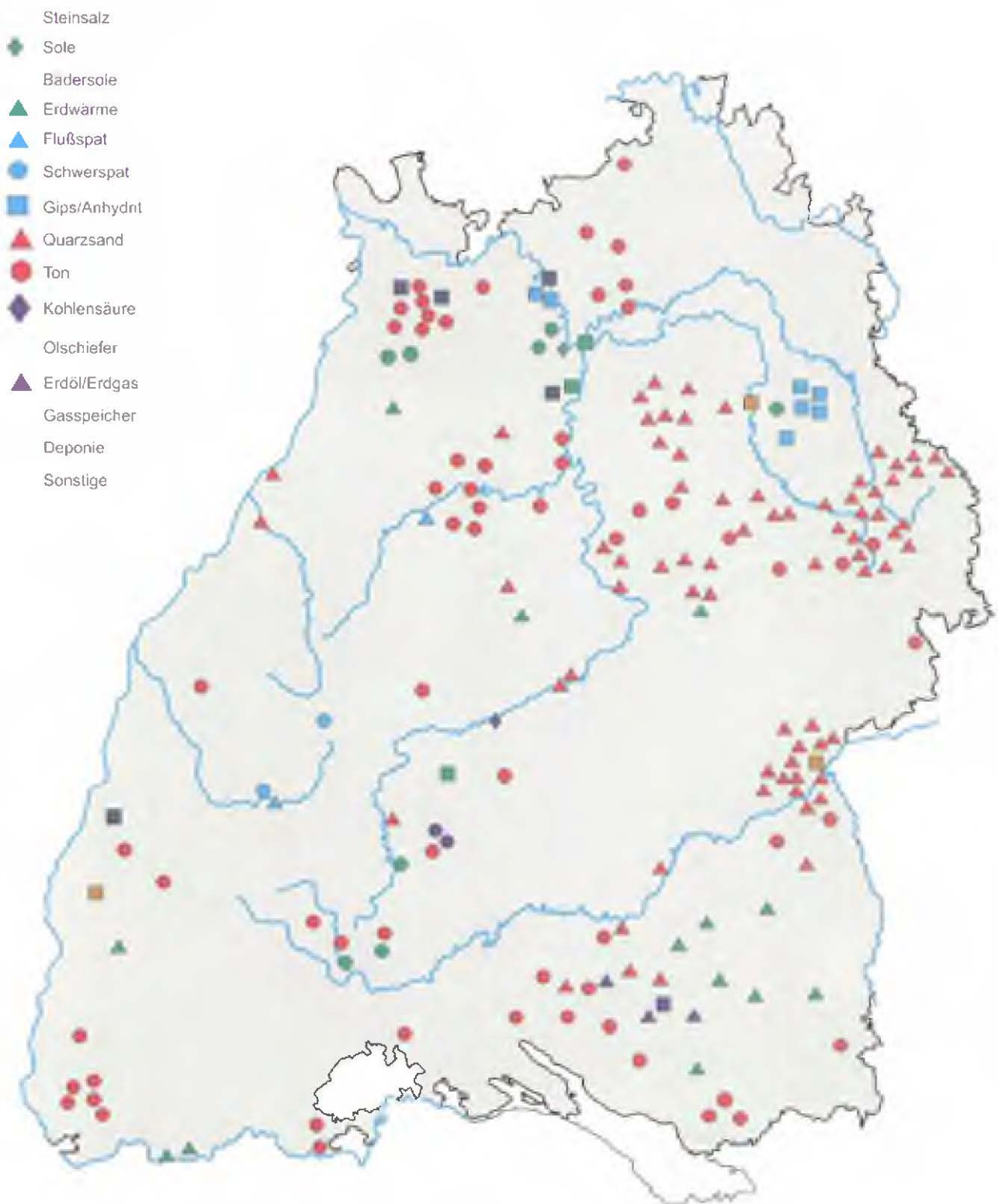
Nachdem im September 1996 die Fluß- und Schwerspatwerke Pforzheim GmbH die Förderung von Flußspat eingestellt haben, wird Flußspat oder Fluorit nur noch in der Schwarzwälder Grube "Clara" nördlich von Wolfach abgebaut. Fluorit ist ein Vorprodukt der Flußsäure, die unter anderem zur Herstellung von Fluorkohlenwasserstoffen (FCKW) benötigt wird. Durch das Herstellungsverbot von FCKW sank die Nachfrage erheblich. Die Einfuhr von Flußspat aus China wurde von der Europäischen Union mit einem spezifischen Antidumping-Zoll belegt. Seitdem stabilisieren sich die Preise wieder. Weltweite Überkapazitäten und Währungseinflüsse verschärften jedoch den Preisverfall. Schwerspat wird ebenfalls auf "Clara" abgebaut. Er dient u.a. als Dämmstoff, als Zusatzstoff für Lacke oder für teure, schwere Papiere.

Der im Land geförderte Ton dient der Ziegelproduktion und Verwendung in der keramischen Industrie. Daneben werden Tone auch als mineralisches Dichtungsmaterial bei der Abdichtung von Deponien eingesetzt. Die Quarzsande werden als mineralische Rohstoffe in der Glas- und in der chemischen Industrie sowie als Formsande in der Gießereitechnik, als Schleif- und Poliermittel sowie als Füllstoffe in Kunststoffen, Kautschuk, Farben und Lacken gebraucht.

Kalkstein findet überwiegend in der Bauindustrie Verwendung. Besonders hochwertigen Kalk findet man im Blautal bei Ulm. Traß, auch Phonolith oder Klingstein genannt, ist vulkanischen Ursprungs. Dieses Mineral wird nur bei Bötzingen (Kaiserstuhl) abgebaut. Früher wurde er wegen seiner Härte vor allem als Schotter für die Eisenbahnschienen verwendet. Heute findet Traß – zu feinstem Steinmehl verarbeitet – eine breite Verwendung im ökologischen Landbau, als energiesparender Grundstoff in der Zement- und Betonwarenindustrie, als Filtermaterial, in der Wasseraufbereitung und in Kläranlagen, als Katalysator bei der Rauchgasentschwefelung sowie als physikalisches Arzneimittel unter der Bezeichnung "Fango" in der medizinischen Behandlung.

Steinsalz wird in den Bergwerken Heilbronn durch die Südwestdeutsche Salzwerke AG und in Stetten bei Haigerloch durch die Firma Wacker-Chemie GmbH bergmännisch abgebaut. In den Gemeinden Bad Dürrenheim, Bad Rappenau, Bad Schönborn, Rottweil und Schwäbisch Hall wird Sole für den Betrieb von Bade- und Kureinrichtungen gefördert.

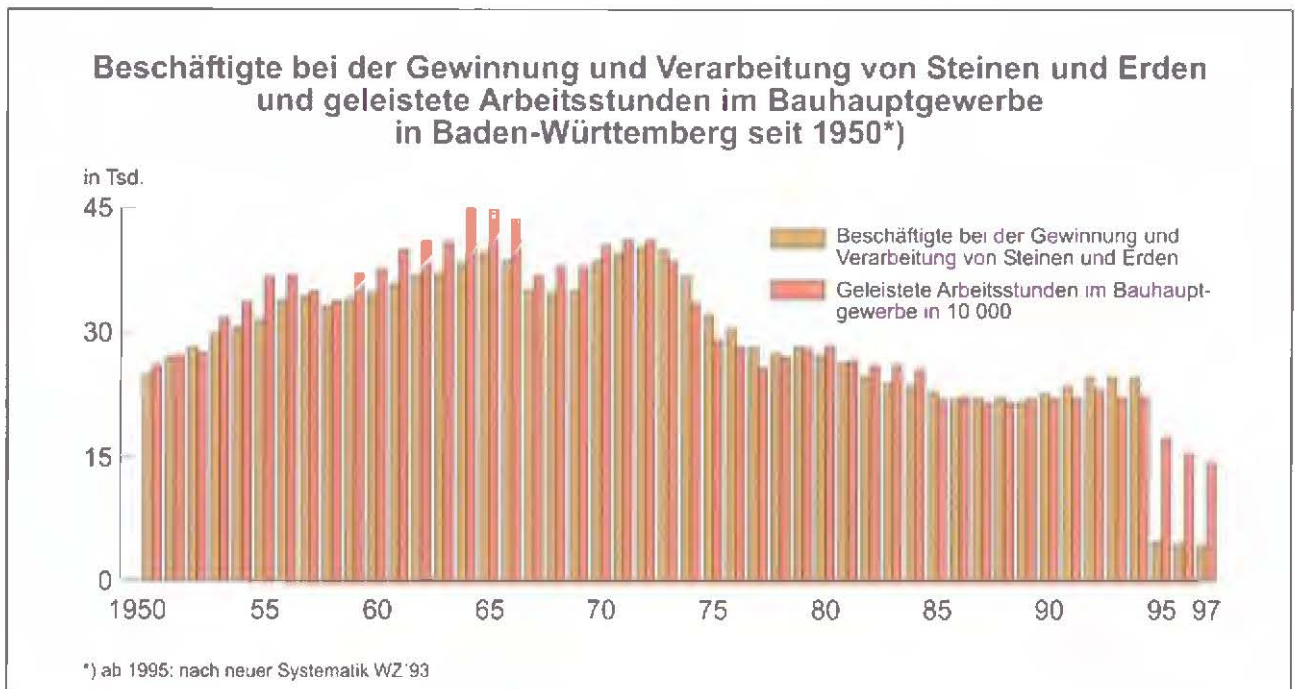
Bergbaubetriebe in Baden-Württemberg 1997



Quelle: Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau Baden-Württemberg

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Status 06/36/98



Steine und Erden: eine Branche auf dem Rückzug

Die Grafik verdeutlicht die Abhängigkeit der Branche „Steine und Erden“ von der Baukonjunktur. Fast parallel zu den geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe entwickelte sich die Anzahl der Arbeitsplätze bei Steine und Erden. Heute werden etliche Gesteine nicht nur für den Bau, sondern zunehmend auch als Gesteinsmehle für Dämmstoffe, Glas und Keramik, Chemie, Filteranlagen, Bodenverbesserung, Fangopackungen und viele andere Produkte benötigt. Kiese und Sande dienen nach wie vor für den Hoch- und Tiefbau als Zuschlagstoff bei der Betonherstellung. Etliche Steinbrüche im Muschelkalk produzieren Siebschutt für den Straßenbau. Die Arbeitsplätze in den Steinbrüchen der Zementindustrie sind hier nicht enthalten.

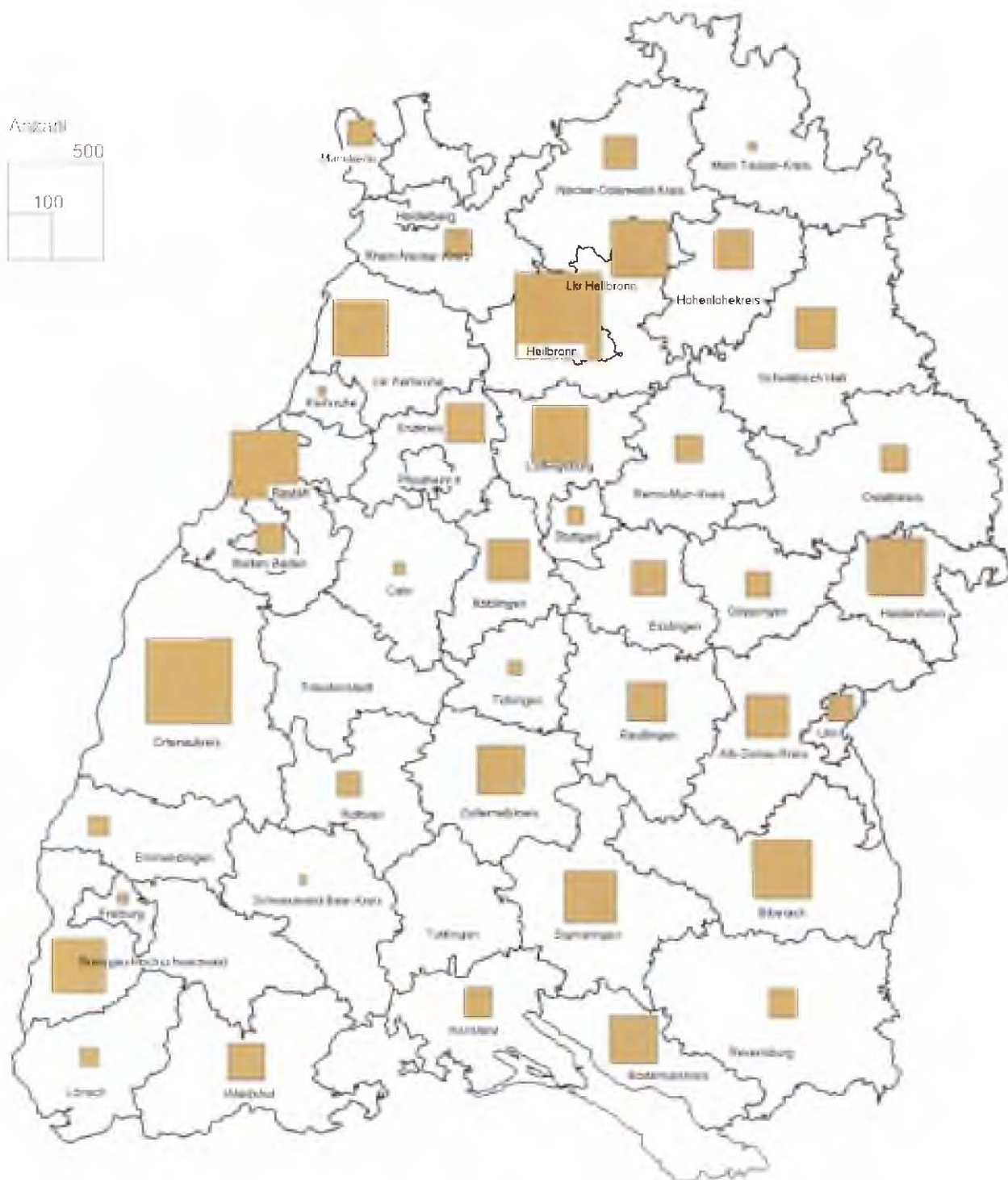
Die Karte gibt die Beschäftigten in den Unternehmen und größeren Betrieben der Wirtschaftsgruppen „Gewinnung von Steinen und Erden“ und „Bergbau“ an. Erfasst werden Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten, und zwar in den Bereichen Gewinnung von Naturstein, Kies, Sand, Ton, Kalkstein, Gips, Flußspat (Fluorit), Schwer-spat (Barit), Salz und Salzsole.

Relativ hoch sind die Beschäftigtenzahlen in den Kiesgebieten der Oberrheinischen Tiefebene und in den glazial geprägten Räumen Südwürttembergs. Die früher so bedeutenden Steinbruchgebiete am Kaiserstuhl (Phonolith), Südschwarzwald (Granit), Nordschwarzwald und Odenwald (Buntsandsteine) sowie Albtrauf (Tuffsteine) fallen auf der Karte nicht mehr auf. Das hat unterschiedliche Ursachen: Natürliches Baumaterial wird heute zu erheblichen Teilen aus dem Ausland importiert (zum Beispiel Tschechien und Polen) oder durch Kunststeine (zum Beispiel Aglomarmor) ersetzt; zudem hat diese Industrie in den letzten Jahren enorme Rationalisierungen geschafft.

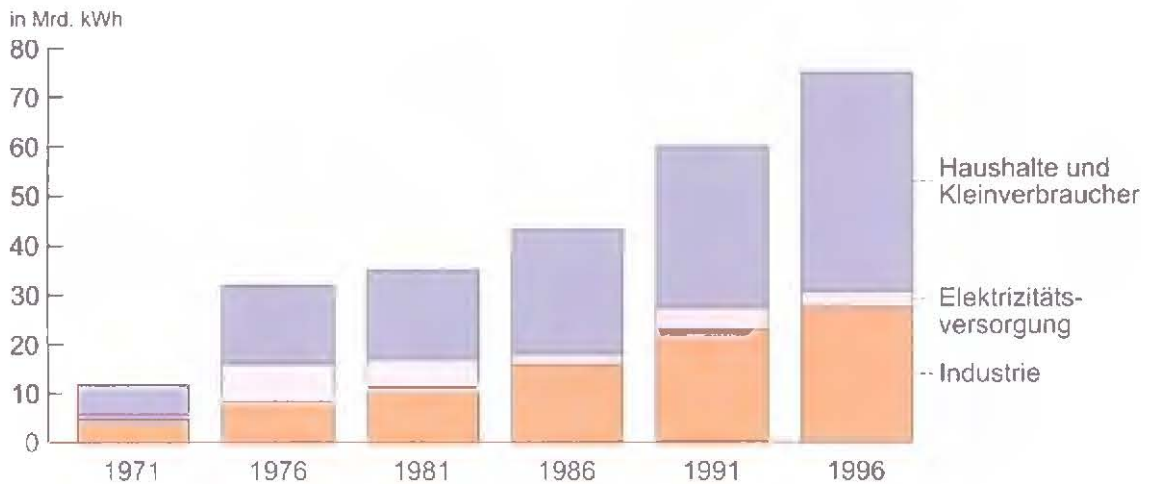
Die Branche „Gewinnung von Steinen und Erden“ bietet heute deutlich weniger Arbeitsplätze als etwa in den frühen 70er Jahren. Der auf obiger Grafik sichtbare Rückgang der Beschäftigtenzahlen ab 1995 ist aber im wesentlichen auf systematische Änderungen in der Statistik zurückzuführen. Die abgebauten Mengen sind nach wie vor eindrucksvoll. Allein die Jahresproduktion 1997 von Kies und Sand in der Region Bodensee-Oberschwaben ergäbe, auf einmal transportiert, eine Lkw-Schlange von über 5 000 km.

Was den Bergbau betrifft, so ist dessen große Bedeutung im Stadtkreis Heilbronn erwähnenswert. Dabei handelt es sich vor allem um die Südwestdeutschen Salzwerke.

**Beschäftigte im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1997**



Gasabgabe der öffentlichen Gaswirtschaft an inländische Endabnehmer in Baden-Württemberg seit 1971

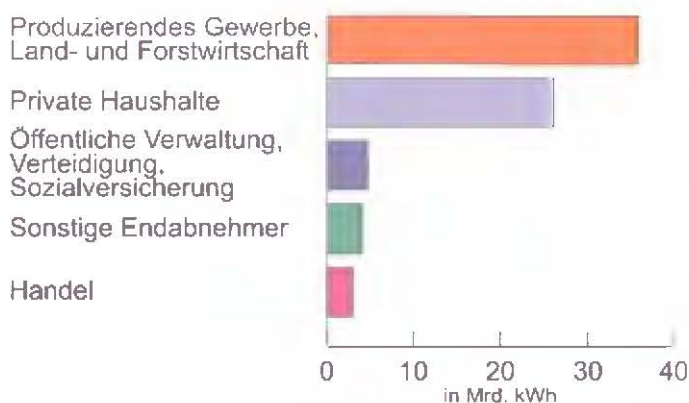


Etwa ein Viertel aller Wohnungen werden mit Gas beliefert

Von den knapp 4,5 Mill. Wohnungen Baden-Württembergs liegen 3,8 Mill. im gasversorgten Gebiet; von diesen wurden 1,17 Mill., also etwa ein gutes Viertel, mit Gas beliefert. 1996 wurden an diese von 109 Orts- bzw. Regionalgas-Versorgungsunternehmen insgesamt 28 Mrd. Kilowattstunden Haushaltsgas abgegeben. Etwas mehr wurde im selben Zeitraum an die Industrie des Landes geliefert.

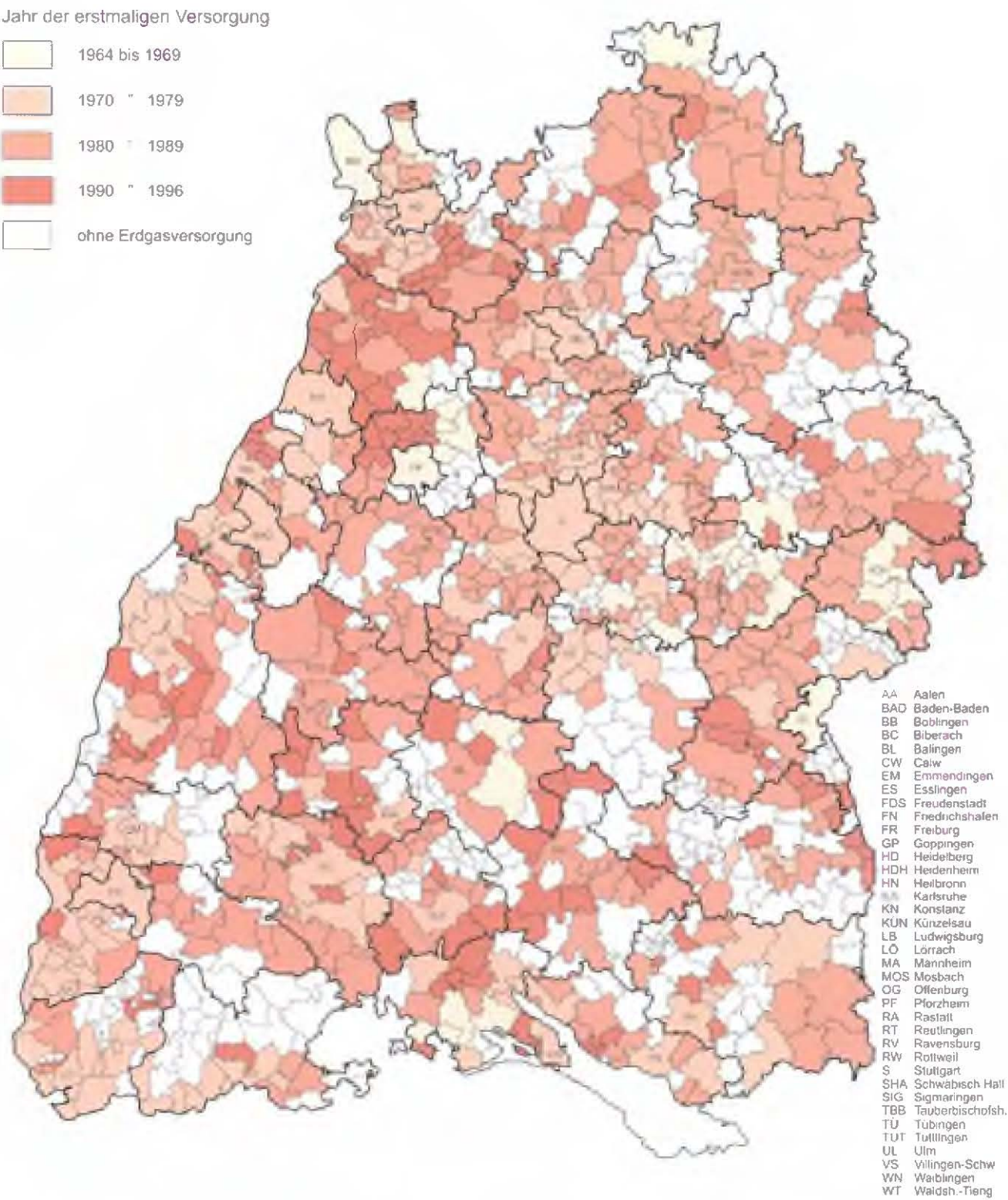
In Baden-Württemberg wird von der öffentlichen Gasversorgung fast ausschließlich Erdgas eingesetzt, das an verschiedenen Bezugsstationen an der Landesgrenze eingeführt wird, so bei Thayngen im Kanton Schaffhausen, Lottstetten im Kreis Waldshut, Nordschwaben im Kreis Lörrach, bei der Stadt Basel, Tunsel bei Bad Krozingen, Willstätt bei Kehl, Lampertheim bei Mannheim, Rippberg bei Walldürn, Michelbach nördlich von Crailsheim, Amerdingen und Zolzingen bei Neresheim sowie bei Neu-Ulm. In der südlichen Rheinebene verläuft bis Karlsruhe die Transitgas-pipeline TENP (Trans European Naturalgas Pipeline). Das Rohrnetz der Orts- und Regionalgas-Versorgungsunternehmen betrug Ende 1996 zusammen 27 650 km; 1965 waren es gerade 11 163 km. Etwa neun Zehntel des Erdgases lieferte 1996 die Ruhrgas AG. Die Erdöl- und Erdgasförderung in Oberschwaben wurde im September 1997 eingestellt. Die letzte Jahreslieferung betrug 58 Mill. kWh.

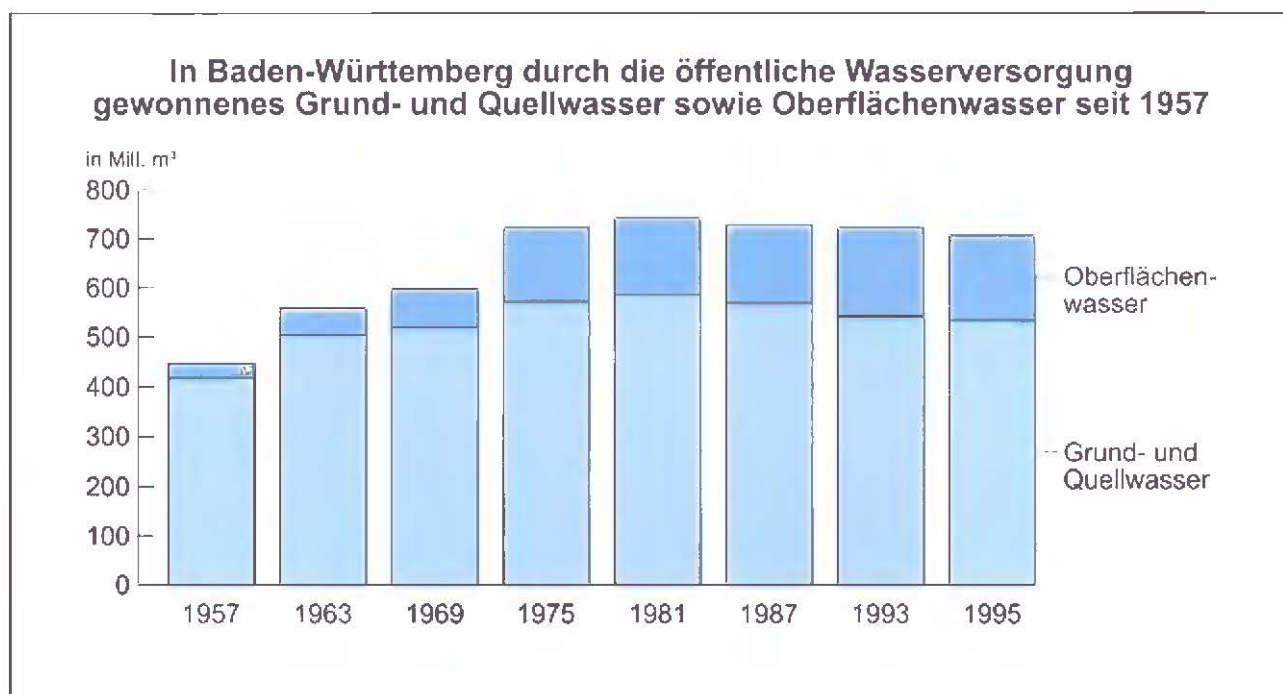
Gasabsatz in Baden-Württemberg 1997 nach Verbrauchergruppen



Die Karte zeigt, daß zunächst einige der kleineren Industrierräume, dann der Mittlere Neckarraum sowie das topographisch günstig liegende Gebiet in der Rheinebene mit Erdgas versorgt wurden.

Entwicklung der Erdgasversorgung
in den Gemeinden Baden-Württembergs 1964 bis 1996





Wassergewinnung der öffentlichen Wasserversorgung 1995

Höchste Wassergewinnung in 1 000 m³:

1. Bodenseekreis	144 878
2. Landkreis Heidenheim	49 728
3. Alb-Donau-Kreis	48 979
4. Rhein-Neckar-Kreis	37 608
5. Landkreis Karlsruhe	24 232

Land Baden-Württemberg: 706 500

Bundesrepublik Deutschland: 5 810 300

Geringste Wassergewinnung in 1 000 m³:

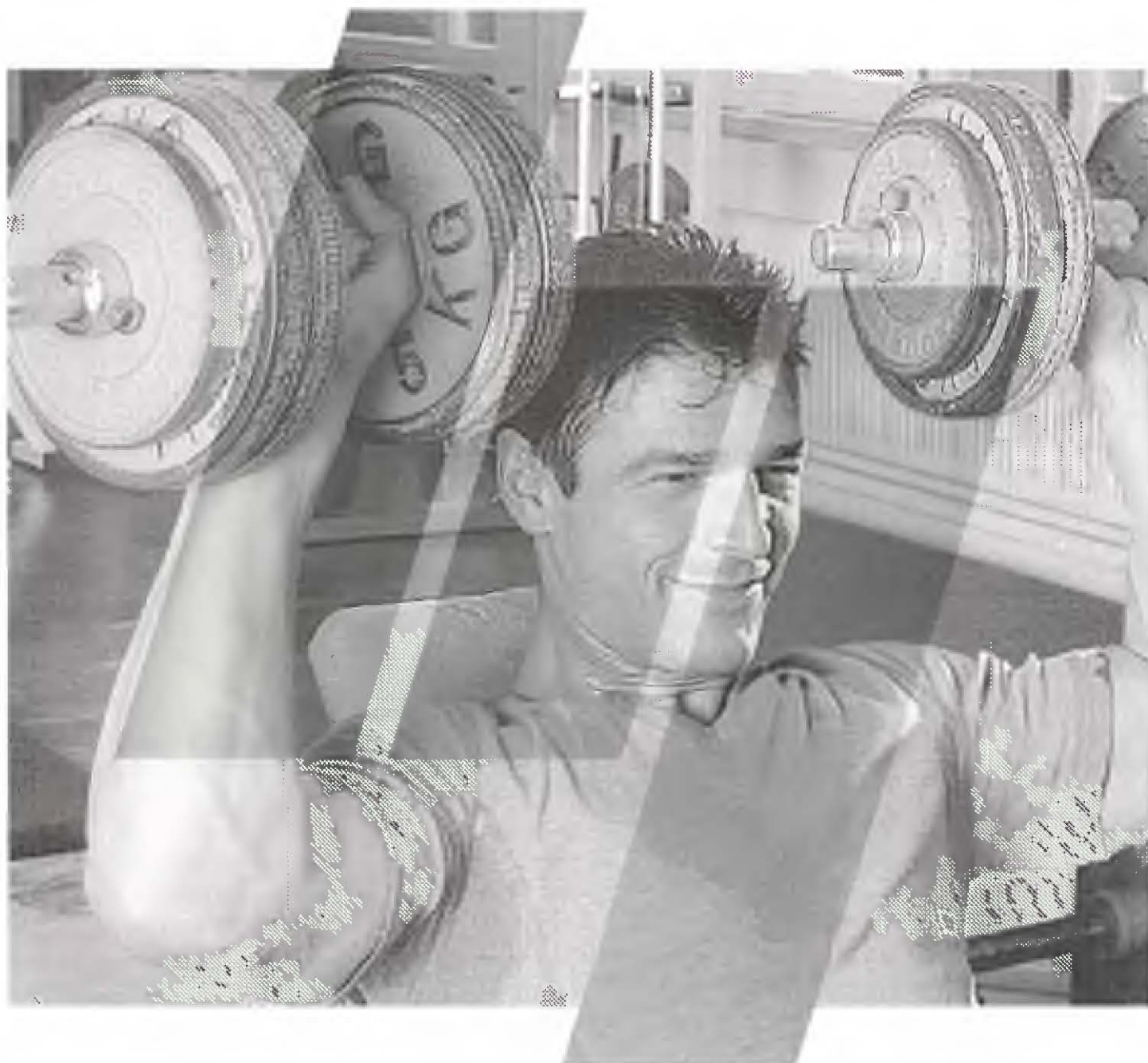
44. Stadtkreis Stuttgart	1 501
43. Stadtkreis Pforzheim	1 796
42. Stadtkreis Freiburg	2 445
41. Landkreis Böblingen	3 527
40. Stadtkreis Heilbronn	3 728

Der Bodensee: das bedeutendste Wasserreservoir des Landes

Während die Wasser-Eigengewinnung des Verarbeitenden Gewerbes seit 1970 von 0,9 Mrd. Kubikmeter auf etwa 0,5 Mrd. im Jahr 1995 zurückging, stieg im gleichen Zeitraum die Wassergewinnung der öffentlichen Wasserversorgung von 0,6 Mrd. auf 0,7 Mrd. Kubikmeter. Etwa die Hälfte des Grundwassers wird aus den eiszeitlichen Kiesen und Sanden der Rheinebene gewonnen. Das Quellwasser entstammt im wesentlichen den grundwasserarmen Gebieten des Schichtstufenlandes, dabei insbesondere dem Malm der Schwäbischen Alb, dem Muschelkalk in Nordwürttemberg und dem Ostabfall des Schwarzwaldes. Das Oberflächenwasser wird zu über 80 % dem Bodensee entnommen. Auffallend ist die geringe Eigenversorgungsquote in den Verdichtungsräumen Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg; lediglich der nordbadische Verdichtungsraum am unteren Neckar versorgt sich weitgehend selbst.

Der Anteil des Grund- und Quellwassers fiel seit 1970 von 87 % auf 75 % zurück. Im wesentlichen läßt sich dies auf die hohe Förderung der Bodensee-Wasserversorgung in Sipplingen zurückführen. Dort wird fast ein Fünftel des gesamten in Baden-Württemberg durch öffentliche Wasserversorgungsunternehmen geförderten Wassers aus einer Tiefe von 60 Metern dem Bodensee entnommen. Pro Tag dürfen allerdings – wie vertraglich vereinbart wurde – nicht mehr als 0,67 Mill. Kubikmeter Rohwasser dem See entzogen werden. Zum Versorgungsgebiet der Bodensee-Wasserversorgung zählten im März 1999 etwa 3,7 Mill. Einwohner in zusammen 174 Mitgliedsgemeinden.

Leistung durch Energie.



Dafür machen wir uns stark – für kommende Aufgaben in der Energie- und Wasserversorgung. Energiesparen und Umweltschonern ist dabei unser gemeinsames Ziel. Auch Sie können viel dazu beitragen. Werden Sie aktiv. Wir beraten Sie gern.

Neckarwerke Stuttgart AG, Lautenschlagerstraße 21, 70173 Stuttgart, Telefon (07 11) 2 89-4 32 87, www.nws-ag.de

Kapitel 8

Produzierendes Gewerbe

Porträt des jungen Unternehmers Robert Bosch (1888)

Robert Bosch aus Albeck (Stadt Langenau, Alb-Donau-Kreis) eröffnete 1886 im Alter von 25 Jahren mit einem Gesellen und einem Lehrling in Stuttgart eine Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik. 1887 lieferte er den ersten Niederspannungs-Magnetzündler, und zehn Jahre später begann die erfolgreiche Anwendung der Bosch-Zündung im Kraftfahrzeug. Damit und mit der 1927 aufgenommenen Serienproduktion von Einspritzpumpen für Dieselmotoren waren die Fundamente für die Entwicklung zum Weltkonzern geschaffen. Robert Bosch besaß aber auch hohes soziales Verantwortungsbewußtsein und gilt als Pionier der Arbeitszeitverkürzung. So reduzierte er als erster deutscher Unternehmer 1895 die tägliche Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden. In einer "Arbeits-Ordnung" aus dem Jahre 1906 wurde schließlich – im Einverständnis mit dem gesamten Personal – der 8-Stunden-Tag eingeführt.

Foto: Bosch-Archiv



Definitionen

Baugewerbe

Ab 1996 werden für das Baugewerbe Daten nach der "Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ93" veröffentlicht. Die neue Systematik brachte gegenüber der vorherigen "SYPRO" beträchtliche Verschiebungen in der Abgrenzung der Berichtskreise mit sich. Das Baugewerbe wird jetzt untergliedert in die Gruppen "Vorbereitende Baustellenarbeiten", "Hoch- und Tiefbau" (zusammen: Bauhauptgewerbe) sowie "Sonstiges Baugewerbe", "Bauinstallation" und "Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal" (zusammen: Ausbaugewerbe).

Beschäftigte

Tätige Inhaber, Mitinhaber, Familienangehörige und Arbeitskräfte, die in einem Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehen, sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens 55 Stunden monatlich im Betrieb tätig sind.

Produzierendes Gewerbe

Das Produzierende Gewerbe ist der von der Wertschöpfung her gesehen bedeutendste Wirtschaftsbereich der Volkswirtschaft. Er setzt sich zusammen aus den Wirtschaftsabteilungen Energie- und Wasserversorgung, Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie dem Baugewerbe.

Verarbeitendes Gewerbe

Im allgemeinen Sprachgebrauch: Industrie. 1995 wurden die Statistiken von der bisherigen "Systematik des Produzierenden Gewerbes (SYPRO)" auf die neue "Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ93)" umgestellt. Die Angaben beziehen sich auf Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten.

Auslandsumsatz

Direktumsätze der Industrie mit Abnehmern im Ausland und Umsätze mit deutschen Exporteuren

Beschäftigte

Tätige Inhaber, Angestellte, Arbeiter, mithelfende Familienangehörige und Arbeitskräfte, soweit sie mindestens 55 Stunden monatlich im Betrieb tätig sind, jedoch ohne Heimarbeiter.

Betriebe

Örtlich getrennte Niederlassungen von Unternehmen. Dazu zählen örtlich getrennte Produktions-, Verwaltungs- und Hilfsbetriebe (zum Beispiel für Montage, Reparaturen, Verpackungsmittelherstellung). In den Betrieb werden auch die örtlich verbundenen Verwaltungs- und Hilfsbetriebsteile sowie sonstige, nicht zum Verarbeitenden Gewerbe gehörende Bauabteilungen einbezogen.

Exportquote

Anteil des Auslandsumsatzes am Umsatz insgesamt in Prozent.

Löhne und Gehälter

BruttoBezüge der Arbeiter (einschließlich gewerblicher Lehrlinge) und Angestellten (einschließlich leitender Angestellte, kaufmännischer und technischer Lehrlinge)

Die Lohnsummen enthalten alle Arten von Zuschlägen (zum Beispiel für Akkord- oder Schichtarbeit), Vergütungen (zum Beispiel Krankengeld) und Gratifikationen. Nicht einbezogen sind dagegen die Pflichtbeiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung sowie andere Aufwendungen, die kein Arbeitseinkommen darstellen (zum Beispiel Kantineinzuschuß, Spesenersatz). Diese Bestimmungen gelten sinngemäß auch für die Gehaltsummen.

Umsatz

Erlöse aus eigenen Erzeugnissen und Leistungen. Die Umsätze beruhen auf Rechnungswerten einschließlich etwa darin enthaltener Verbrauchssteuern und Kosten für Fracht, Verpackung, Porto und Spesen, auch wenn diese gesondert berechnet werden, ohne in Rechnung gestellte Umsatz- (Mehrwert-)steuer. Innerbetriebliche Lieferungen und Leistungen sowie außerordentliche und betriebsfremde Erträge aus dem Verkauf von Anlagegütern, aus der Verpachtung von Grundstücken, Zinsen, Dividenden u.ä. sind nicht enthalten. Gewisse Ungenauigkeiten in der regionalen Zuordnung des Umsatzes können dadurch eintreten, daß – vor allem bei Großunternehmen – die Umsatzangaben von Zweigbetrieben nur von der Hauptniederlassung gemeldet werden, da dort die Buchhaltung zusammengefaßt ist.

Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes

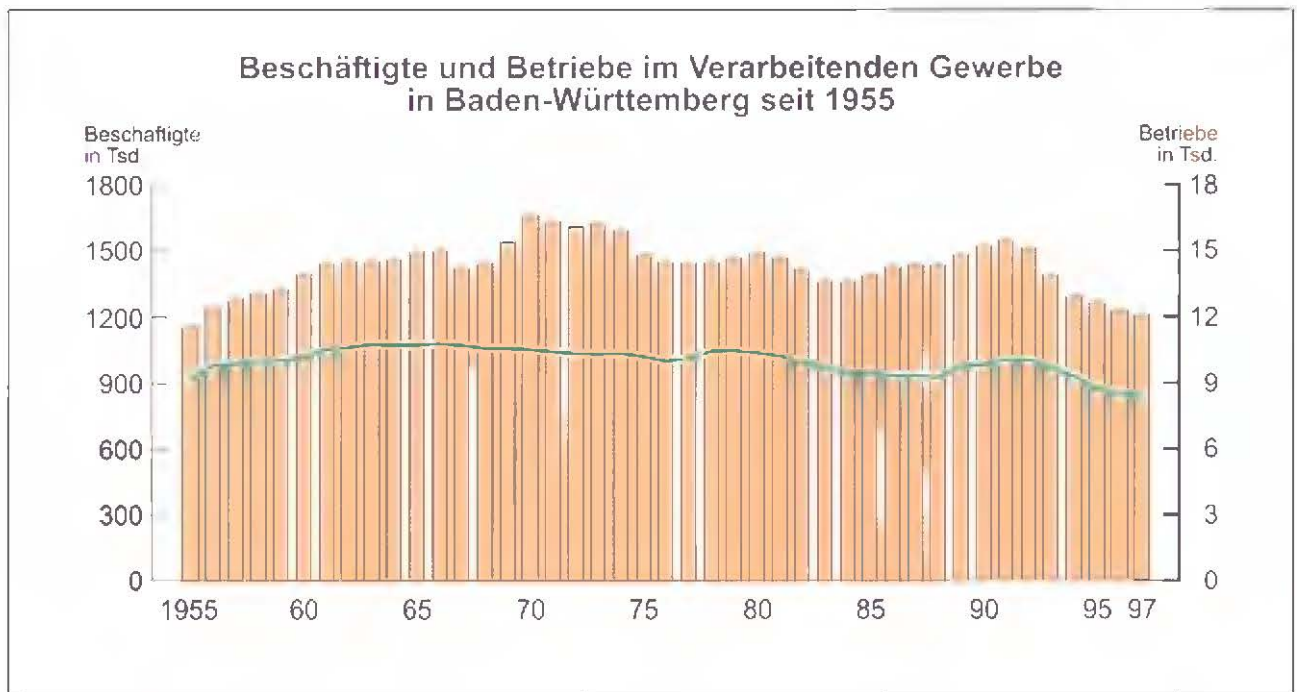
- Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung
- Textil- und Bekleidungsgewerbe
- Ledergewerbe
- Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
- Papier-, Verlags- und Druckgewerbe
- Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen
- Chemische Industrie
- Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren
- Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden
- Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen
- Maschinenbau
- Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik
- Fahrzeugbau
- Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen, Recycling

Auf der Karte und der Grafik wurden die Wirtschaftszweige „Textil- und Bekleidungsgewerbe“ und „Ledergewerbe“ sowie „Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen“ und „Chemische Industrie“ aus Darstellungsgründen zusammengefaßt.

Verdienste

Die Erhebungen der Lohn- und Gehaltsstatistik werden auf repräsentativer Grundlage durchgeführt und beschränken sich jeweils auf bestimmte Arbeitnehmerkreise. Die Daten werden nur auf Landesebene veröffentlicht (nicht für Stadt- und Landkreise).

Die effektiven Monatsgehälter der Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe werden vierteljährlich ermittelt.



Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe 1997

Die meisten Beschäftigten je 1 000 Einwohner:

1. Landkreis Böblingen	187
2. Stadtkreis Ulm	185
3. Landkreis Tuttlingen	166
4. Landkreis Heidenheim	161
5. Stadtkreis Mannheim	153
Land Baden-Württemberg	116
Bundesrepublik Deutschland:	78

Die wenigsten Beschäftigten je 1 000 Einwohner:

44. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	64
43. Landkreis Calw	65
42. Stadtkreis Freiburg im Breisgau	66
41. Landkreis Tübingen	69
40. Stadtkreis Heidelberg	79

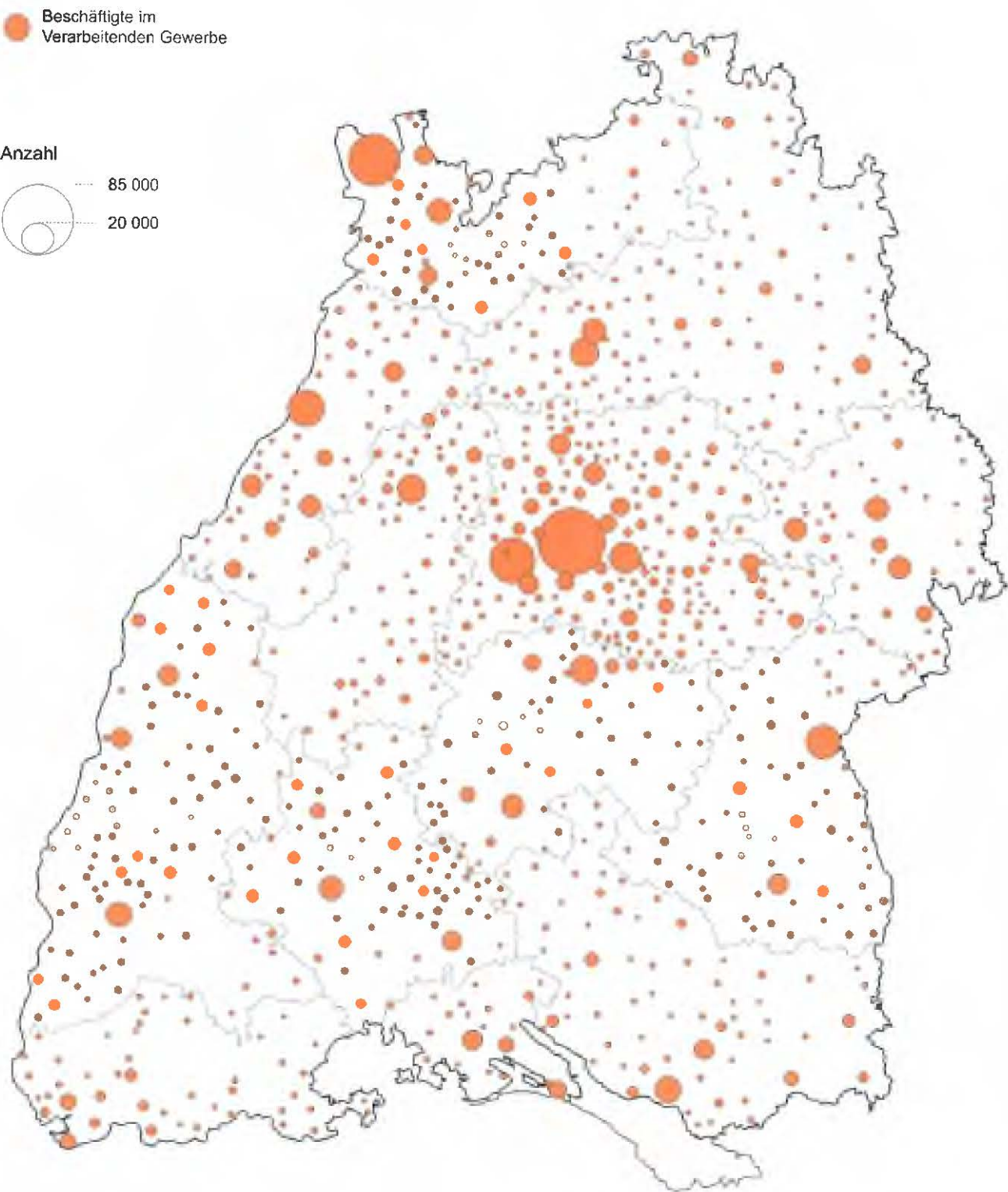
Viele Industriestandorte im Land, die Region Stuttgart bildet den Kernraum

Weil Baden-Württemberg arm an natürlichen Rohstoffen ist, mußte seine Bevölkerung schon zu Beginn der Industrialisierung auf handwerkliche Geschicklichkeit und die sprichwörtliche "Techniklüftelei" bauen. Fahrrad, Automobil und Luftschiff wurden hier erfunden, und noch heute nimmt das Land regelmäßig die Spitzenstellung unter den Bundesländern bei den Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner ein.

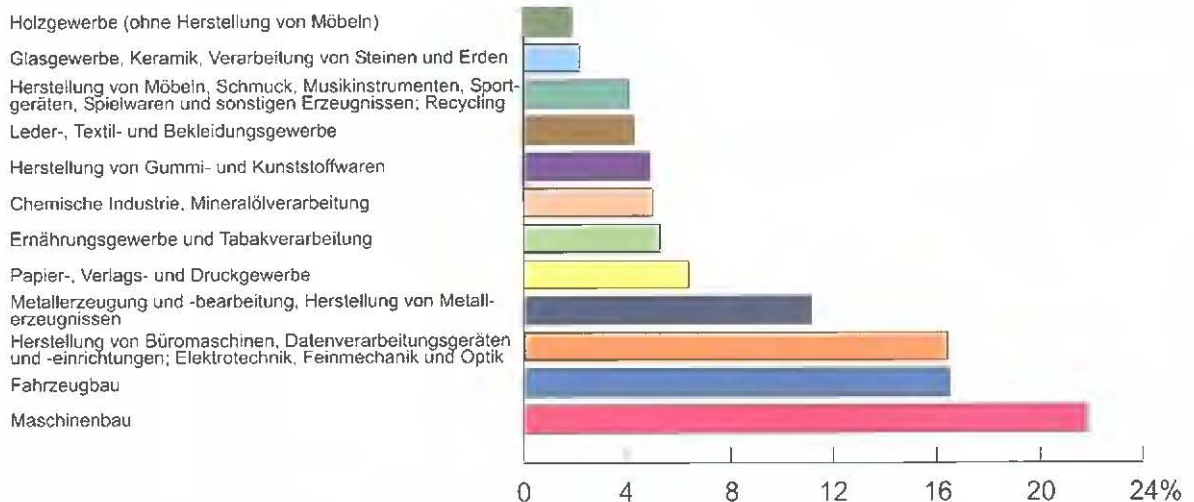
Ende des 19. Jahrhunderts bildeten Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, Heilbronn und Ulm, aber auch zum Beispiel das Albvorland bei Reutlingen oder die Flußläufe von Neckar, Fils und Hochrhein Standorte von Fabriken. Nach 1945 kam es durch den Zuzug von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen zur Neugründung zahlreicher Industriebetriebe. Als Beispiel sei die Ansiedlung der thüringischen Glasindustrie in Wertheim am Main genannt.

Charakteristisch für die Nachkriegszeit war die starke Beschäftigungszunahme, die – verbunden mit der Motorisierung und der flächenhaften Verkehrserschließung – zu enormen Pendelbeziehungen geführt hat. Wenn – wie die Karte zeigt – auch in allen Landesteilen Industriearbeitsplätze entstanden sind, so bildet der Raum Stuttgart doch eindeutig den industriellen Kernraum des Landes. Knapp 30 % aller Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe des Landes befinden sich in der Region Stuttgart.

Industriestandorte in Baden-Württemberg 1997



Beschäftigte des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1997 nach zusammengefaßten Wirtschaftszweigen



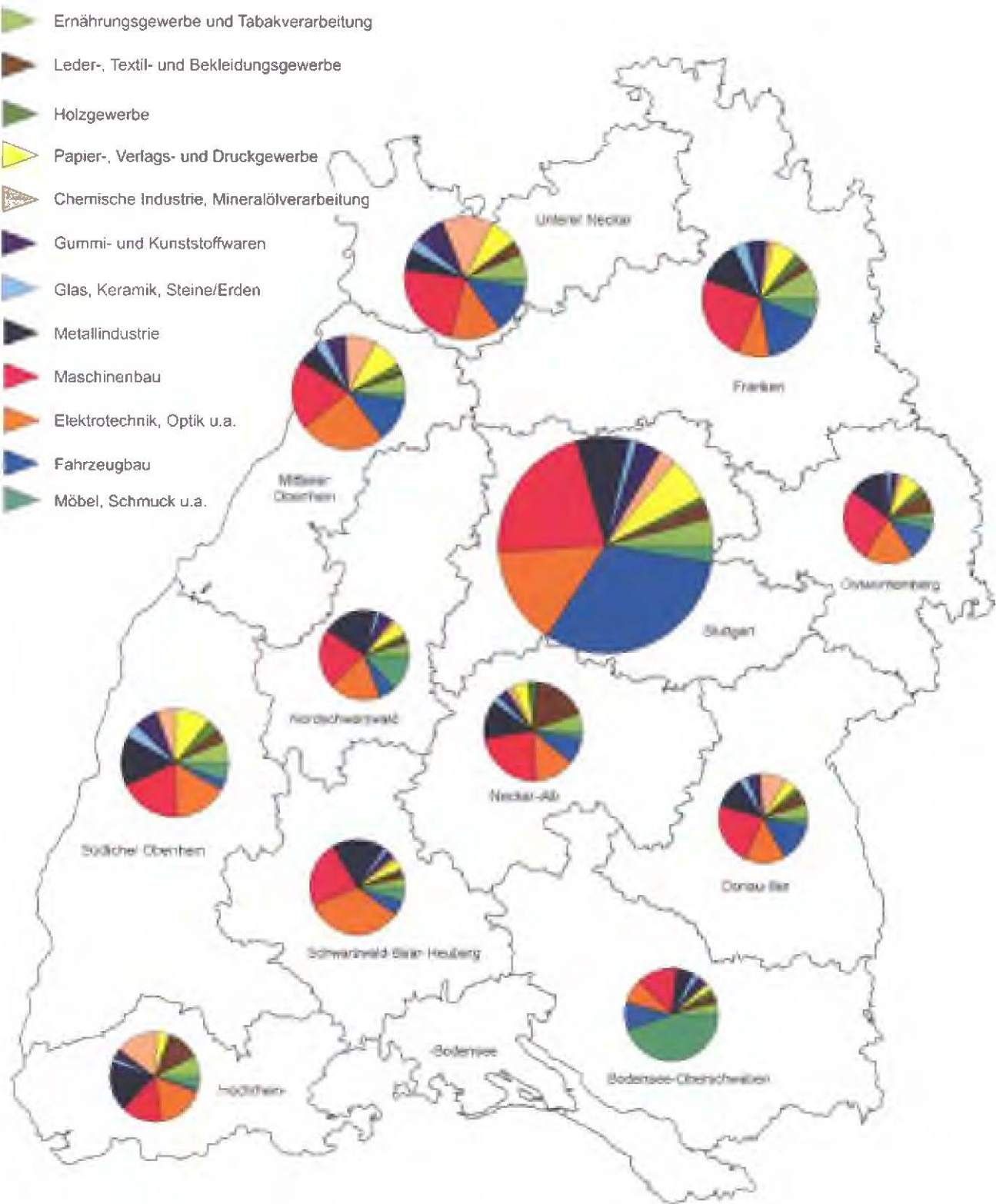
Maschinenbau: beschäftigungsstärkste Industriebranche im Land

Die Industrie in Baden-Württemberg und seinen Regionen zeigt sich gemessen an der Branchenaufteilung der Beschäftigtenzahlen relativ stark diversifiziert. Die größte Branche im Land ist der "Maschinenbau". Hier hatten 1997 im Durchschnitt fast 264 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz, und damit mehr als jeder fünfte Industriebeschäftigte (21,8 %). An zweiter Stelle folgt – mit deutlichem Abstand – die "Herstellung von Kraftwagen und -teilen" mit 194 000 Beschäftigten (16,0 %). Die drittgrößte (Einzel-)Branche, die "Herstellung von Metallerzeugnissen", unterschreitet mit 110 000 Beschäftigten bereits die 10%-Marke. In diesen drei wichtigsten Industriebranchen des Landes hat fast jeder zweite Beschäftigte seinen Arbeitsplatz (47 %). Nimmt man noch die "Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung" und die "Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik" hinzu, dann haben in den sechs größten Industriezweigen des Landes 60 % der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz.

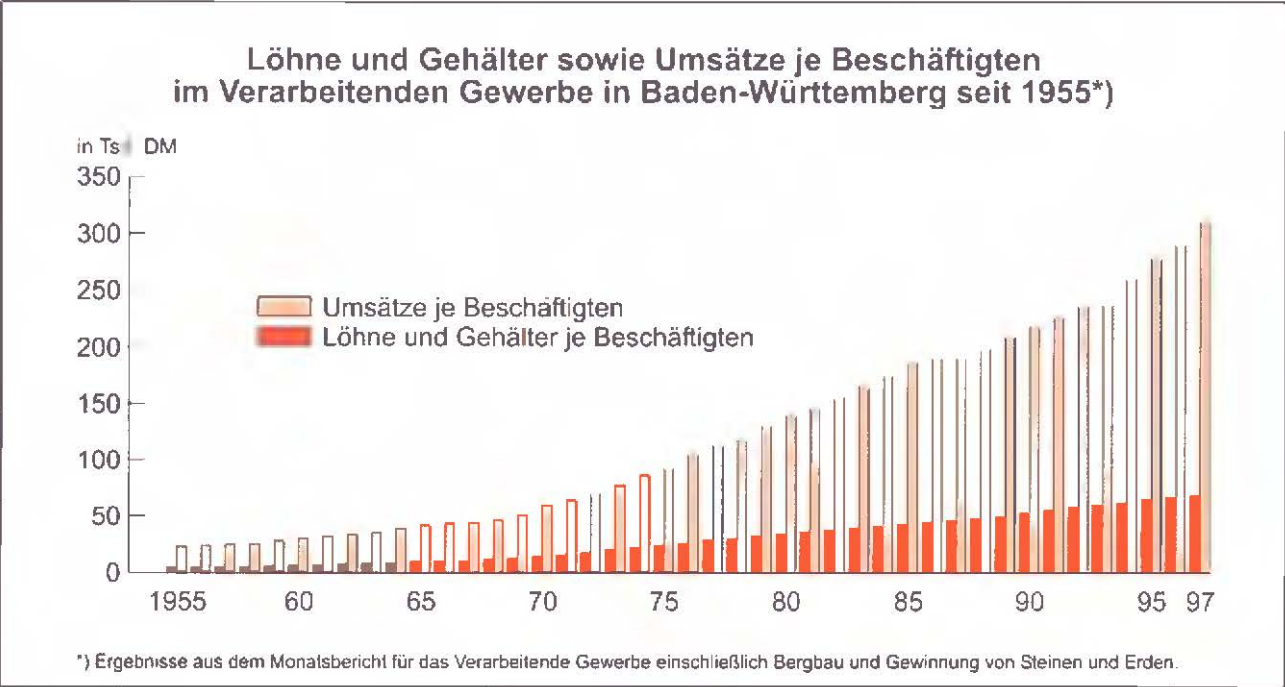
Traditionsbranchen wie das "Textilgewerbe" oder das "Bekleidungsgewerbe", die noch vor wenigen Jahrzehnten zu den bedeutendsten Arbeitgebern im Land zählten, gehören inzwischen zu den kleinen Branchen (Anteile im Land von 2,3 bzw. 1,7 %). Gleichwohl gehören beide zu den Wirtschaftszweigen, für die Baden-Württemberg innerhalb des Bundesgebietes einen regionalen Schwerpunkt darstellt. So hat etwa jeder fünfte Beschäftigte der deutschen Textilindustrie seinen Arbeitsplatz in Baden-Württemberg, und im Bekleidungsgewerbe ist es sogar fast jeder vierte. Noch höhere Anteile am Bundesgebiet weisen die "Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik" (28,6 %), die "Herstellung von Kraftwagen und -teilen" (27,9 %), der "Maschinenbau", die "Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten/-Einrichtungen" und die "Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik" auf (alle über 25 %).

Aus der Karte können sowohl die großräumige Verteilung der industriellen Arbeitsplätze im Land als auch regionale Branchenschwerpunkte entnommen werden. Als Beispiele sei auf die Konzentration der Chemischen Industrie und der Mineralölverarbeitung in den "Rheinregionen" oder die des Fahrzeugbaus in den nördlichen Landesteilen hingewiesen.

**Beschäftigte des Verarbeitenden Gewerbes
in den Regionen Baden-Württembergs 1997 nach Wirtschaftszweigen*)**



*) komplette Bezeichnung der Wirtschaftszweige im Definitionsteil



Löhne und Gehälter je Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe 1997

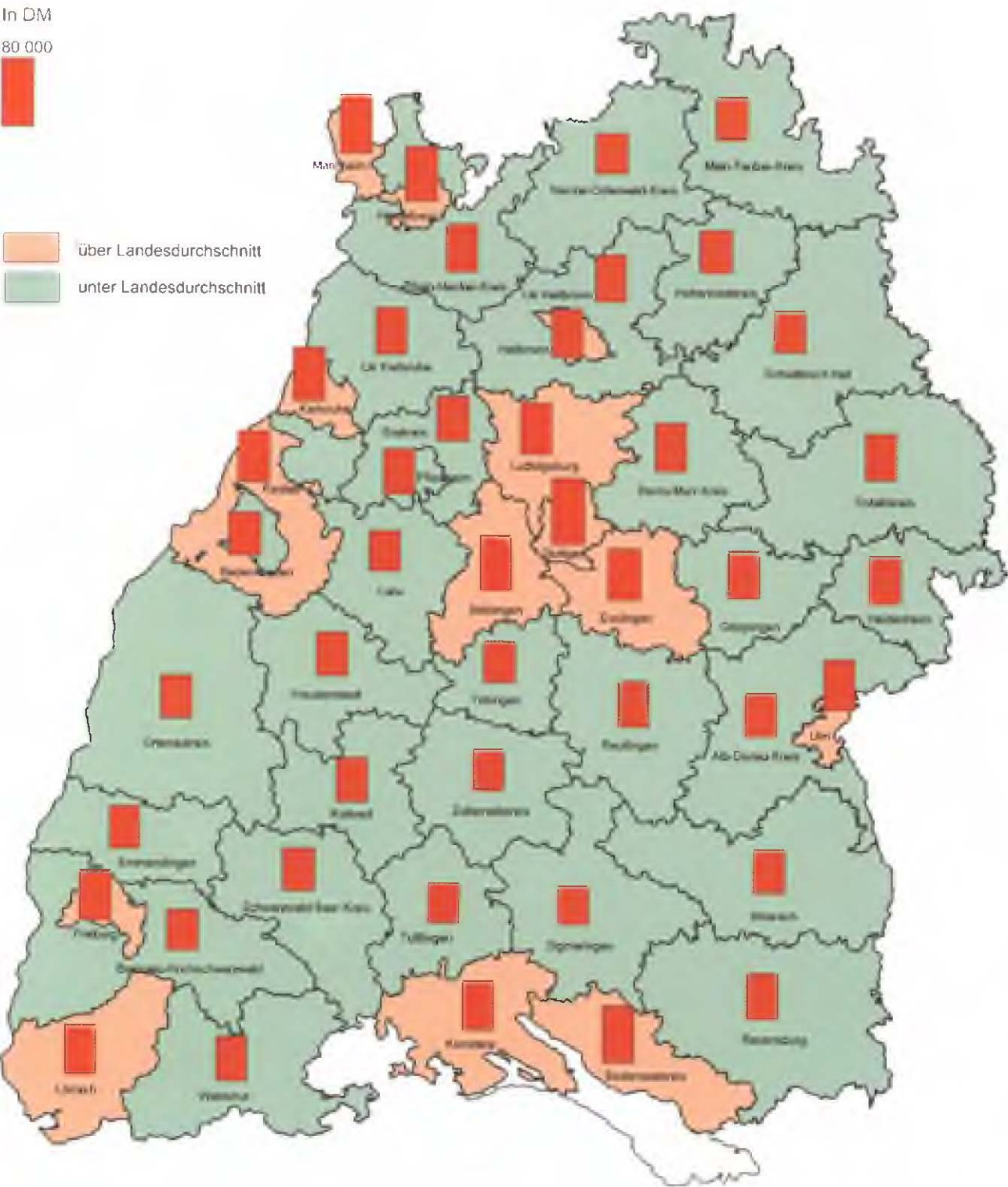
Höchstes durchschnittliches Jahresgehalt:		Niedrigstes durchschnittliches Jahresgehalt:	
1. Stadtkreis Stuttgart	88 216 DM	44. Zollernalbkreis	55 965 DM
2. Stadtkreis Mannheim	81 629 DM	43. Landkreis Sigmaringen	56 366 DM
3. Bodenseekreis	78 170 DM	42. Hohenlohekreis	56 514 DM
4. Stadtkreis Heidelberg	76 957 DM	41. Neckar-Odenwald-Kreis	56 752 DM
5. Landkreis Böblingen	76 549 DM	40. Main-Tauber-Kreis	57 078 DM
Land Baden-Württemberg	67 407 DM		
Bundesrepublik Deutschland	64 070 DM		

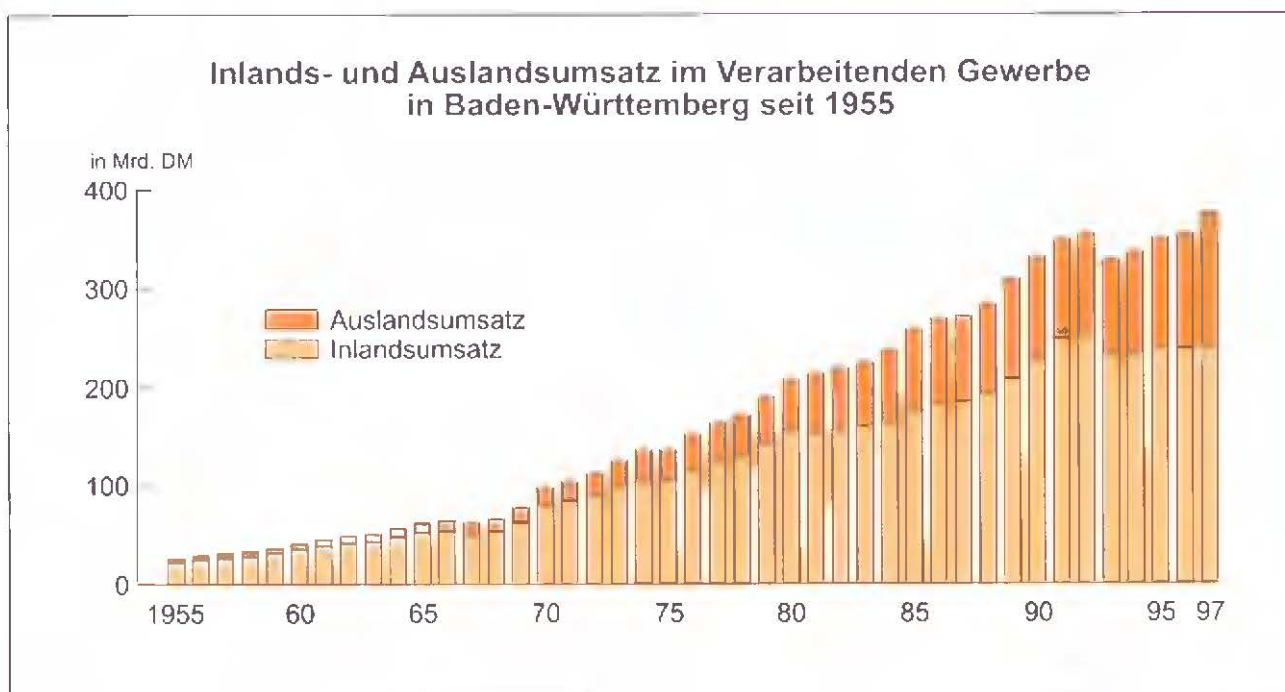
Großer Einfluß der Branchenstruktur auf das regionale Lohn- und Gehaltsniveau

Die Spannweite der Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten (einschließlich aller Zulagen) zwischen den Kreisen des Landes ist mit über 31 000 DM bemerkenswert groß. Haupterklärung ist die unterschiedliche Branchenverteilung. Hohe Löhne und Gehälter werden im Fahrzeugbau (79 700 DM), in der Chemischen Industrie (73 800 DM) und im Maschinenbau (71 600 DM) gezahlt. Textil- und Bekleidungsgewerbe (47 000 DM) sowie Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung (49 100 DM) bilden das Ende der Skala. Als Beispiele für weitere Einflußfaktoren seien erwähnt: die Wettbewerbssituation auf dem Weltmarkt, die Betriebsgrößenstruktur, der Anteil der Frauenbeschäftigung und die "Stellung" innerhalb der Unternehmenshierarchie (Zentrale, Zweigwerk, Outsourcing von Unternehmensteilen).

Die amtliche Lohn- und Gehaltsstatistik bestätigt das im Bundesvergleich insgesamt hohe, aber wie erwähnt von Branche zu Branche unterschiedliche Lohnniveau in der Industrie. So betrug zum Beispiel im Juli 1998 der Bruttomonatsverdienst eines kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel 4 709 DM, im Großhandel 5 483 DM, im Kreditgewerbe 6 054 DM, im Versicherungsgewerbe 6 432 DM, im Baugewerbe 6 471 DM und in der Industrie 7 186 DM. Die Spanne innerhalb der Industrie reicht dabei von 6 049 DM im Textil- und Bekleidungsgewerbe bis zu 8 277 DM im Fahrzeugbau.

Löhne und Gehälter je Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1997





Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe 1997

Größter Anteil:

1. Landkreis Böblingen	54,5 %
2. Bodenseekreis	47,8 %
3. Stadtkreis Mannheim	42,2 %
4. Landkreis Karlsruhe	41,3 %
5. Rhein-Neckar-Kreis	40,8 %
Land Baden-Württemberg:	35,9 %
Bundesrepublik Deutschland	32,2 %

Kleinsten Anteil:

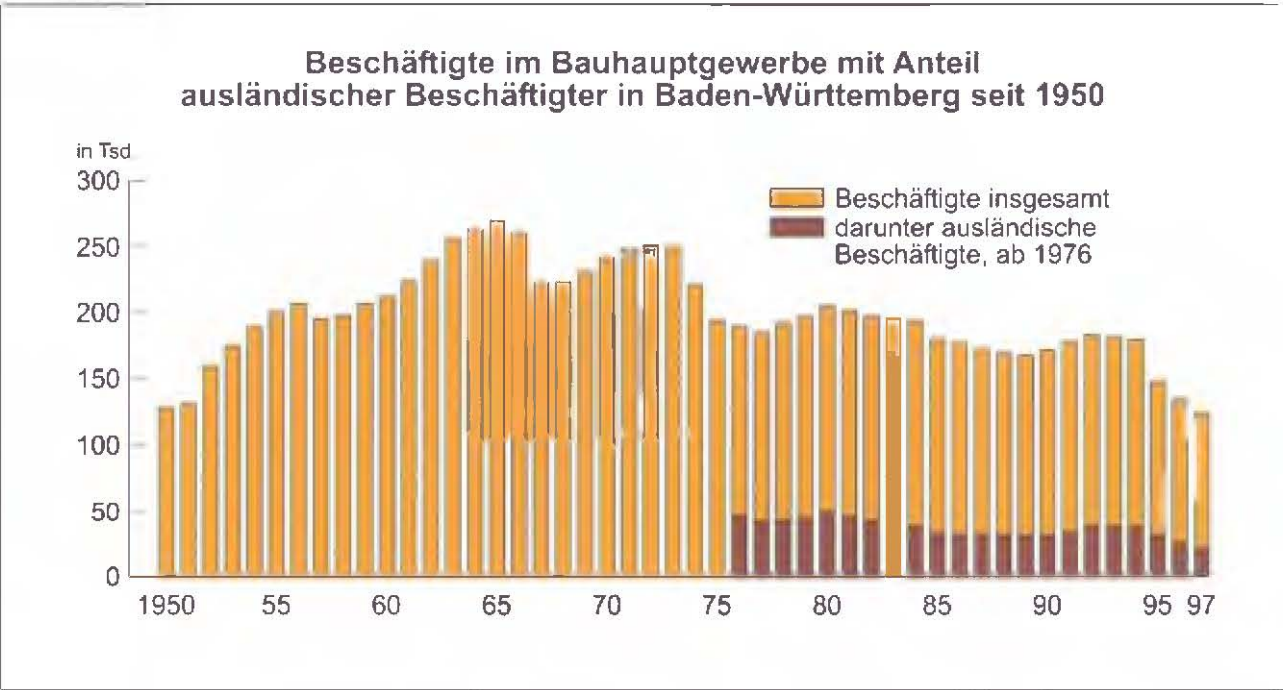
44. Stadtkreis Karlsruhe	13,0 %
43. Landkreis Sigmaringen	20,5 %
42. Landkreis Calw	20,9 %
41. Stadtkreis Baden-Baden	23,3 %
40. Landkreis Tübingen	24,9 %

Fast die Hälfte des Exports ging 1997 in die EU-Länder

Daß Kraftfahrzeuge aus Baden-Württemberg weltweit begehrt sind, ist bekannt. Als weitere Exportschlager des Landes gelten Instrumente, Apparate und Geräte im medizinischen Bereich sowie solche zum Messen, Prüfen, Analysieren und Kontrollieren. Noch höhere Weltmarktanteile werden bei Druckerei- und Buchbinderei-maschinen sowie Metallbearbeitungsmaschinen erreicht.

Die zehn wichtigsten Abnehmerländer für die baden-württembergischen Ausfuhrwaren waren 1997 – in Rangfolge – USA, Frankreich, Großbritannien, Schweiz, Italien, Österreich, Niederlande, Spanien, Belgien/Luxemburg und Japan. Auf die EU-Länder entfielen zusammen 47 % des Warenwertes aller Exporte.

Maschinenbau und Fahrzeugbau tragen mit jeweils 27 % zu den Exporten bei. Die Bereiche Elektrotechnik, Herstellung von Büromaschinen/Datenverarbeitungsgeräten, die Chemische Industrie sowie Feinmechanik/Optik kommen zusammen genommen zu weiteren knapp 27 %. Die restlichen etwa 20 % teilen sich die übrigen Branchen. Zu diesen gehören zum Beispiel das Textil- und Bekleidungsgewerbe und die Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren u.a.". Auch diese Branchen produzieren aber zu einem beachtlichen Teil für den Auslandsmarkt (Exportquoten von 29 % bzw. 24 %, zum Vergleich: Fahrzeugbau: 50 %, Maschinenbau: 48 %).



Beschäftigte im Bauhauptgewerbe 1997

Die meisten Beschäftigten:

1. Stadtkreis Stuttgart	7 581
2. Ortenaukreis	6 533
3. Landkreis Ludwigsburg	5 017
4. Rhein-Neckar-Kreis	4 827
5. Stadtkreis Mannheim	4 714

Land Baden-Württemberg:	123 916
Bundesrepublik Deutschland:	1 221 300

Die wenigsten Beschäftigten:

44. Stadtkreis Baden-Baden	929
43. Stadtkreis Pforzheim	1 150
42. Stadtkreis Heidelberg	1 210
41. Landkreis Freudenstadt	1 300
40. Hohenlohekreis	1 396

Bauhauptgewerbe – eine Branche mit stark schwankender Beschäftigtenzahl

Die Bedeutung des Baugewerbes für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung hat in den letzten Jahren abgenommen. Selbst im Land der Häuslesbauer und Bausparer hat sich der Anteil der Bauwirtschaft an der realen Bruttowertschöpfung seit Beginn der 80er Jahre fast halbiert und beträgt **nur noch gut 4 %** (1998). Trotzdem: Ein Rückgang der Bauinvestitionen um eine Milliarde DM verursacht wegen der Zulieferverflechtungen auch in anderen Bereichen Verluste in Höhe von etwa 470 Mill. DM, davon knapp die Hälfte im Verarbeitenden Gewerbe.

Die Betriebsstruktur des Bauhauptgewerbes (Wohnungs- und Wirtschaftsbau, öffentlicher Hoch- und Tiefbau, Straßenbau), in dem 1997 im Land etwa 63 % der Beschäftigten der gesamten Bauwirtschaft arbeiteten (Ausbau-gewerbe 37 %), ist nach wie vor von den Kleinbetrieben mit weniger als 20 Beschäftigten geprägt. Mehr als vier Fünftel der landesweit 7 816 Betriebe gehören zu dieser Größenklasse. Hier waren 38 % aller Beschäftigten des Bauhauptgewerbes tätig. Der Beschäftigtenanteil der Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten betrug demgegenüber nur 25 %.

Das Bauhauptgewerbe gehört traditionell zu den Branchen mit einem hohen Anteil ausländischer Arbeitnehmer. 1997 waren gut 17 % der beschäftigten Personen Ausländer. Die deutlichen regionalen Unterschiede können der nebenstehenden Karte entnommen werden. Die obige Grafik zeigt ein besonderes Charakteristikum des Bauhauptgewerbes: die im Zeitablauf stark schwankende Beschäftigtenzahl.



Mehr über Bosch? Fax 07 11/8 11-76 22 oder <http://www.Bosch.de>

Bosch macht nur Zündkerzen?

Wer nur an Zündkerzen denkt, wenn er den Namen Bosch hört, der kennt uns schlecht. Wir haben sie zwar erfunden und bis heute über sieben Milliarden Stück produziert und verkauft. Aber im Laufe der Zeit sind viele Produkte hinzugekommen, die nicht weniger erfolgreich sind.

Etwa Diesel- und Benzineinspritzsysteme, die auch die strengsten Schadstoffnormen erfüllen. Das ABS, das Autos sicherer macht. Navigationssysteme, die zielgenau führen. Waschmaschinen, die umweltschonend waschen. Elektrowerkzeuge, die die Arbeit immer mehr erleichtern. Oder Annehmlichkeiten wie das GSM 908 Handy, eines der kleinsten und leichtesten der Welt, oder das RadioPhone, Autoradio und Autotelefon in einem. Aber das sind nur einige wenige Beispiele. Bosch ist, nach der Zahl der Patente, eine der zehn erfindungsreichsten Firmen der Welt. Und wir sind uns bestimmt schon oft begegnet, ohne daß Sie es bemerkt haben.

Bosch – Immer eine Lösung



BOSCH

Definitionen

Handel

Handels- und Gaststättenzählungen sind die wichtigsten statistischen Quellen, die als Totalerhebungen einen Gesamtüberblick über den Handel und das Gastgewerbe vermitteln und zugleich die wesentlichsten Strukturdaten für diese besonders von Fluktuation betroffenen Wirtschaftsbereiche liefern. Nach den Zählungen 1960, 1968, 1979 und 1985 wurde 1993 bundesweit wieder eine Handels- und Gaststättenzählung durchgeführt.

Beschäftigte

Die Zahl der Beschäftigten umfaßt die Inhaber, mithelfende Familienangehörige sowie sämtliche Arbeitnehmer einschließlich der Auszubildenden und vorübergehend Abwesenden, unabhängig davon, ob die Personen voll- oder teilzeitbeschäftigt sind.

Einzelhandel

Zum Einzelhandel gehören alle Institutionen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Waren in eigenem Namen für eigene oder fremde Rechnung vorwiegend an private Haushalte abzusetzen.

Großhandel

Der Großhandel bedient im Gegensatz zum Einzelhandel nicht private, sondern gewerbliche Kunden. Er ist entweder ein Zwischenglied in der Kette vom Erzeuger zum Endverbraucher oder als Lieferant von Verbrauchs- oder Investitionsgütern in den Produktionsprozeß zwischengeschaltet. Dabei tritt der Großhandel zunächst als Käufer von Waren auf, um diese dann – gegebenenfalls nach "handelsüblicher Manipulation" wie Umpacken, Umfüllen oder Umsortieren – weiterzuveräußern.

Umsatz

Beim Einzelhandel und beim Großhandel enthält der Umsatz den Gesamtbetrag der mit dem Kunden abgerechneten Lieferungen; im Einzelhandel einschließlich Mehrwertsteuer, im Großhandel ohne Mehrwertsteuer. Die erfragten Umsätze sind Jahresumsätze, die sich bei der Handels- und Gaststättenzählung 1993 auf das Jahr 1992 beziehen.

Verkaufsfläche

Zur Verkaufsfläche gehören Standflächen für Ladeneinrichtungen, Ausstellungsflächen sowie sonstige Flächen, zu denen Kunden Zugang haben. Nicht enthalten sind also beispielsweise Lagerräume oder Werkstätten. Die Verkaufsflächen werden nur in Verbindung mit den Ladengeschäften im Einzelhandel nachgewiesen.

Tourismus (Fremdenverkehr)

Die Fremdenverkehrsstatistik in Baden-Württemberg erfaßt zwischen 1949 und 1980 die Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen in *ausgewählten* Gemeinden. Als Kriterium gilt die Zahl der Übernachtungen. Bis 1960 mußten die Übernachtungen mindestens 25 % der Einwohnerzahl der Gemeinde entsprechen. Bis 1971 mußten mindestens 3 000 und bis 1980 mindestens 5 000 Übernachtungen vorliegen.

Nach dem Gesetz über die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr vom 14. Juli 1980 sind ab 1981 in *allen* Gemeinden nur noch Beherbergungsstätten mit mehr als acht Gästebetten zu erfassen. In den Zahlen sind deshalb ab 1981 die Privatquartiere und kleine Beherbergungsbetriebe nicht enthalten. Ebenfalls nicht enthalten sind Campingplätze. Im Landesdurchschnitt sind damit rund 30 % der Bettenkapazität der statistischen Erfassung entzogen. Ab 1984 wurden die Kinderheime und Jugendherbergen in die Statistik mit aufgenommen.

Ankünfte (Gäste)

Zahl der Meldungen von Gästen in einer Beherbergungsstätte innerhalb des Berichtszeitraums, die zum vorübergehenden Aufenthalt ein Gästebett belegen.

Beherbergung im Reiseverkehr

Unterbringung von Personen, die sich vorübergehend an einem anderen Ort als ihrem gewöhnlichen Wohnsitz aufhalten (Reisende). Ein Aufenthalt gilt – in Anlehnung an die melderechtlichen Vorschriften – dann als „vorübergehend“, wenn er die Dauer von zwei Monaten im allgemeinen nicht überschreitet. Der vorübergehende Ortswechsel kann durch Urlaub und Freizeit, aber auch durch die Wahrnehmung privater und geschäftlicher Kontakte, den Besuch von Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gesundheit oder sonstige Gründe veranlaßt sein.

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer

Der als Quotient Übernachtungen/Ankünfte errechnete Wert gibt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste im Beherbergungsbetrieb an; sie kann rechnerisch, zum Beispiel in Orten mit Sanatorien und Kurkrankenhäusern, höher sein als die Zahl der Kalendertage des Berichtszeitraums.

Herkunftsländer

Für die Erfassung ist grundsätzlich der ständige Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthalt der Gäste maßgebend, nicht dagegen deren Staatsangehörigkeit (Nationalität).

Prädikatisierte Gemeinden

Auf Antrag können Gemeinden – bei Erfüllung definierter Voraussetzungen – bestimmte Bezeichnungen zuerkannt werden. Gesetzliche Grundlage in Baden-Württemberg ist das Gesetz über die Anerkennung von Kurorten und Erholungsorten vom 14. März 1972, zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Mai 1995. So sind "Erholungsorte" zum Beispiel Gemeinden oder Teile von Gemeinden, die eine landschaftlich bevorzugte und klimatisch günstige Lage besitzen sowie für die Ferienerholung geeignete Einrichtungen und einen entsprechenden Ortscharakter aufweisen und bei denen die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste in der Regel mindestens fünf Tage beträgt.

Übernachtungen

Zahl der Übernachtungen von Gästen, die im Berichtszeitraum ankamen oder aus dem vorherigen Berichtszeitraum noch anwesend waren.

Sonstige Dienstleistungen

Dargestellt sind die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer am Arbeitsort (vgl. Kapitel 5: Beschäftigung und Arbeitsmarkt)

Kreditgewerbe

Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute.

Versicherungsgewerbe

Versicherungsgewerbe ohne Kranken- und Rentenversicherung

Unternehmensorientierte Dienstleistungen

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

- Eisenbahnen
- Post
- Straßenverkehr
- Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen
- Spedition, Lagerei und Kühlhäuser
- Luftfahrt und Flugplätze, Transport in Rohrleitungen und sonstiges Verkehrsgewerbe

Rechts- und Wirtschaftsberatung

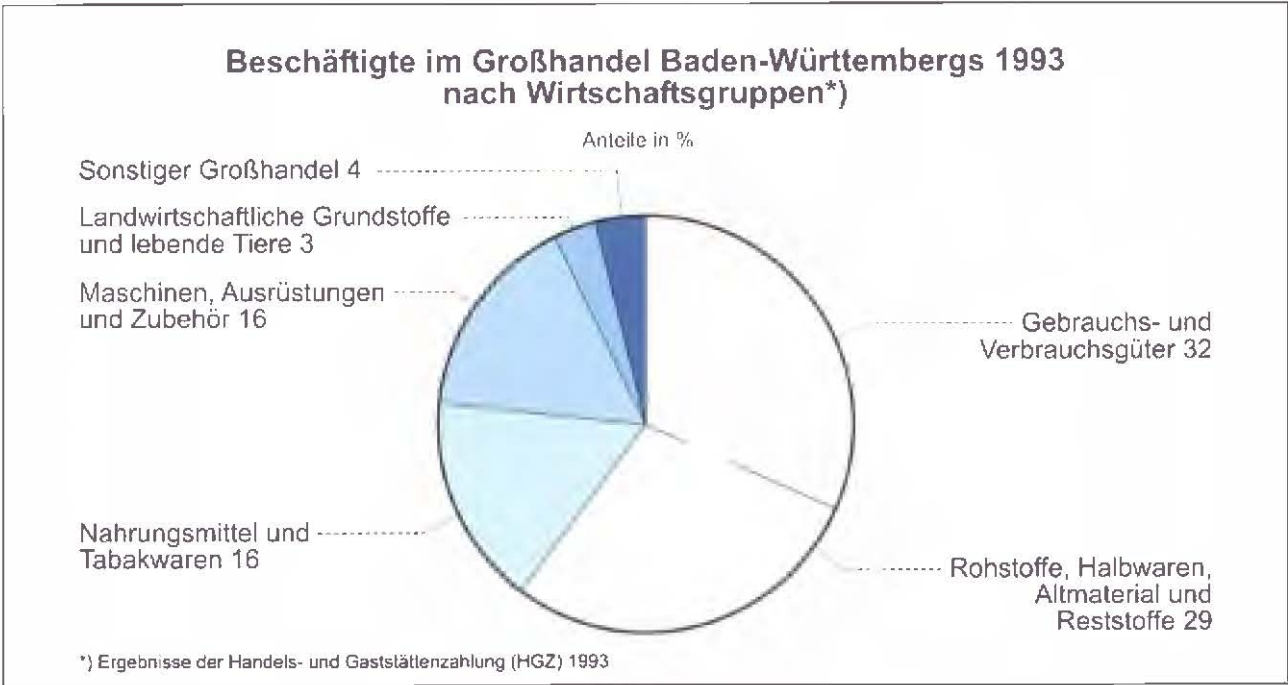
- Rechtsanwaltspraxen, Notariate, Patentanwaltspraxen und sonstige Rechtsberatung
- Wirtschaftliche Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung

Architektur- und Ingenieurbüros

- Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros
- Sonstige Ingenieur- und technische Büros

Werbung und Ausstellungswesen

- Wirtschaftswerbung, Werbegestaltung und -durchführung, Werbeberatung und -mittlung
- Ausstellungs-, Messewesen und Warenmarkteinrichtungen (von Unternehmen oder Gebietskörperschaften betrieben)



Großhandel 1993

Am meisten Beschäftigte im Großhandel:

1. Stadtkreis Stuttgart	16 879
2. Stadtkreis Mannheim	11 120
3. Landkreis Ludwigsburg	10 783
4. Landkreis Esslingen	9 702
5. Landkreis Böblingen	9 066

Land Baden-Württemberg:	184 323
Bundesrepublik Deutschland:	1 410 458

Am wenigsten Beschäftigte im Großhandel:

44. Stadtkreis Baden-Baden	1 241
43. Landkreis Sigmaringen	1 262
42. Landkreis Heidenheim	1 268
41. Landkreis Freudenstadt	1 291
40. Neckar-Odenwald-Kreis	1 348

Großhandel: Höchster Erwerbstätigenanteil im Hohenlohekreis

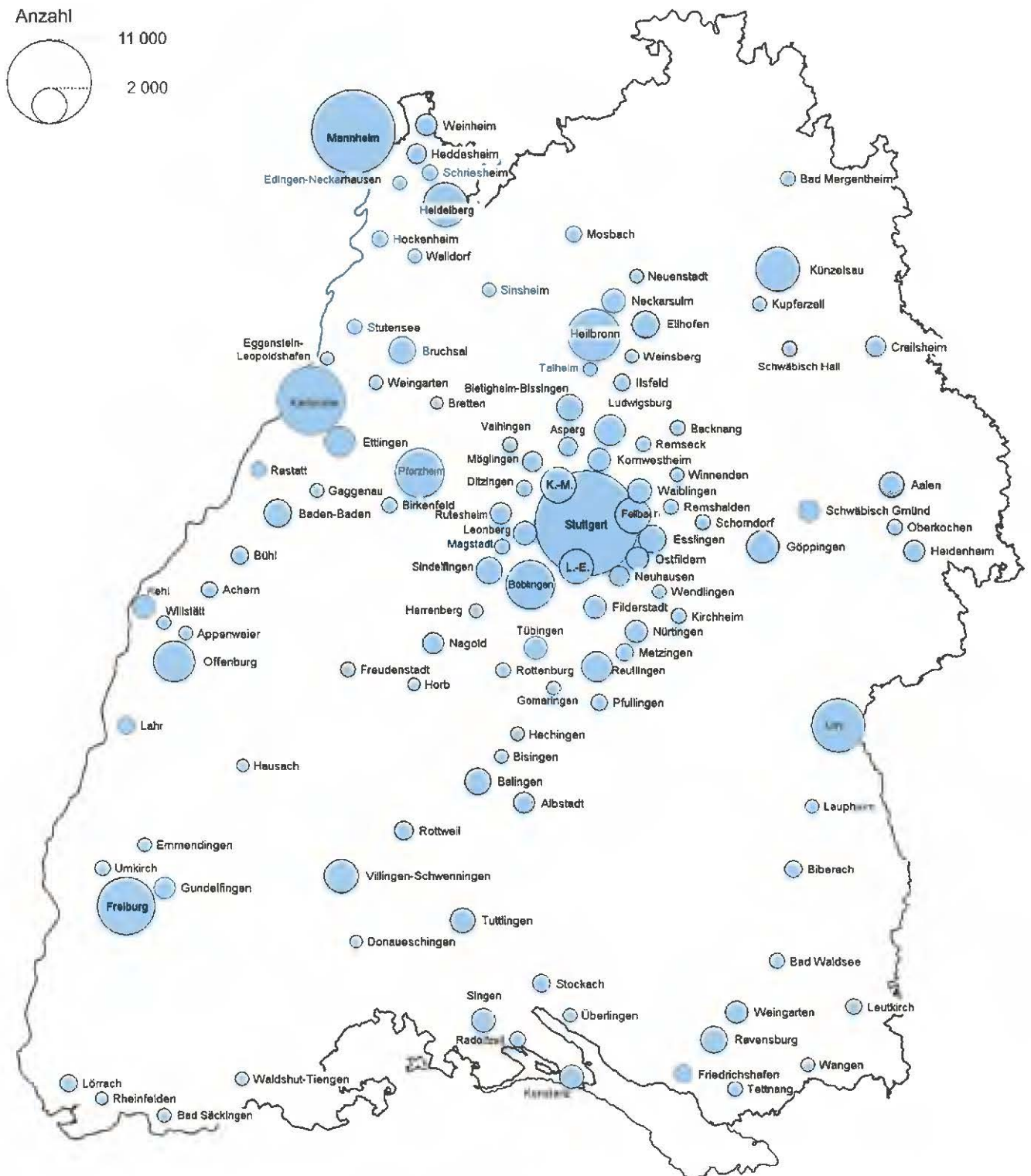
Die Karte und das Kreisranking zeigen die hohe Bedeutung, die dem Raum Stuttgart als Großhandelsstandort innerhalb des Landes zukommt. Die Nähe zu den Produzenten und zu den Abnehmern (Firmen, Einzelhandel) dürften entscheidende Pluspunkte sein. Während zwischen 1985 und 1993 die Zahl der Arbeitsstätten und Beschäftigten in der Stadt Stuttgart selbst abnahm, wurden im Umland hohe Zuwächse erzielt. Ähnliche Dezentralisierungstendenzen können auch in den anderen Landesteilen festgestellt werden. Maßgebliche Gründe sind häufig das billigere Flächenangebot und die oftmals bessere Erreichbarkeit.

Im Hohenlohekreis ist etwa jeder 10. Erwerbstätige im Großhandel beschäftigt. Dies ist mit Abstand der höchste Wert im Land. Es folgen die Landkreise Ludwigsburg und Heilbronn sowie die Städte Pforzheim und Heilbronn, in denen etwa jeder 17. Erwerbstätige im Großhandel arbeitet.

Im Vergleich zum Einzelhandel sind im Großhandel wesentlich seltener Frauen und Teilzeitbeschäftigte tätig. Die Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer ist deutlich günstiger. Vergleichsweise gering ist auch der 'Filialisierungsgrad'; Einbetriebsunternehmen dominieren zahlenmäßig deutlich. Im Großhandel ist, wie im Handel insgesamt, eine relativ starke Umsatzkonzentration festzustellen. So entfiel bei der letzten Handels- und Gaststättenzählung die Hälfte des Gesamtumsatzes auf nur 1 % der Unternehmen (1992).

Standorte des Großhandels in Baden-Württemberg 1993

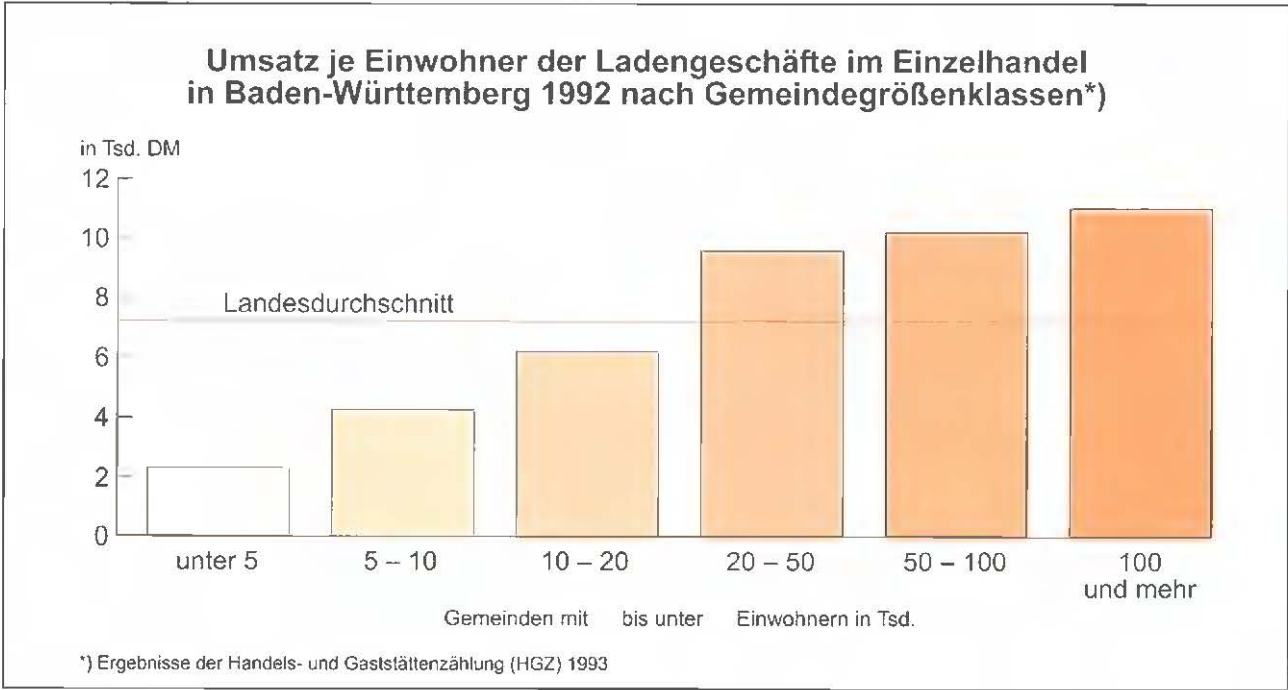
Städte und Gemeinden mit 300 und mehr Beschäftigten im Großhandel



K.-M. Korntal-Münchingen L.-E. Leinfelden-Echterdingen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Stallas 08/46/98



Einzelhandel 1993

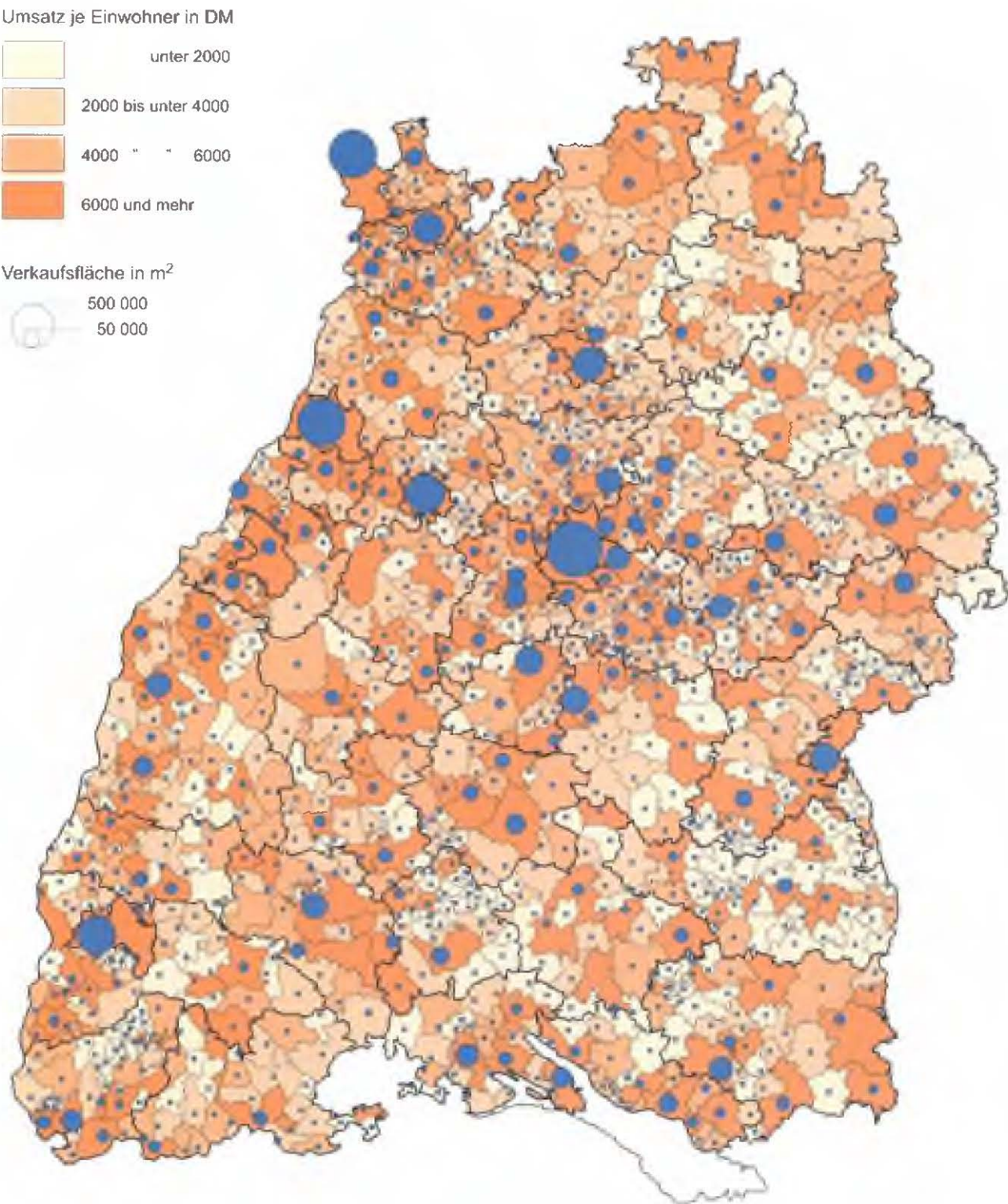
Größte Verkaufsfläche je Einwohner:		Geringste Verkaufsfläche je Einwohner:	
1. Stadtkreis Pforzheim	1,6 m²	44. Enzkreis	0,6 m²
2. Stadtkreis Freiburg im Breisgau	1,5 m²	43. Landkreis Calw	0,7 m²
Stadtkreis Heidelberg	1,5 m²	Landkreis Heilbronn	0,7 m²
Stadtkreis Heilbronn	1,5 m²	41. Alb-Donau-Kreis	0,8 m²
Stadtkreis Ulm	1,5 m²	Landkreis Biberach	0,8 m²
		Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	0,8 m²
		Landkreis Freudenstadt	0,8 m²
Land Baden-Württemberg:	1,0 m²		
Bundesrepublik Deutschland	1,1 m²		

Überraschende Spitzenreiter beim Einzelhandelsumsatz je Einwohner

Beim Einzelhandel kann zwischen dem "normalen" Verkauf in Ladengeschäften und dem "Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen" unterschieden werden. Zu dem letztgenannten gehören u.a. der Einzelhandel auf Märkten, der Automaten- und Haustürverkauf, der Verkauf vom Lager und der Versandhandel. Mit fast 64 % stellt der Versandhandel den größten Teilbereich dar. In einigen Städten und Gemeinden des Landes spielt der nicht in Verkaufsräumen abgewickelte Einzelhandel eine sehr wichtige Rolle. Hier sind vor allem Pforzheim, aber auch zum Beispiel Lörrach, Winterbach, Schutterwald, Heidenheim, Bühl und Leingarten zu nennen.

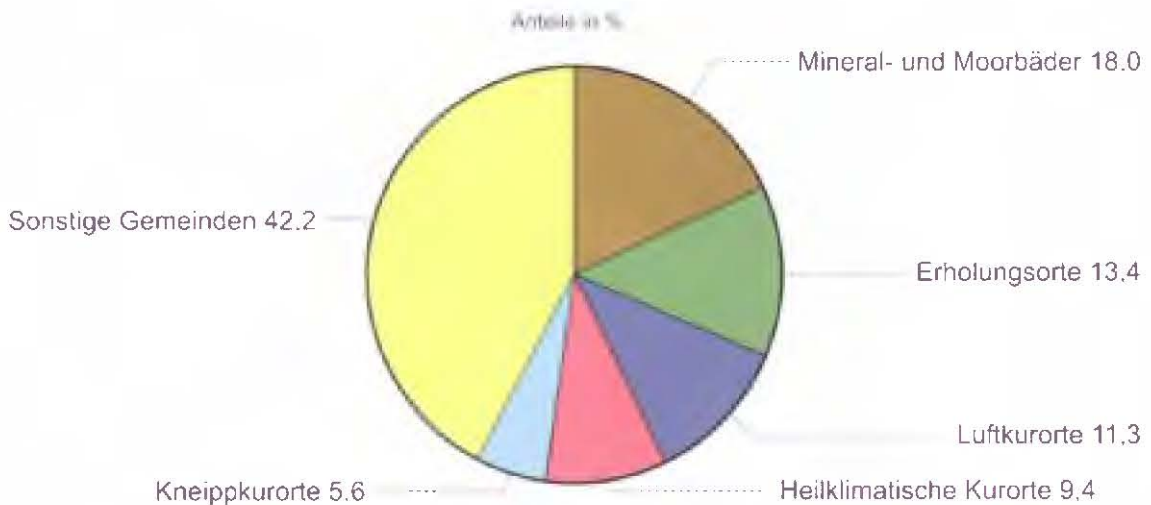
Die Grafik zeigt, daß der Pro-Kopf-Umsatz der *Ladengeschäfte* im Einzelhandel im Durchschnitt mit zunehmender Gemeindegröße kontinuierlich ansteigt. Hier zeigt sich die Anziehungskraft der größeren Städte für Käufer aus dem Umland. Allerdings ist die Streuung innerhalb der Gemeindegrößenklassen – insbesondere bei den kleineren Gemeinden – ausgesprochen hoch. Überraschende Spitzenreiter beim Pro-Kopf-Umsatz der Gemeinden ab 10 000 Einwohner im Land sind vier Mittelstädte: Bad Dürkheim, Neckarsulm, Waghäusel und Waldshut-Tiengen. Diese sind durch ein größeres Hinterland, verkehrsgünstige Lage an der Autobahn und kompakte, größere Einkaufsgebiete in Randlagen gekennzeichnet.

Umsatz 1992 und Verkaufsfläche im Einzelhandel*) 1993
in den Gemeinden Baden-Württembergs



*) ohne Handel mit Kfz, Tankstellen und ambulantem Handel
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Übernachtungen in Baden-Württemberg 1997 nach Gemeindegruppen*)



*) Beherbergungsstätten ab neun Betten

Prädikatisierte Gemeinden in Baden-Württemberg 1998

- 30 Gemeinden sind Mineral-/Moorbäder
- 15 Gemeinden sind Heilklimatische Kurorte
- 9 Gemeinden sind Kneippkurorte
- 158 Gemeinden sind Erholungsorte
- 64 Gemeinden sind Luftkurorte

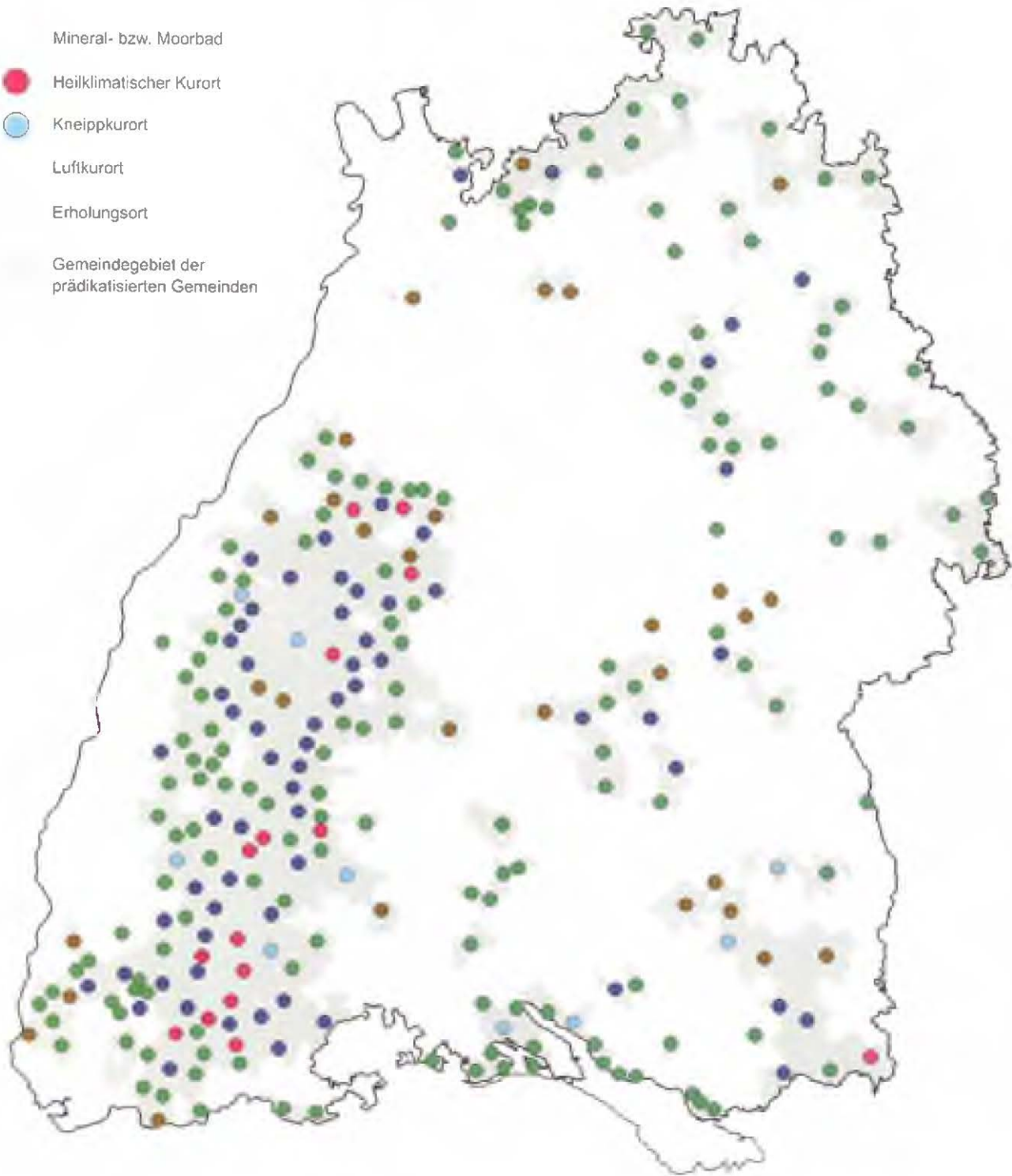
Baden-Württemberg – wichtiges Reise- und vor allem Bäderland

Mit 35,0 Mill. Übernachtungen stellte Baden-Württemberg 1997 mit deutlichem Abstand hinter Bayern (66,8 Mill.) und knapp vor Nordrhein-Westfalen (34,3 Mill.) und Niedersachsen (32,0 Mill.) das zweitwichtigste Reiseland in Deutschland dar. 58 % der Übernachtungen entfielen dabei auf "prädikatisierte Gemeinden". Die Prädikate sind entsprechend den Voraussetzungen hierarchisch abgestuft und werden gegliedert in Mineral- und Moorbäder (höchstes Prädikat, zum Beispiel Bad Mergentheim, Bad Wurzach), Heilklimatische Kurorte (zum Beispiel Hinterzarten, Dobel), Kneippkurorte (zum Beispiel Baiersbrunn, Radolfzell), Luftkurorte (zum Beispiel Pfalzgrafenweiler, Sonnenbühl) und Erholungsorte (zum Beispiel Neresheim, Walldürn). Die drei erstgenannten Kategorien lassen sich zu den Heilbädern zusammenfassen. Aus der Sicht der Gemeinde stellt ein Prädikat ein Werbeargument dar und eröffnet zusätzliche Einnahmequellen (Kurtaxe, Tourismusförderung des Landes). Andererseits sind aber auch größere Investitionen notwendig (Kurmittelhaus, Kurpark u.ä.). Die Prädikate werden dabei teilweise auch nur Ortsteilen verliehen.

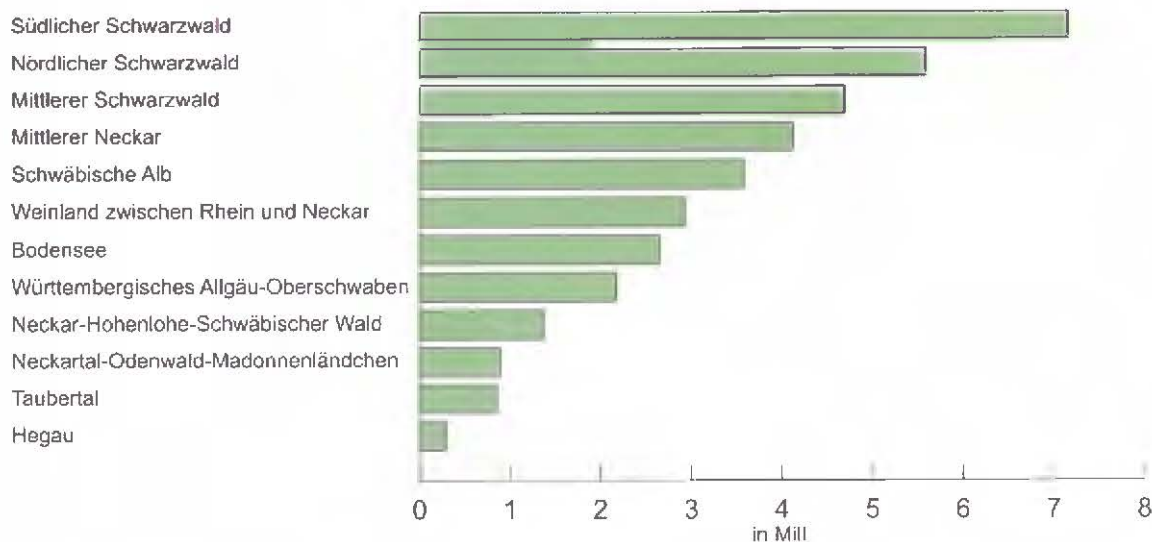
Die touristische Relevanz der Prädikatisierungen zeigt sich eindrucksvoll in der Übernachtungsdichte. 1997 kamen im Land insgesamt auf einen Einwohner 3,4 Gästeübernachtungen. In den prädikatisierten Gemeinden war dieser Wert mit 10,6 allerdings sechsmal höher als in den nicht prädikatisierten Gemeinden. Die Orte mit höheren Prädikaten werden in der Regel stark vom Gesundheitstourismus geprägt, während in den sonstigen Gemeinden des Landes der Erholungs- bzw. Geschäfts- und Städtetourismus dominiert. Die Mehrzahl der Luftkurorte und alle heilklimatischen Kurorte Baden-Württembergs – mit Ausnahme der Stadt Isny im Allgäu – liegen im Schwarzwald.

Prädikatisierte Gemeinden in Baden-Württemberg

Stand: 1. Januar 1998



Übernachtungen in Baden-Württemberg 1998 nach Reisegebieten*)



*) Beherbergungslstätten ab neun Betten

Tourismusintensität 1998

Die meisten Übernachtungen je 1 000 Einwohner:

1. Landkreis Freudenstadt	16 027
2. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	15 674
3. Stadtkreis Baden-Baden	13 508
4. Landkreis Calw	9 771
5. Landkreis Waldshut	9 410

Land Baden-Württemberg:	3 494
Bundesrepublik Deutschland:	3 591

Die wenigsten Übernachtungen je 1 000 Einwohner:

44. Enzkreis	1 043
43. Landkreis Tübingen	1 092
42. Landkreis Heidenheim	1 105
41. Rems-Murr-Kreis	1 184
40. Landkreis Tuttlingen	1 185

Der Schwarzwald: Tourismusgebiet Nr. 1 im Land

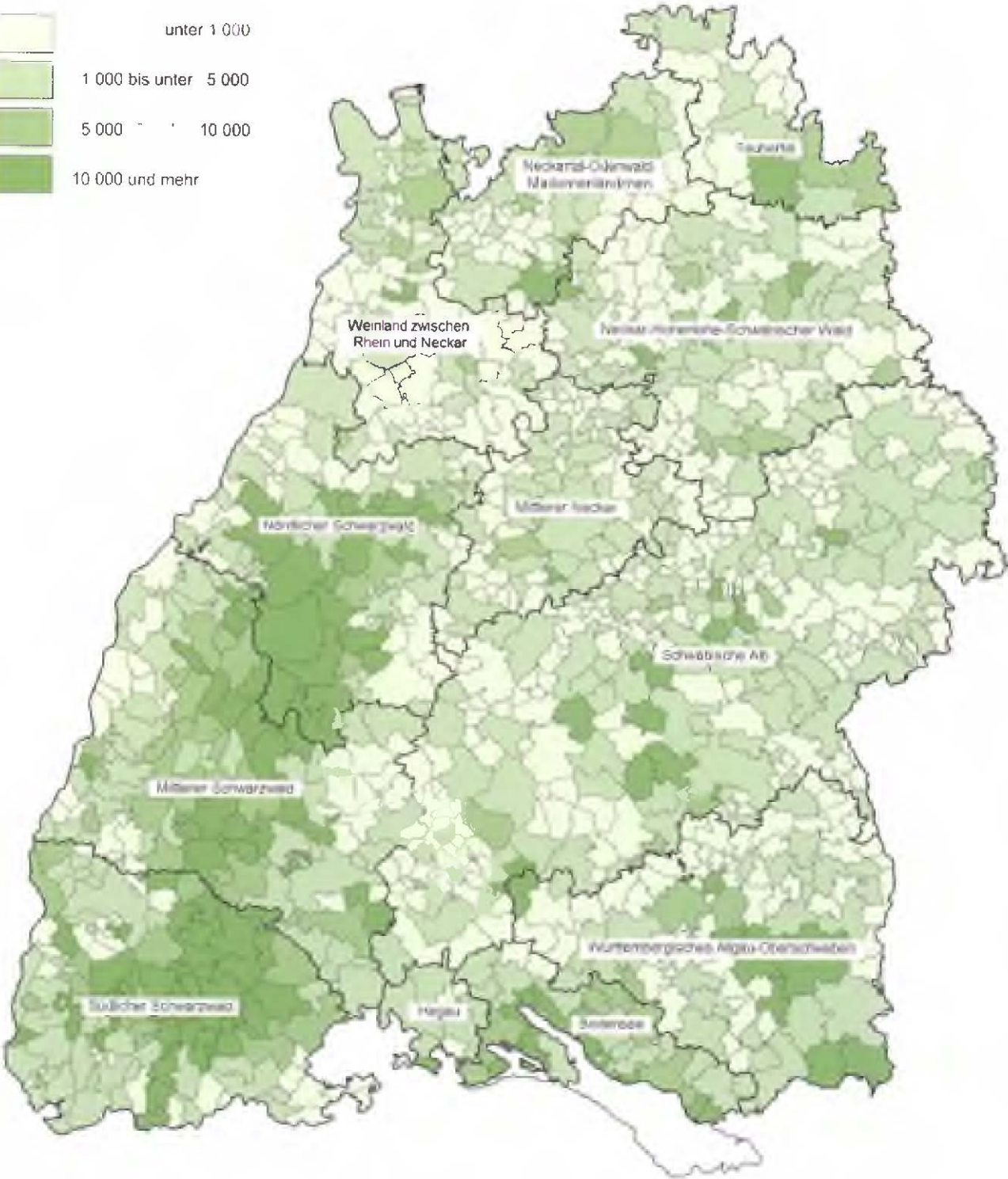
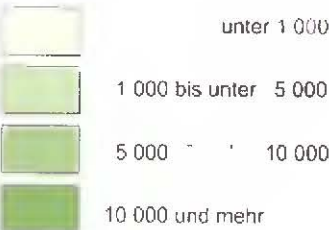
Wie Karte und Grafik zeigen, unterscheiden sich die Reisegebiete erheblich in ihrer Größe und im Übernachtungsaufkommen. Die Spanne reicht vom kleinen "Hegau" mit etwa 0,30 Mill. Übernachtungen pro Jahr über die regional weit gefaßte "Schwäbische Alb" (3,59 Mill. Übernachtungen) bis zum Reisegebiet mittlerer Größe, aber sehr hoher touristischer Bedeutung, dem "Südlichen Schwarzwald" mit 7,17 Mill. Übernachtungen.

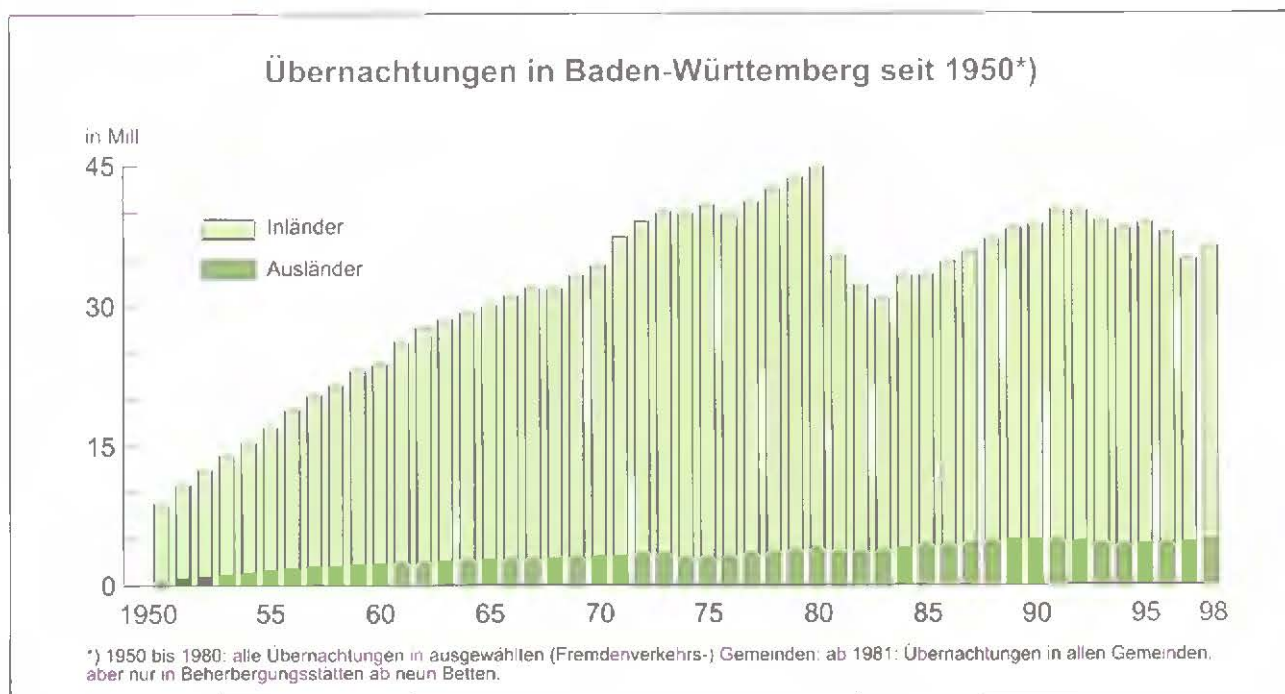
Am Ort mit der höchsten Erhebung des Landes war 1998 auch die Tourismusintensität am höchsten (Feldberg im Schwarzwald, 393 280 Übernachtungen bei 1 683 Einwohnern); durchschnittlich waren an jedem Tag des Jahres 1 077 Gäste in dieser kleinen Gemeinde anwesend. Eine ähnlich intensive Prägung durch den Tourismus weisen auch zwei weitere Gemeinden des Hochschwarzwalds, Hinterzarten und Schluchsee, auf.

Ein anderes Bild ergibt die Betrachtung der absoluten Übernachtungszahlen 1998. Deutlicher Spitzenreiter ist hier Stuttgart mit 1,95 Mill. Übernachtungen vor Freiburg, Heidelberg und Baiersbronn (0,76 bis 0,85 Mill.). Es folgen Baden-Baden, Mannheim, Bad Mergentheim, Bad Krozingen, Karlsruhe, Bad Dürkheim, Freudenstadt, Friedrichshafen, Bad Urach und Badenweiler (über 0,40 Mill. Übernachtungen). An 15. und 16. Stelle liegen dann schließlich Feldberg und Hinterzarten. Zu den "Top 20" des Landes gehören weiterhin Konstanz, Isny im Allgäu, Überlingen und Sindelfingen (alle über 0,35 Mill.).

Tourismusintensität in den Gemeinden und Reisegebieten
Baden-Württembergs 1998

Übernachtungen je 1 000 Einwohner





Beherbergungsgewerbe 1998

Die meisten Übernachtungen:

1. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	3 709 080
2. Ortenaukreis	2 086 145
3. Stadtkreis Stuttgart	1 950 773

Höchster Anteil an Übernachtungen ausländischer Gäste:

1. Stadtkreis Heidelberg	45,5 %
2. Landkreis Böblingen	26,9 %
3. Stadtkreis Mannheim	26,6 %

Land Baden-Württemberg:	12,9 %
Bundesrepublik Deutschland:	11,7 %

Die wenigsten Übernachtungen:

44. Stadtkreis Pforzheim	140 034
43. Landkreis Heidenheim	151 942
42. Landkreis Tuttlingen	155 382

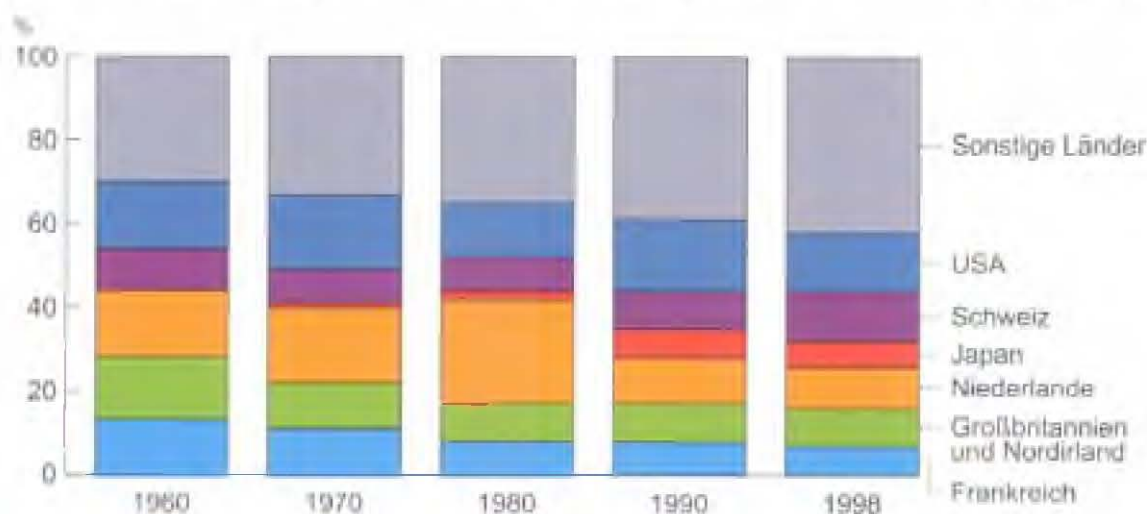
Niedrigster Anteil an Übernachtungen ausländischer Gäste:

44. Landkreis Ravensburg	3,2 %
43. Landkreis Sigmaringen	3,7 %
42. Main-Tauber-Kreis	4,1 %

Nur etwa jede achte Übernachtung entfiel 1998 auf ausländische Gäste

Der Tourismus in Baden-Württemberg wird – wie in Deutschland insgesamt – eindeutig von Inländern dominiert. Nur etwa jede achte Übernachtung entfällt auf ausländische Gäste. Bis Ende der 80er Jahre entwickelten sich die Übernachtungszahlen weitgehend parallel zum früheren Bundesgebiet. Das Land partizipierte dann aber kaum am Vereinigungsboom. Per saldo zogen die neuen Länder im früheren Bundesgebiet mehr Übernachtungen ab, als sie zusätzlich einbrachten.

Verglichen mit den anderen Bundesländern verfügt das Land über ein hohes Gewicht der Sanatorien und Kurkliniken. Feriencentren, Ferienhäuser und Ferienwohnungen sind dagegen weniger stark vertreten. Die starke Ausrichtung am Kur- und Bäderwesen erklärt die Übernachtungsrückgänge der letzten Jahre (Einsparungen bei den stationären Kuren). Regional ist der Schwarzwald als traditionell bedeutendste Ferienregion besonders negativ betroffen. Der Trend im Tourismusgeschehen scheint bundesweit eher zu den weniger touristisch geprägten Gemeinden zu gehen. Hier sind in Baden-Württemberg die Reisegebiete Mittlerer Neckar (mit Stuttgart), das Weinland zwischen Rhein und Neckar und die Schwäbische Alb zu nennen.

Herkunftsländer der ausländischen Gäste in Baden-Württemberg seit 1960

Ausländische Gäste 1998

Die meisten Übernachtungen aus den USA:

1. Stadtkreis Stuttgart	109 887
2. Stadtkreis Heidelberg	108 257
3. Landkreis Böblingen	51 738

Die meisten Übernachtungen aus Japan:

1. Stadtkreis Heidelberg	77 708
2. Rhein-Neckar-Kreis	24 434
3. Stadtkreis Stuttgart	18 898

Die meisten Übernachtungen aus der Schweiz:

1. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	80 797
2. Ortenaukreis	50 993
3. Stadtkreis Stuttgart	48 545

Die meisten Übernachtungen aus den Niederlanden:

1. Ortenaukreis	62 449
2. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	43 454
3. Schwarzwald-Baar-Kreis	23 867

Die meisten Übernachtungen aus Großbritannien:

1. Ortenaukreis	50 722
2. Stadtkreis Stuttgart	42 830
3. Landkreis Böblingen	27 870

Die meisten Übernachtungen aus Frankreich:

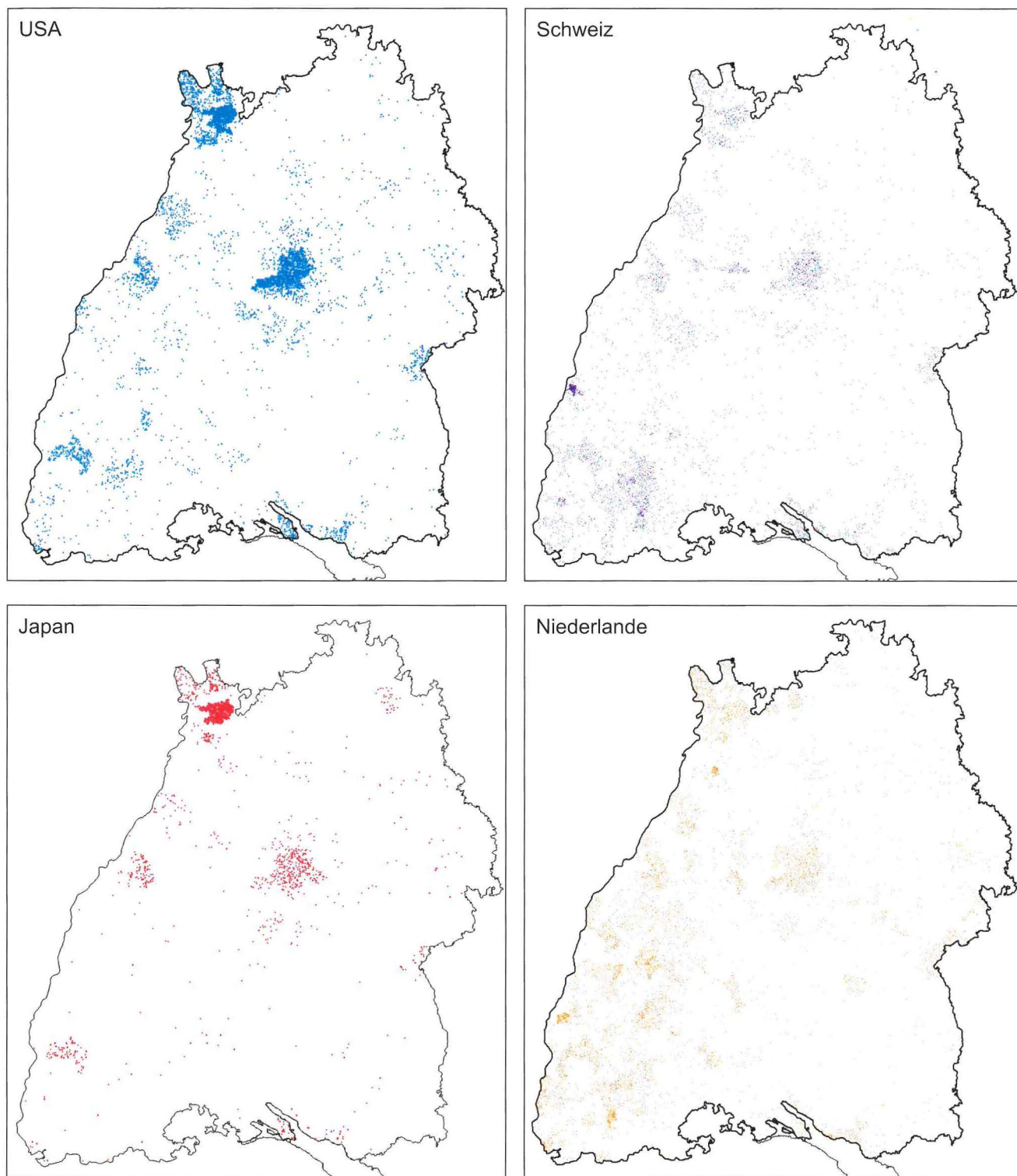
1. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	33 994
2. Stadtkreis Stuttgart	31 765
3. Ortenaukreis	24 537

Gäste aus dem Ausland bleiben im Durchschnitt 2,1 Tage

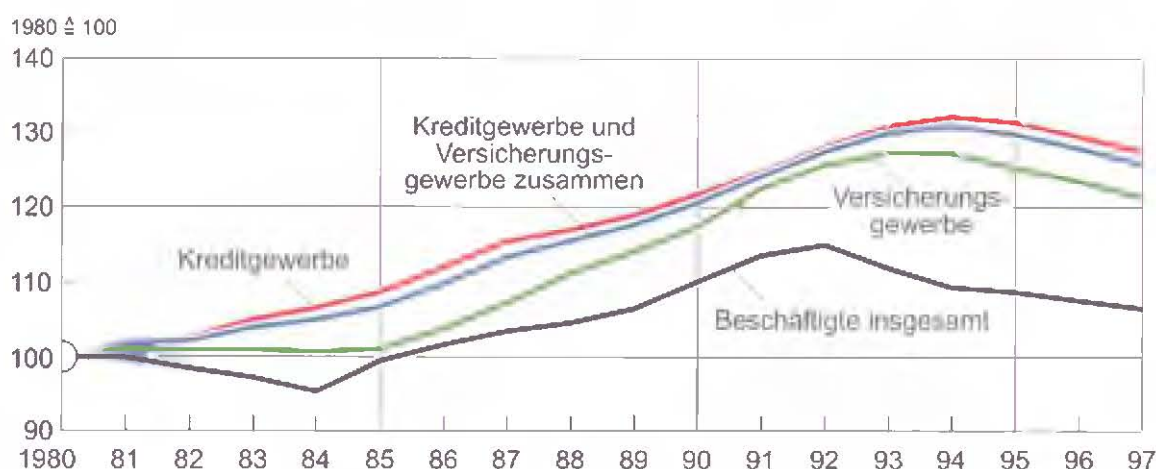
Die durch Auslandsgäste erzielten Tourismuseinnahmen betrugen 1998 in Deutschland etwa ein Drittel des Betrags, den die Deutschen für diesen Zweck im Ausland ausgaben. Die Entwicklung verlief unsteter als beim Inländer-tourismus. Als mögliche Ursache bietet sich der schwankende Wert der DM im internationalen Vergleich an. Allerdings zeigt sich nur zeitweise der zu erwartende Zusammenhang.

Außer zum Besuch der einmaligen touristischen Attraktionen des Landes, wie der Altstadt mit Schloßruine in Heidelberg, der Stadt Freiburg, dem Schwarzwald sowie dem Bodensee, kommen sehr viele Auslandsgäste als Geschäftsreisende ins Land. So wurden zum Beispiel 1998 in Sindelfingen 350 000 Übernachtungen, in Herrenberg 112 000 (Ausländer: jeweils knapp 40 %) und in Walldorf 124 000 (Ausländer: 27 %) gezählt. Die Aufenthaltsdauer der ausländischen Gäste betrug 1998 im Landesdurchschnitt 2,1 Tage, diejenigen der deutschen Gäste 3,1 Tage.

Übernachtungen im Beherbergungsgewerbe in Baden-Württemberg 1998 nach Nationalitäten



Beschäftigte insgesamt sowie Beschäftigte im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Baden-Württemberg seit 1980



Kredit- und Versicherungsgewerbe 1997

Die meisten Beschäftigten je 10 000 Einwohner:

1. Stadtkreis Stuttgart	536
2. Stadtkreis Karlsruhe	419
3. Stadtkreis Mannheim	326
4. Stadtkreis Heilbronn	273
5. Landkreis Schwäbisch Hall	255

Die wenigsten Beschäftigten je 10 000 Einwohner:

44. Enzkreis	56
43. Alb-Donau-Kreis	57
42. Landkreis Heilbronn	61
41. Landkreis Calw	65
40. Landkreis Karlsruhe	70
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	70

Land Baden-Württemberg: 140

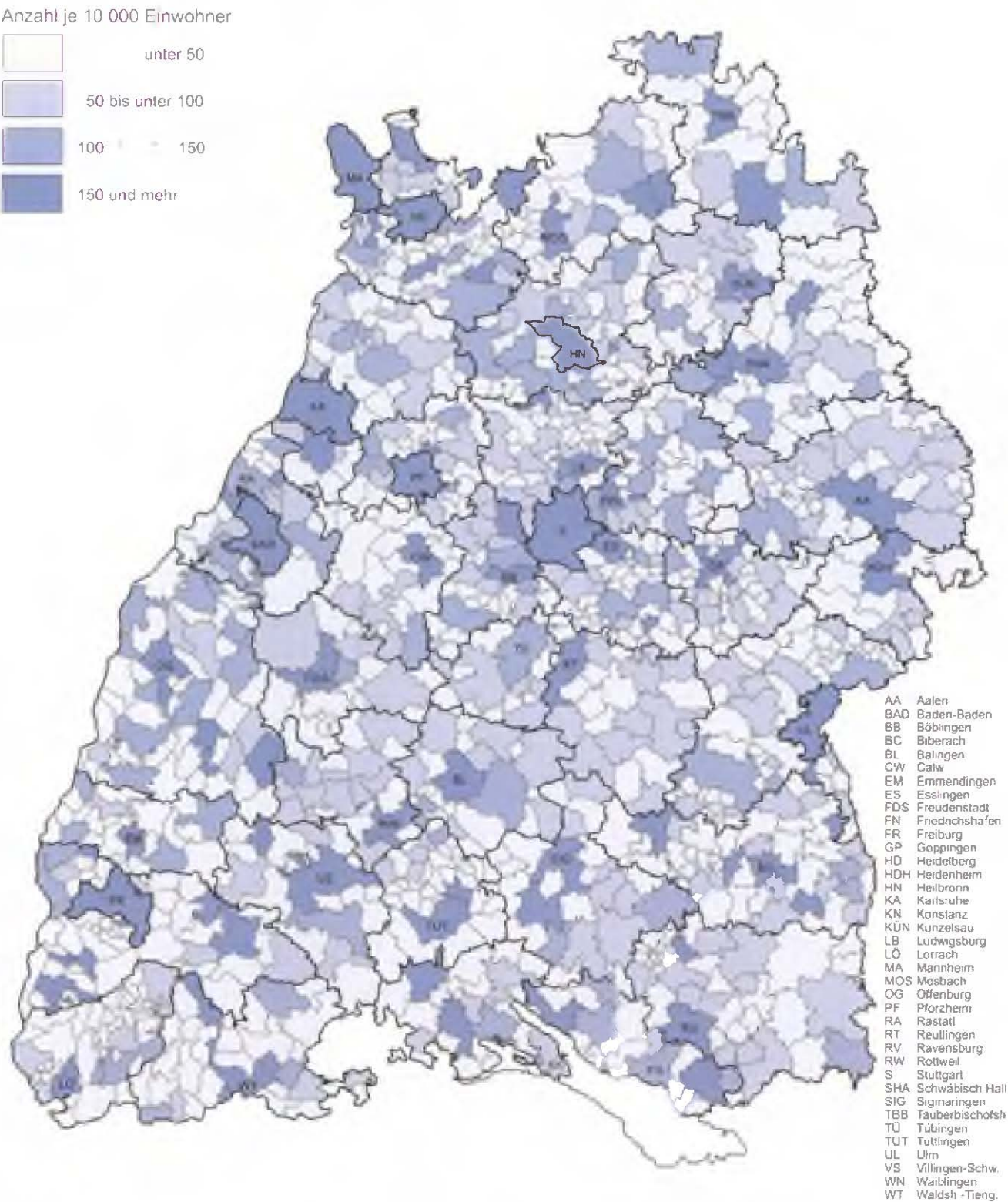
Bundesrepublik Deutschland: 127

Die Bausparkassen Baden-Württembergs: Marktführer in Deutschland

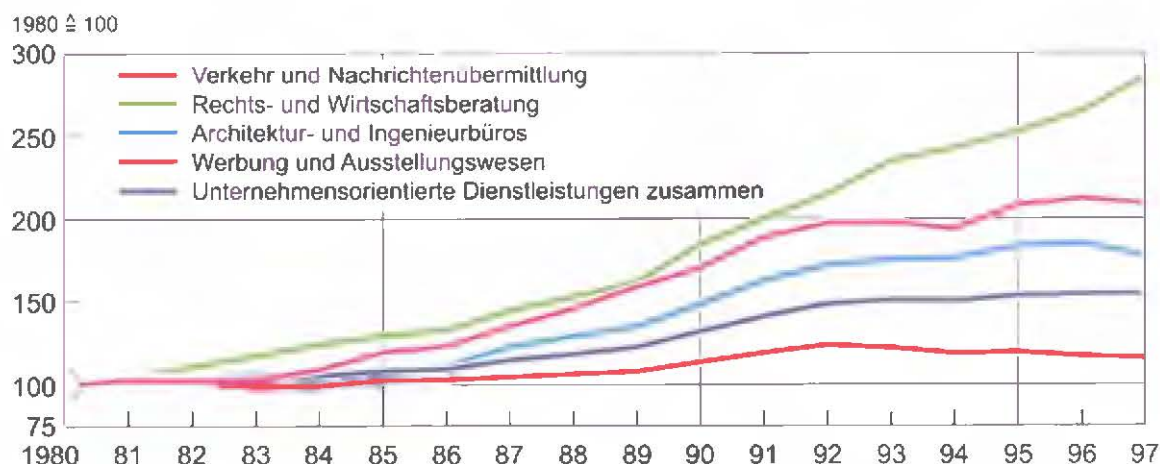
Baden-Württemberg besitzt kein mit Frankfurt oder München vergleichbares überregionales Bankenzentrum. So findet man im Land zum Beispiel nur sehr wenige Niederlassungen ausländischer Banken. Dennoch sind Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim auf regionaler Ebene durchaus bedeutende Bankenplätze. Durch die Anfang 1999 vollzogene Bildung der neuen *Landesbank Baden-Württemberg* wird das Land im Konkurrenzkampf der Finanzplätze künftig voraussichtlich eine größere Rolle spielen. Charakteristisch für Baden-Württemberg ist die traditionell hohe Bedeutung der Sparkassen und Kreditgenossenschaften. Eine vergleichbar hohe Bankstellendichte ist – mit Ausnahme Bayerns – in keinem anderen Bundesland vorzufinden und garantiert die flächendeckende Grundversorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen.

Auf die Landeshauptstadt Stuttgart als größtem Bankenplatz im Land entfallen bisher 15 % aller Arbeitsplätze des Kreditgewerbes. Eine wesentlich stärkere Konzentration zeigt sich bei den Versicherungen. Hier entfallen auf Stuttgart als Hauptsitz bedeutender Versicherungskonzerne 41 % aller Arbeitsplätze des Landes. Überregional bedeutsam sind vor allem aber die im Land ansässigen vier privaten und zwei öffentlich-rechtlichen Bausparkassen. Namen wie Wüstenrot, Schwäbisch Hall oder Leonberger Bausparkasse sind bundesweit bekannt. Etwa die Hälfte des gesamten Volumens des deutschen Bausparkmarktes entfällt auf die in Baden-Württemberg ansässigen Unternehmen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bei Kreditinstituten
und Versicherungen in den Gemeinden Baden-Württembergs 1997



Beschäftigte in ausgewählten Dienstleistungsbereichen in Baden-Württemberg seit 1980



Unternehmensorientierte Dienstleistungen 1997

Die meisten Beschäftigten je 1 000

Beschäftigte insgesamt:

1. Stadtkreis Karlsruhe	132
2. Stadtkreis Heilbronn	113
3. Landkreis Ludwigsburg	108
4. Stadtkreis Mannheim	106
Stadtkreis Stuttgart	106

Land Baden-Württemberg: 81

Bundesrepublik Deutschland: 105

Die wenigsten Beschäftigten je 1 000

Beschäftigte insgesamt:

44. Landkreis Tuttlingen	40
43. Hohenlohekreis	41
42. Landkreis Waldshut	44
Main-Tauber-Kreis	44
Landkreis Sigmaringen	44

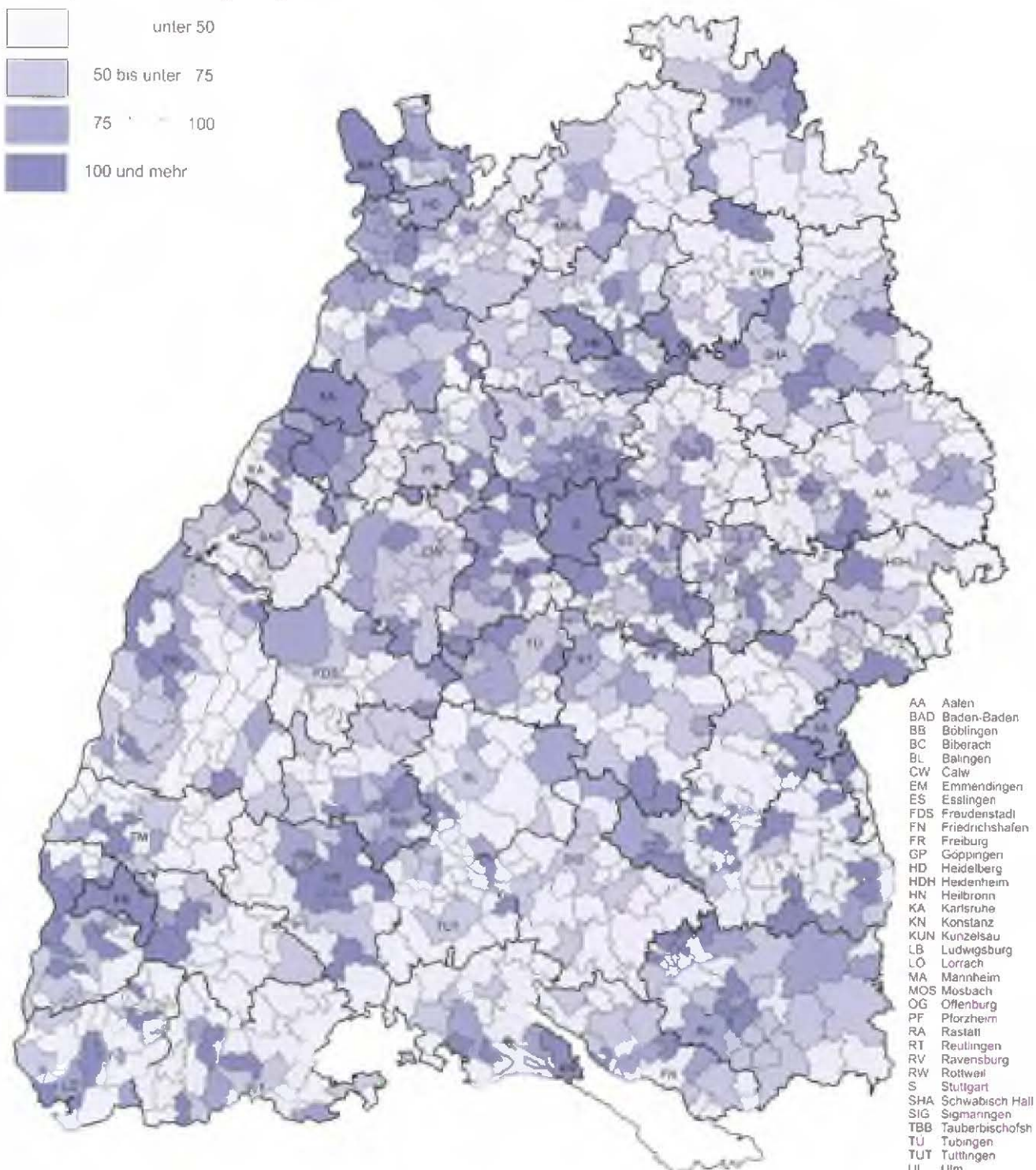
Hohe Dynamik bei den modernen Unternehmensdiensten

Der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft wird wesentlich von den unternehmensorientierten Dienstleistungen mitbestimmt. Mehrere Faktoren sind von großem Einfluß: Der strukturelle Wirtschaftswandel erhöht die Nachfrage nach derartigen Dienstleistungen, und durch die zunehmende Spezialisierung und Auslagerung von Unternehmensteilen, etwa von Entwicklungs- und Beratungsleistungen ("Outsourcing"), wird die bisher versteckte Tertiärisierung der Industrie statistisch sichtbar. Auch ist die Barriere für Existenzgründer in einigen Dienstleistungsbranchen relativ niedrig. Die Grafik zeigt die unterschiedliche, aber insgesamt sehr hohe Dynamik der unternehmensorientierten Dienstleistungen (+ 55,0 % seit 1980). Zum Vergleich: Im selben Zeitraum erhöhte sich die Beschäftigtenzahl insgesamt nur um 6,5 % und die Bevölkerung um 12,5 %.

Das bis 1997 regional entstandene bzw. zur Verfügung stehende Potential an modernen Dienstleistungen, wozu unter anderem Softwarehäuser, Übersetzungsbüros und Wachunternehmen zählen, ist unterschiedlich groß. Betrachtet man die zwölf Regionen des Landes, ergibt sich eine "Viererstufung": Gleichauf an der Spitze liegen die Regionen Mittlerer Oberrhein (Karlsruhe), Stuttgart und Unterer Neckar (Mannheim/Heidelberg). Hier kommen auf 1 000 Beschäftigte insgesamt fast 100 Beschäftigte in unternehmensorientierten Dienstleistungen. Der Südliche Oberrhein (Freiburg im Breisgau) folgt mit einem Wert von fast 80. Dann kommen sieben Regionen mit Werten zwischen 60 und 68, und am Ende liegt Ostwürttemberg mit 50.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Bereich unternehmensorientierte Dienstleistungen*) in den Gemeinden Baden-Württembergs 1997

Anzahl je 1 000 Beschäftigte insgesamt



AA Aalen
 BAD Baden-Baden
 BB Böblingen
 BC Biberach
 BL Balingen
 CW Calw
 EM Emmendingen
 ES Esslingen
 FDS Freudenstadt
 FN Friedrichshafen
 FR Freiburg
 GP Göppingen
 HD Heidelberg
 HDH Heidenheim
 HN Heilbronn
 KA Karlsruhe
 KN Konstanz
 KUN Kunzelsau
 LB Ludwigsburg
 LO Lorrach
 MA Mannheim
 MOS Mosbach
 OG Offenburg
 PF Pforzheim
 RA Rastatt
 RT Reutlingen
 RV Ravensburg
 RW Rottweil
 S Stuttgart
 SHA Schwabisch Hall
 SIG Sigmaringen
 TBB Tauberbischofsheim
 TU Tübingen
 TUT Tuttlingen
 UL Ulm
 VS Villingen-Schwenningen
 WN Waiblingen
 WT Waldshut-Tiengen

*) Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Architektur- und Ingenieurbüros, Werbung und Ausstellungswesen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
 Landesinformationssystem

Statlas 08/53/98

Kapitel 9

Handel, Tourismus und sonstige Dienstleistungen

Kurhaus mit Bad in Bad Teinach, Landkreis Calw

Der Landkreis Calw, der einen großen Teil des Nordschwarzwalds umfaßt, wird zurecht als „Bäderkreis“ bezeichnet. Die längste Tradition weist Wildbad auf, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neben Baden-Baden zu den bevorzugten Bädern des europäischen Adels gehörte. In Bad Herrenalb bildet der Ausflugsverkehr aus dem Großraum Karlsruhe eine zusätzliche wirtschaftliche Stütze. Bad Teinach und Bad Liebenzell sind – neben ihrer Funktion als Kurort – auch für den Verkauf von Heil- und Mineralwasser bekannt.

Foto: Tourismus-Verband Baden-Württemberg e.V.



Baden-Württemberg

Urlaub im Süden beginnt hier:



Wir machen den Weg frei

Erfolgreich in die Zukunft starten.

Sie möchten das Steuer für Ihren beruflichen und privaten Erfolg selbst in die Hand nehmen. Mit einem erfahrenen Partner an Bord bekommen Ihre Pläne den nötigen Schub.

Die Volksbanken
Raiffeisenbanken im Internet:
<http://www.vrnet.de>



Volksbanken Raiffeisenbanken

Kapitel 10

Wirtschaftskraft und Kaufkraft

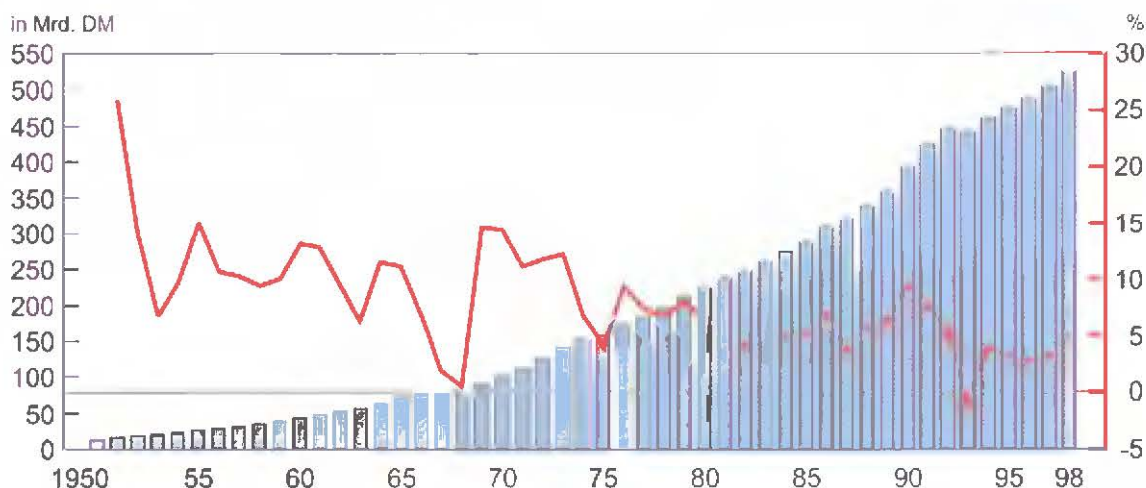
Ständig im Wandel – der Flughafen Stuttgart aus der Vogelperspektive

Der Stuttgarter Verkehrsflughafen hat als internationaler Airport besondere Bedeutung für Menschen und Wirtschaft in Baden-Württemberg. 1998 wurden rund sieben Millionen Passagiere gezählt, für das Jahr 2010 rechnen die Planer mit acht bis elf Millionen. Im Foto ist die 1996 in Betrieb genommene, vollständig ausgebaute und sanierte Start- und Landebahn gut zu erkennen. Links am Flughafengelände vorbei führt die Autobahn Karlsruhe-München. Im Vordergrund (unten links) Echterdingen, Teilort der „eigentlichen Flughafenstadt“ Leinfelden-Echterdingen. Rechts sind Filderstadt-Bernhausen und Filderstadt-Neuhausen (oben) zu sehen, links die Stuttgarter Stadtteile Hohenheim und Plieningen und darüber Ostfildern-Kemnat und Ostfildern-Scharnhausen. Für 2004 ist die Eröffnung des neuen Großterminals 3 geplant. In direkter Nähe zum Flughafen soll auch die neue Messe Stuttgart gebaut werden.

Foto: Flughafen Stuttgart GmbH



Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen und deren Veränderung zum Vorjahr in Baden-Württemberg seit 1950



Entwicklung der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1980 bis 1996

Höchste relative Zunahme:

1. Stadtkreis Karlsruhe	174 %
2. Landkreis Rastatt	162 %
3. Hohenlohekreis	161 %

Land Baden-Württemberg	115 %
Früheres Bundesgebiet:	111 %

Geringste relative Zunahme:

44. Stadtkreis Pforzheim	65 %
43. Stadtkreis Mannheim	67 %
42. Stadtkreis Stuttgart	90 %

Höchste absolute Zunahme (Mill. DM):

1. Stadtkreis Stuttgart	24 344
2. Stadtkreis Karlsruhe	20 260
3. Landkreis Esslingen	12 302

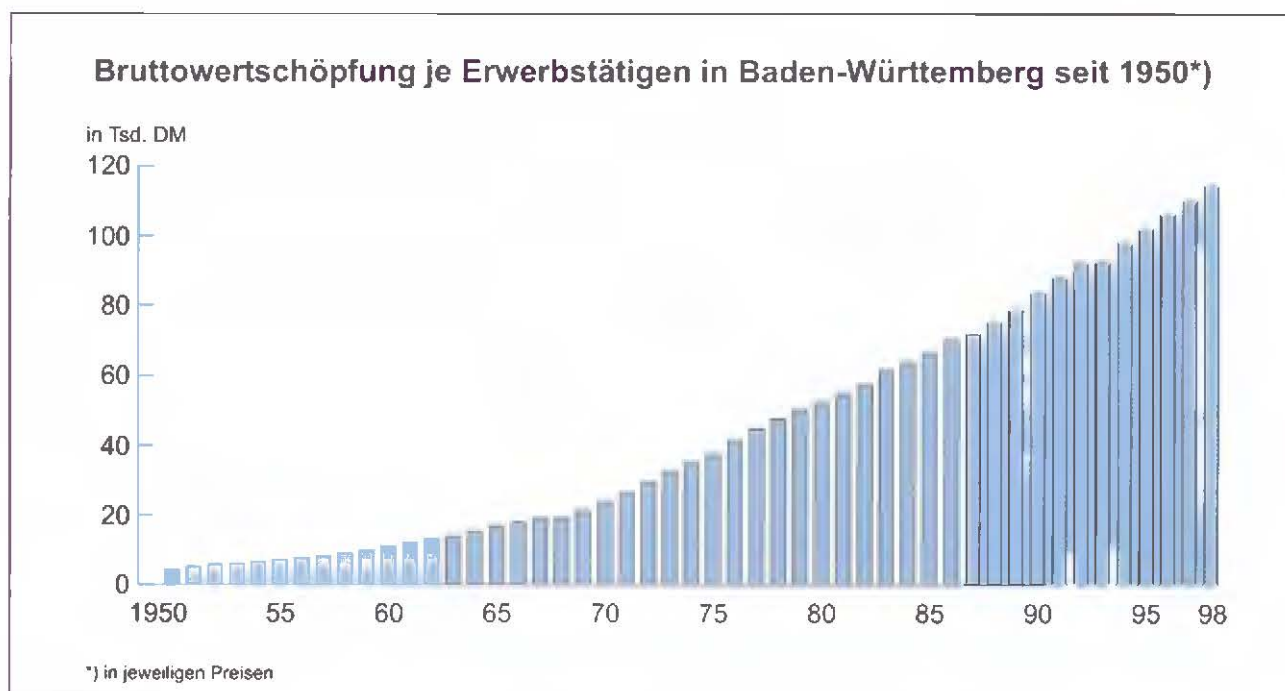
Land Baden-Württemberg	260 387
Früheres Bundesgebiet:	1 572 700

Geringste absolute Zunahme (Mill. DM):

44. Stadtkreis Baden-Baden	1 347
43. Landkreis Calw	2 296
42. Landkreis Pforzheim	2 343

Stärkerer Anstieg der Bruttowertschöpfung in den Landkreisen im Vergleich zu den Stadtkreisen seit 1980

Die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen basiert auf den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und ist – vereinfacht ausgedrückt – ein Maß für die erbrachten gesamtwirtschaftlichen Leistungen. Die Bruttowertschöpfung hat sich landesweit im Zeitraum 1980 bis 1996 mit einem Plus von 115 % mehr als verdoppelt, und dies trotz der zwei Rezessionen zu Beginn der 80er und 90er Jahre. Dabei erwies sich das Wirtschaftswachstum in den Landkreisen mit 120 % deutlich dynamischer als in den Stadtkreisen (106 %). Dies ist zum einen auf das in den weniger verdichteten und ländlich geprägten Landkreisen niedrigere Ausgangsniveau und den damit verbundenen hohen Nachholbedarf zurückzuführen. Zum anderen hatten auch die Verlagerung von Produktionskapazitäten, die Erschließung der peripheren Landesteile durch Autobahnen sowie die Folgewirkungen des außerhalb der Ballungsgebiete größeren Bevölkerungswachstums die Wirtschaft der Landkreise stärker begünstigt. Den höchsten prozentualen Zuwachs bei den Landkreisen erzielte Rastatt (162 %), gefolgt vom Hohenlohekreis (161 %) und dem Landkreis Heilbronn (158 %). Deutlich hinter dem Landesdurchschnitt lagen der Schwarzwald-Baar-Kreis (91 %) sowie der Ostalbkreis und der Landkreis Waldshut (jeweils 97 %).



Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Erwerbstätigen 1996

Höchster Wert:

1. Stadtkreis Karlsruhe	184 200 DM
2. Stadtkreis Stuttgart	133 200 DM
3. Landkreis Böblingen	117 000 DM
4. Landkreis Rastatt	116 000 DM
5. Stadtkreis Ulm	113 000 DM

Geringster Wert:

44. Landkreis Sigmaringen	85 900 DM
43. Landkreis Waldshut	86 500 DM
42. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	87 000 DM
41. Landkreis Calw	87 400 DM
40. Neckar-Odenwald-Kreis	88 300 DM

Land Baden-Württemberg: 105 600 DM

Früheres Bundesgebiet: 106 100 DM

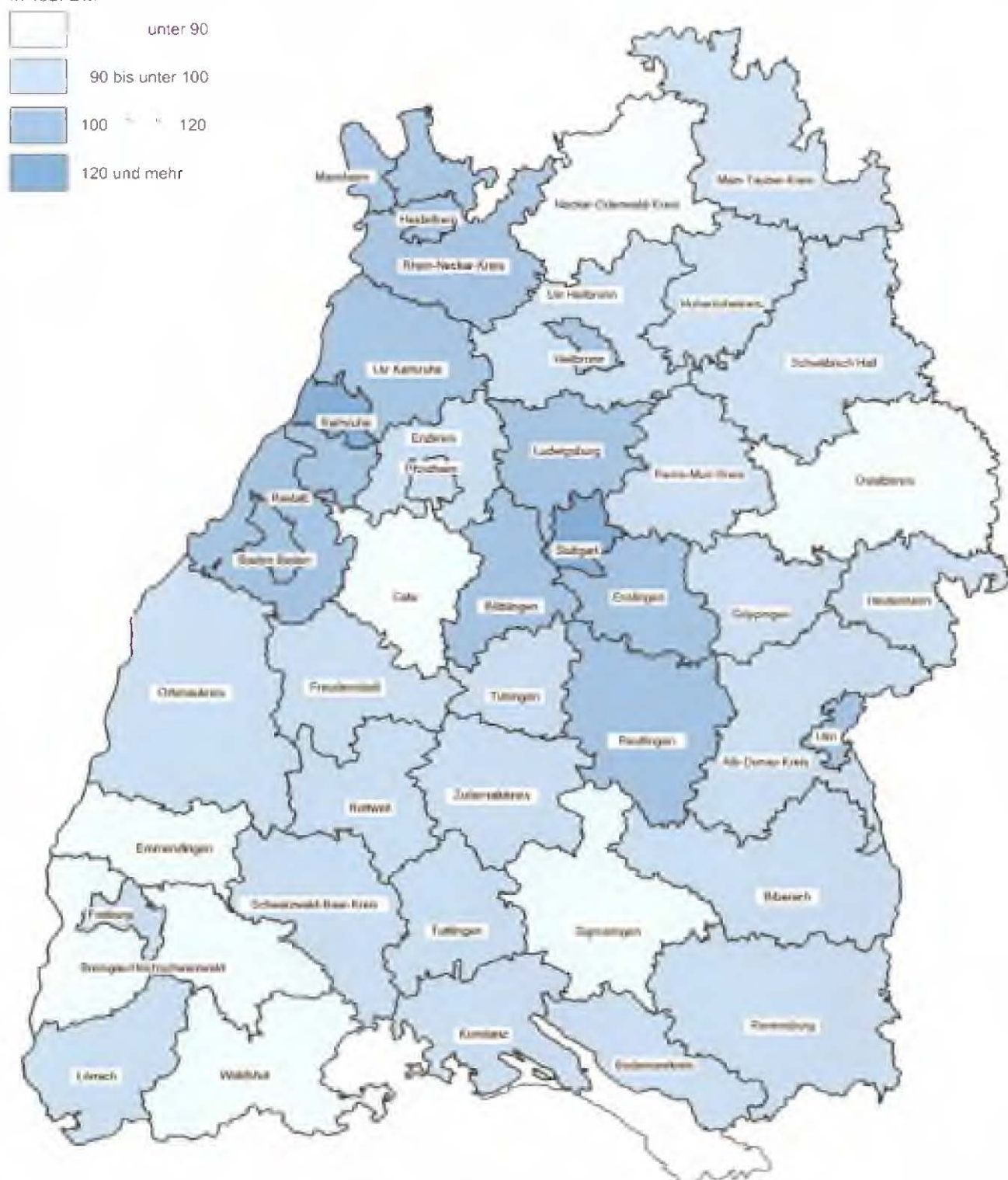
Große regionale Unterschiede bei der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen

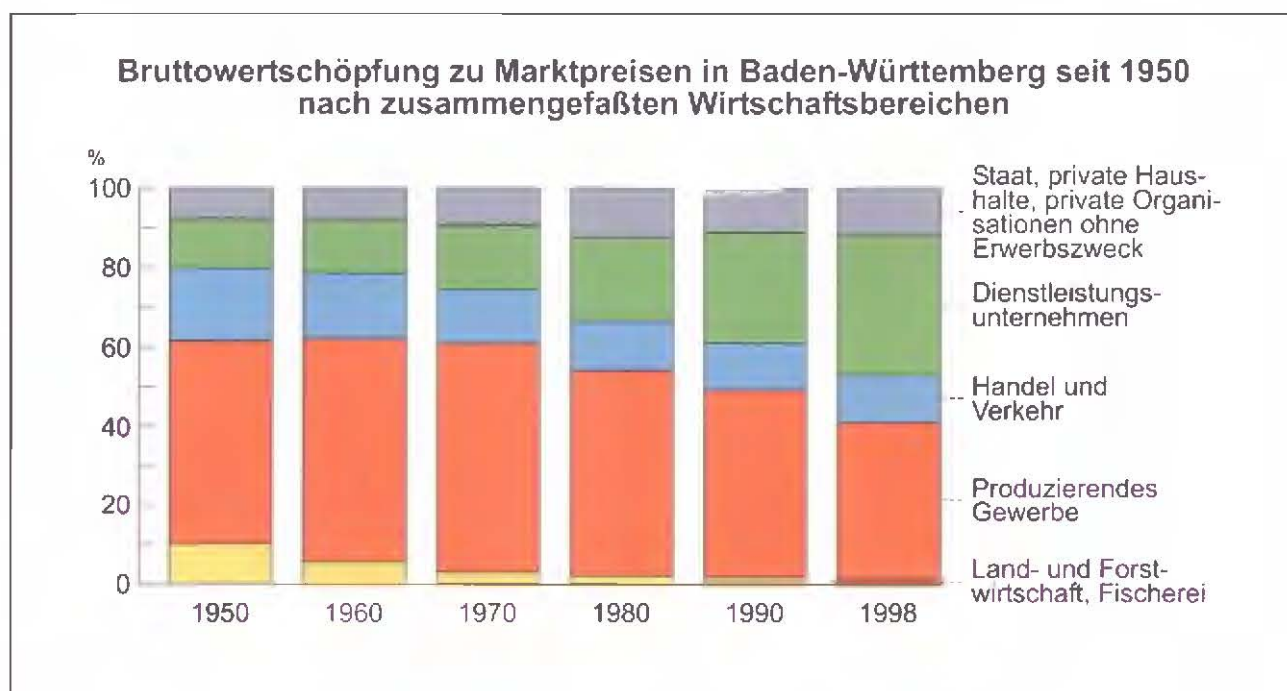
Wachstumsdynamik und Wirtschaftskraft, gemessen als Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, klaffen in den Teilräumen Baden-Württembergs weiterhin stark auseinander. So nehmen die – insgesamt betrachtet – wachstumsschwächeren Stadtkreise bei der Wirtschaftskraft nach wie vor Spitzenplätze ein, während die wachstumsstärkeren Kreise des ländlichen Raums bestenfalls im Mittelfeld liegen. Die Spanne reicht bei der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen von 86 000 DM im Landkreis Sigmaringen bis zu 184 000 DM im Stadtkreis Karlsruhe. Bereits 1980 wies Karlsruhe mit 67 000 DM die höchste Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen auf; der Landkreis Sigmaringen bildete schon damals das Schlußlicht bei der Wirtschaftskraft.

Das herausragende Ergebnis bei der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen für den Stadtkreis Karlsruhe – dieser Wert liegt um 74 % über dem Landesdurchschnitt – ist allerdings zu relativieren, da dieser Produktionsstandort in erheblichem Umfang durch die Mineralölsteuer überzeichnet ist. Bei der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten, das heißt nach Herausrechnen dieser Produktsteuern, verringert sich der Abstand zum Land auf 19 %. Karlsruhe belegt nach diesem Berechnungskonzept nur noch den zweiten Platz nach dem Stadtkreis Stuttgart; an dritter Stelle rangiert der Landkreis Böblingen.

**Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Erwerbstätigen
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1996**

In Tsd. DM





Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen in Baden-Württemberg 1998 nach Wirtschaftsbereichen (in Millionen DM):

Land- und Forstwirtschaft	5 198	Sonstige (Staat, private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck)	59 518
Produzierendes Gewerbe	214 741		
Handel und Verkehr	63 466		
Dienstleistungsunternehmen	182 966	Insgesamt	525 889

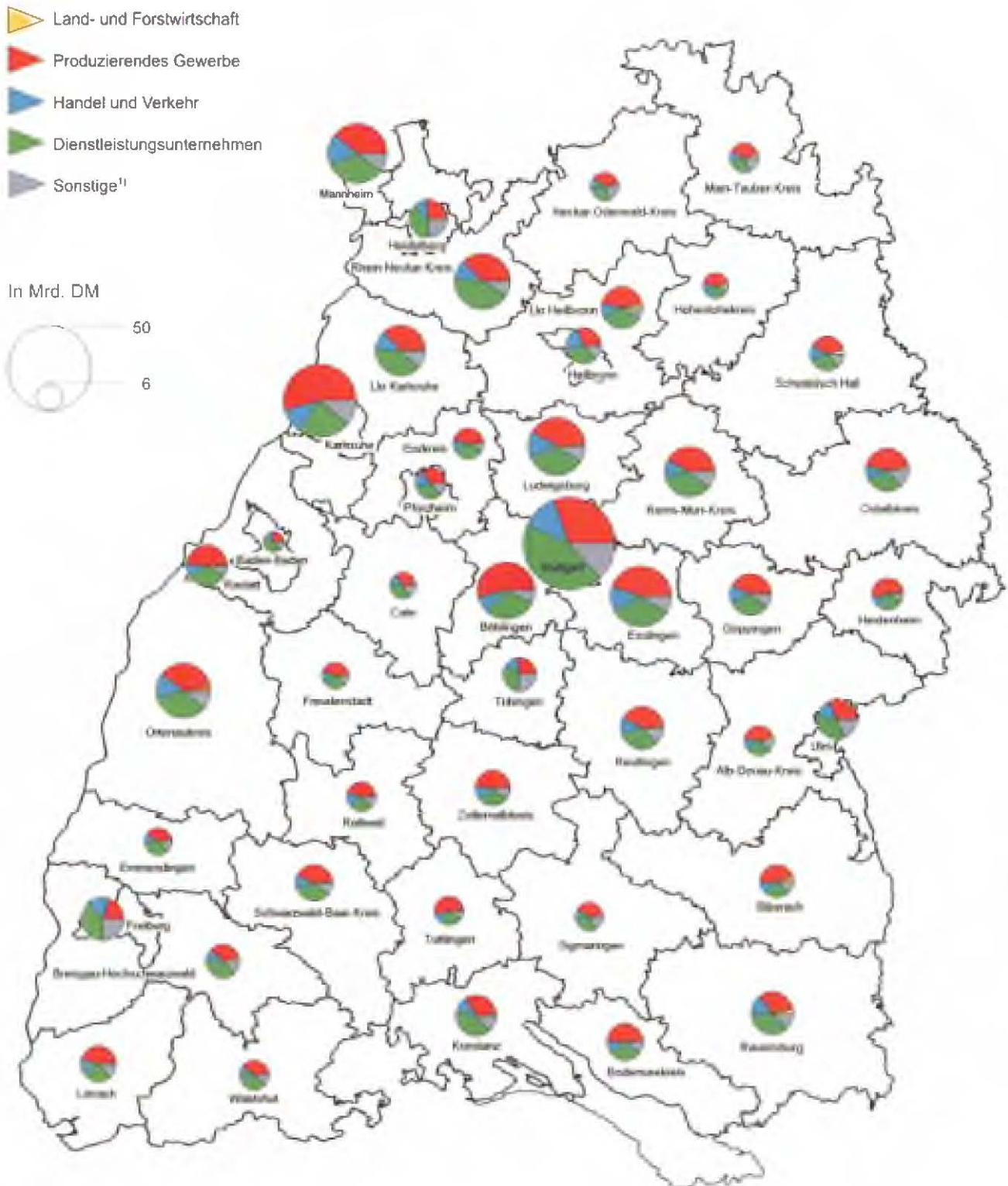
Bei der Wertschöpfung dominiert in 39 der 44 Kreise der Dienstleistungssektor

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der *Dienstleistungsunternehmen* hat sich in den letzten Jahren stetig vergrößert. 1998 wurden bereits 35 % der Wertschöpfung in diesem Bereich erwirtschaftet, 1980 waren es erst 21 %. Entsprechend verringert hat sich der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes, und zwar von 43 auf nur noch 35 %. Die Verschiebung vom Verarbeitenden Gewerbe hin zu den Dienstleistungen hat sich in den letzten Jahren sogar noch beschleunigt, weil der Konjunktureinbruch 1992/1993 zu erheblichen Anteilsverlusten des Verarbeitenden Gewerbes führte. Ein weiterer Einflußfaktor dürfte auch das in letzter Zeit verstärkt zu beobachtende Outsourcing von Dienstleistungsfunktionen aus Unternehmen der Industrie in rechtlich selbständige Dienstleistungsunternehmen gewesen sein.

Werden die Dienstleistungsunternehmen, der Handel und Verkehr sowie der Staat einschließlich der privaten Haushalte und privaten Organisationen zum *Dienstleistungssektor* zusammengefaßt, so hat dieser an der landesweiten Gesamtwertschöpfung einen Anteil von 58 %. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes – hierzu zählen neben dem Verarbeitenden Gewerbe die Energie- und Wasserversorgung, der Bergbau und das Baugewerbe – lag dagegen nur noch bei 41 %. 1980 dominierte noch das Produzierende Gewerbe mit 52 % gegenüber 46 % im Dienstleistungssektor.

Dieser Strukturwandel zugunsten des tertiären Sektors ist auch in fast allen Stadt- und Landkreisen zu beobachten. Hier stehen aber derzeit – im Gegensatz zum Land – nur Ergebnisse für 1996 zur Verfügung. Danach entsteht schon in 39 der 44 Stadt- und Landkreise des Landes mehr Wertschöpfung im Dienstleistungs- als im produzierenden Sektor (einschließlich der Land- und Forstwirtschaft). Allerdings ist in den Stadtkreisen der Anteil des tertiären Sektors im allgemeinen merklich größer als in den Landkreisen. Zurückzuführen ist dies auf die zentralörtlichen Funktionen der Zentren, die vielfach auch das Umland mit privaten und staatlichen Dienstleistungen versorgen.

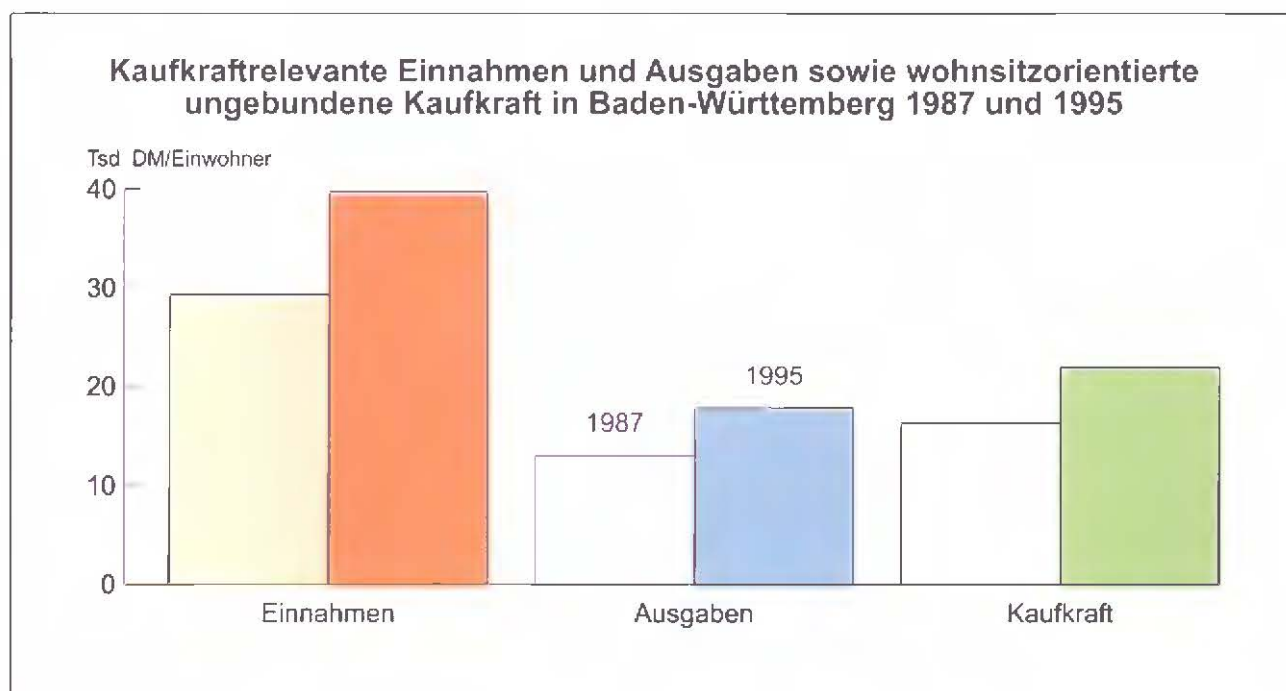
Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1996 nach Wirtschaftsbereichen



1) Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Statlas 09/54/98



Kaufkraft 1995

Höchste Kaufkraft je Einwohner:

1. Stadtkreis Baden-Baden	25 519 DM
2. Landkreis Esslingen	24 750 DM
3. Rems-Murr-Kreis	23 925 DM
4. Stadtkreis Stuttgart	23 859 DM
5. Landkreis Böblingen	23 790 DM

Geringste Kaufkraft je Einwohner:

44. Stadtkreis Freiburg im Breisgau	18 002 DM
43. Landkreis Tübingen	19 732 DM
42. Stadtkreis Mannheim	19 761 DM
41. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	19 938 DM
40. Landkreis Schwäbisch Hall	20 099 DM

Land Baden-Württemberg: 21 947 DM

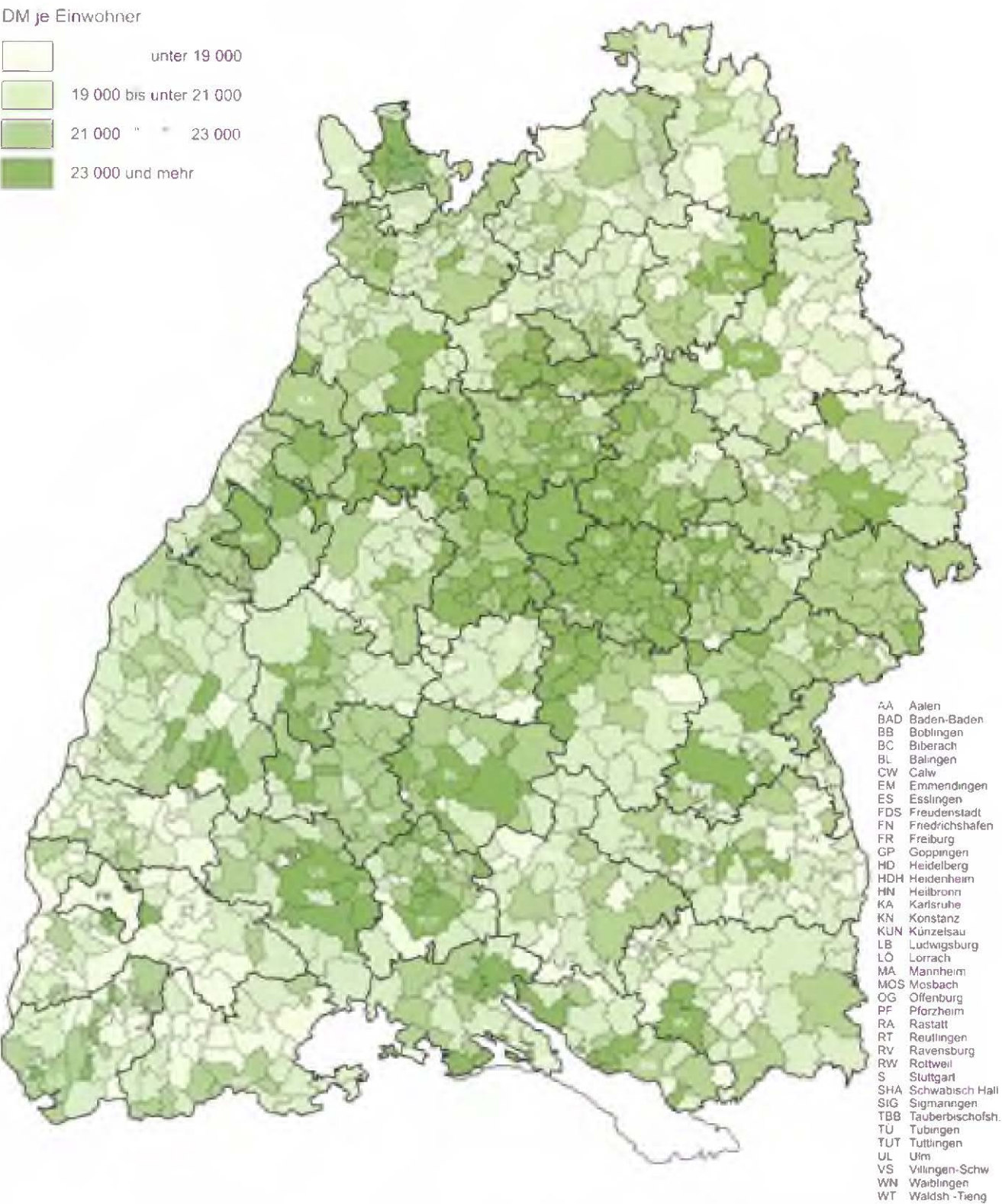
Bundesrepublik Deutschland: kein Vergleichswert vorhanden

Überdurchschnittliche Kaufkraft im Großraum Stuttgart

Die wohnsitzorientierte ungebundene Kaufkraft gibt jene Geldmittel an, über die die Bevölkerung für Konsumzwecke frei verfügt. Diese errechnet sich, indem die sogenannten kaufkraftrelevanten Ausgaben (zum Beispiel Steuern und Sozialabgaben) von den kaufkraftrelevanten Einnahmen (u.a. Einkommen aus selbständiger Arbeit, Renten und Sozialhilfe) abgezogen werden. Kaufkraftberechnungen wurden bisher vom Statistischen Landesamt erst zweimal durchgeführt: zunächst für das Jahr 1987 und zuletzt für 1995. In diesem Zeitraum ist die nominelle Kaufkraft je Einwohner um immerhin 35 % auf 21 947 DM gestiegen. Wird allerdings der Anstieg der Lebenshaltungskosten zwischen 1987 und 1995 berücksichtigt, so errechnet sich nur noch eine reale Kaufkraftsteigerung von 7 %.

Nebenstehende Karte zeigt, daß die Kaufkraft je Einwohner im Großraum Stuttgart – in nordsüdlicher Ausrichtung etwa von Heilbronn bis Reutlingen und in ostwestlicher Ausrichtung von Göppingen bis Pforzheim – praktisch flächendeckend überdurchschnittlich ist. Weitere größere Gebiete mit einem überdurchschnittlichen Kaufkraftniveau erstrecken sich von Villingen-Schwenningen bis Balingen, entlang des Bodensees, im Raum Aalen/Heidenheim sowie zwischen Baden-Baden und Karlsruhe. Demgegenüber fällt die unterdurchschnittliche Kaufkraft vor allem in weiten Teilen Südbadens und Oberschwabens sowie in den nordöstlichen Landesteilen auf. Die Ursachen dieser regionalen Kaufkraftunterschiede sind insbesondere die Altersstruktur der Bevölkerung, die Höhe der Erwerbsbeteiligung sowie das regionale Lohnniveau.

Wohnsitzorientierte ungebundene Kaufkraft
in den Gemeinden Baden-Württembergs 1995





Eine Beratung, die weder Fisch noch Fleisch ist, kommt für Sie nicht in Frage. Von der BW-Bank können Sie mehr erwarten. Wir bieten Ihnen eine persönliche Betreuung, die auf Ihre Ansprüche abgestimmt ist. Von der Geldanlage bis zum Vermögensmanagement. Unser ganzheitliches Konzept könnte Ihnen also gut schmecken. Sagen Sie uns, was wir für Sie tun können: **0180 / 2224295**. Natürlich zum Ortstarif.

BW-Bank. Einfach besser beraten.

JEDER HAT DIE BANK,
DIE ER VERDIENT.



Die Baden-Württembergische Bank

Kapitel 11

Kommunal финанzen

Rathaus der Universitätsstadt Ulm mit Münsterturm

Für die Entwicklung von Ulm, einer staufischen Gründung aus dem 12. Jahrhundert, war einst die Lage an einer wichtigen Reichsstraße, über die man die damaligen Handelszentren Brügge und Venedig erreichte, von ausschlaggebender Bedeutung. 1377 wurde der Grundstein zum Ulmer Münster gelegt, dessen Turm mit 161,6 m der höchste Kirchturm der Welt ist. Um 1500 gehörte Ulm mit etwa 17 000 Einwohnern zu den größten deutschen Reichsstädten.

Foto: Tourismus-Verband Baden-Württemberg e.V.



Definitionen

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Die Gemeinden erhalten 15 % des im Land erzielten Aufkommens an der Einkommensteuer. Zur Verteilung des Gemeindeanteils am Landesaufkommen wird für jede Gemeinde ein Anteilswert ermittelt. Dieser Berechnung wird die örtliche Steuerleistung der Gemeindegewohner – allerdings nur bis zu bestimmten Höchstgrenzen – zugrunde gelegt.

Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer ist neben dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer die bedeutendste Gemeindesteuer. Der Gewerbesteuerpflicht unterliegen grundsätzlich alle Gewerbebetriebe. Besteuerungsgrundlage sind der Gewerbeertrag und das im Betrieb eingesetzte Gewerbekapital. Für beide wird jeweils mit einer Steuermeßzahl ein Meßbetrag errechnet. Die beiden Meßbeträge zusammen ergeben dann den einheitlichen Gewerbesteuermeßbetrag. Dieser wiederum wird mit dem in der Haushaltssatzung der Gemeinde festgelegten Hebesatz vervielfacht. Das ergibt die Steuerschuld, die dem Steuerpflichtigen im Gewerbesteuerbescheid bekanntgegeben wird. Bei einem Steuermeßbetrag von beispielsweise 400 DM und einem Hebesatz von 300 % muß der betreffende Betrieb 1 200 DM Gewerbesteuer im Jahr bezahlen.

Grundsteuer A und B

Für den in ihrem Gebiet gelegenen Grundbesitz erheben die Gemeinden eine Grundsteuer: Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe und Grundsteuer B für die sonstigen Grundstücke. Das Besteuerungsverfahren ähnelt dem bei der Gewerbesteuer, das heißt, die Steuerschuld ergibt sich jeweils durch Multiplikation des Meßbetrags mit einem von der Kommune festgelegten Hebesatz.

Schulden

Schulden sind alle am Stichtag bestehenden Kreditmarktschulden und Schulden bei öffentlichen Haushalten.

Schuldenaufnahme am Kreditmarkt

Zu diesen zählen alle bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen aufgenommenen Darlehen sowie Inhaberschuldverschreibungen, Restkaufgelder und bei Grundstückserwerb übernommene Hypotheken und Grundschulden.

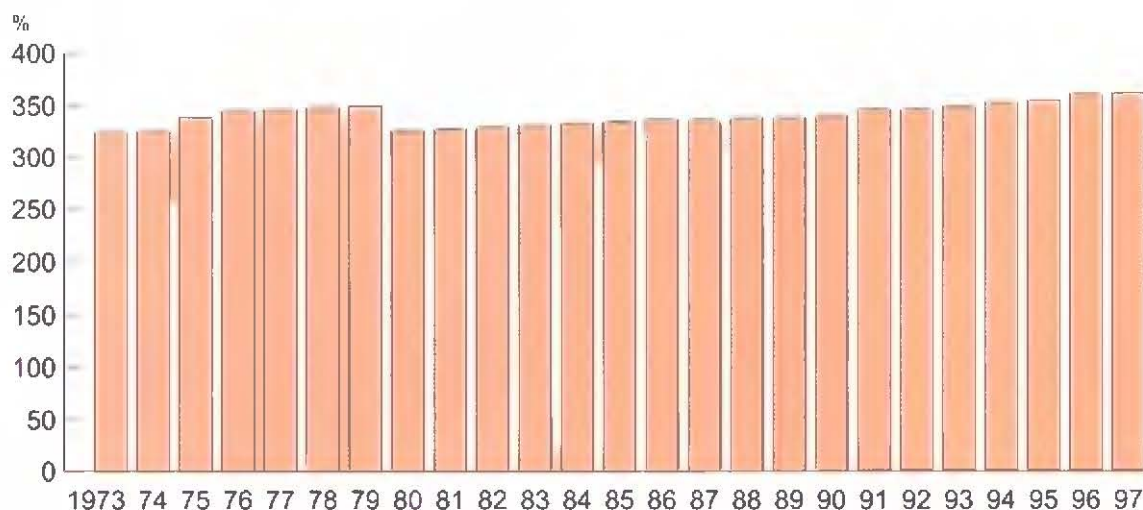
Steueraufkommen

Als Steueraufkommen wird hier die Summe der kommunalen Einnahmen aus der Gewerbesteuer, dem Anteil an der Einkommensteuer sowie den Grundsteuern A und B bezeichnet.

Steuerkraftmeßzahl

Die Steuerkraft einer Gemeinde wird ausgedrückt in der Steuerkraftmeßzahl. Dies ist die Summe aus dem Grundsteuer- und Gewerbesteuernettoaufkommen und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, jeweils im zweitvorangegangenen Jahr. Es wird jedoch nicht das Ist-Aufkommen der Realsteuern zugrunde gelegt, sondern ein auf einen einheitlichen Hebesatz umgerechnetes Aufkommen.

Gewerbsteuerhebesätze in Baden-Württemberg seit 1973*)



*) gewogener Durchschnittsbesatz

Gewerbsteuerhebesatz 1997

Höchste Hebesätze:

1. Stadtkreis Stuttgart	445 %
2. Stadtkreis Mannheim	430 %
3. Stadtkreis Karlsruhe	420 %
4. Stadtkreis Freiburg im Breisgau	400 %
Stadtkreis Heidelberg	400 %

Niedrigste gewogene Hebesätze:

44. Landkreis Tuttlingen	320 %
43. Enzkreis	323 %
42. Rhein-Neckar-Kreis	324 %
41. Alb-Donau-Kreis	327 %
40. Landkreis Rastatt	328 %
Landkreis Ravensburg	328 %
Landkreis Sigmaringen	328 %

Land Baden-Württemberg:	361 %
Bundesrepublik Deutschland:	387 %
Früheres Bundesgebiet:	389 %

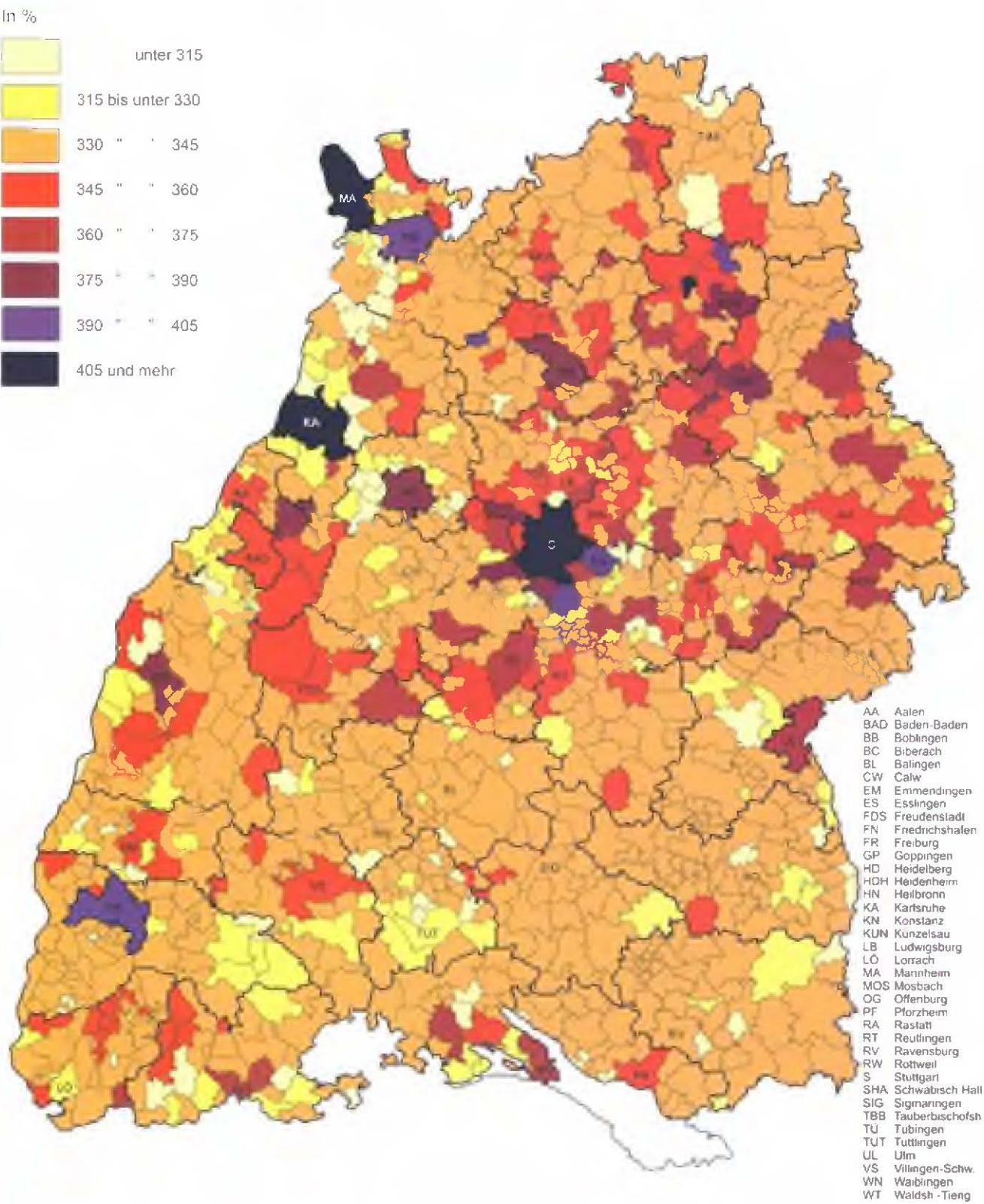
Über die Hälfte der Gemeinden erheben einen Gewerbsteuerhebesatz von 330 %

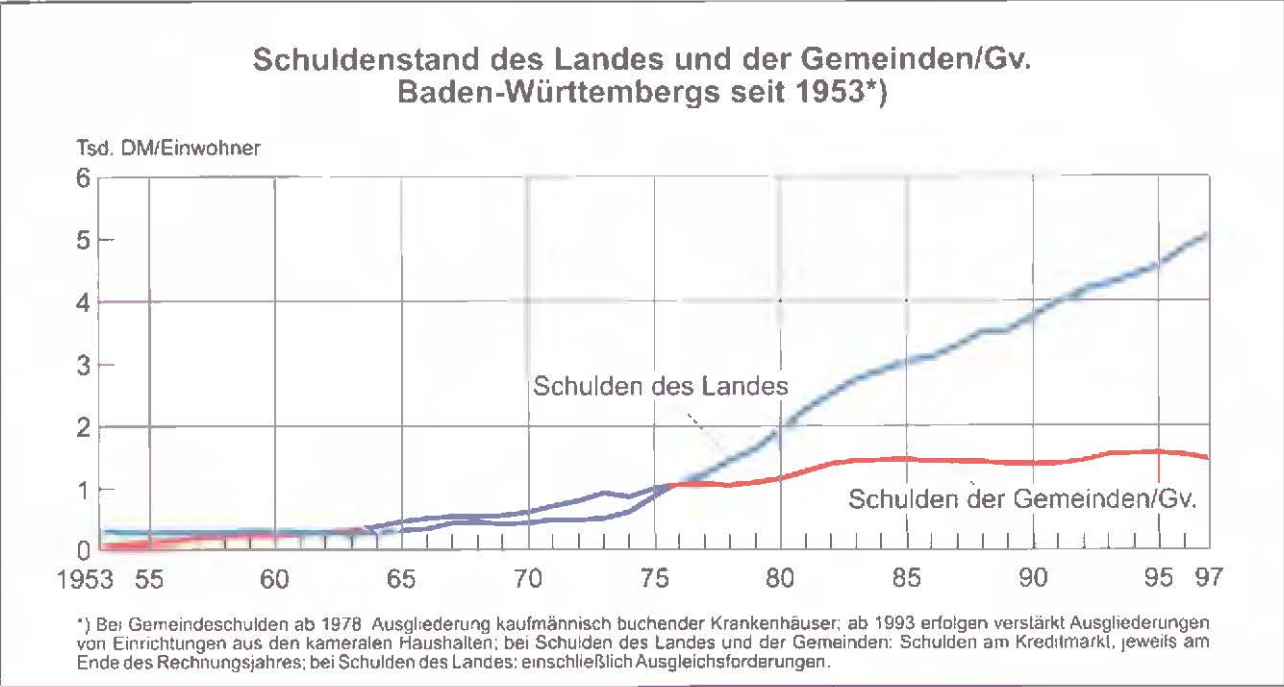
Die Einnahmen der Gemeinden Baden-Württembergs an Gewerbesteuer beliefen sich 1997 – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage, die zu gleichen Teilen an Bund und Land abzuführen ist – auf 5,6 Mrd. DM. Damit ist sie weiterhin mit einem Anteil von über 40 % an den kommunalen Steuereinnahmen zusammen mit dem Anteil an der Einkommensteuer für die Finanzierung der Gemeindehaushalte von zentraler Bedeutung.

Bei der Gewerbesteuer – wie auch bei den Grundsteuern A und B – kommt das kommunale Selbstverwaltungsrecht in besonderem Maße zum Ausdruck. Das Grundgesetz weist diese Steuer nicht nur direkt den Gemeinden zu, es räumt ihnen darüber hinaus auch das Recht ein, selbst Hebesätze festzusetzen. Das bedeutet, daß sich die Steuerschuld der gewerbsteuerpflichtigen Betriebe durch Multiplikation des einheitlichen Gewerbesteuermeßbetrags mit dem in der Haushaltssatzung festgelegten Hebesatz einer Gemeinde ergibt. Der durchschnittliche Hebesatz im Land lag 1997 bei 361 %. Er ist damit gegenüber 1990, als er noch bei 341 % lag, nicht unerheblich gestiegen.

Nebenstehende Karte zeigt, daß die überwiegende Mehrheit der Gemeinden einen Gewerbesteuerhebesatz von 330 % bis unter 345 % erhebt; das ist bei zwei Dritteln der Kommunen der Fall. Überdurchschnittliche Hebesätze haben alle Großstädte des Landes, während die niedrigsten Hebesätze überwiegend von kleineren Gemeinden erhoben werden.

Gewerbesteuerhebesatz in den Gemeinden Baden-Württembergs 1997





Schulden der Gemeinden 1997

Höchste Schulden je Einwohner:

- | | |
|------------------------------------|----------|
| 1. Stadtkreis Freiburg im Breisgau | 3 140 DM |
| 2. Stadtkreis Ulm | 2 935 DM |
| 3. Stadtkreis Mannheim | 2 900 DM |
| 4. Stadtkreis Stuttgart | 2 780 DM |
| 5. Stadtkreis Karlsruhe | 2 198 DM |

Geringste Schulden je Einwohner:

- | | |
|--|--------|
| 44. Landkreis Sigmaringen | 719 DM |
| 43. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald | 749 DM |
| 42. Landkreis Karlsruhe | 758 DM |
| 41. Landkreis Heilbronn | 770 DM |
| 40. Landkreis Biberach | 776 DM |

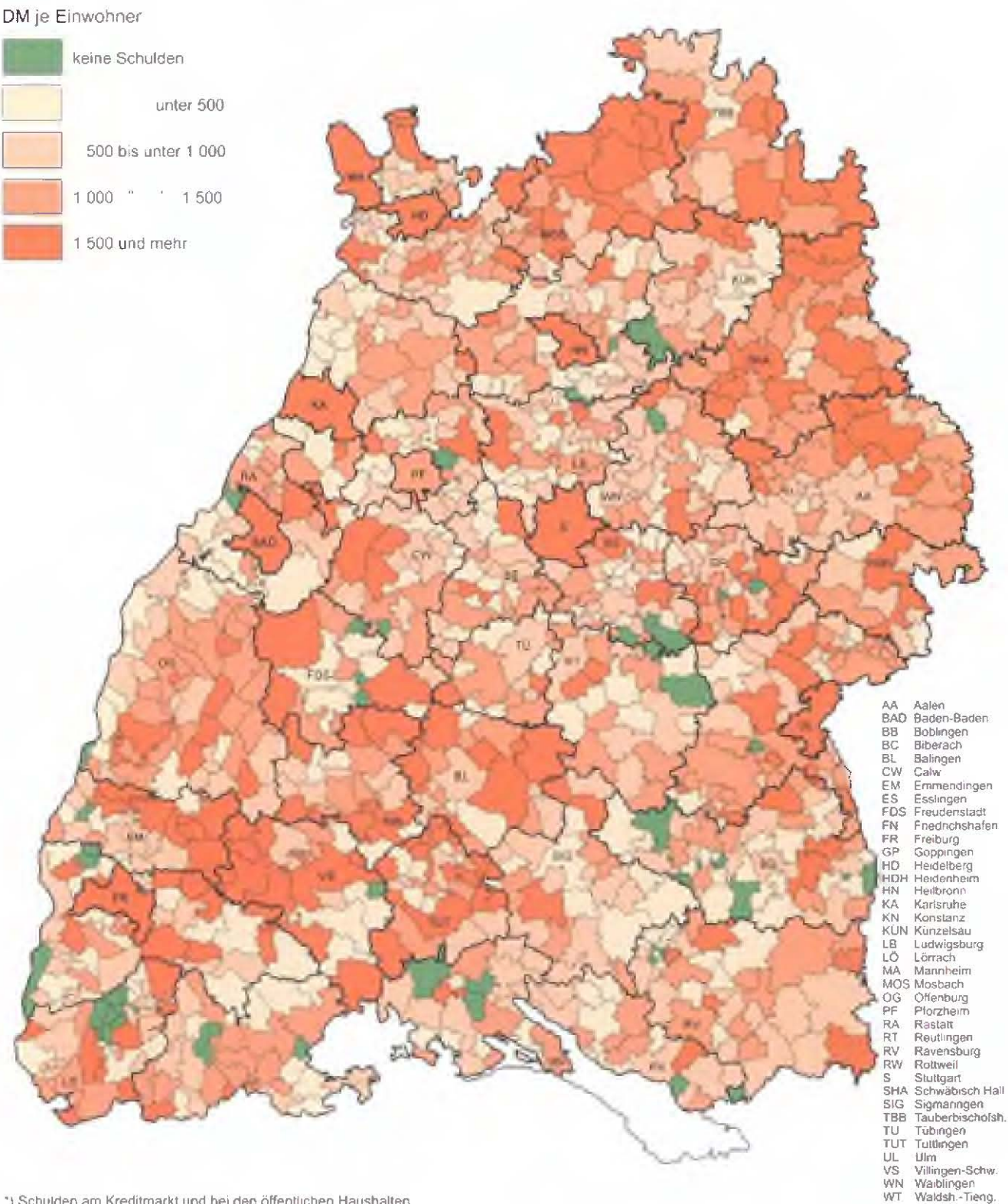
Land Baden-Württemberg:	1 291 DM
Bundesrepublik Deutschland:	2 170 DM (1996)

Ende 1997 waren 31 Gemeinden ohne Schulden

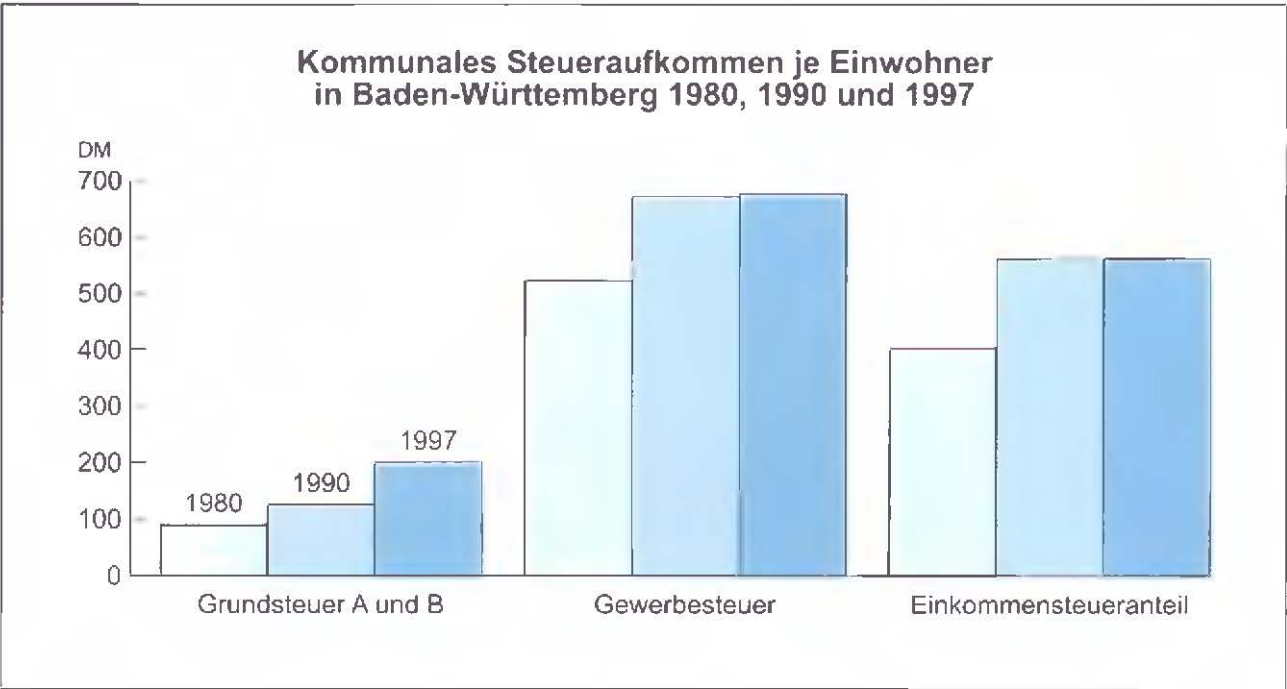
Der *Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände* belief sich Ende des Jahres 1997 auf 16,5 Mrd. DM. Je Einwohner gerechnet, ergibt das 1 586 DM und bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 4 %. Gleichzeitig sind aber die Schulden der wiederum etwas zahlreicher gewordenen kommunalen Eigenbetriebe um fast 25 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Pro Kopf lagen damit die *gesamten Schulden des Kämmereihaushalts und der Eigenbetriebe* bei 2 433 DM.

Die Karte und das Kreis-Ranking zeigen, daß der Schuldenstand regional erheblich schwankt. Vor allem in den Stadtkreisen des Landes liegt die Verschuldung sehr hoch. Dagegen hatten Ende 1997 immerhin 31 der insgesamt 1 111 Gemeinden des Landes weder im Kämmereihaushalt noch bei Eigenbetrieben Schulden. Bei weiteren 14 Gemeinden war zwar der Kämmereihaushalt schuldenfrei, nicht aber die Einrichtungen außerhalb des kameralen Haushalts. Bei der Bewertung der Verschuldung – wie auch der kommunalen Finanzen insgesamt – ist zu beachten, daß eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse nur eingeschränkt möglich ist. Zum einen können aufgrund unterschiedlicher Aufgaben die Schulden der Stadtkreise nicht mit denjenigen der kreisangehörigen Gemeinden verglichen werden; zum anderen haben die Gemeinden eine relativ große Gestaltungsfreiheit bei der Aufgabenerfüllung. Beispielsweise können Aufgaben in Unternehmen "ausgelagert" werden, so daß der Kernhaushalt – wie oben bereits angedeutet – unter Umständen weniger belastet erscheint.

Schulden der Gemeinden Baden-Württembergs 1997*)



*) Schulden am Kreditmarkt und bei den öffentlichen Haushalten



Kommunales Steueraufkommen 1997

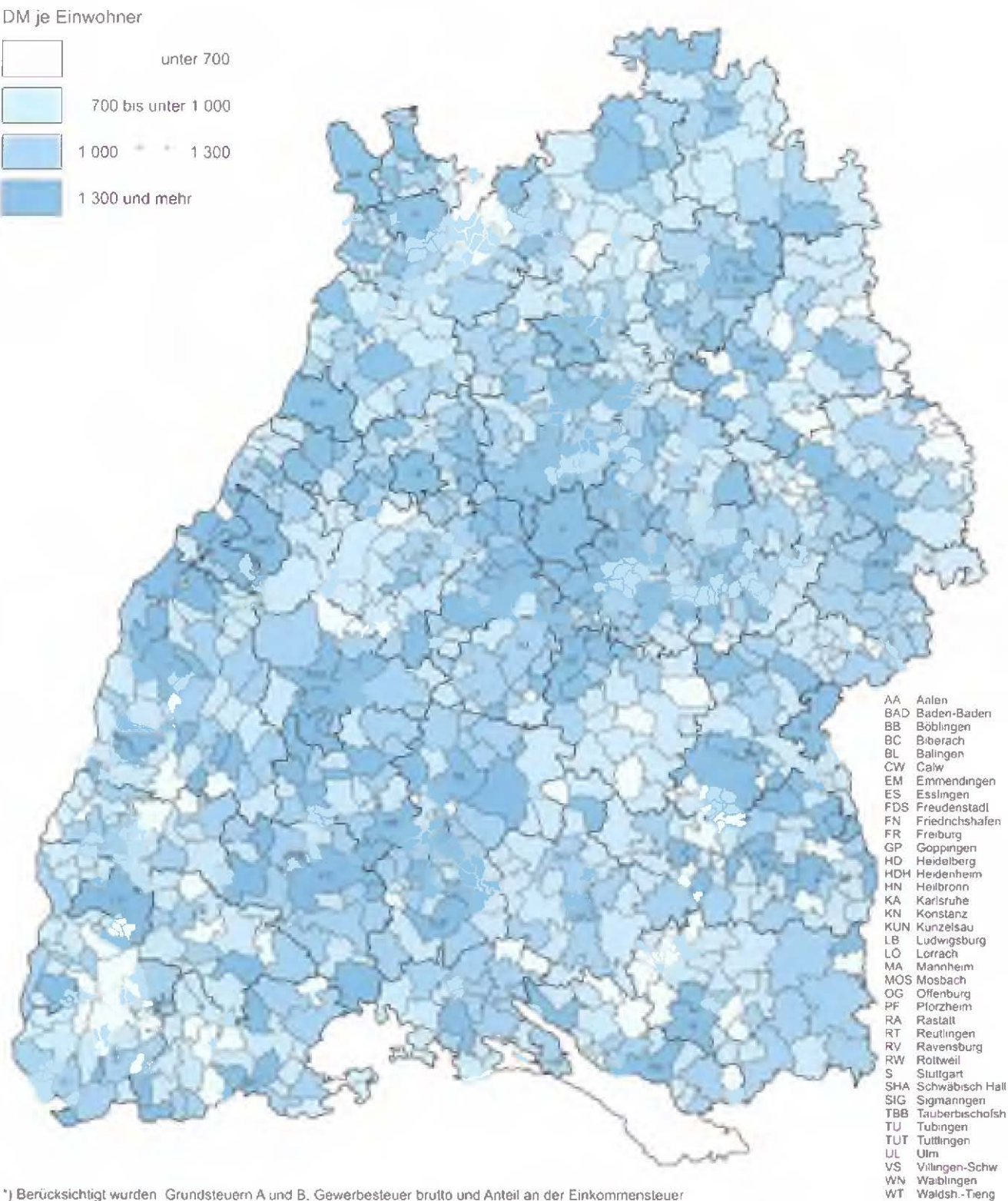
Höchstes Aufkommen je Einwohner:		Geringstes Aufkommen je Einwohner:	
1. Stadtkreis Stuttgart	2 526 DM	44. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	1 007 DM
2. Stadtkreis Heilbronn	2 149 DM	Landkreis Emmendingen	1 007 DM
3. Stadtkreis Karlsruhe	2 041 DM	42. Landkreis Sigmaringen	1 067 DM
4. Stadtkreis Ulm	1 978 DM	41. Neckar-Odenwald-Kreis	1 078 DM
5. Stadtkreis Mannheim	1 850 DM	40. Alb-Donau-Kreis	1 094 DM
Land Baden-Württemberg:	1 500 DM (1996), 1 440 DM (1997)		
Deutschland (alte Bundesländer):	1 418 DM (1996)		

Regionale Unterschiede beim Steueraufkommen sind in erster Linie auf die Gewerbesteuer zurückzuführen

Bis 1969 stand den Gemeinden als Haupteinnahmequelle die Gewerbesteuer zur Verfügung, welche Ende der 60er Jahre im Landesdurchschnitt gut 80 % der Gemeindesteuern erbrachte. Dieses Übergewicht der Gewerbesteuer hatte zu großen Steuerkraftunterschieden zwischen den Kommunen geführt. Um diese zu verringern, wurden die Kommunen mit der Gemeindefinanzreform von 1969 an der Einkommensteuer beteiligt. Die Reform führte dann bereits Ende der 70er Jahre dazu, daß landesweit die Einkommensteuer die Gewerbesteuer (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) als wichtigste Einnahmequelle abgelöst hat.

Die Karte zeigt das Steueraufkommen je Einwohner, das heißt die Summe aus der Gewerbesteuer, dem Anteil an der Einkommensteuer sowie den Grundsteuern A und B. Zuletzt lag das Steueraufkommen landesweit bei 1 440 DM je Einwohner – mit allerdings erheblichen regionalen Unterschieden: Überdurchschnittlich ist das Aufkommen in allen Stadtkreisen, aber auch in den meisten Landkreisen der Region Stuttgart sowie im Landkreis Schwäbisch Hall. In erster Linie wird dieses gute Abschneiden von einem hohen Gewerbesteueraufkommen bestimmt. Dagegen sind die regionalen Unterschiede bei den Grundsteuern und dem Anteil an der Einkommensteuer zwar auch signifikant, aber dennoch deutlich geringer als bei der Gewerbesteuer. Erhebliche Diskrepanzen beim Steueraufkommen je Einwohner zeigen sich auch in Abhängigkeit von der Gemeindegröße: Das Aufkommen nimmt – im Durchschnitt – stetig mit zunehmender Gemeindegröße zu.

Steueraufkommen*)
in den Gemeinden Baden-Württembergs 1997



*) Berücksichtigt wurden Grundsteuern A und B, Gewerbesteuer brutto und Anteil an der Einkommensteuer



**WIR UNTERSTÜTZEN KOMMUNEN,
DIE AUF DIE ZUKUNFT BAUEN.**



Mit der Initiative „Standort: hier“ unterstützt Ihre Sparkasse die Kommune aktiv bei der Planung und Realisierung zukunftsichernder Investitionen. Ob als Finanzpartner und Berater in alternativen Finanzierungsmodellen, ob mit Standortanalysen und Finanzverwaltungsprogrammen oder bei der Erschließung

neuer Wohn- und Gewerbeflächen. Immer ist es das gemeinsame Interesse, die Handlungsspielräume der Kommune bei ihrer Aufgabenerfüllung zu erhalten und auszubauen. Zum Vorteil aller, die hier leben und arbeiten. „Standort: hier“ – Die Initiative der Sparkasse für Menschen und Wirtschaft in der Region.

Kapitel 12

Verkehr

Diesetriebwagen bei Schenkenzell im Schwarzwald, Landkreis Rottweil

Etwa 7 % aller Verkehrsleistungen im motorisierten Personenverkehr (ohne Luftverkehr) entfallen in Baden-Württemberg auf die Bahn. Der Anteil des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs (Straßenbahnen, Stadtbahnen, Busse) ist mit etwa 8 % geringfügig höher. Die Masse von 85 % entfällt auf den motorisierten Individualverkehr (Pkw, Krafträder, Mopeds). Die Gewichte haben sich gegenüber 1960 deutlich verschoben. Damals entfielen auf die Bahn noch 19 %, auf Straßenbahnen, Stadtbahnen und Busse 15 % und auf den Individualverkehr erst 66 %.

Foto: Deutsche Bahn AG



Definitionen

Kraftfahrzeugbestand

Der Bestand an Kraftfahrzeugen mit amtlichen Kennzeichen und seine Veränderungen (Neuzulassungen, Besitzumschreibungen, Löschungen) werden aus dem Zentralen Fahrzeugregister beim Kraftfahrt-Bundesamt ermittelt, das seinerseits auf den Meldungen der Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen basiert. Ergebnisse über Bestand und Zulassung von Straßenkraftfahrzeugen geben unter anderem Hinweise auf die Verdichtung des Straßenverkehrs im Zeitablauf.

Öffentliche Straßen

Die öffentlichen Straßen werden unterschieden nach Straßen des überörtlichen Verkehrs (Bundesautobahnen, Bundes-, Landes- sowie Kreisstraßen) und Gemeindestraßen.

Straßenverkehrsunfälle

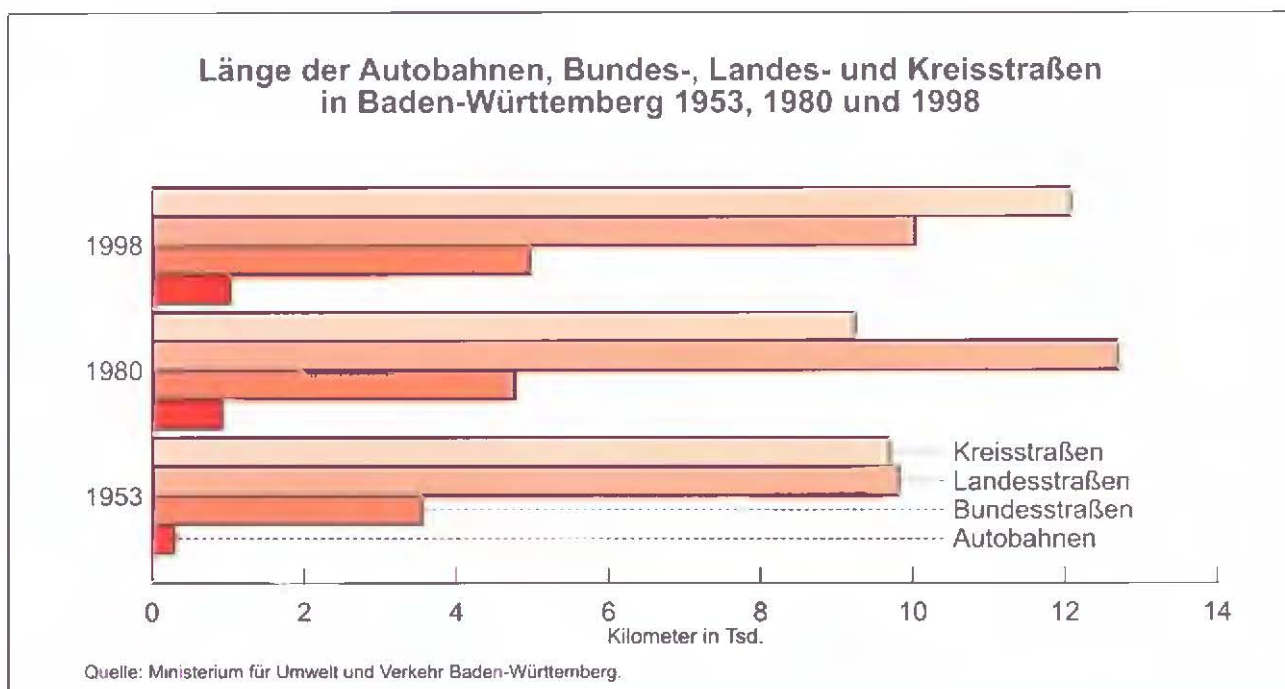
Von der Polizei erfaßte Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind

Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfaßt, die selbst – oder deren Fahrzeuge – Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten.

Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind, und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leichtverletzt.

Wasserstraßen

Die Klasse einer Wasserstraße wird durch die Abmessungen von Motorschiffen, Leichtern und Schubverbänden, und zwar in erster Linie durch ihre Breite, bestimmt. Die Einteilung der europäischen Binnenwasserstraßen erfolgt in sieben Klassen. Eine Wasserstraße der Klasse IV beispielsweise muß für Schiffe mit maximal 85 m Länge, 9,50 m Breite und einer Tonnage von 1 000 bis 1 500 t geeignet sein.



Verkehrsinfrastruktur – eine Übersicht

Das klassifizierte Straßennetz, das heißt alle überörtlichen Bundes- und Landesstraßen sowie Kreisstraßen und Bundesautobahnen, nahm seit 1953 von 23 345 km auf heute 28 101 km zu. Die Kreis- und Landesstraßen veränderten sich in ihrer Gesamtlänge nur relativ wenig und bilden heute ein Netz von zusammen 22 106 km (1953: 19 506 km). Am 1. Januar 1984 wurden 2 937 km Landesstraßen zu Kreisstraßen und 452 km Kreisstraßen zu Landesstraßen umgestuft. So erklärt sich hauptsächlich die in der Grafik sichtbare Abnahme der Landesstraßen zwischen 1980 und 1998.

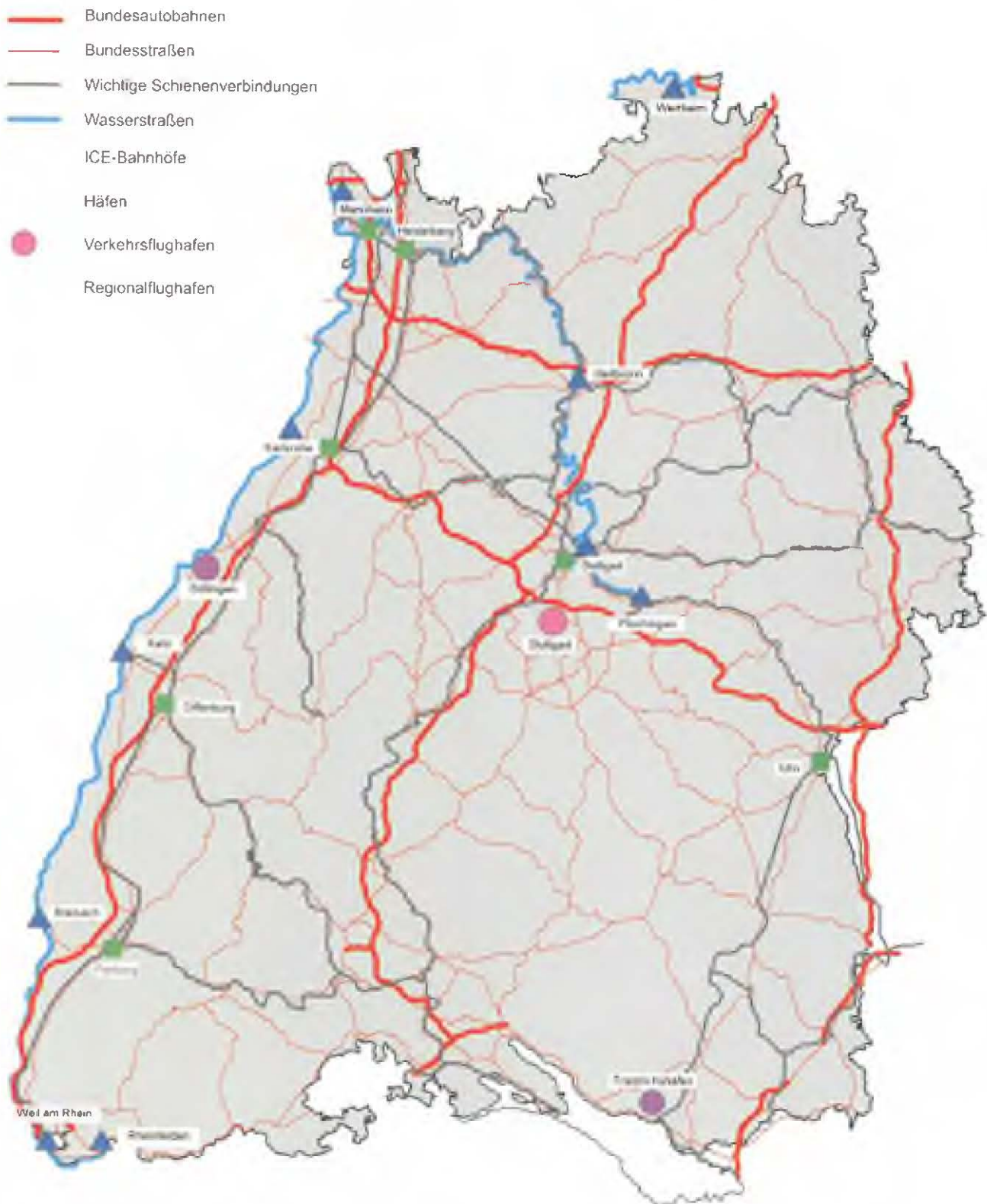
Dagegen wurden die Bundesstraßen verhältnismäßig stärker, und zwar um 1 423 km auf heute 4 972 km ausgebaut. Am deutlichsten zulegen konnten die Autobahnen. Deren Länge wuchs seit 1953 von 290 km auf die heutigen 1 023 km. Neben diesen quantitativen Veränderungen sind aber auch die qualitativen Verbesserungen zu berücksichtigen. So sind heute von den 1 023 km Autobahnen im Land 167 km sechs- und mehrstreifig und von den 4 972 km Bundesstraßen 519 km vier- und mehrstreifig ausgebaut.

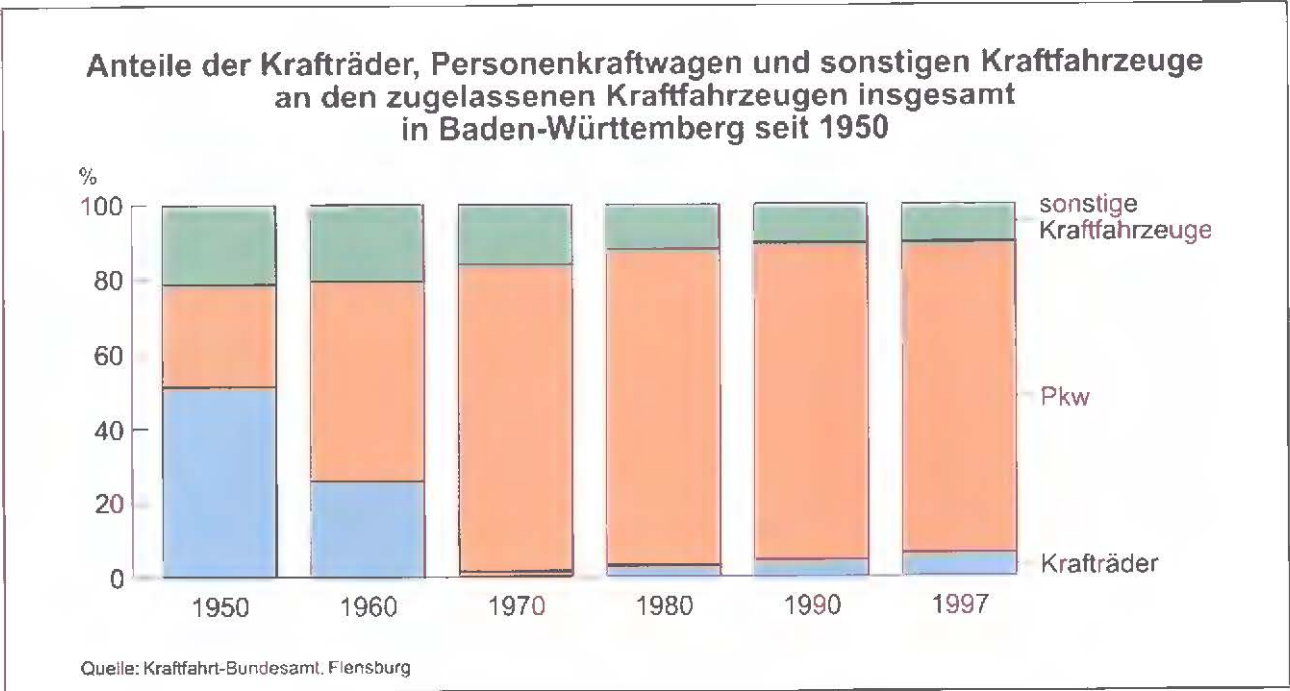
Das Eisenbahnnetz nahm im Zeitraum 1950 bis Ende der achtziger Jahre stetig ab. Seit 1990 aber legte sowohl das Netz der Deutschen Bahn AG als auch das der übrigen Eisenbahngesellschaften wieder zu.

Das Wasserstraßennetz hat sich seit der Vollendung der Neckarkanalisation zwischen Heilbronn und Stuttgart im Jahre 1958 und der weiteren Verlängerung bis Plochingen im Jahre 1968 nicht mehr verändert. Die heutige Länge der Wasserstraßen beträgt 523 km, soweit diese zu den verkehrswirtschaftlich interessanten Klassen IV und darüber gehören. Entlang dieser Wasserstraßen liegen zehn Häfen sowie zahlreiche Lössch- und Ladeplätze.

Zentraler Flughafen des Landes ist Stuttgart. Sein Einzugsgebiet umfaßt den größten Teil von Baden-Württemberg. Die Passagierzahlen werden von heute 6,7 Mill. auf voraussichtlich 8 bis 11 Mill. bis zum Jahr 2010 ansteigen. Für die Wirtschaft und die Bevölkerung Baden-Württembergs sind jedoch auch Regionalflughäfen und Verkehrslandeplätze von Bedeutung. Der Flughafen Friedrichshafen hat sich zwischenzeitlich zum drittgrößten Regionalflughafen Deutschlands entwickelt.

Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg 1997





Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner 1997

Höchste Pkw-Dichte:

1. Hohenlohekreis	605
2. Landkreis Heilbronn	581
3. Stadtkreis Baden-Baden	575
4. Zollernalbkreis	574
5. Landkreis Böblingen	566
Landkreis Rastatt	566
Land Baden-Württemberg:	529
Bundesrepublik Deutschland:	506

Geringste Pkw-Dichte:

44. Stadtkreis Freiburg	417
43. Stadtkreis Heidelberg	429
42. Stadtkreis Pforzheim	460
41. Stadtkreis Mannheim	463
40. Stadtkreis Ulm	478

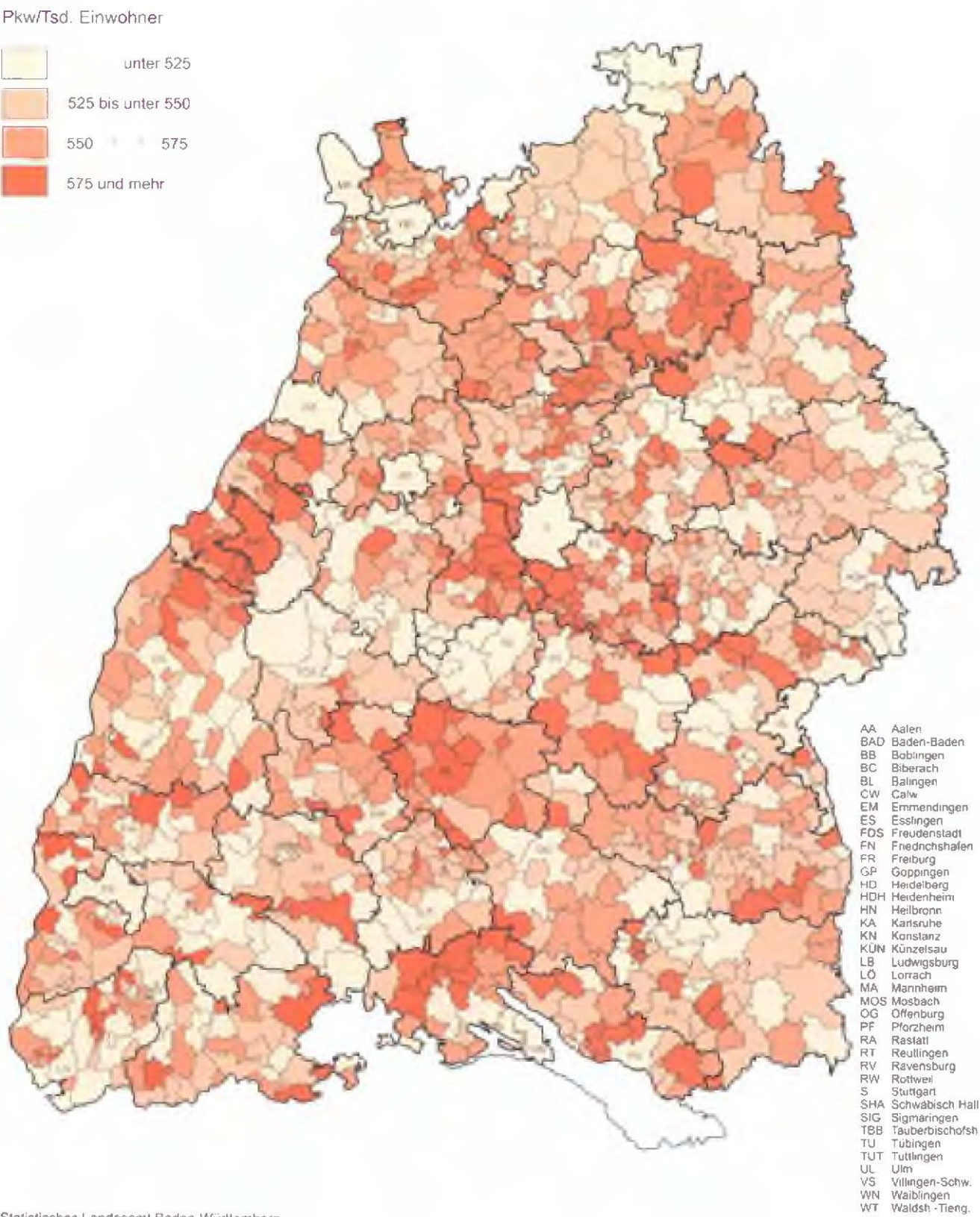
Geringere Motorisierung in den Stadtkreisen

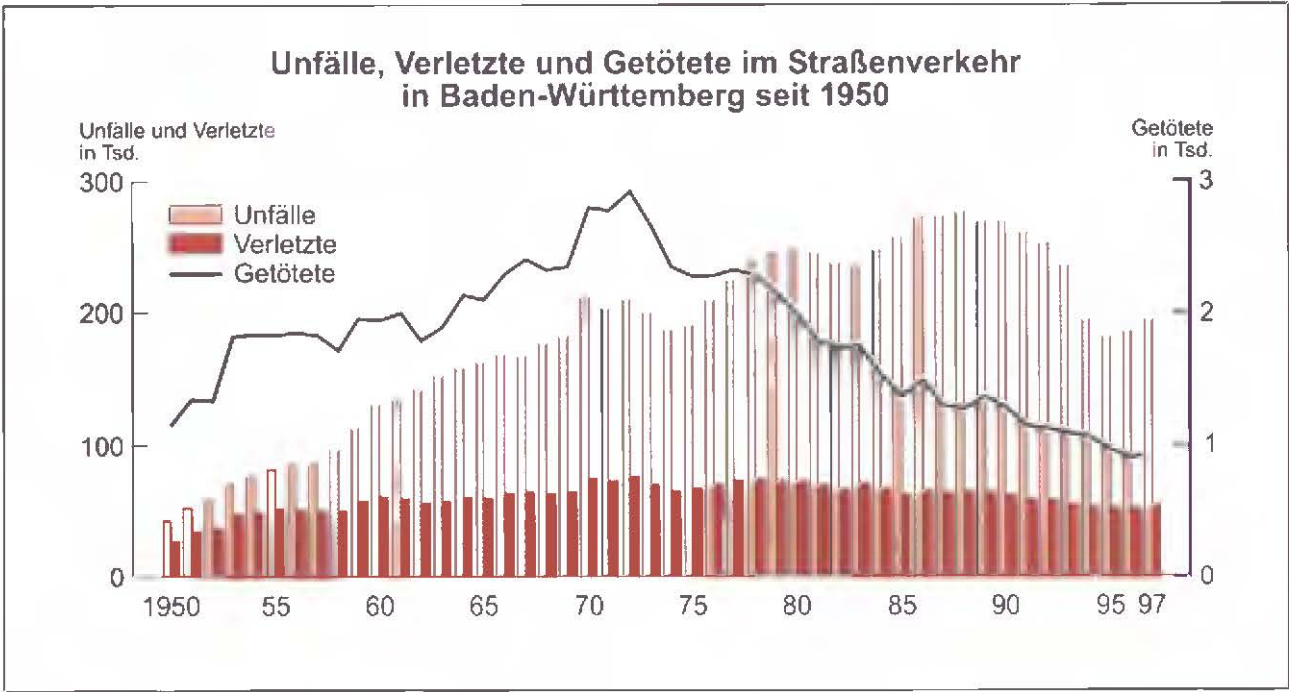
Seit 1950 hat sich der Kfz-Bestand auf mehr als das 20fache erhöht. Im Vergleich dazu stieg die Bevölkerung nur um das 1,6fache. Zum 1. Juli 1997 waren in Baden-Württemberg 6,6 Mill. Kraftfahrzeuge zugelassen. Am stärksten verbreitet waren die Personenkraftwagen (Pkw), auf die allein schon 83,2 % entfielen.

Bei der Pkw-Dichte reicht die Spannweite von 417 Pkw pro 1 000 Einwohner im Stadtkreis Freiburg bis zu 605 Pkw pro 1 000 Einwohner im Hohenlohekreis. Alle Stadtkreise mit Ausnahme von Baden-Baden (Rang 3) und Heilbronn (Rang 15) weisen niedrige Werte auf. Wagt man den statistischen Vergleich mit dem Ausland, herrschen damit im Hohenlohekreis "amerikanische Verhältnisse", während in Freiburg "nur" die Motorisierung von Portugal erreicht wird.

Für die geringe Pkw-Dichte der Stadtkreise sind eine ganze Reihe von Gründen verantwortlich. Hierzu zählen beispielsweise das konzentrierte Angebot an Infrastruktureinrichtungen in großen Städten, aber auch das deutlich bessere Angebot des öffentlichen Verkehrs. Häufig sind in einer Großstadt alle lebensnotwendigen Versorgungseinrichtungen zu Fuß oder mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar, auf dem Land dagegen meist nur mit dem eigenen Pkw. Aber auch die Bevölkerungsstruktur hat auf den Motorisierungsgrad einen Einfluß. Senioren, Frauen, Studenten oder Ausländer sind in der Regel schlechter motorisiert als die übrige Bevölkerung – und diese Bevölkerungsgruppen sind in großen Städten eher zu Hause als im ländlichen Raum.

Pkw-Dichte in den Gemeinden Baden-Württembergs 1997





Im Straßenverkehr Getötete und Schwerverletzte im Zeitraum 1995 bis 1997

Die meisten Getöteten:

1. Ortenaukreis	124
2. Rhein-Neckar-Kreis	122
3. Landkreis Heilbronn	119

Land Baden-Württemberg:	2 796
Bundesrepublik Deutschland:	26 761

Die wenigsten Getöteten:

44. Stadtkreis Heilbronn	16
43. Stadtkreis Baden-Baden	17
Stadtkreis Pforzheim	17

Die meisten Schwerverletzten:

1. Ortenaukreis	1 876
2. Rhein-Neckar-Kreis	1 421
3. Landkreis Karlsruhe	1 397

Land Baden-Württemberg:	36 775
Bundesrepublik Deutschland:	354 843

Die wenigsten Schwerverletzten:

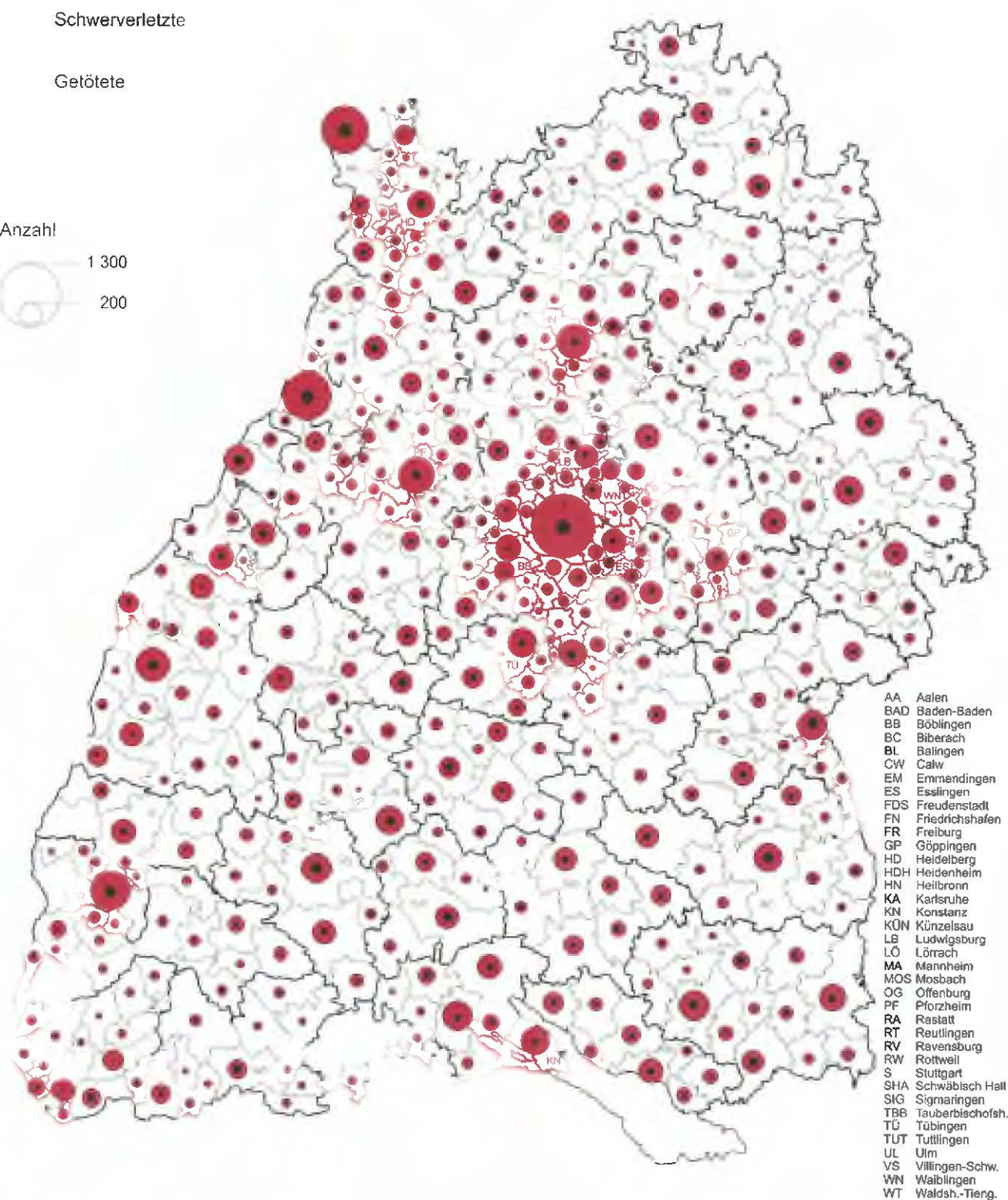
44. Stadtkreis Baden-Baden	198
43. Stadtkreis Heidelberg	245
42. Stadtkreis Ulm	294

Unfallbilanz 1997: Mehr Getötete und Verletzte

Die Unfallbilanz 1997 fiel deutlich schlechter aus als noch 1996. Mit 938 Getöteten kamen 1997 auf den Straßen des Landes 40 Personen mehr ums Leben als 1996 (+ 4,5 %). Auch die Verunglücktenzahl nahm um 2 107 Personen auf 54 528 zu (+ 4,0 %), darunter die Schwerverletzten um 579 Personen auf 12 413 (+ 4,9 %). Damit wurde die schon seit 1989 anhaltende abnehmende Tendenz bei den Verunglückten erstmals unterbrochen.

Einen Anhaltspunkt, wo sich Unfälle ereignen, liefert die Unterscheidung nach Ortslagen. Fast 72 % der Unfälle insgesamt ereignen sich auf Innerortsstraßen. 54 % der Verletzten sind hier zu beklagen, 46 % auf Außerortsstraßen. Betrachtet man jedoch die Zahl der Getöteten, so lag der Schwerpunkt mit knapp 80 % eindeutig auf den außerörtlichen Straßen. Somit passieren auf den Außerortsstraßen zwar weniger Unfälle, diese sind aber in ihren Folgen weitaus gravierender als die Unfälle innerhalb von geschlossenen Ortschaften.

Bei Straßenverkehrsunfällen Schwerverletzte und Getötete
in den Verwaltungsgemeinschaften und Einheitsgemeinden
Baden-Württembergs 1995 bis 1997



Nur mit Weitsicht kann man bei 320 km/h
sein Ziel im Auge behalten.



Michael Schumacher fährt mit dem Anspruch, die Qualität seiner Arbeit ständig zu verbessern. Diese Haltung ist es, die uns mit ihm verbindet. DEKRA steht nicht mehr nur für das Überprüfen und Begutachten von technischer Sicherheit. DEKRA ist heute auch der kompetente Partner, der mit umfassendem Know-how Unternehmen berät und Unternehmensprozesse optimal gestaltet. Die Erfahrungen aus unserer Arbeit machen aus DEKRA Mitarbeitern die Experten, die unseren Kunden komplette Lösungen und Konzepte in den Bereichen Technik, Mensch und Umwelt bieten. DEKRA stellt sich den Anforderungen von morgen, damit unsere Kunden auch in Zukunft Qualitätsmaßstäbe setzen können. Mehr unter www.dekra.de



Kapitel 13

Bildung und Kultur

Freilichtaufführung der Burgfestspiele Jagsthausen, Landkreis Heilbronn

In der kleinen Gemeinde an der Jagst „brüllt und stirbt“ während des Sommers fast jeden zweiten Abend der „Götz von Berlichingen“. Die hier in langer Tradition stehenden Freilichtfestspiele sind ein gutes Beispiel für alle in Baden-Württemberg veranstalteten Sommertheater im Freien, die auf eine außerordentlich gute Zuschauerresonanz stoßen.

Foto: Tourismus-Verband Baden-Württemberg e.V.



Definitionen

Bildungswesen

Berufliche Gymnasien

Werden in der Regel in der dreijährigen Aufbauform geführt, daneben existieren auch Schulen in sechsjähriger Aufbauform. Berufliche Gymnasien gibt es in wirtschaftswissenschaftlicher, technischer, ernährungswissenschaftlicher, agrarwissenschaftlicher und sozialpädagogischer Richtung.

Berufsfachschule

Vermittelt je nach Dauer eine berufliche Grundbildung (einjährige Berufsfachschule), eine berufliche Vorbereitung oder einen Berufsabschluß und fördert die allgemeine Bildung. Bestimmte zweijährige Vollzeitschulen führen zur Fachhochschulreife.

Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife

Baut auf der Fachschulreife, dem Realschulabschluß oder einem gleichwertigen Bildungsstand auf und wird in der Regel als Vollzeitschule geführt. Nach ein bis drei Jahren vermittelt es eine berufliche Qualifikation, wobei durch Zusatzunterricht oder in einem besonderen Bildungsgang die Fachhochschulreife erworben werden kann.

Berufsoberschule

Baut auf einer praktischen Berufserfahrung auf und vermittelt vor allem eine weitergehende allgemeine Bildung. Sie gliedert sich in Mittelstufe (Berufsaufbauschule) und Oberstufe (Technische Oberschule, Wirtschaftsoberschule). Die Berufsaufbauschule umfaßt ein Jahr und führt zur Fachhochschulreife. Die Oberstufe führt in zwei Jahren zur fachgebundenen Hochschulreife.

Berufsschule

Vermittelt die für den Beruf erforderlichen fachtheoretischen Kenntnisse und vertieft die allgemeine Bildung. Sie führt über eine Grundbildung und eine darauf aufbauende Fachbildung gemeinsam mit Berufsausbildung oder Berufsausübung zu berufsqualifizierendem oder berufsbefähigendem Abschluß. Der Unterricht wird in Teilzeitform (teils auch als Blockunterricht) erteilt. Die Berufsschule wird in den Typen der gewerblichen, kaufmännischen, hauswirtschaftlich-pflegerisch-sozialpädagogischen oder landwirtschaftlichen Berufsschule geführt. Fachklassen werden in der Regel in der Grundstufe für Berufsfelder und in den Fachstufen für Berufsgruppen oder für einzelne oder eng verwandte Berufe gebildet. Die Berufsschule soll für Jugendliche, die zu Beginn der Berufsschulpflicht kein Ausbildungsverhältnis nachweisen können, als einjährige Vollzeitschule (Berufsvorbereitungsjahr) geführt werden. Die Grundstufe der Berufsschule kann auch als Berufsgrundbildungsjahr gestaltet sein. Für den Ausbildungsberuf des Landwirts wurde das erste Ausbildungsjahr als Vollzeit-Berufsschule eingerichtet.

Fachhochschule

Sie bereiten in einem in der Regel aus sechs Studiensemestern und zwei Praxissemestern bestehenden Studium auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern. Zugangsvoraussetzung ist in der Regel die Fachhochschulreife.

Fachschule

Hat die Aufgabe, nach abgeschlossener Berufsausbildung und praktischer Bewährung oder nach einer geeigneten beruflichen Tätigkeit von mindestens fünf Jahren eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf zu vermitteln (zum Beispiel Fachschule für Technik, Meisterschule, Landwirtschaftsschule). Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung dauern bei Vollzeitunterricht meist ein Jahr. Fachschulen für Technik sind in der Regel zweijährige Vollzeitschulen. Lehrgänge bei Abend- oder Wochenendunterricht sind entsprechend länger.

Gymnasium

Vermittelt eine breite und vertiefte Allgemeinbildung, die zur Studienfähigkeit führt. In der Normalform baut das Gymnasium auf der Grundschule auf und umfaßt neun Schuljahre. Nicht voll ausgebaute Gymnasien führen die Bezeichnung Progymnasium. Eine Kurzform des Gymnasiums stellt das Aufbaugymnasium dar, das die Klassenstufe 8-13 oder 11-13 umfaßt.

Hauptschule

Diese Schulart vermittelt eine grundlegende allgemeine Bildung und fördert in besonderem Maße praktische Begabungen, Neigungen und Leistungen. Sie schafft die Grundlage für eine Berufsausbildung und für weiterführende Bildungsgänge. Sie baut auf der Grundschule auf und umfaßt fünf Pflichtschuljahre und schließt mit dem Hauptschulabschluß ab. An zentralen Hauptschulen wird ein sechstes Schuljahr angeboten, das eine erweiterte allgemeine Bildung vermittelt und mit einem Abschlußverfahren (Realschulabschluß) endet. Zur Vorbereitung auf dieses freiwillige 10. Hauptschuljahr wird in den Klassenstufen 8 und 9 Zusatzunterricht in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch angeboten.

Kunsthochschulen

Dienen der Kunst auf den Gebieten der Musik, der darstellenden Kunst und der bildenden Kunst durch Lehre, durch die Entwicklung künstlerischer Formen und Ausdrucksmittel und durch freie Kunstausbildung. Im Rahmen ihrer Aufgabe bereiten sie insbesondere auf künstlerische Berufe sowie auf diejenigen kunstpädagogischen Berufe vor, deren Ausübung besondere künstlerische Fähigkeiten erfordert.

Pädagogische Hochschulen

Wissenschaftliche Hochschulen, die in erster Linie zum Lehrer an einer Grund-, Haupt-, Real- oder Sonderschule ausbilden. Ihr Besuch ist nur mit der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife möglich.

Realschule

Baut auf der Grundschule auf und umfaßt sechs Schuljahre. Sie vermittelt eine erweiterte allgemeine Bildung als Grundlage einer Berufsausbildung oder weiterführender, insbesondere berufsbezogener schulischer Bildungsgänge und schließt mit einem Abschlußverfahren (Realschulabschluß) ab.

Schulen für Berufe des Gesundheitswesens

Vermitteln eine Ausbildung für nichtakademische Gesundheitsberufe (Kranken- und Kinderkrankenschwestern, Hebammen, medizinisch-technische Assistenten u.a.m.).

Studierende

In einem Fachstudium immatrikulierte (eingeschriebene) Studierende (ohne Beurlaubte, Studienkollegiaten, Gast- und Nebenhörer)

Theologische Hochschulen

Kirchliche oder staatliche Hochschulen ohne die theologischen Fakultäten oder Fachbereiche der Universitäten

Universitäten

Wissenschaftliche Hochschulen, die Forschung und Lehre im Dienst der Wissenschaft vereinigen. Sie bereiten zugleich auf Berufe vor, für die ein wissenschaftliches Studium vorgeschrieben oder nützlich ist. Ihr Besuch setzt die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife voraus.

Theaterstatistik

Diese Statistik wird vom Deutschen Bühnenverein (Bundesverband Deutscher Theater), St.-Apern-Straße 17-21, 50667 Köln, seit 1967 jährlich herausgegeben. Quelle ist eine Umfrage des Deutschen Städtetags für das Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden.

Festspiele

Selbständige Festspielunternehmen, die überwiegend im Sommer spielen. Sofern öffentliche Theater Festwochen und dergleichen veranstalten, sind diese bei den öffentlichen Theatern nachgewiesen.

Kulturorchester

Selbständige Kulturorchester mit eigenem Etat, bei denen der Rechtsträger entweder das Land, der Landkreis oder die Stadt ist, oder die, wenn sie in privater Rechtsform betrieben werden, überwiegend von diesen Körperschaften finanziert werden. Sie versehen meist in den Theatern, die über kein eigenes Theaterorchester verfügen, den Theaterdienst.

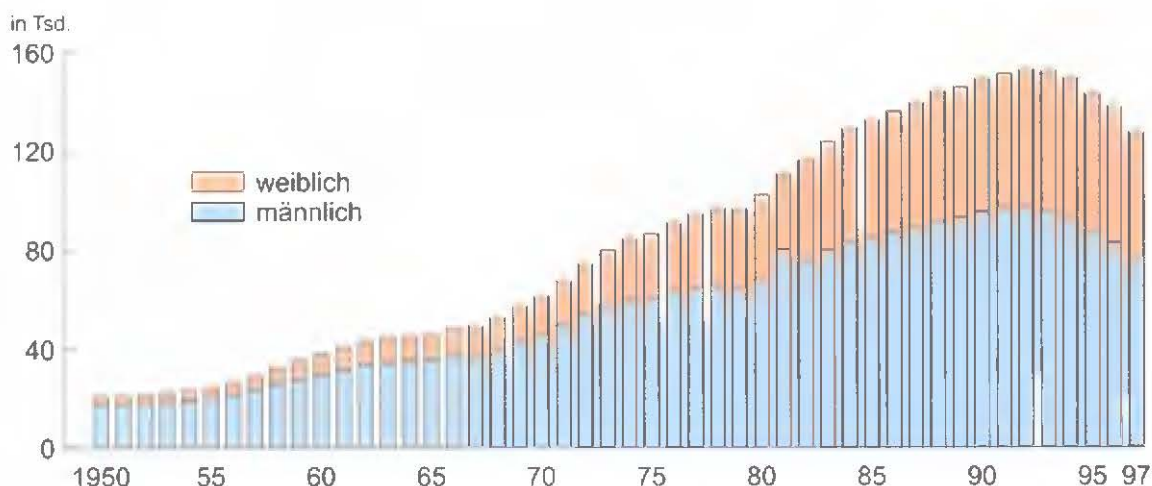
Privattheater

Theater mit eigener Spielstätte sowie Berufsschauspielern, deren rechtliche und wirtschaftliche Träger Privatpersonen oder juristische Personen sind, deren Gesellschafter oder Mitglieder ausschließlich Privatpersonen sind.

Theaterunternehmen

Stehende, in der angegebenen Zeit spielende Theater und Landesbühnen (Wanderbühnen) mit eigenem Ensemble, jedoch nicht Tourneetheater und Laienbühnen (Märchenbühnen, Heimatbühnen) sowie Varietés und Kabaretts. Öffentliche Theaterunternehmen sind solche, deren rechtliche und wirtschaftliche Träger Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände sind, gleich ob sie in eigener Regie oder in privater Rechtsform betrieben werden. Die Landesbühnen erscheinen bei der Gemeinde, in der sich das Stammhaus bzw. die Hauptniederlassung befindet.

Studierende an den Universitäten Baden-Württembergs seit 1950 nach Geschlecht*)



*) ab 1981 einschließlich Theologische Hochschule

Hochschulstandorte 1997/98¹⁾ nach Anzahl der Studierenden

Die meisten Studierenden:

1. Heidelberg	29 917
2. Freiburg	26 419
3. Stuttgart	25 726
4. Karlsruhe	24 627
5. Tübingen	21 432
Land Baden-Württemberg:	217 287
Bundesrepublik Deutschland:	1 832 758

Die wenigsten Studierenden:

34. Bierbronn	33
33. Riedlingen	104
32. Schwetzingen	192
31. Isny	288
30. Rottenburg	356

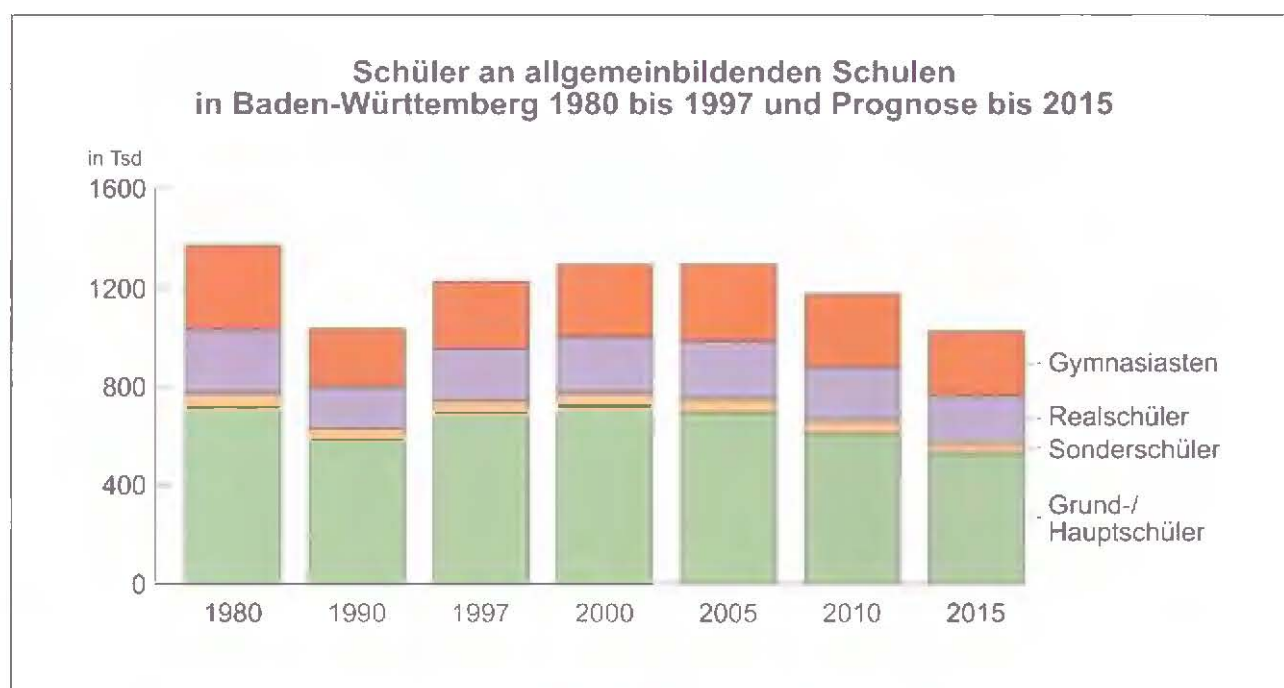
1) einschließlich Berufsakademien

Baden-Württemberg – das hochschulreichste Land Deutschlands

Baden-Württemberg ist das hochschulreichste Land der Bundesrepublik Deutschland. Trotz bestehender Zulassungsbeschränkungen für einzelne Studiengänge studierten im Wintersemester 1997/98 etwa 207 000 Studenten an neun Universitäten und einer Privaten Wissenschaftlichen Hochschule, einer Theologischen Hochschule, sechs Pädagogischen Hochschulen, acht Kunsthochschulen, 32 Fachhochschulen sowie sieben Verwaltungsfachhochschulen. Hinzu kamen annähernd 11 000 Studierende an acht Berufsakademien.

Dieses Hochschulprofil hat sich erst in den letzten Jahrzehnten herausgebildet. 1950 verteilten sich noch kaum mehr als 20 000 Studenten auf sieben wissenschaftliche Hochschulen. Der Ausbau der Hochschullandschaft in Baden-Württemberg ist hauptsächlich auf die großen Bildungsreformen seit Mitte der 60er Jahre zurückzuführen. Die Zahl der Studierenden erreichte mit fast 232 000 im Wintersemester 1994/95 ihren vorläufigen Höhepunkt und ist seither kontinuierlich abnehmend. Die Ursachen hierfür dürften zum einen in den sinkenden Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge liegen, aus denen sich die heutige Studentenschaft überwiegend rekrutiert; zum anderen hat die gesamtwirtschaftlich schwierige Lage die Studierneigung eines Teils der Studienberechtigten sicherlich gedämpft oder verhindert.

An den baden-württembergischen *Universitäten* waren im Wintersemester 1997/98 gut 127 000 Studenten immatrikuliert. Damit ist die stetige Aufwärtsbewegung, die in diesem Bereich nach dem Zweiten Weltkrieg zu verzeichnen war, bis zum historischen Höchststand im Wintersemester 1992/93 mit fast 153 000 Studierenden offenbar endgültig zum Stillstand gekommen.



Übergänge von Grundschulen auf Gymnasien 1997/98

Höchste Übergangsquoten:

1. Stadtkreis Heidelberg	51,9 %
2. Stadtkreis Freiburg	46,7 %
3. Stadtkreis Baden-Baden	45,4 %
4. Landkreis Tübingen	44,7 %
5. Stadtkreis Stuttgart	43,8 %

Geringste Übergangsquoten:

44. Landkreis Waldshut	21,8 %
43. Landkreis Schwäbisch Hall	24,8 %
42. Neckar-Odenwald-Kreis	25,5 %
41. Ortenaukreis	25,9 %
40. Hohenlohekreis	27,1 %

Land Baden-Württemberg: 32,6 %

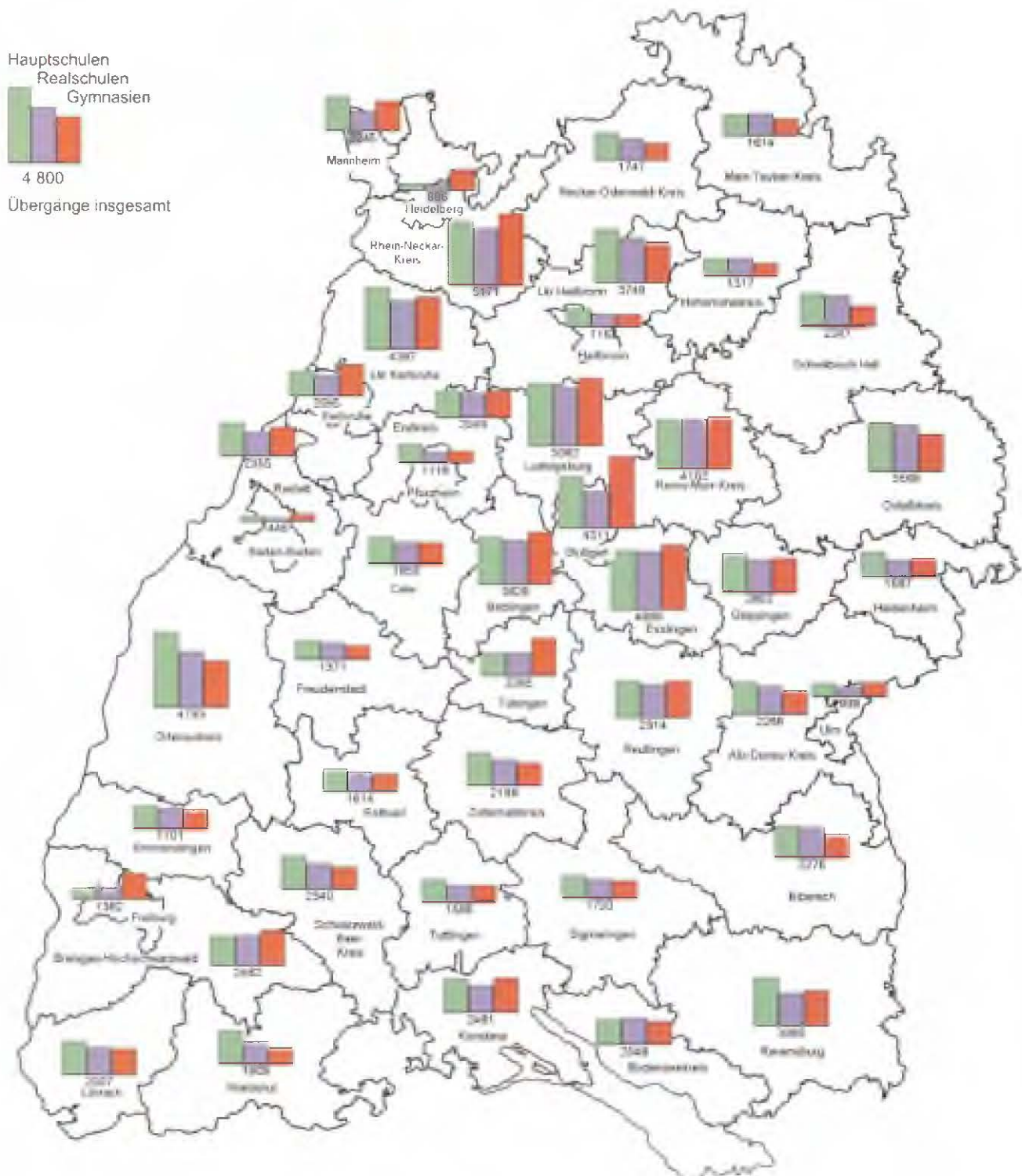
Bundesrepublik Deutschland: kein Vergleichswert vorhanden

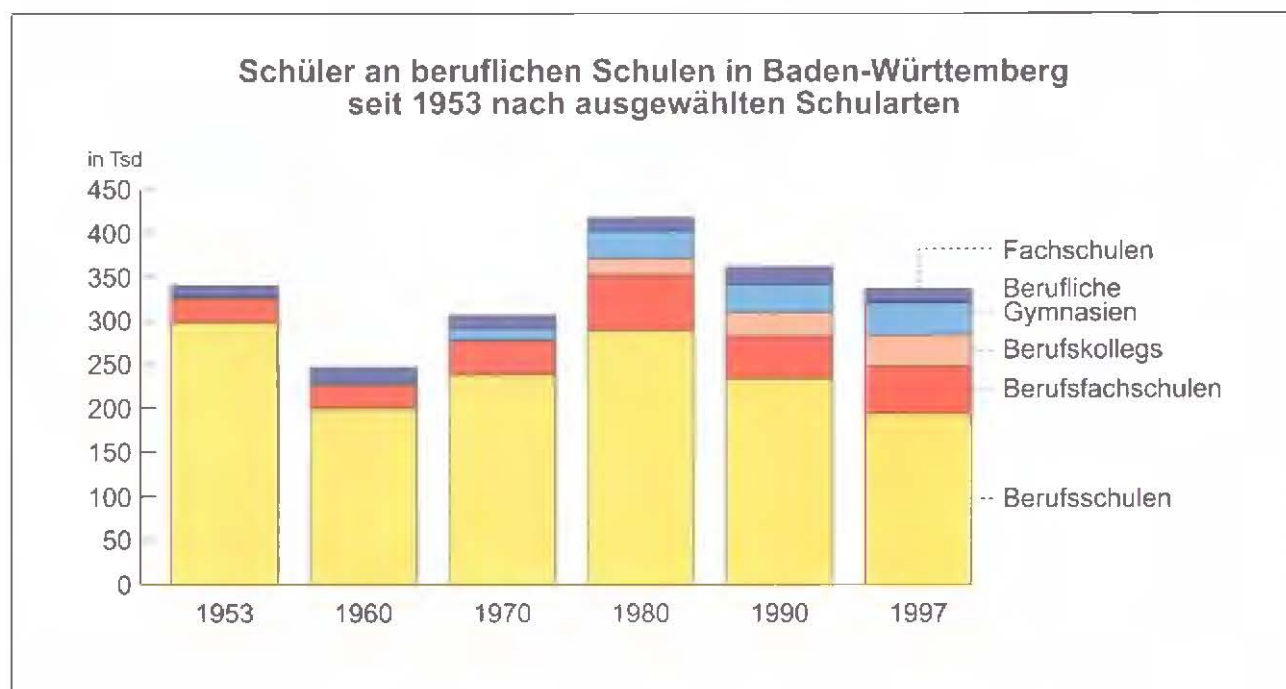
Übergangsquoten als wichtiger Indikator für die Schulbedarfsplanung

Im Rahmen der amtlichen Schulstatistik erhebt das Statistische Landesamt seit 1981 jährlich die Übergänge auf weiterführende Schulen. Die Ergebnisse dieser Erhebung, vor allem die Verteilung der Überwechsler auf die drei weiterführenden Schularten Hauptschule, Realschule und Gymnasium, finden meist ein erhebliches Interesse in der Öffentlichkeit, da sie zusammen mit der Stärke der Altersjahrgänge eine wichtige Grundlage für die Schulplanung darstellen. Zur Konkretisierung sei hier angeführt, daß beispielsweise eine Erhöhung oder Verminderung des Gymnasialanteils unter den Fünftklässlern mittel- bis längerfristig wegen der längeren Verweildauer am Gymnasium auch eine entsprechende Erhöhung oder Verminderung der Gesamtschülerzahl mit Konsequenzen für den Lehrer- und Schulraumbedarf bewirken wird.

Bemerkenswert sind die regionalen Unterschiede beim Übergangsverhalten. Zwischen der Übergangsquote auf Hauptschulen im Schuljahr 1997/98 im Stadtkreis Pforzheim (45,8 %) und im Stadtkreis Heidelberg (16,8 %) klaffen fast 30 Prozentpunkte. Auch bei der Gymnasialübergangsquote sind ähnlich starke Unterschiede zu erkennen. Die Übergangsquote auf Realschulen ist etwas ausgeglichener, doch beträgt die Spannweite zwischen dem höchsten Wert (Main-Tauber-Kreis) und dem niedrigsten (Stadtkreis Heidelberg) auch hier mehr als 20 Prozentpunkte. Im allgemeinen ist in den Stadtkreisen der Wechsel auf das Gymnasium stärker verbreitet als in den umliegenden Landkreisen, doch bestehen auch innerhalb der Stadtkreise erhebliche Unterschiede, die eine eindeutige Charakterisierung des divergierenden Übergangsverhaltens als "Stadt-Land-Gefälle" nicht erlauben.

Übergänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1997/98





Schüler an beruflichen Schulen 1997 (Oktober)

Die meisten Schüler:

1. Stadtkreis Stuttgart	35 693
2. Stadtkreis Karlsruhe	18 022
3. Stadtkreis Freiburg	14 913
4. Stadtkreis Mannheim	14 657
5. Ortenaukreis	14 218

Die wenigsten Schüler:

44. Enzkreis	1 244
43. Stadtkreis Baden-Baden	1 724
42. Landkreis Heilbronn	2 159
41. Alb-Donau-Kreis	2 664
40. Landkreis Emmendingen	2 833

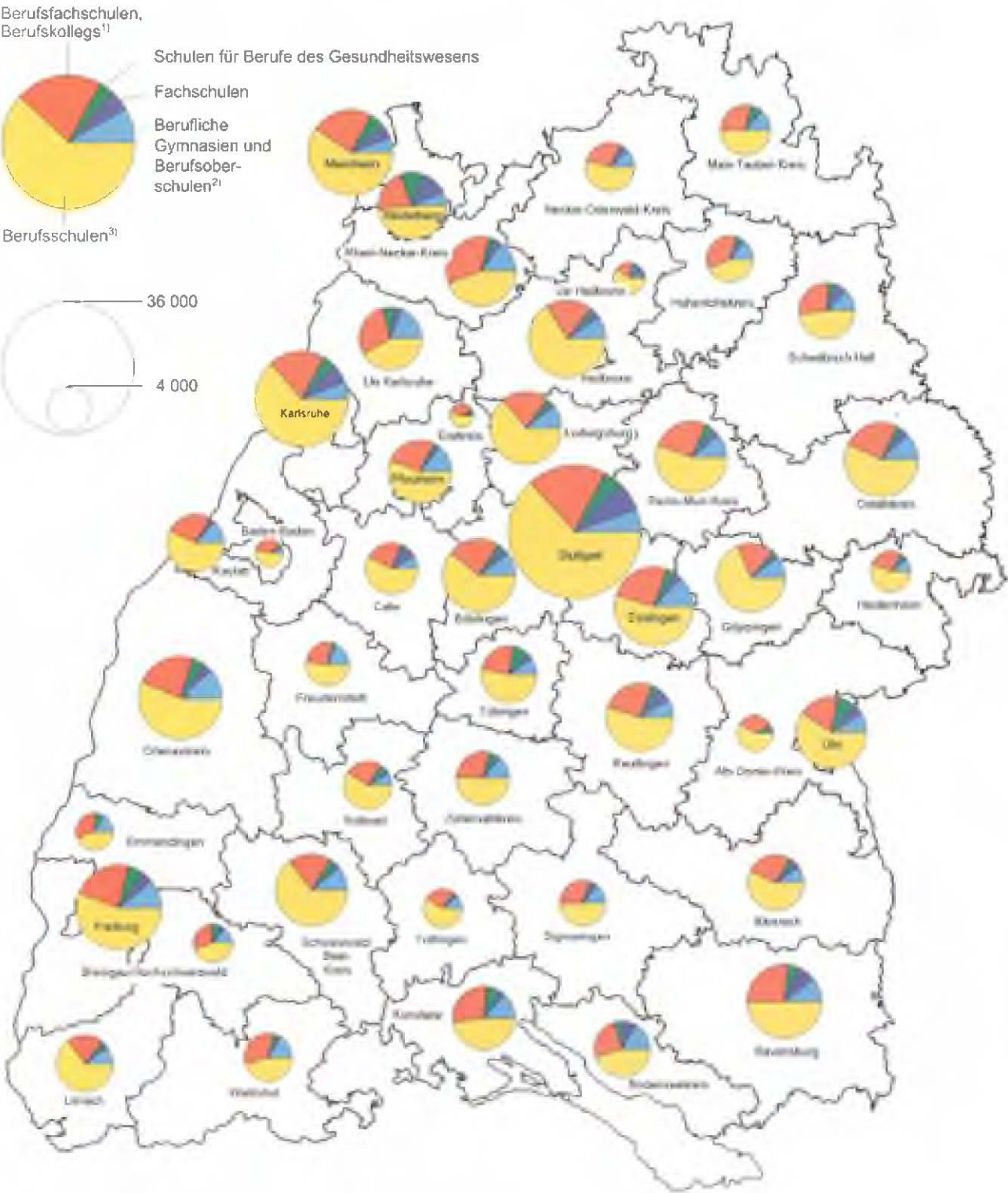
Land Baden-Württemberg:	364 870
Bundesrepublik Deutschland:	2 479 584 (1996)

Schülerzahlen an beruflichen Schulen werden deutlich ansteigen

Die Grafik zeigt die langfristige Entwicklung der Schülerzahlen an den beruflichen Schulen des Landes. Der Höhepunkt wurde im Schuljahr 1984/85 mit etwa 448 000 erreicht. Danach waren bis 1995/96 abnehmende Zahlen festzustellen. Seit wenigen Jahren steigen die Zahlen nun wieder an. Dieser Anstieg wird sich wegen der demographischen Entwicklung (zunehmende Zahl der 15- bis 25jährigen) voraussichtlich bis 2008/2009 fortsetzen. Erwartet werden dann 431 000 Schüler an den beruflichen Schulen insgesamt, die sich in 242 000 im Teilzeitbereich (Berufsschulen und Berufsgrundbildungsjahr – Teilzeit) sowie 188 000 im Vollzeitbereich (Berufsfachschulen, Berufskollegs, berufliche Gymnasien, Fachschulen u.a.) aufteilen. Eine nicht zu unterschätzende Unwägbarkeit bei der erwarteten, künftigen Verteilung der Schüler auf Teilzeit- und Vollzeitschulen stellten die wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere das Lehrstellenangebot dar. Wenn durch die Knappheit geeigneter bzw. gewünschter Ausbildungsplätze Jugendliche verstärkt die Angebote im vollzeitschulischen Bereich annehmen, dürfte sich das Gewicht noch stärker auf Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Berufskollegs verschieben.

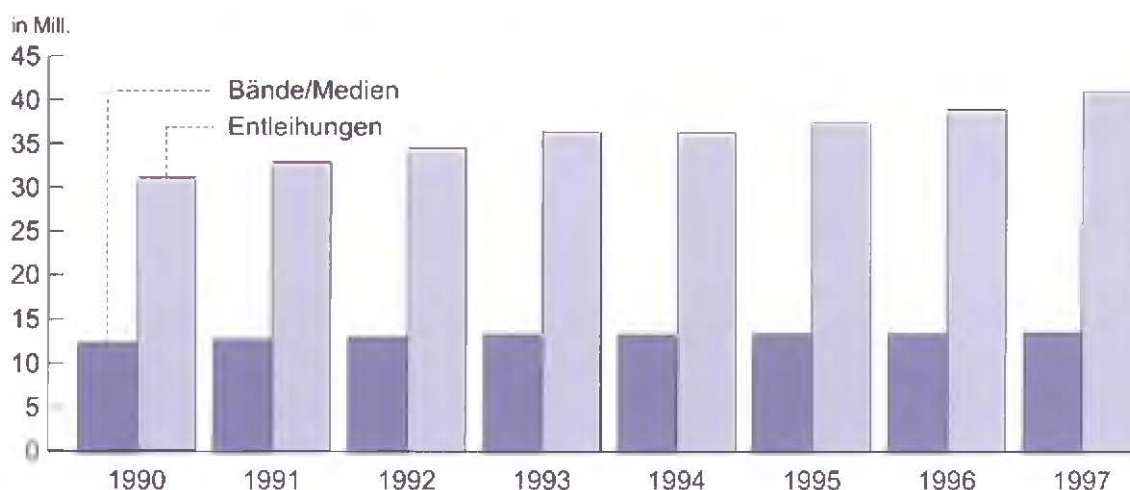
In den letzten Jahren entscheiden sich immer mehr junge Menschen für eine schulische Ausbildung in Berufen, die nicht zu den klassischen – im Berufsbildungsgesetz geregelten – Ausbildungsberufen gehören. Hierzu zählen beispielsweise Krankenschwester/-pfleger, Altenpfleger/in, Erzieher/in, Physiotherapeut/in, Wirtschaftsassistent/in oder auch die technischen Assistentenberufe.

Schüler an beruflichen Schulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1997 nach Schularten



¹⁾ einschließlich Sonderberufsfachschulen – ²⁾ ohne berufliche Abendgymnasien – ³⁾ Berufsschulen, Sonderberufsschulen, Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem
Statlas 11Beruf

Bände/Medien und Entleihungen in öffentlichen Bibliotheken in kommunaler Trägerschaft in Baden-Württemberg seit 1990



Quelle: Staatliche Fachstellen für das Bibliothekswesen.

Medienangebot in kommunalen Bibliotheken 1997

Die meisten Bände/Medien je Einwohner:

1. Stadtkreis Ulm	4,0
2. Stadtkreis Heilbronn	2,4
3. Landkreis Ludwigsburg	1,9
Stadtkreis Mannheim	1,9
Stadtkreis Heidelberg	1,9

Land Baden-Württemberg: 1,3

Bundesrepublik Deutschland: 1,6 (1996)

Die wenigsten Bände/Medien je Einwohner:

44. Landkreis Sigmaringen	0,6
43. Hohenlohekreis	0,7
Ortenaukreis	0,7
Landkreis Waldshut	0,7
Landkreis Tuttlingen	0,7

Öffentliche Bibliotheken als wichtige Informationszentren

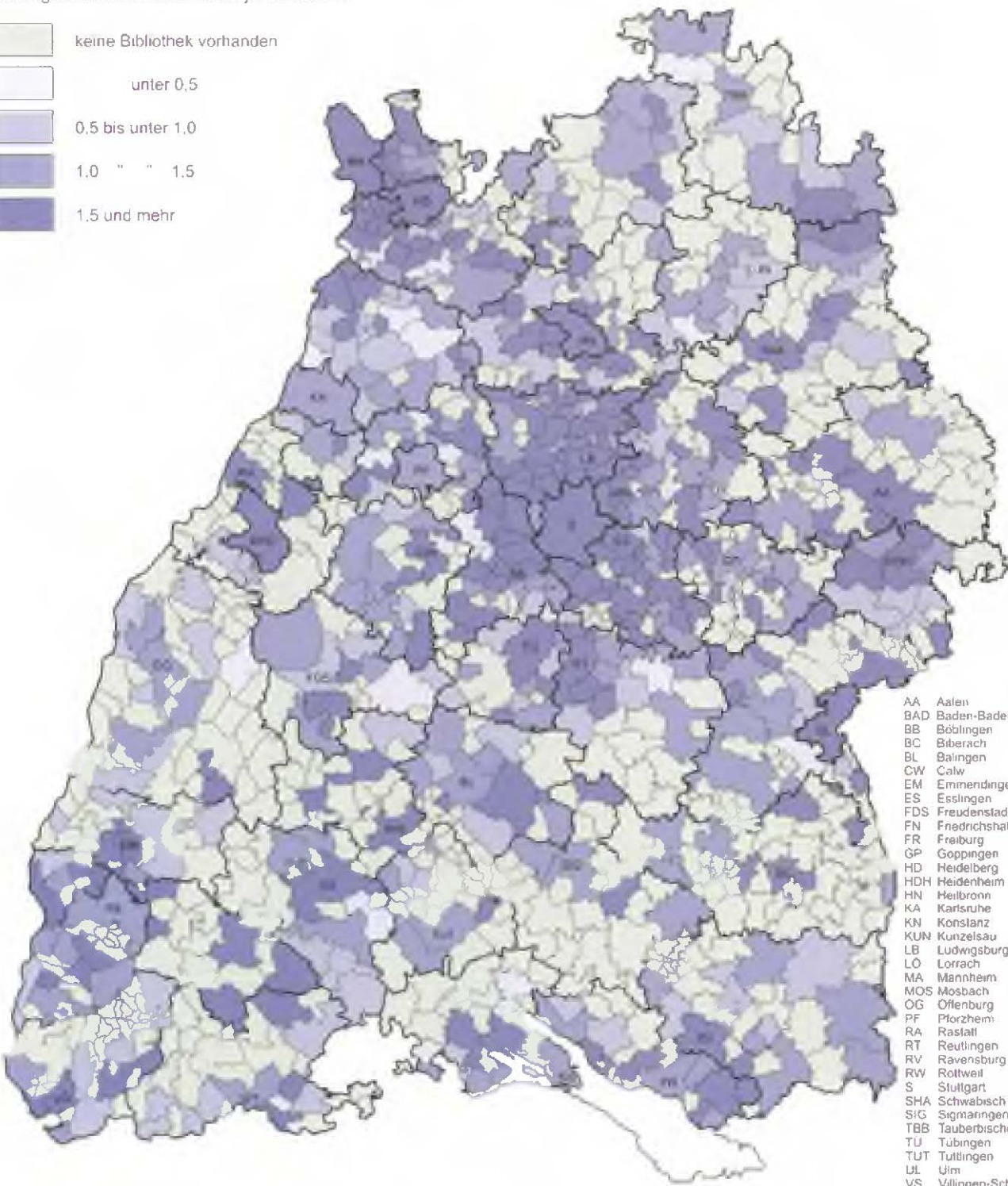
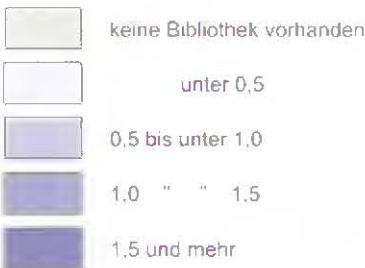
Die öffentlichen kommunalen Bibliotheken sind wichtige Informations-, Bildungs- und Kultureinrichtungen für alle interessierten Bevölkerungsgruppen. Sie haben die Aufgabe, der Bevölkerung Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Bild- und Tonträger und andere Medien bereitzustellen sowie Daten und Informationen zu übermitteln und die Benutzerinnen und Benutzer zu beraten. Über die traditionellen Bibliotheksangebote hinaus verstehen sich die öffentlichen Bibliotheken als Informationszentren und Begegnungsorte, die gleichzeitig der Leseförderung dienen und kulturelle Aktivitäten ermöglichen. Neben den kommunalen Bibliotheken nehmen diese Aufgaben auch eine Vielzahl von Bibliotheken in Trägerschaft der evangelischen und katholischen Kirche wahr. Die Grundversorgung der Bevölkerung durch ein öffentliches Bibliotheksangebot ist somit flächendeckend im ganzen Land gewährleistet.

1997 gab es in Baden-Württemberg 811 öffentliche Bibliotheken in *kommunaler Trägerschaft*, in denen über 41 Mill. Entleihungen getätigt wurden. Hinzu kamen 591 Bibliotheken in *kirchlicher Trägerschaft* mit knapp 2 Mill. Entleihungen (1996). Für die genannten Jahre wurden in allen obengenannten Bibliotheken zusammen mehr als 15 Mill. aufgestellte Medieneinheiten registriert.

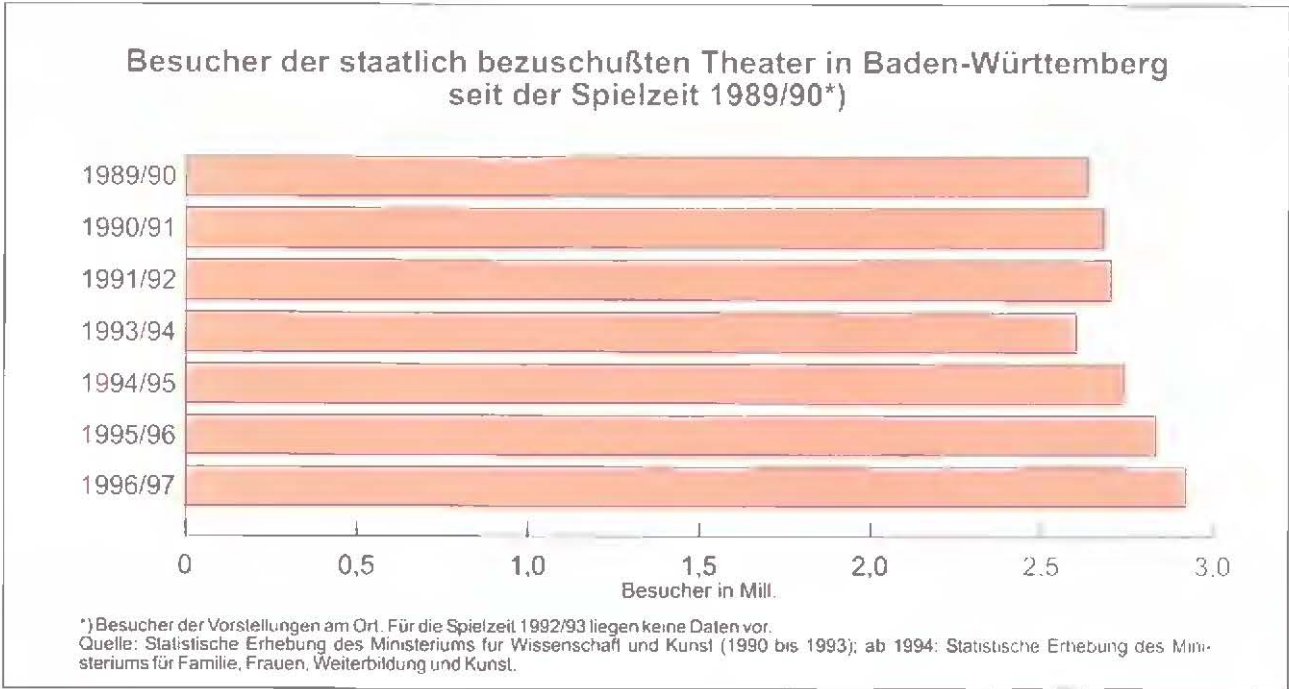
Die Nutzung der kommunalen Bibliotheken ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, und zwar von 1986 knapp 26 Mill. Medieneinheiten auf die erwähnten 41 Mill. 1997; das bedeutet eine Zunahme um annähernd 61 %.

Medienangebot der kommunalen Bibliotheken
in den Gemeinden Baden-Württembergs 1997

Bereitgestellte Bände/Medien je Einwohner



- AA Aalen
- BAD Baden-Baden
- BB Böblingen
- BC Biberach
- BL Balingen
- CW Calw
- EM Emmendingen
- ES Esslingen
- FDS Freudenstadt
- FN Friedrichshafen
- FR Freiburg
- GP Goppingen
- HD Heidelberg
- HDH Heidenheim
- HN Heilbronn
- KA Karlsruhe
- KN Konstanz
- KUN Kunzelsau
- LB Ludwigsburg
- LO Lorrach
- MA Mannheim
- MOS Mosbach
- OG Offenburg
- PF Pforzheim
- RA Rastatt
- RT Reutlingen
- RV Ravensburg
- RW Rottweil
- S Stuttgart
- SHA Schwabisch Hall
- SIG Sigmaringen
- TBB Tauberbischofs.
- TU Tübingen
- TUT Tübingen
- UL Ulm
- VS Villingen-Schw
- WN Waiblingen
- WT Waldsh -Tieng



**Besucher der staatlich bezuschußten Theater in der Spielzeit 1996/97
sowie Zuschüsse im Rechnungsjahr 1996**

Die meisten Besucher:

1. Württembergisches Staatstheater Stuttgart	499 001
2. Nationaltheater Mannheim	421 034
3. Badisches Staatstheater Karlsruhe	291 454
4. Städtische Bühnen Freiburg	210 184
5. Theater der Stadt Ulm	204 152

Land Baden-Württemberg.	2 921 266
Bundesrepublik Deutschland:	20 550 000 (1995/96)

Die höchsten Zuschüsse je Besucher:

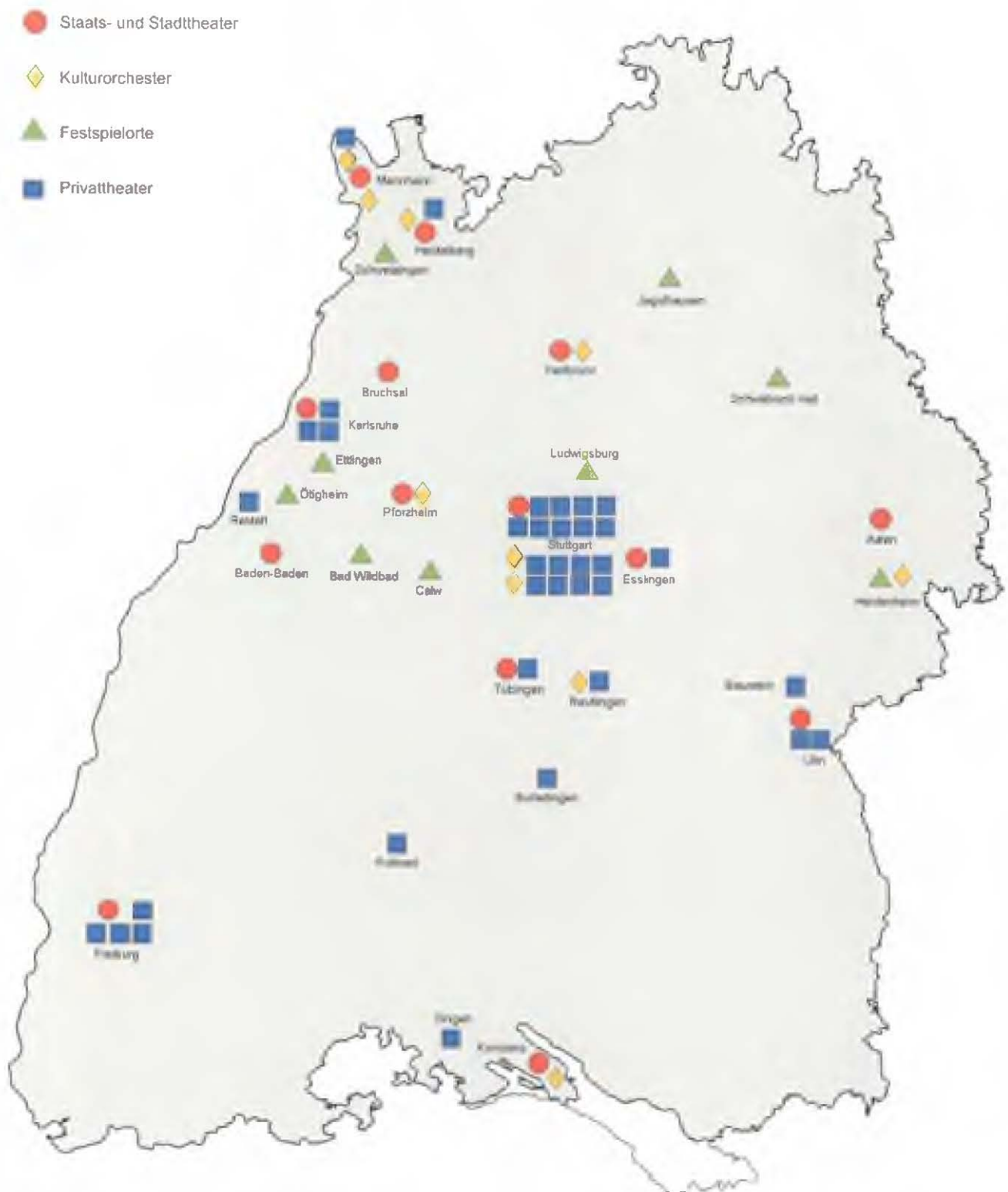
1. Theater der Stadt Heidelberg	242 DM
2. Württembergisches Staatstheater Stuttgart	233 DM
3. Badisches Staatstheater Karlsruhe	208 DM
4. Städtische Bühnen Freiburg	179 DM
5. Theater Baden-Baden	156 DM

Theater und Ballett mit Weltgeltung in Baden-Württemberg

Kulturstatistiken zählen im Programm der amtlichen Statistik leider zu den "schwarzen Löchern". Dies hat seine Ursache in den fehlenden Rechtsgrundlagen, ohne die die amtliche Statistik nicht tätig werden kann. Als Datenquelle wurde daher auf Erhebungen des zuständigen Ministeriums sowie die Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins, dem Bundesverband der Deutschen Theater, zurückgegriffen. Nicht erfaßt werden die Tourneetheater und Laienbühnen (Märchenbühnen, Heimatbühnen) sowie Varietés und Kabaretts. Die drei Landestheater, deren Aufgabe als Wanderbühnen es ist, alle Landesteile und damit auch den ländlichen Raum zu bereisen, sind auf der Karte an ihren Stammsitzen in Bruchsal, Esslingen und Tübingen dargestellt.

Die stärkste Theaterkonzentration ist in den großen Verdichtungsräumen Stuttgart, Karlsruhe und Rhein-Neckar anzutreffen. Eine international hervorragende Reputation genießt vor allem das Ballett des Württembergischen Staatstheaters in Stuttgart. Weit über die Grenzen des Bundesgebietes hinaus ist seit Jahrzehnten auch das Badische Staatstheater in Karlsruhe – nicht zuletzt durch seine herausragenden Operninszenierungen – bekannt. Eine Spitzenstellung in Deutschland nimmt auch das älteste in Deutschland existierende Theater, das Nationaltheater in Mannheim, ein. Große überregionale Beachtung finden auch regelmäßig die Schloßfestspiele in Ludwigsburg und die Schwetzingen Festspiele.

Theater und Orchester in Baden-Württemberg 1996/97



SWR >>

1
ARD
Das Erste

3sat

arte



TV + RADIO



Kapitel 14

Gesundheitswesen und Soziales

Die öffentlichen Apotheken – eine Säule der Gesundheitsversorgung

Apotheken erfüllen den gesetzlichen Auftrag, die ordnungsgemäße Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln sicherzustellen. Dazu halten sie Arzneimittel vor und beraten die Kunden. Eigene Arzneien werden nur noch in geringem Umfang hergestellt. In den öffentlichen Apotheken sind im Durchschnitt 5 bis 6 Personen beschäftigt. Apotheker/innen sowie pharmazeutisches und nichtpharmazeutisches Personal machen jeweils etwa ein Drittel des Personals aus. Langfristig lässt sich jedoch ein Verschieben von Helferinnen hin zu pharmazeutisch-technischen Assistentinnen beobachten.

Foto: Landesbildstelle Württemberg



Definitionen

Gesundheitswesen

Krankenhäuser

Krankenhäuser im Sinne der Statistik sind seit 1990 Einrichtungen, die

- der Krankenhausbehandlung oder Geburtshilfe dienen;
- fachlich-medizinisch unter ständiger ärztlicher Leitung stehen, über ausreichende, ihrem Versorgungsauftrag entsprechende diagnostische und therapeutische Möglichkeiten verfügen und nach wissenschaftlich anerkannten Methoden arbeiten;
- mit Hilfe von jederzeit verfügbarem ärztlichen, Pflege-, Funktions- und medizinisch-technischen Personal darauf eingerichtet sind, vorwiegend durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistung Krankheiten der Patienten zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten, Krankheitsbeschwerden zu lindern oder Geburtshilfe zu leisten;
- die Patienten unterbringen und verpflegen können

Die Statistik beinhaltet auch die mit den Krankenhäusern verbundenen Ausbildungsstätten, jedoch keine Krankenhäuser im Straf- oder Maßregelvollzug oder Polizeikrankenhäuser.

Bis 1989 waren Krankenhäuser definiert als

- Einrichtungen, in denen Kranke untergebracht und verpflegt sind und in denen durch ärztliche Hilfeleistung erstrebt wird, Krankheiten, Leiden oder Körperschäden festzustellen, zu heilen oder zu lindern.
- Entbindungsheime.

Nicht einbezogen waren solche Einrichtungen, in denen nur eine ärztliche Überwachung ohne regelmäßige ärztliche Betreuung erfolgt. Vom medizinischen Standpunkt aus wurde noch zwischen Krankenhäusern für Akutkranke und Sonderkrankenhäusern unterschieden.

Krankenhäuser für Akutkranke waren Krankenhäuser für Patienten, deren Gesundheitszustand einer sofortigen, zumindest nicht länger aufschiebbaren Behandlung bedurfte. Sie gliederten sich in Allgemeine Krankenhäuser mit abgegrenzten und ohne abgegrenzte Fachabteilungen, Fachkliniken oder Spezialkliniken, die ausschließlich auf eine Disziplin ausgerichtet waren, und Universitätskliniken, die vorrangig der Lehre und Forschung dienten. Letztgenannte erfüllten daneben die Funktion von Allgemeinen Krankenhäusern.

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sind Einrichtungen, die

- der stationären Behandlung dienen, um eine Schwächung der Gesundheit, die in absehbarer Zeit voraussichtlich zu einer Krankheit führen würde, zu beseitigen oder einer Gefährdung der gesundheitlichen Entwicklung eines Kindes entgegenzuwirken (Vorsorge) oder eine Krankheit zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheiten zu lindern oder im Anschluß an eine Krankenhausbehandlung den dabei erzielten Behandlungserfolg zu sichern oder zu festigen, auch mit dem Ziel, einer drohenden Behinderung vorzubeugen, eine Behinderung zu beseitigen, zu bessern oder eine Verschlimmerung zu verhüten oder Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder zu mindern (Rehabilitation);
- fachlich-medizinisch unter ständiger ärztlicher Verantwortung und unter Mitwirkung von besonders geschultem Personal darauf eingerichtet sind, den Gesundheitszustand der Patienten nach einem ärztlichen Behandlungsplan vorwiegend durch Anwendung von Heilmitteln einschließlich Krankengymnastik, Bewegungstherapie, Sprachtherapie oder Arbeits- und Beschäftigungstherapie, ferner durch andere geeignete Hilfen, auch durch geistige und seelische Einwirkungen, zu verbessern und den Patienten bei der Entwicklung eigener Abwehr- und Heilungskräfte zu helfen, und in denen die Patienten untergebracht und verpflegt werden können.

Bettenausstattung

Die Bettenausstattung wird für den Jahresdurchschnitt nachgewiesen. Es werden nur Betten zur vollstationären Behandlung gezählt. Seit 1990 werden zwei Bettenarten, unabhängig von der Form ihrer Förderung, unterschieden:

- *Planbetten* sind Betten, die in den Krankenhausplan eines Landes aufgenommen sind.
- *Aufgestellte Betten* sind alle Betten, die im Krankenhaus betriebsbereit aufgestellt sind. Nicht berücksichtigt sind Betten in Untersuchungs- und Funktionsräumen sowie Betten für gesunde Neugeborene.

Soziales

Empfänger von Sozialhilfe

Seit 1994 wird die Erhebung über die *Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)*, denen Leistungen für mindestens einen Monat gewährt werden, als Bestandserhebung am 31. Dezember eines Jahres durchgeführt, während die Erhebung über die *Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen* jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr als Totalerhebung durchgeführt wird.

Hilfe zum Lebensunterhalt ist dem zu gewähren, der seinen notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, vor allem aus seinem eigenen Einkommen und Vermögen beschaffen kann.

Erfasst wird jede Person, die im Berichtsjahr laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und / oder Hilfe in besonderen Lebenslagen – auch nur zeitweise – erhalten hat, so daß Mehrfachnennungen möglich sind.

Sozialhilfeaufwand

Leistungen an Hilfesuchende aufgrund des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG), in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen (einschließlich Tuberkulosehilfe bis 1987) außerhalb von und in Einrichtungen. Aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethodik ist die Empfänger- und die Aufwandsstatistik nicht vergleichbar.

Träger der Sozialhilfe

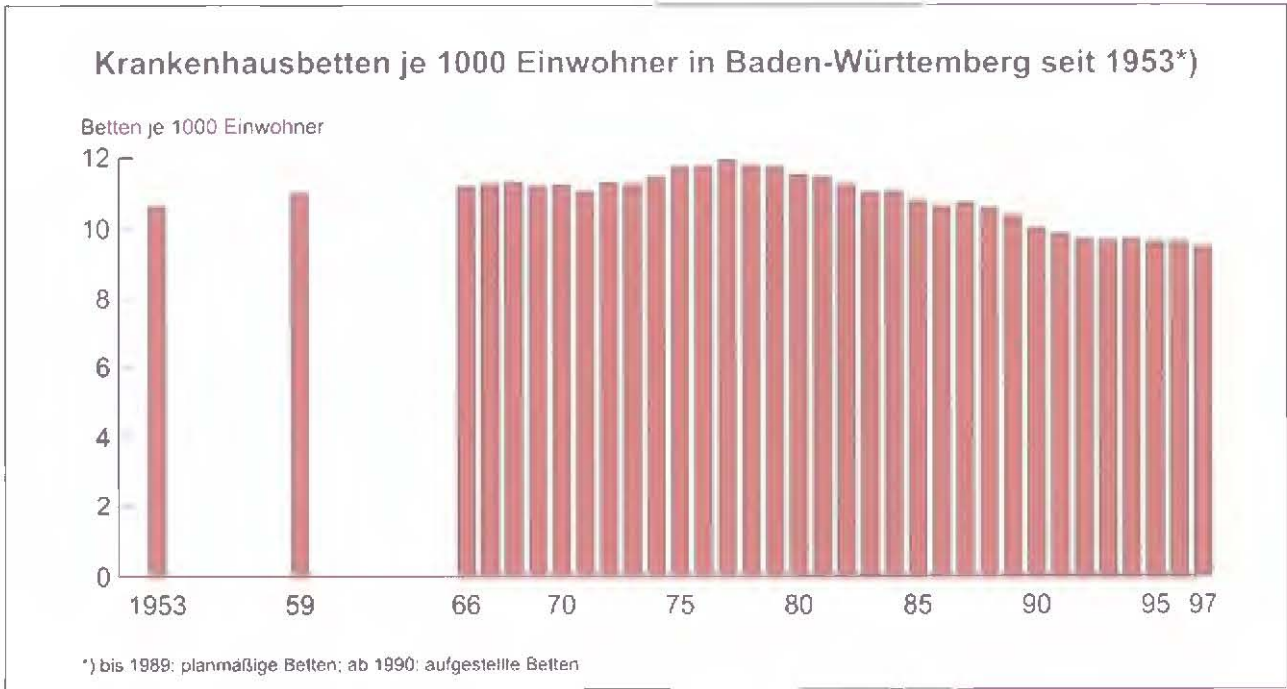
Örtliche Träger der Sozialhilfe sind die Stadt- und Landkreise sowie die kreisangehörigen Gemeinden oder Gemeindeverbände, wenn sie Aufgaben nach dem BSHG wahrnehmen.

Überörtliche Träger sind entweder das Land selbst oder höhere Kommunalbehörden, wie zum Beispiel die Landeswohlfahrtsverbände.

Wohngeld

Tabellenwohngeld: Auf Wohngeld hat jeder Haushaltsvorstand Anspruch, wenn er seine Wohnung (Wohnraum) mit den zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern tatsächlich bewohnt und wenn die Wohnkosten (Miete, Mietwert, Belastungen) einen zumutbaren Selbstbeteiligungsanteil übersteigen. Der Wohngeldanspruch kann auf Antrag als Mietzuschuß oder als Lastenzuschuß gewährt werden.

Pauschalisiertes Wohngeld: Seit dem 1. April 1991 erhalten Sozialhilfe- und Kriegsopfersorgeempfänger bei Vorliegen bestimmter rechtlicher Voraussetzungen Wohngeld ohne Antragstellung als Pauschale. Der individuelle Wohngeldanspruch bleibt davon unberührt.



Aufgestellte Betten in Krankenhäusern sowie Vorsorge- und Rehabilitations-einrichtungen 1996

Die meisten Betten in Krankenhäusern:

1. Stadtkreis Stuttgart	5 624
2. Stadtkreis Heidelberg	3 301
3. Stadtkreis Karlsruhe	3 243
Land Baden-Württemberg	67 407
Bundesrepublik Deutschland	593 743

Die meisten Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen:

1. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	3 931
2. Landkreis Ravensburg	3 618
3. Main-Tauber-Kreis	2 780
Land Baden-Württemberg	32 003
Bundesrepublik Deutschland	189 888

Die wenigsten Betten in Krankenhäusern:

44. Hohenlohekreis	400
43. Alb-Donau-Kreis	493
42. Enzkreis	506

Keine Vorsorge- und Rehabilitations-einrichtungen:

Stadtkreise Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim
Landkreise Alb-Donau-Kreis, Böblingen
Enzkreis, Heidenheim, Ostalbkreis und Tuttlingen

Geringere Bettenauslastung durch kürzere Verweildauer in den Krankenhäusern

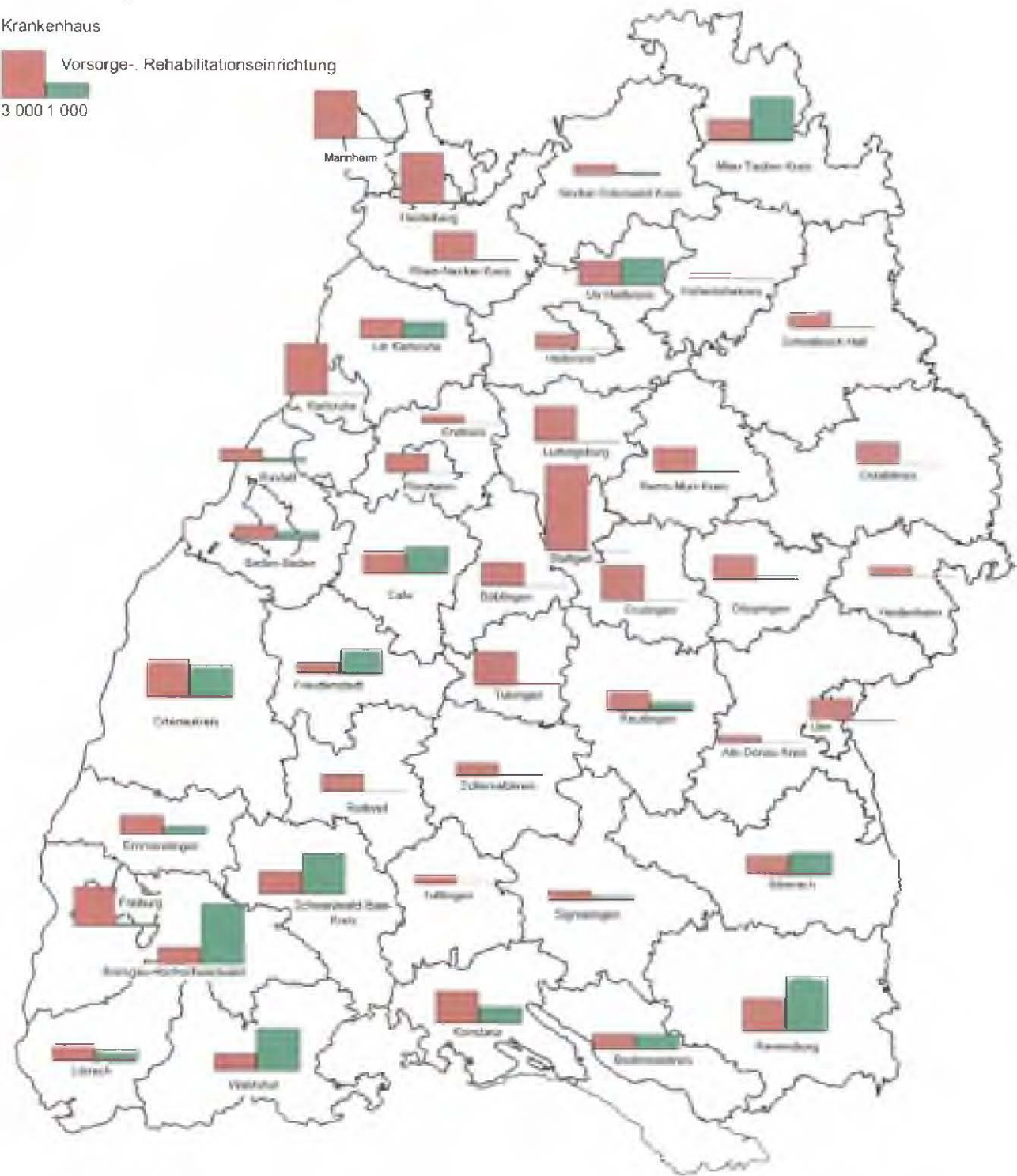
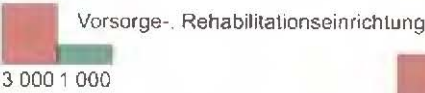
In den 317 Krankenhäusern Baden-Württembergs wurden 1996 1,7 Mill. Patienten vollstationär behandelt, was im Vergleich zu 1990 einer Zunahme von knapp 8 % entspricht. Gleichzeitig sank die durchschnittliche Verweildauer der Patienten von 13,5 auf 11,4 Tage. Bedingt durch den Rückgang der Pflegetage um über 8 % auf nun 19,7 Mill. Tage, ist die Bettenauslastung der Krankenhäuser von 1990 bis 1996 um gut 5 Prozentpunkte auf 80 % zurückgegangen. Experten erachten eine Bettenauslastung von 85 % für notwendig bzw. "normal".

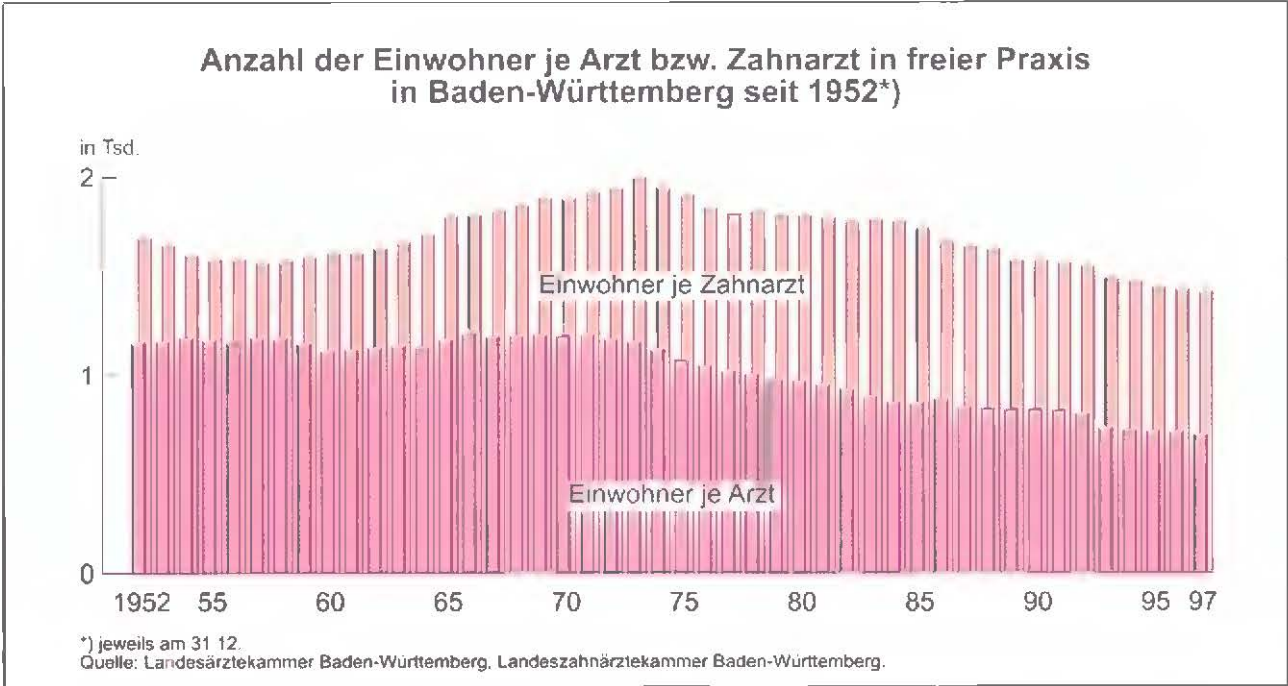
Die einzelnen *Fachabteilungen* weichen in der Auslastung ihrer Betten zum Teil erheblich von dem Normalwert (80 %) ab. So wird in der Augenheilkunde landesweit nur ein Nutzungsgrad von 68 % erreicht. Auch die Betten-nutzung im HNO-Bereich und in der Mund-Kiefer-Gesichts-Chirurgie bleibt mit 70 % unter dem Normalwert. Demgegenüber liegt der psychiatrische Komplex ebenso wie die Psychosomatik, die Nuklearmedizin (Thera-pie) und die Neurologie zum Teil deutlich über 85 %.

Betten in Krankenhäusern sowie Vorsorge- und Rehabilitations-
einrichtungen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1996

Anzahl der aufgestellten Betten

Krankenhaus





Anzahl der Einwohner je Arzt in freier Praxis 1997

Geringste Zahl:		Höchste Zahl:	
1. Stadtkreis Freiburg im Breisgau	298	44. Enzkreis	1 103
2. Stadtkreis Heidelberg	308	43. Landkreis Heilbronn	1 035
3. Stadtkreis Ulm	399	42. Hohenlohekreis	1 014
4. Stadtkreis Baden-Baden	408	41. Alb-Donau-Kreis	965
5. Stadtkreis Heilbronn	494	40. Neckar-Odenwald-Kreis	921
Land Baden-Württemberg:	694		
Bundesrepublik Deutschland:	714		

Ärztedichte im Land seit 1970 mehr als verdoppelt

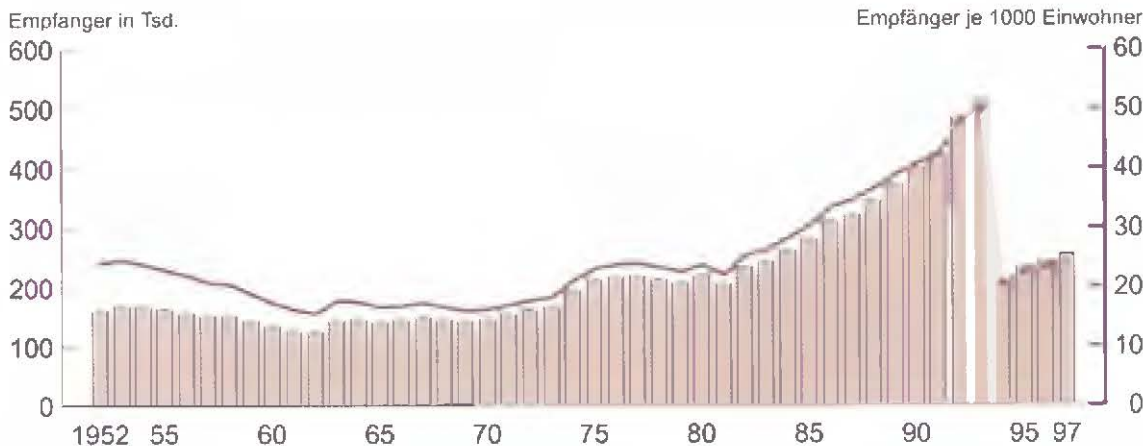
Die Ärztedichte (*berufstätige Ärzte insgesamt*) in Baden-Württemberg hat sich seit 1970 mehr als verdoppelt: Mit 35 875 Ärzten waren 1997 zweieinhalbmal so viele Mediziner tätig als noch vor 27 Jahren. Statistisch gesehen haben sich 1997 290 Einwohner einen Arzt "geteilt", während es 1970 noch 604 Personen waren.

Der kräftige Anstieg der Ärztezahl geht vor allem auf das Konto der Fachärzte. Kamen im Jahr 1953 3 536 Einwohner auf einen *Facharzt in freier Praxis*, betreute 1997 ein Facharzt nur noch 1 182 Einwohner. Bei den *niedergelassenen Allgemeinmedizinern* waren die Unterschiede deutlich geringer: 1953 wurden 1 738 Einwohner und 1997 1 683 Personen je Allgemeinarzt betreut.

Regional fällt vor allem die relativ geringe Ärztedichte im Regierungsbezirk Stuttgart auf. Dort kam 1997 auf 364 Einwohner ein Arzt, während in den Regierungsbezirken Karlsruhe, Freiburg und Tübingen die Ärztekonzentration weitaus höher war: Dort teilten sich – statistisch gesehen – rund 260 Einwohner einen Arzt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in diesen Regierungsbezirken auch die großen medizinischen Forschungseinrichtungen des Landes angesiedelt sind.

Bei den Zahnärzten zeigt sich in der Tendenz ein ähnliches Bild, jedoch ist das Ausmaß des Stellenzuwachses bedeutend geringer. 1970 kam auf 1 900 Baden-Württemberger ein Zahnarzt, 27 Jahre später lag diese Relation bei 1 418 Einwohner je Zahnarzt. Insgesamt gab es 1997 etwa 7 660 Zahnärzte im Land, darunter 7 331, die in freier Praxis tätig waren.

Empfänger von Sozialhilfe in und außerhalb von Einrichtungen und Empfänger je 1000 Einwohner in Baden-Württemberg seit 1952*)



*) 1960: verkürztes Rechnungsjahr; 1981 und 1983: 20% Teilerhebung – mit anderen Berichtsjahren nur sehr eingeschränkt vergleichbar; bis 1962: Fürsorge; ab 1963: Sozialhilfe; Empfänger verschiedener Hilfen sind mehrfach gezählt; ab 1994: Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt; Stichlagserhebung 31. Dezember, ohne Empfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeausgaben 1997

Die meisten Sozialhilfeempfänger (HLU)

je 1 000 Einwohner:

1. Stadtkreis Mannheim	57
2. Stadtkreis Freiburg	48
3. Stadtkreis Pforzheim	43

Land Baden-Württemberg:	25
Bundesrepublik Deutschland:	35

Die höchsten (reinen) Sozialhilfeausgaben je Einwohner:

1. Stadtkreis Mannheim	541 DM
2. Stadtkreis Stuttgart	517 DM
3. Stadtkreis Freiburg	484 DM

Land Baden-Württemberg:	350 DM
Bundesrepublik Deutschland:	472 DM

Die wenigsten Sozialhilfeempfänger (HLU)

je 1 000 Einwohner:

44. Rhein-Neckar-Kreis	7
43. Enzkreis	12
42. Landkreis Freudenstadt	13

Die geringsten (reinen) Sozialhilfeausgaben je Einwohner:

44. Enzkreis	111 DM
43. Landkreis Freudenstadt	133 DM
42. Landkreis Calw	140 DM

Trotz Einführung der Pflegeversicherung steigen die Sozialhilfeausgaben weiter

Die Zahl der Personen, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Kräften zu bestreiten und auch von anderer Seite keine ausreichende Hilfe erhalten und somit einen Anspruch auf persönliche und wirtschaftliche Hilfe durch den Staat haben, nimmt kontinuierlich zu – und dies trotz Einführung der privaten Pflegeversicherung. Vor der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 wurden die Sozialhilfekassen von Bund, Ländern und Gemeinden in einem ersten Schritt durch die gesetzliche Ausgliederung der Asylbewerber aus den Sozialhilfeleistungen entlastet.

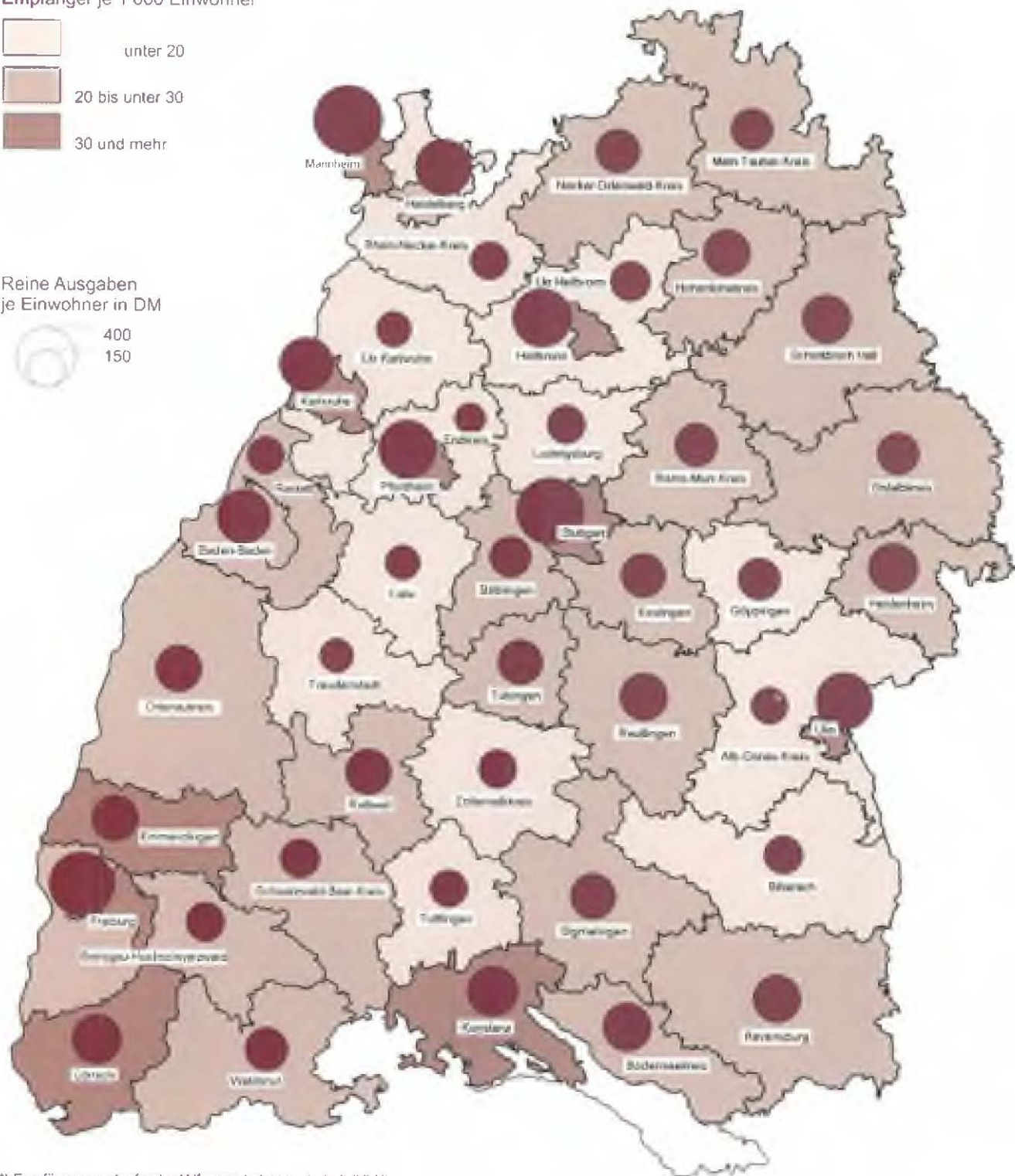
Durch die Schaffung der privaten Pflegeversicherung ging der landesweite Anteil der Ausgaben für die Hilfe zur Pflege an den Ausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen insgesamt von knapp zwei Drittel 1980 auf ca. 32 % im Jahr 1997 zurück. Dieser Rückgang wurde allerdings durch überproportionale Ausgabensteigerungen in anderen Bereichen kompensiert und hat letztendlich zu einem Ausgabenanstieg bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen auf knapp 2,4 Mrd. DM geführt; 1980 waren es etwas über 1 Mrd. DM

Sozialhilfeempfänger*) und Sozialhilfeausgaben der örtlichen und überörtlichen Träger in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1997

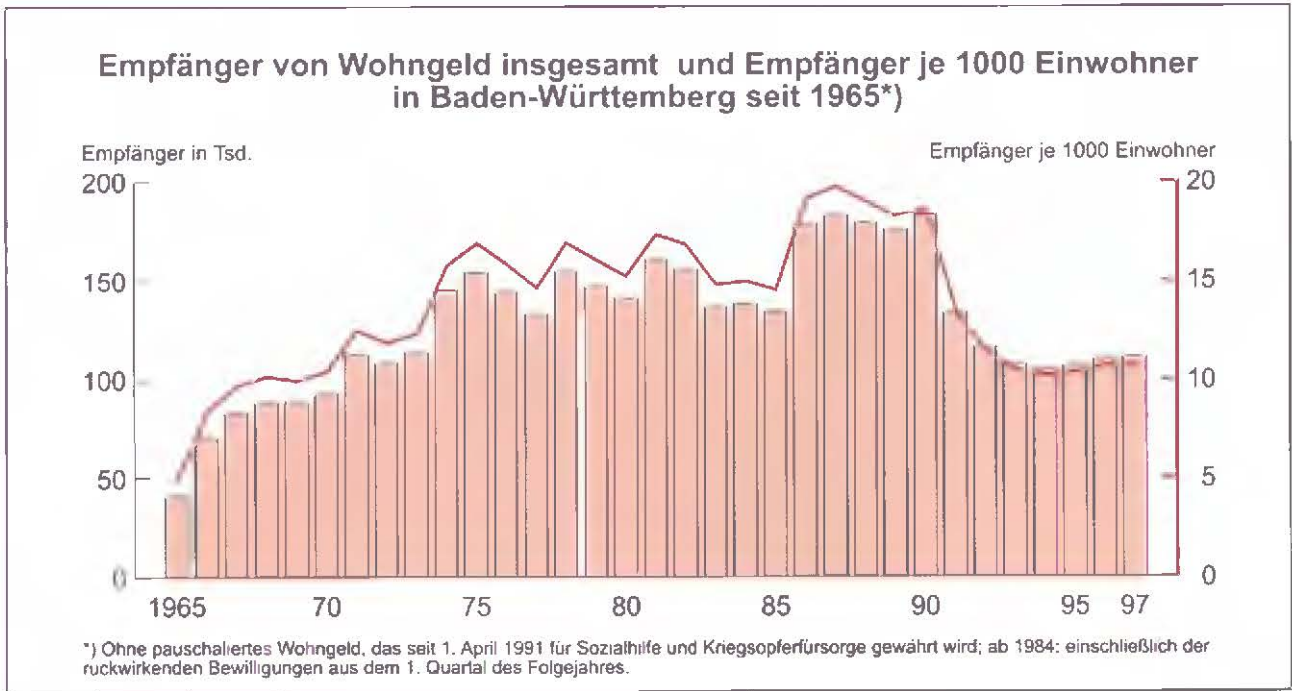
Empfänger je 1 000 Einwohner



Reine Ausgaben
je Einwohner in DM



*) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)



Wohngeldempfänger insgesamt 1998

Die meisten Wohngeldempfänger je 1 000 Einwohner:

1. Stadtkreis Freiburg	49
2. Stadtkreis Mannheim	44
3. Stadtkreis Pforzheim	36
Stadtkreis Heidelberg	36
5. Stadtkreis Karlsruhe	32
Landkreis Konstanz	32

Land Baden-Württemberg:	20
Bundesrepublik Deutschland:	32 (1995)

Die wenigsten Wohngeldempfänger je 1 000 Einwohner:

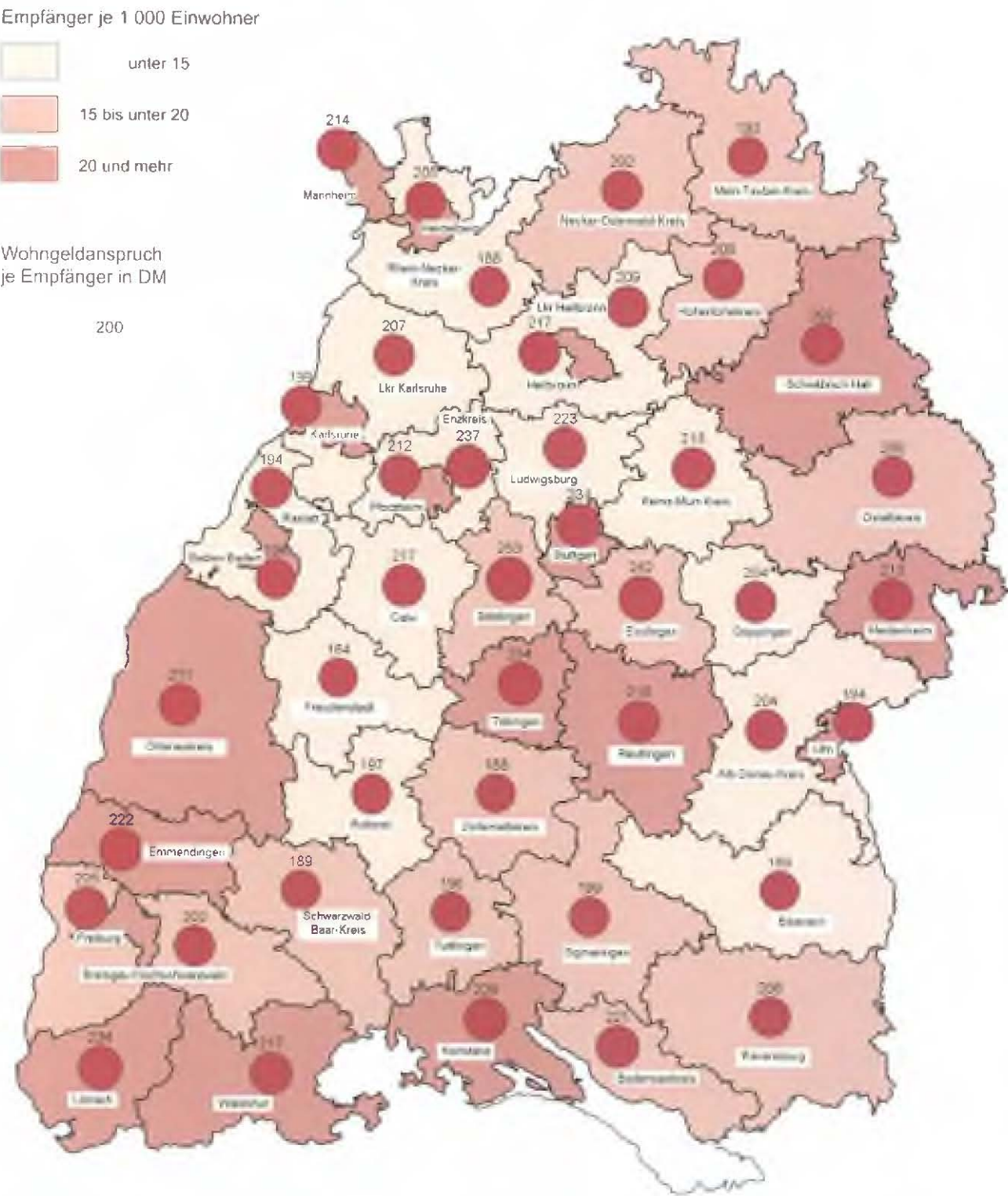
44. Alb-Donau-Kreis	10
43. Landkreis Freudenstadt	11
42. Landkreis Karlsruhe	12
Rhein-Neckar-Kreis	12
40. Landkreise Biberach, Enzkreis, Göppingen, Heilbronn, Ludwigsburg und Rems-Murr-Kreis	13

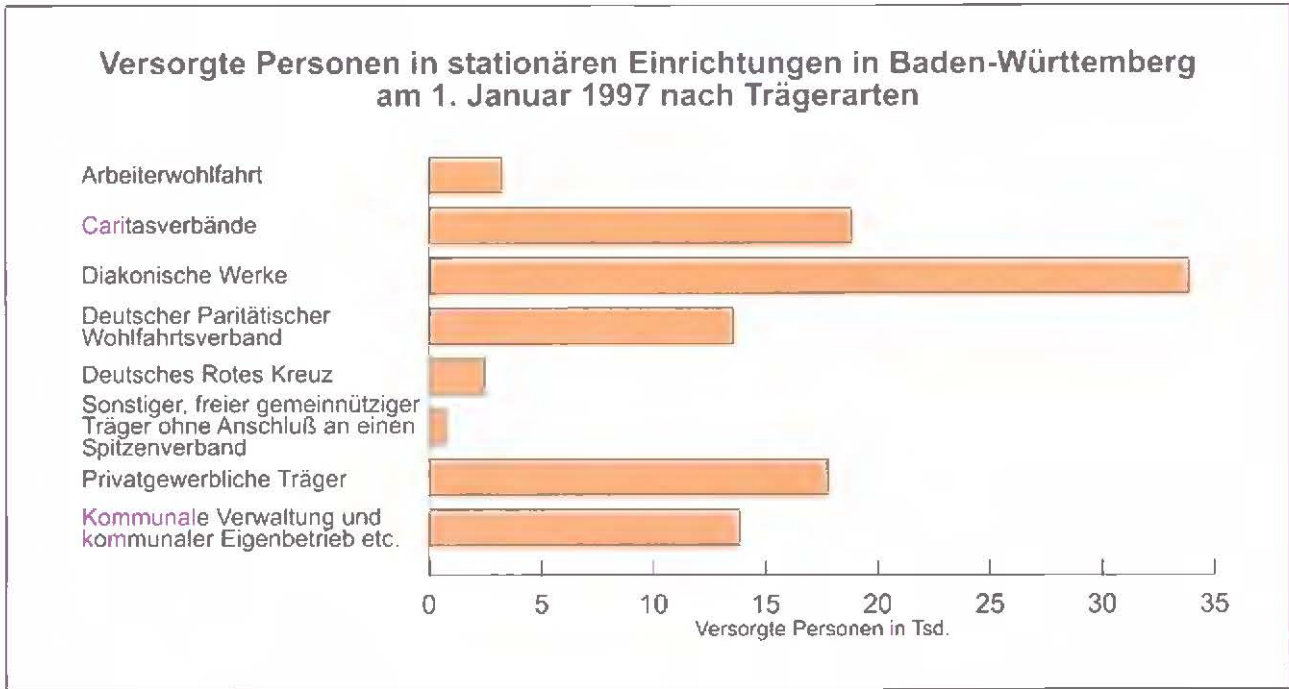
Hochschulstandorte weisen hohe Wohngeldempfängerquoten auf

Wohngeld hat die Aufgabe, einkommensschwachen Haushalten ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen wirtschaftlich zu ermöglichen und auf Dauer zu sichern. Dabei bestimmen drei Faktoren die Höhe des individuellen Wohngeldanspruchs, der beim Sozialamt genehmigt werden muß: Familieneinkommen, Haushaltsgröße und zuschußfähige Wohnkosten. Daneben haben seit 1991 Personen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz oder ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundesversorgungsgesetz erhalten, unter bestimmten rechtlichen Voraussetzungen neben dem individuellen Wohngeldanspruch auch einen Anspruch auf eine zusätzliche Wohngeldpauschale.

Das räumliche Verteilungsmuster der Empfängerquoten ("Wohngeldempfänger je 1 000 Einwohner") wird durch die regionale Einkommenssituation (relativ hoher Anteil von Einwohnern mit niedrigem Einkommen) sowie soziodemographische Strukturunterschiede bestimmt. Fünf Stadtkreise und der Landkreis Konstanz finden sich unter den sechs Kreisen, die die höchsten Empfängerquoten aufweisen. Ein möglicher Erklärungsansatz dürfte daher auch der hohe Studentenanteil (Hochschulstandorte) sein. Darüber hinaus liegt die Vermutung nahe, daß hohe Empfängerquoten auch durch ein hohes Mietniveau bestimmt werden.

Wohngeldempfänger und Wohngeldanspruch
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1998





Planmäßige Plätze in Altenpflegeheimen 1997

Die meisten Plätze:

1. Stadtkreis Stuttgart	3 496
2. Stadtkreis Karlsruhe	3 016
3. Rhein-Neckar-Kreis	2 410
4. Stadtkreis Mannheim	2 175
5. Rems-Murr-Kreis	1 973

Land Baden-Württemberg.	53 863
Bundesrepublik Deutschland:	344 732 (1996)

Die wenigsten Plätze:

44. Hohenlohekreis	322
43. Landkreis Rastatt	575
42. Landkreis Waldshut	604
41. Landkreis Biberach	611
40. Landkreis Emmendingen	620

Genügend Altenheimplätze – eine Herausforderung für die Zukunft

Grundlegende Änderungen in der soziodemographischen Struktur der Bevölkerung sowie tiefergehende gesellschaftliche Veränderungen in den letzten Jahrzehnten in Verbindung mit einer steigenden Lebenserwartung der Menschen wird in Zukunft die soziale und politische Bedeutung der Pflege und Betreuung von älteren Menschen immer wichtiger werden lassen. Betrachtet man die Ergebnisse der Bevölkerungsprognosen für die nächsten Jahrzehnte, so ist davon auszugehen, daß die Zahl pflegebedürftiger Betagter und Hochbetagter deutlich steigen wird, was u.a. erhebliche Investitionen im Bereich der stationären und ambulanten Pflege- und Betreuungseinrichtungen verursachen wird. So hat das Statistische Landesamt in seiner aktuellen Bevölkerungsprognose (mittlere Variante) für die Jahrtausendwende eine Bevölkerungszahl von landesweit 1,66 Mill. Personen in der Altersgruppe der über 65jährigen errechnet. Vierzig Jahre später – im Jahr 2040 – wird diese Zahl voraussichtlich um gut 60 % auf 2,74 Mill. ansteigen. Dies bedeutet, daß unter der Annahme gleichbleibender Struktur- und Lebensverhältnisse damit gerechnet werden muß, daß das zukünftig notwendige Angebot an stationären und ambulanten Einrichtungen für ältere Menschen in ähnlichem Umfang ansteigen wird.

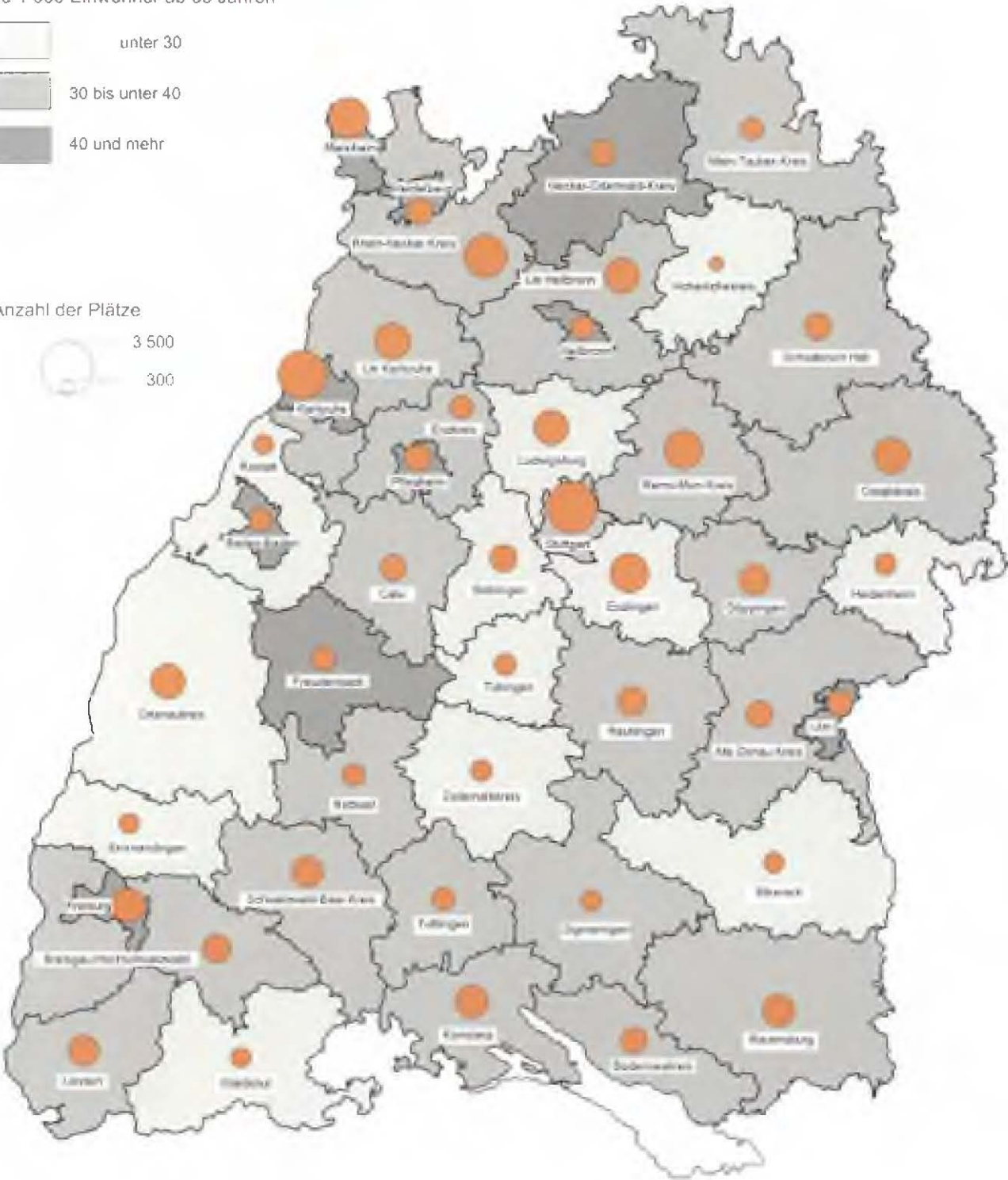
Baden-Württemberg hat – neben Bayern – als bisher einziges Bundesland in Deutschland auf diese künftigen Herausforderungen mit der Einführung einer Pflege- und Betreuungsstatistik reagiert, um zumindest über differenziertes, regionalisiertes und fundiertes Datenmaterial für Planungszwecke zu verfügen.

Planmäßige Plätze in Altenpflegeheimen
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1997

Je 1 000 Einwohner ab 65 Jahren



Anzahl der Plätze





Baden-Württemberg gewinnt.



Mit Ihrem Spieleinsatz fördern Sie Sport, Kunst und Kultur, Denkmalpflege und soziale Projekte in Baden-Württemberg.

Kapitel 15

Umwelt

Luftaufnahme des Heizkraftwerks Stuttgart-Münster mit Abfallverbrennungsanlage

Die Gesamtanlage am Neckar besteht aus einem Steinkohlekraftwerk mit vier Kohlekesseln, einer Gasturbinenanlage und der Abfallverbrennungsanlage mit drei Müllkesseln. Der 60 000 Tonnen fassende Kohlenlagerplatz ist für die Entladung von Schiffen und Eisenbahnwagen eingerichtet. Die Müllanlieferung erfolgt per Lkw und findet in einer geschlossenen Entladehalle statt. Bei den Verbrennungsprozessen entstehen Rauchgase; deren Reinigung erfolgt in komplexen Anlagen, die aus Platzgründen auf Plattformen über der Neckartalstraße errichtet wurden. Die Mündungshöhe der schwarzen Gasturbinenschornsteine beträgt 75 m über dem Gelände, der Sammelschornstein für alle Kohle- und Müllkessel ist 180 m hoch.

Foto: Neckarwerke Stuttgart AG



Definitionen

Luftverhältnisse

Emissionen

Im Gegensatz zu den Immissionen, die als Ergebnis laufender Messungen anfallen, lassen sich statistische Daten über Emissionen flächendeckend nur durch Berechnungen gewinnen. Emissionen entstehen im wesentlichen bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Heizöl oder Gas; sie lassen sich daher auf der Basis der jeweiligen Verbrauchsmengen unter Verwendung spezifischer Emissionsfaktoren ermitteln. Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen, die bei der industriellen Herstellung bestimmter Güter freigesetzt werden und im allgemeinen nur örtliche Bedeutung haben, bleiben ebenso unberücksichtigt wie Emissionen aus diffusen Quellen.

Schwefeldioxid (SO_2):

Farbloses, stechend riechendes Gas, das überwiegend beim Verbrennen schwefelhaltiger Energieträger (Kohle, Erdöl) entsteht. Schwefeldioxid wirkt insbesondere in Kombination mit Staub auf die Atemwege, reizt die Haut und Schleimhäute und kann in höheren Konzentrationen zu Atembeschwerden und Brustschmerzen, in hohen Konzentrationen sogar zum Tod durch Ersticken führen. Schwefeldioxid verursacht bei Pflanzen Absterben von Gewebepartien durch Abbau von Chlorophyll; es schädigt ebenfalls Gewässer (saurer Regen) und Materialien.

Stickoxid (NO_x):

Unter NO_x werden Oxide des Stickstoffes, vornehmlich Stickstoffmonoxid (NO) und Stickstoffdioxid (NO_2), verstanden. Die NO_x -Emissionen werden als NO_2 berechnet. Stickoxide und insbesondere deren Umwandlungsprodukte wirken schädigend auf Pflanzen; sie werden als eine der Hauptursachen für die neuartigen Waldkrankungen angesehen. Durch Reaktion der Stickoxide mit Kohlenwasserstoffen entsteht Ozon, das die Entstehung von photochemischem Smog bewirkt. Bei Anwohnern stark befahrener Straßen wurde eine erhöhte Rate an Atemwegserkrankungen (Pseudokrupp) beobachtet.

Emittentengruppen

Öffentliche Kraftwerke:

Dieser Bereich umfaßt die öffentlichen Wärmekraftwerke, Heizkraftwerke, Fernheizwerke, kommunale Abfallverbrennungsanlagen und Klärschlammverbrennungsanlagen.

Industrielle Feuerungsanlagen (Industrie):

Anlagen der Industriebetriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Berücksichtigt sind normale Feuerungsanlagen, Prozeßfeuerungsanlagen und Abfallverbrennungsanlagen.

Haushalte und sonstige Kleinverbraucher (Hausbrand):

Dieser Bereich umfaßt Feuerungen in Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsbetrieben, öffentlichen Einrichtungen, landwirtschaftlichen Betrieben sowie Militäreinrichtungen.

Verkehr:

Die Berechnung der Emissionen für den *Straßenverkehr* stützt sich auf die Fahrleistungen, differenziert nach Fahrzeuggruppen und Straßenkategorien sowie spezifische Emissionsfaktoren. Dabei werden folgende Fahrzeuggruppen unterschieden: Krafträder, Pkw mit Ottomotor, Pkw mit Dieselmotor, Lkw kleiner 2,8 Tonnen, Lkw mit Anhänger, Lkw ohne Anhänger und Busse. Basis der Berechnungen bilden unter anderem die Straßendatenbank des Landes sowie die Ergebnisse der Straßenverkehrszählung 1995.

Hinzu kommt der *sonstige Verkehr*. Dieser umfaßt neben dem Bahn-, Schiffs- und Flugverkehr auch die Zugmaschinen in Landwirtschaft, Baugewerbe und Militär. Diese Emissionen werden über die jeweiligen Energieverbrauchsmengen bzw. über die Verkehrsanteile (Baden-Württemberg am Bundesgebiet) und spezifische Emissionsfaktoren berechnet.

Natur- und Landschaftsschutz

Landschaftsschutzgebiete

Gesetzlich geschützte Landschaftsteile, deren Pflanzen- und Tierwelt Erhaltung verdienen oder die für die Erholung der Bevölkerung von Bedeutung sind. Der Schutz erstreckt sich besonders auf Landschaftsteile, wie Baumgruppen, Hecken, Gewässer und andere.

Naturschutzgebiete

Gesetzlich geschützte Landschaftsteile, die zur Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Lebensstätten bestimmter wildwachsender Pflanzen oder wildlebender Tierarten, aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragender Schönheit bewahrt werden sollen.

Öffentliche Abfallwirtschaft

Abfälle

Abfälle im Sinne des Gesetzes sind alle beweglichen Sachen, deren sich ihr Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muß.

Baumassenabfälle

Baumassenabfälle sind Bodenaushub, Bauschutt, Straßenaufbruch ohne organische Verunreinigungen.

Bioabfall-/Grünabfallkompostierungsanlage

Abfallentsorgungsanlage, in denen biologisch abbaubare organische Stoffe in verwertbare Komposte umgewandelt werden, ausgenommen Einrichtungen zur Eigenkompostierung, unabhängig von ihrer Größe.

Gewerbeabfälle

Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle sind die in Gewerbebetrieben anfallenden Abfälle, die getrennt vom Hausmüll gesammelt und gemeinsam mit Hausmüll der Entsorgung zugeführt werden.

Baustellenabfälle

Baustellenabfälle sind Abfälle aus Bautätigkeiten, wie zum Beispiel Hölzer, Gebinde, Verpackungsmaterialien, außer mineralischen Abfällen.

Hausmülldeponie

Deponie, auf der Hausmüll, Sperrmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Klärschlamm und Produktionsabfälle, ausschließlich Sonderabfälle, ohne besondere Vorbehandlung abgelagert werden.

Hausmüllverbrennungsanlage

Abfallentsorgungsanlage, in der unbehandelte Siedlungsabfälle verbrannt werden.

Monodeponie

Monodeponien sind Abfallbehandlungsanlagen zur geordneten Ablagerung nur einer Abfallart (zum Beispiel Verbrennungsrückstände, Klärschlamm, Altreifen).

Restedeponie

Restedeponien sind durch den Hausmüllbeseitigungsplan gesondert ausgewiesene Deponien, die Reststoffe aus Müllverbrennungsanlagen oder Kompostierungsanlagen aufnehmen sollen

Verwertung

Gewinnung von Stoffen und Stoffgruppen aus Abfällen und deren Einsatz im Wirtschaftskreislauf.

Wertstoffe

Abfallbestandteile oder Abfallfraktionen, die für die Herstellung verwertbarer Zwischen- und Endprodukte geeignet sind.

Öffentliche Wasserwirtschaft*Grundwasser*

Wasser, das Hohlräume der Erdrinde zusammenhängend ausfüllt und keinen natürlichen Austritt besitzt.

Nitrat

Nitrat (NO_3) tritt im Grund- und Trinkwasser als Folge übermäßigen Einsatzes von mineralischen Düngern bei landwirtschaftlichen Intensivkulturen (Weinbau, Tabak- und Gemüseanbau) und von Wirtschaftsdüngern bei Grünland auf. Nitrat kann über die Nitrosaminbildung an der Karzinogenese (Krebsbildung) beteiligt sein und in hohen Konzentrationen eine Methämoglobinämie (Blausucht) bei Säuglingen verursachen. Der Grenzwert der Trinkwasserverordnung liegt bei 50 mg/l, der Warnwert bei 40 mg/l.

Oberflächenwasser

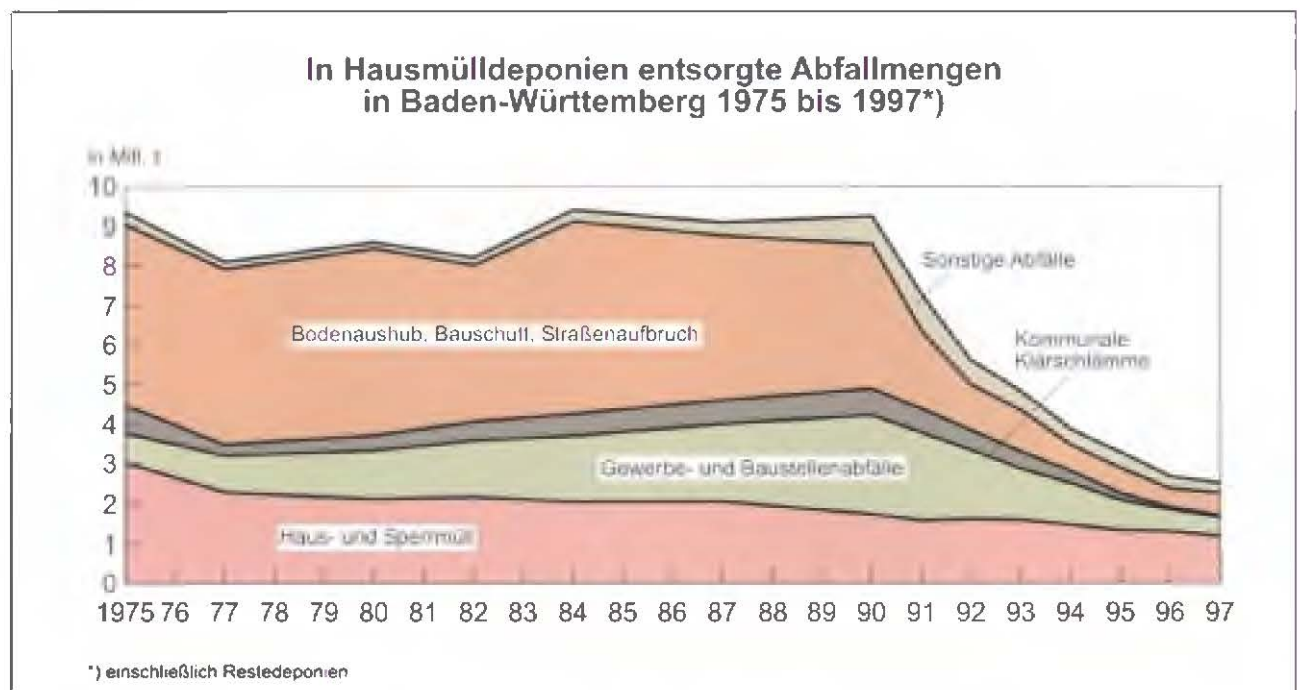
Wasser natürlicher und künstlicher oberirdischer Gewässer (Flüsse, Seen und Talsperren).

Quellwasser

Örtlich begrenzter, natürlicher Grundwasseraustritt.

Wasserqualität

Dargestellt ist zum einen die Qualität des Grund-, Quell- und Oberflächenwassers zum Zeitpunkt der Wassergewinnung. Je nach Qualität des gewonnenen Wassers und Versorgungsstruktur schließt sich an die Wassergewinnung eine Trinkwasseraufbereitung oder Mischung mit Zusatzwasser an. Die Qualität des Trinkwassers („Leitungswasser“) ist daher getrennt von der Qualität des gewonnenen Wassers zu sehen.





Öffentliche Abfallentsorgung 1997

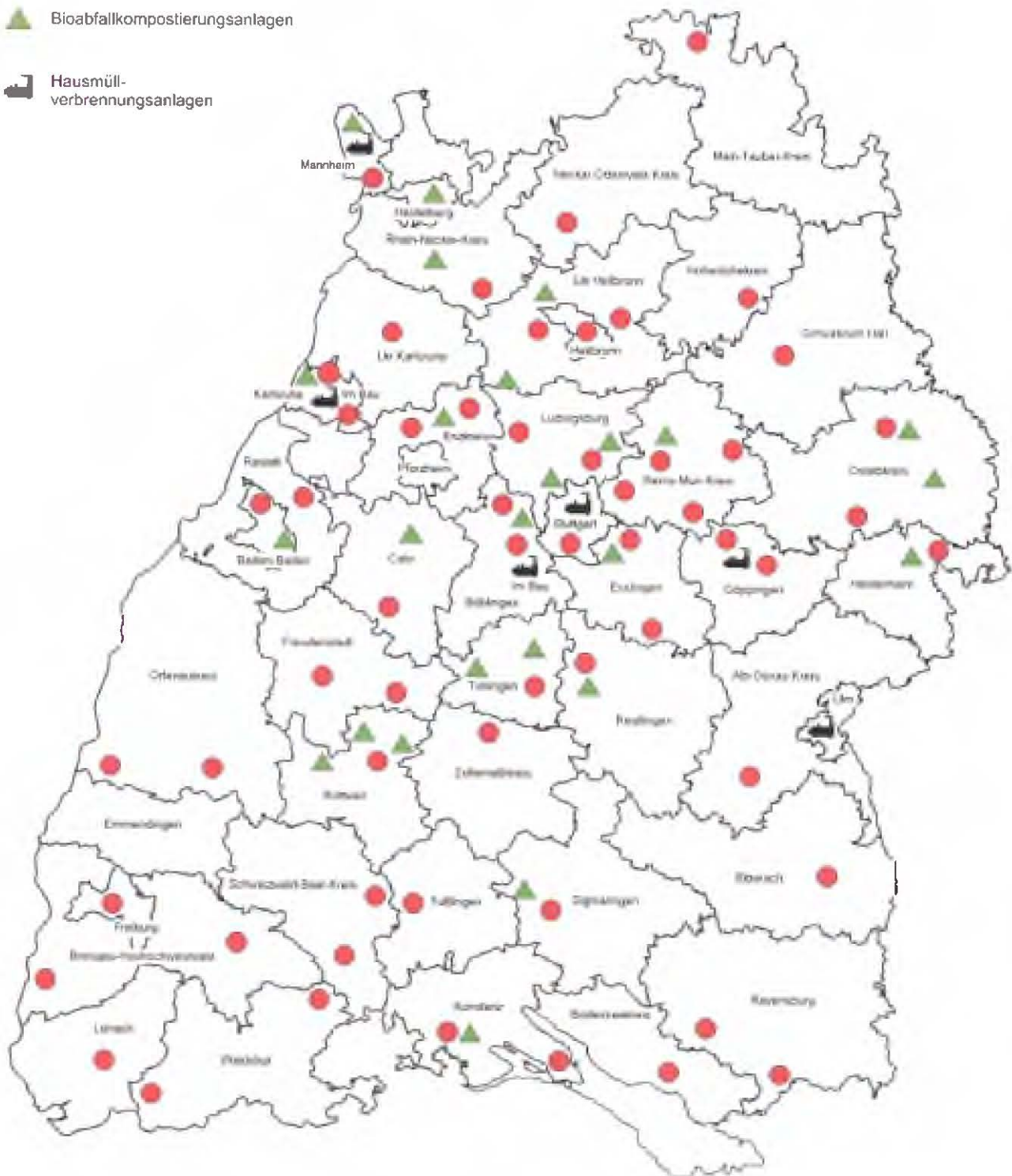
Die Stadt- und Landkreise betrieben Ende 1997 53 Hausmülldeponien, hinzu kommen fünf Reste- und zwei Monodeponien. Das insgesamt verfügbare Restvolumen der Deponien betrug rund 52 Mill. m³. Das bedeutet bei der derzeitigen Ablagerungsmenge eine theoretische Restlaufzeit von durchschnittlich 20 Jahren für jede Deponie. Zudem sind in Baden-Württemberg derzeit vier Hausmüllverbrennungsanlagen in Betrieb; zwei weitere thermische Behandlungsanlagen sind in Bau. Unter Einbeziehung dieser Anlagen stehen ab 1999 im Land rund 1,2 Mill. t an Verbrennungskapazität zur Verfügung. Für die Behandlung von organischen Abfällen sind in den Stadt- und Landkreisen 26 Bioabfall- und 61 Grünabfallkompostierungsanlagen sowie 901 Häcksel- und Kompostplätze vorhanden.

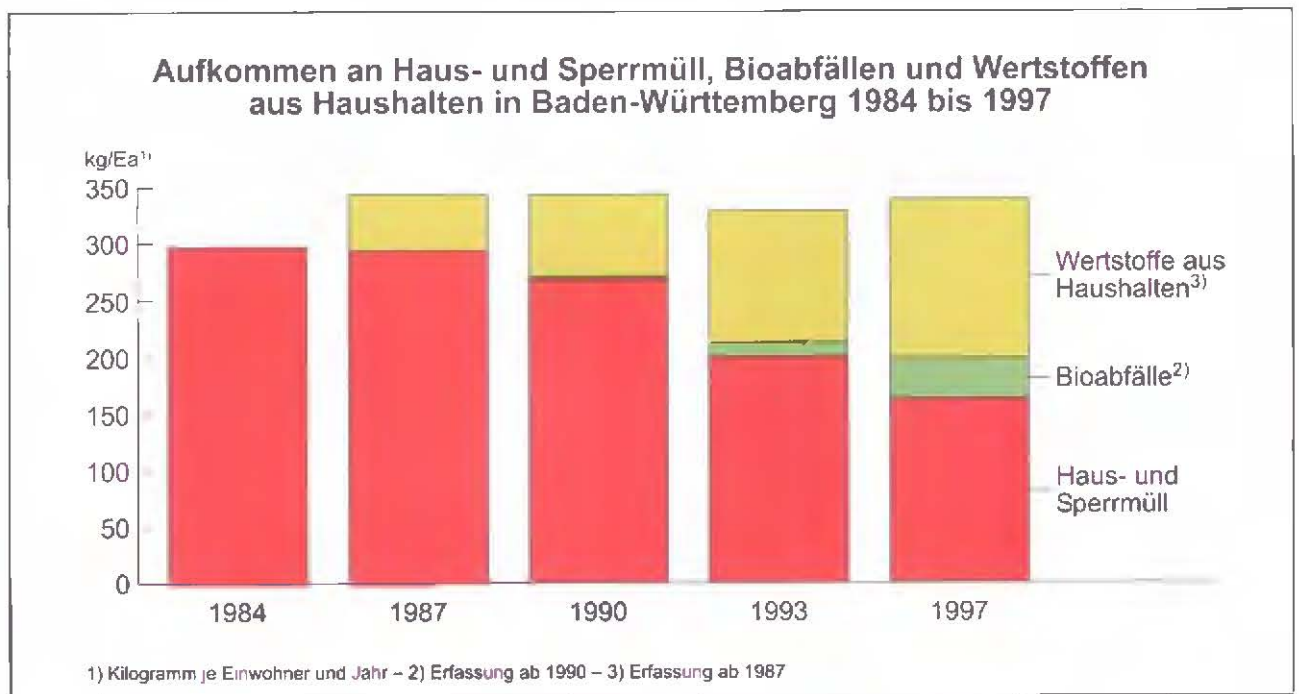
Auf den Hausmülldeponien im Land wurden 1997 insgesamt 2,5 Mill. t Abfälle angeliefert. Es handelt sich dabei größtenteils um Haus- und Sperrmüll (1,2 Mill. t), Baumassenabfälle (0,6 Mill. t) sowie Gewerbe- und Baustellenabfälle (0,5 Mill. t). Die auf Deponien zu beseitigende Abfallmenge konnte in den letzten Jahren durch verstärkte Verwertungsmaßnahmen der Kreise, wie Ausbau der Wertstofferrfassung und Einführung der Bioabfallsammlung, deutlich reduziert werden. Im Jahr 1990 wurden vergleichsweise noch 9,2 Mill. t Abfälle auf Hausmülldeponien entsorgt, darunter 1,7 Mill. t Haus- und Sperrmüll, 3,7 Mill. t Bauabfälle und 2,5 Mill. t Gewerbeabfälle.

Diese auf den ersten Blick positiv zu bewertende Mengenentwicklung war allerdings vielerorts nicht mit einer Reduzierung, sondern mit einem Anstieg der Entsorgungsgebühren für Restmüll verbunden. Die Gründe hierfür sind die teilweise erheblichen Kosten für die vielfältigen Verwertungsmaßnahmen sowie ein relativ hoher Fixkostenanteil bei der Abfallentsorgung.

Abfallentsorgungsanlagen in Baden-Württemberg 1998

-  Hausmülldeponien einschließlich Restedepotien
-  Bioabfallkompostierungsanlagen
-  Hausmüllverbrennungsanlagen





Abfallaufkommen je Einwohner 1997

Am meisten Haus- und Sperrmüll:

1. Stadtkreis Mannheim	319 kg
2. Stadtkreis Karlsruhe	258 kg
3. Stadtkreis Stuttgart	257 kg
4. Hohenlohekreis	256 kg
5. Stadtkreis Heilbronn	238 kg

Land Baden-Württemberg: 163 kg

Bundesrepublik Deutschland: kein Vergleichswert vorhanden

Am wenigsten Haus- und Sperrmüll:

44. Main-Tauber-Kreis	79 kg
43. Landkreis Freudenstadt	80 kg
42. Landkreis Rottweil	84 kg
41. Bodenseekreis	86 kg
40. Landkreis Tübingen	92 kg

Der Rückgang des kommunalen Abfallaufkommens hat verschiedene Ursachen

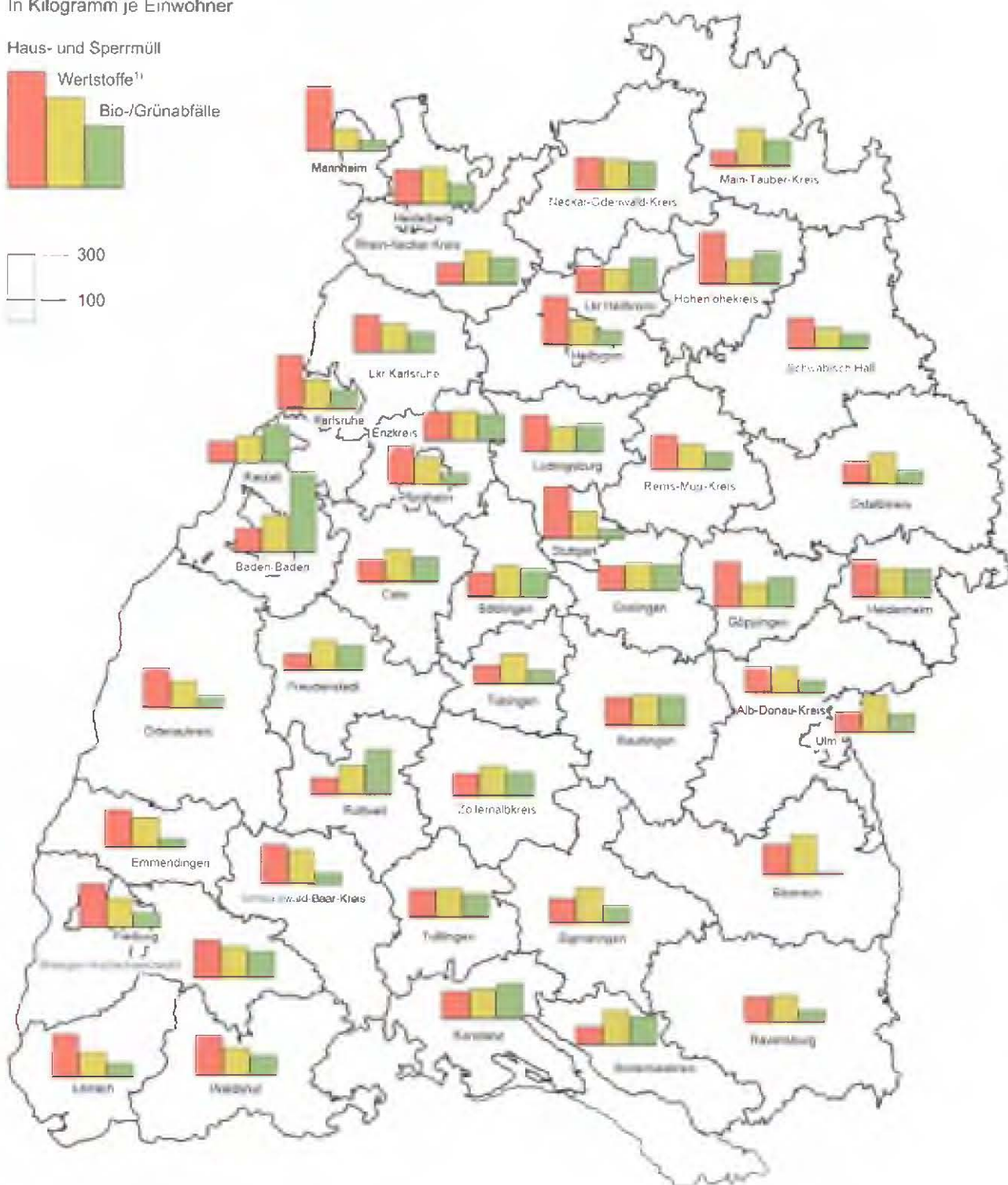
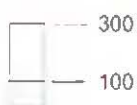
Das kommunale Abfallaufkommen im Land betrug im Jahr 1997 rund 14,9 Mill. t. Diese Abfallmenge umfaßt alle Abfälle, die den Stadt- und Landkreisen zur Entsorgung überlassen werden. Ein Vergleich mit dem Jahr 1990, das einen Höchststand des Abfallaufkommens innerhalb der letzten 15 Jahre repräsentiert, zeigt einen Mengenrückgang von über 50 %.

Die Ursachen des Mengenrückgangs verdeutlicht eine Betrachtung der einzelnen Abfallfraktionen. Das Haus- und Sperrmüllaufkommen belief sich 1997 auf 1,7 Mill. t. im Vergleich zu 1990 ein Rückgang von 35 %. Durch den stetigen Ausbau der Wertstoffeffassung der Stadt- und Landkreise (1,5 Mill. t) sowie des Dualen Systems Deutschland und den Auf- und Ausbau der Sammlung organischer Abfälle (1,1 Mill. t Bio- und Grünabfälle) konnte diese Reduktion erreicht werden. Das Gewerbe- und Baustellenabfallaufkommen betrug 1997 rund 551 000 t und damit nur noch 20 % der Abfallmenge von 1990. Das Aufkommen der Baumassenabfälle belief sich auf 9,5 Mill. t. Die Abnahme im Vergleich zu 1990 beträgt hier 58 %. Für beide Fraktionen resultiert dies zum einen aus den von den Kreisen ergriffenen Maßnahmen zur Verwertung und dem Vollzug der Verpackungsverordnung. Zum anderen hat die Schaffung privatwirtschaftlicher VerwertungsKapazitäten die Mengenströme in die private Entsorgungswirtschaft verstärkt. Teilweise wurden auch Mengen in Anlagen außerhalb des Landes beseitigt.

Abfallaufkommen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1997 nach Abfallarten

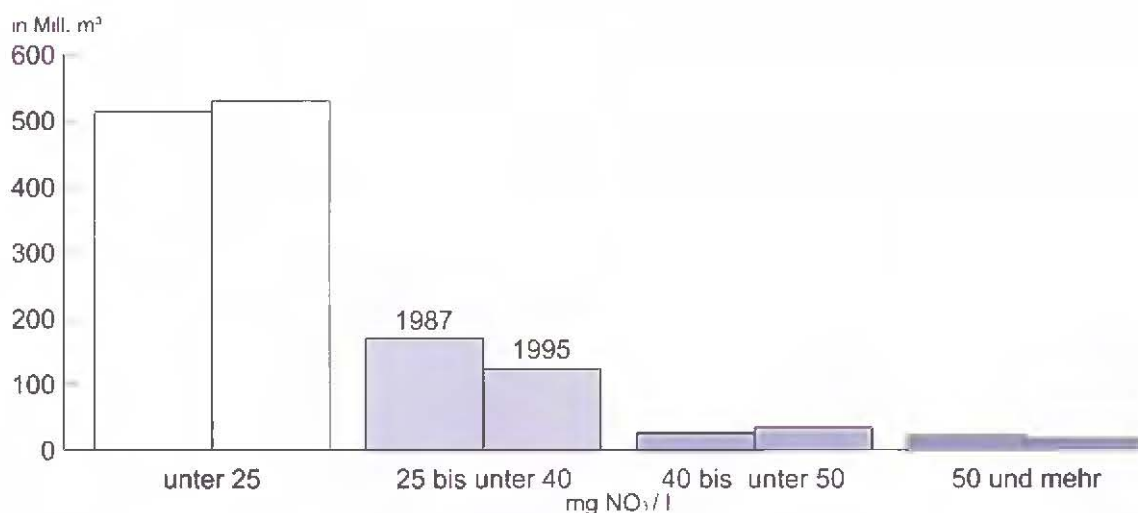
In Kilogramm je Einwohner

Haus- und Sperrmüll



¹⁾ Wertstoffe aus Haushaltungen einschließlich Schrott aus Kompostierungs- und Müllverbrennungsanlagen

Nitratgehalt des gewonnenen Grund-, Quell- und Oberflächenwassers in Baden-Württemberg 1987 und 1995



Nitratgehalt des gewonnenen Grund-, Quell- und Oberflächenwassers 1995

Größte Wassermenge mit weniger als 25 mg Nitrat pro Liter im gewonnenen Wasser (in 1 000 m³):

1. Bodenseekreis	141 969
2. Alb-Donau-Kreis	33 952
3. Rhein-Neckar-Kreis	30 662
4. Ortenaukreis	18 446
5. Landkreis Rastatt	18 022

Land Baden-Württemberg.
Bundesrepublik Deutschland

529 777

keine Vergleichswerte vorhanden

Größte Wassermenge mit 50 mg und mehr Nitrat pro Liter im gewonnenen Wasser (in 1 000 m³):

44. Alb-Donau-Kreis	4 359
43. Main-Tauber-Kreis	2 866
42. Landkreis Heilbronn	1 807
41. Landkreis Karlsruhe	1 519
40. Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	1 191

Land Baden-Württemberg:

15 985

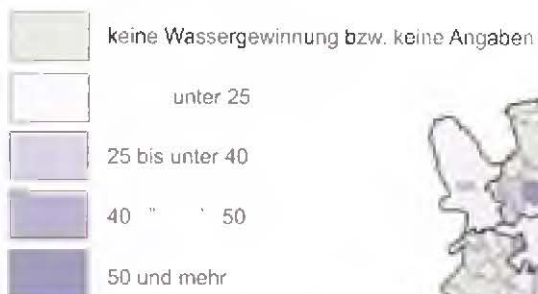
Qualität des gewonnenen Grund-, Quell- und Oberflächenwassers

1995 wurden in Baden-Württemberg annähernd 70 % des gewonnenen Wassers für Zwecke der Trinkwasserversorgung aufbereitet oder mit qualitativ höherwertigem Wasser gemischt. Zur Gewährleistung der geforderten Mindestqualität werden in zunehmendem Maße Aufbereitungsmaßnahmen durchgeführt. Diese Maßnahmen haben zwar zum Teil vorsorgenden Charakter, weisen jedoch auf Qualitätsrisiken, etwa durch hohe Nitrat- und Pflanzenschutzmittel-Belastungen oder die zunehmende Versauerung in einigen Gebieten des Landes, hin. Im Mittelpunkt der Betrachtung der Qualität des gewonnenen Wassers steht das Nitrat (NO₃).

Im Vergleich zu 1987 ging der landesweite gewogene Mittelwert der Nitratkonzentration im Grund-, Quell- und Oberflächenwasser von 21 mg/l auf 19 mg/l im Jahr 1991 zurück und stagniert seitdem. Belastungen mit Nitrat sind vorwiegend anthropogenen, das heißt menschlichen Ursprungs. Die wichtigsten Quellen sind die Nitratauswaschung aus landwirtschaftlichen Flächen und der Stickstoffeintrag aus der Luft. Da Gewinnungsanlagen mit schlechterer Wasserqualität allerdings bevorzugt stillgelegt oder in ihrem Förderumfang reduziert werden, können aus dem Rückgang des mittleren Nitratgehaltes im gewonnenen Wasser nur bedingt Aussagen zum qualitativen Zustand der Wasservorkommen insgesamt abgeleitet werden.

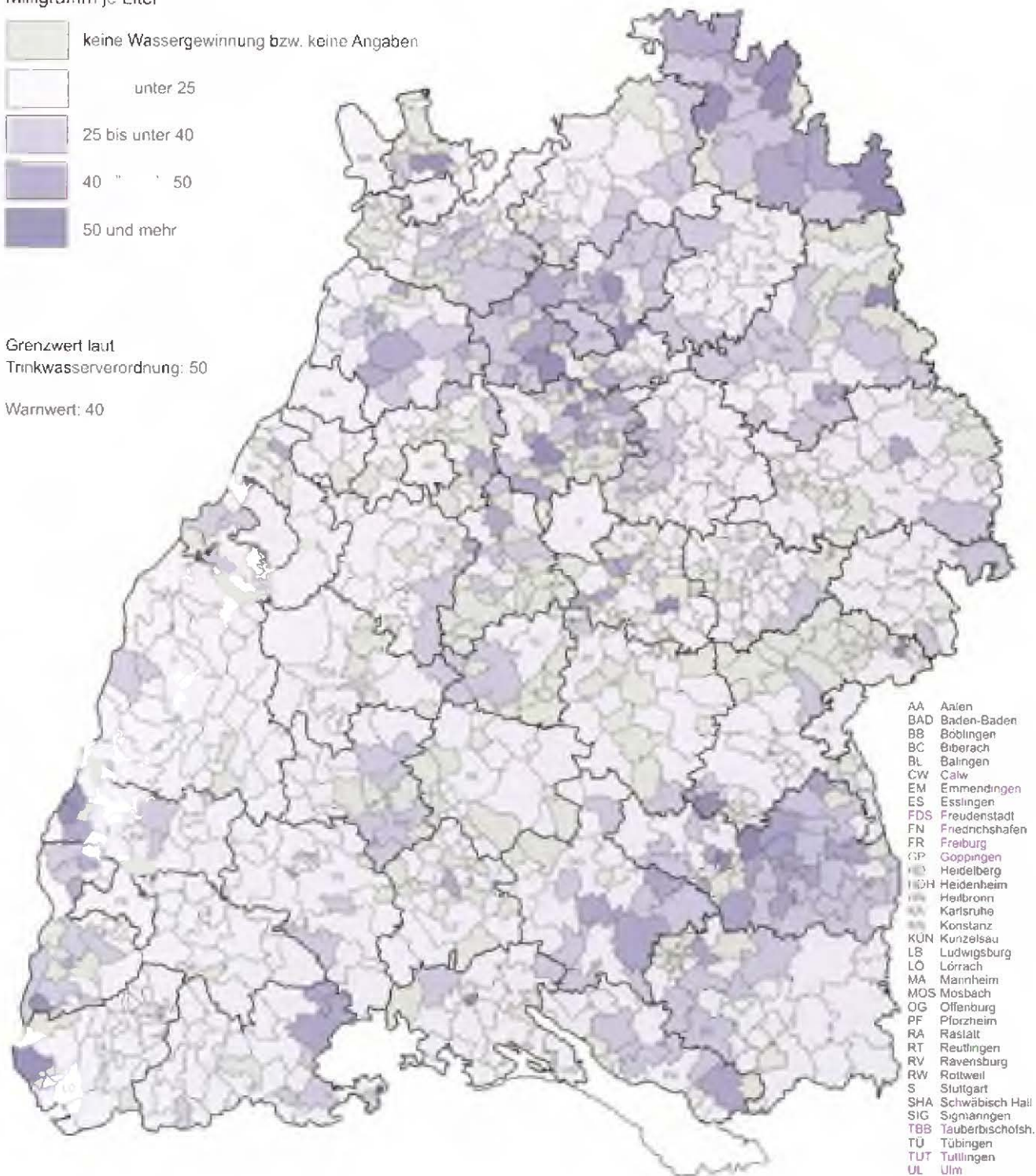
Nitratgehalt des gewonnenen Wassers*) in den Gemeinden Baden-Württembergs 1995

Milligramm je Liter¹⁾



Grenzwert laut
Trinkwasserverordnung: 50

Warnwert: 40



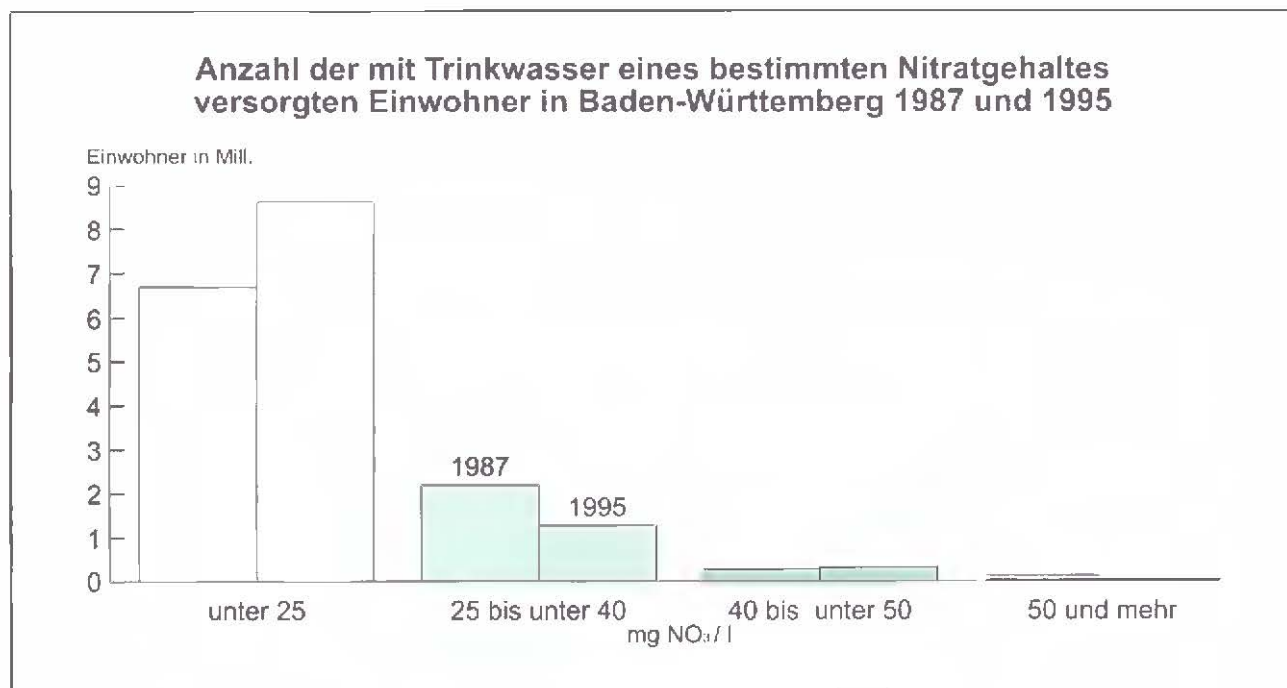
AA Aalen
BAD Baden-Baden
BB Balingen
BC Biberach
BL Balingen
CW Calw
EM Emmendingen
ES Esslingen
FDS Freudenstadt
FN Friedrichshafen
FR Freiburg
GP Goppingen
HCH Heidelberg
HCH Heidelberg
HCH Heidelberg
HCH Heidelberg
KUN Kunzelsau
LB Ludwigsburg
LO Lörrach
MA Mannheim
MOS Mosbach
OG Offenburg
PF Pforzheim
RA Rastatt
RT Reutlingen
RV Ravensburg
RW Rottweil
S Stuttgart
SHA Schwäbisch Hall
SIG Sigmaringen
TBB Tauberbischofsheim
TU Tübingen
TUT Tuttlingen
UL Ulm
VS Villingen-Schwenningen
WN Waiblingen
WT Waldshut-Tiengen

*) umfasst Grund-, Quell- und Oberflächenwasser

1) berechnet als gewogener Durchschnitt sämtlicher Gewinnungsanlagen je Gemeinde

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Statlas 12/84/98



Nitratgehalt des Trinkwassers 1995

Größte Anzahl von Einwohnern, die mit Trinkwasser versorgt wurden, das *weniger als 25 mg* Nitrat je Liter enthielt:

1. Stadtkreis Stuttgart	585 600
2. Landkreis Esslingen	474 400
3. Rhein-Neckar-Kreis	399 500
4. Landkreis Ludwigsburg	379 400
5. Rems-Murr-Kreis	339 300

Land Baden-Württemberg 8 639 000

Bundesrepublik Deutschland: keine Vergleichswerte vorhanden

Größte Anzahl von Einwohnern, die mit Trinkwasser versorgt wurden, das *50 mg und mehr* Nitrat je Liter enthielt:

44. Main-Tauber-Kreis	13 500
43. Landkreis Emmendingen	5 300
42. Landkreis Konstanz	2 400
41. Landkreis Lörrach	1 400
40. Landkreis Biberach	1 200
Landkreis Waldshut	1 200

Land Baden-Württemberg 26 000

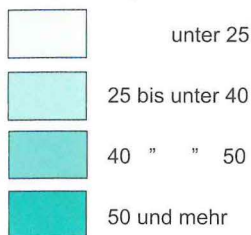
Trinkwasserqualität in Baden-Württemberg erfüllt hohen Standard

Die Qualität des Trinkwassers in Baden-Württemberg entspricht zum weitaus überwiegenden Teil einem hohen Standard. Maßstab dafür ist die Trinkwasserverordnung vom 5. Dezember 1990, in der die Anforderungen an das im Rahmen der öffentlichen Wasserversorgung an die Verbraucher abgegebene Trinkwasser formuliert sind.

Im Blickpunkt der Qualitätsbetrachtung steht vor allem der Nitratgehalt. Im Jahr 1995 erhielten 99,7 % der durch öffentliche Wasserversorgungsunternehmen versorgten Einwohner Baden-Württembergs Trinkwasser, das weniger als 50 Milligramm Nitrat je Liter (Grenzwert) enthielt. In 33 der 2 785 Versorgungsgebiete im Land wurde dieser Wert vorübergehend überschritten. Davon waren 26 200 Einwohner betroffen. Im Jahr 1993 waren es noch 141 300 Einwohner in 99 Versorgungsgebieten. Diese Verbesserung beim abgegebenen Trinkwasser kann jedoch nicht einer entsprechenden Verbesserung der Beschaffenheit des gewonnenen Grund- und Oberflächenwassers gleichgesetzt werden, da stärker mit Nitrat belastete Gewinnungsanlagen häufig stillgelegt werden oder das dort gewonnene Wasser mit qualitativ höherwertigem Wasser gemischt wird.

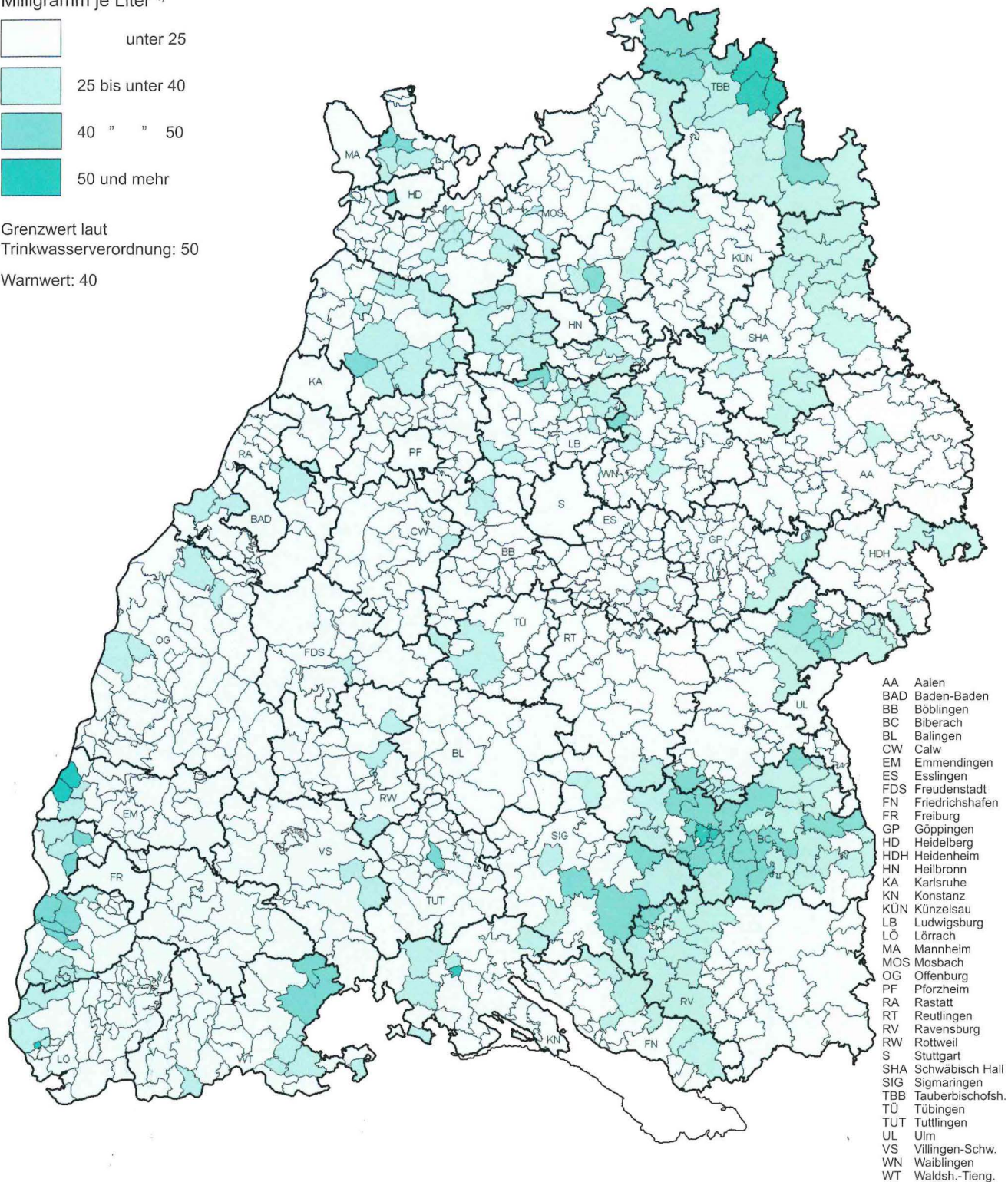
Nitratgehalt des Trinkwassers in den Gemeinden Baden-Württembergs 1995

Milligramm je Liter ¹⁾



Grenzwert laut
Trinkwasserverordnung: 50

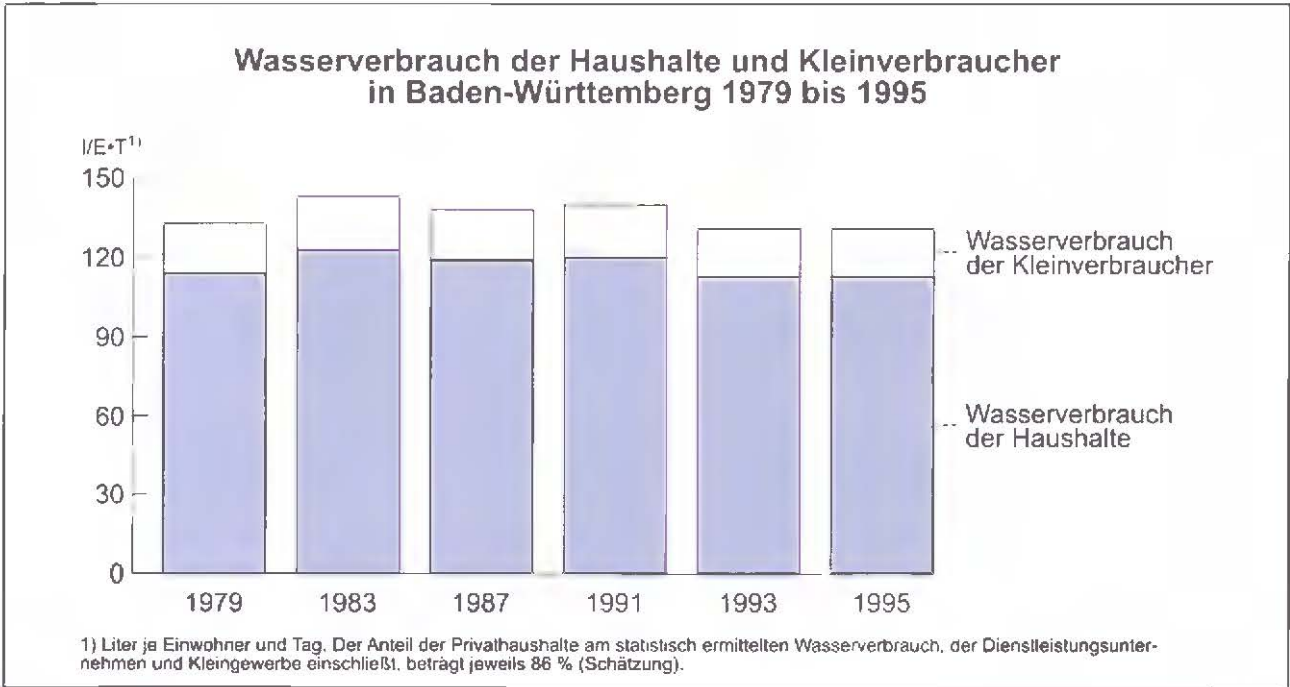
Warnwert: 40



1) berechnet als gewogener Durchschnitt sämtlicher Versorgungsgebiete je Gemeinde, für die Angaben zu Nitrat vorlagen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Statlas 12/85/98



Wasserverbrauch der Haushalte und Kleinverbraucher 1995 (Liter je Einwohner u.Tag)

Der höchste Wasserverbrauch:

1. Stadtkreis Heidelberg	173 l/E•T
2. Stadtkreis Karlsruhe	163 l/E•T
3. Stadtkreis Baden-Baden	159 l/E•T
4. Stadtkreis Stuttgart	154 l/E•T
5. Stadtkreis Mannheim	150 l/E•T

Der geringste Wasserverbrauch:

44. Landkreis Rottweil	111 l/E•T
43. Landkreis Tuttlingen	114 l/E•T
42. Hohenlohekreis	116 l/E•T
41. Landkreis Calw	118 l/E•T
Landkreis Tübingen	118 l/E•T

Land Baden-Württemberg:	131 l/E•T
Bundesrepublik Deutschland:	132 l/E•T

Der tägliche Pro-Kopf-Verbrauch von Trinkwasser beträgt 131 Liter

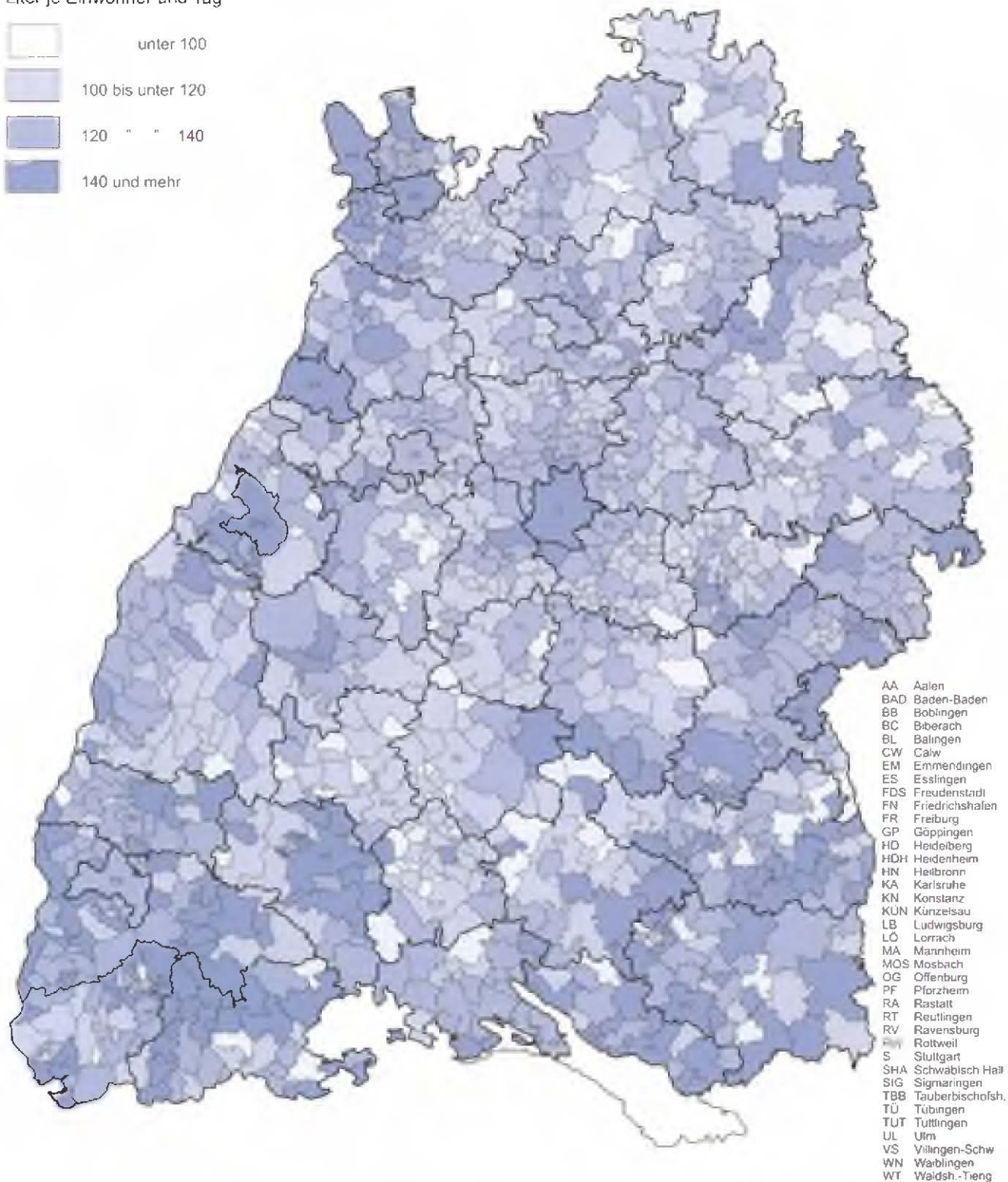
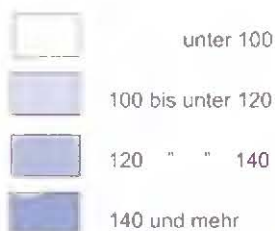
Der Wasserverbrauch der Privathaushalte wird in der Statistik gemeinsam mit dem der Dienstleistungsunternehmen und des Kleingewerbes erfaßt, da die Wasserversorgungsunternehmen die Wasserabgabe nicht differenziert erfassen können. Dieser spezifische Wasserverbrauch betrug 1995 in Baden-Württemberg 131 Liter pro Einwohner und Tag (l/E•T). Nach einem deutlichen Anstieg zu Beginn der 80er Jahre (1983: 143 Liter) lag der Verbrauch zwischen 1987 bis 1991 auf gleichbleibend hohem Niveau (138 bzw. 140 Liter) und ging dann 1993 auf 131 l/E•T zurück.

Die rückläufige Entwicklung beim Wasserverbrauch zwischen 1991 bis 1995 zeigt sich bei rund drei Viertel der Kommunen im Land. Die Gründe für diese Tendenz liegen im veränderten Verhalten der Verbraucher, einerseits aufgrund gestiegener Preise und andererseits aufgrund zunehmenden Umweltbewußtseins.

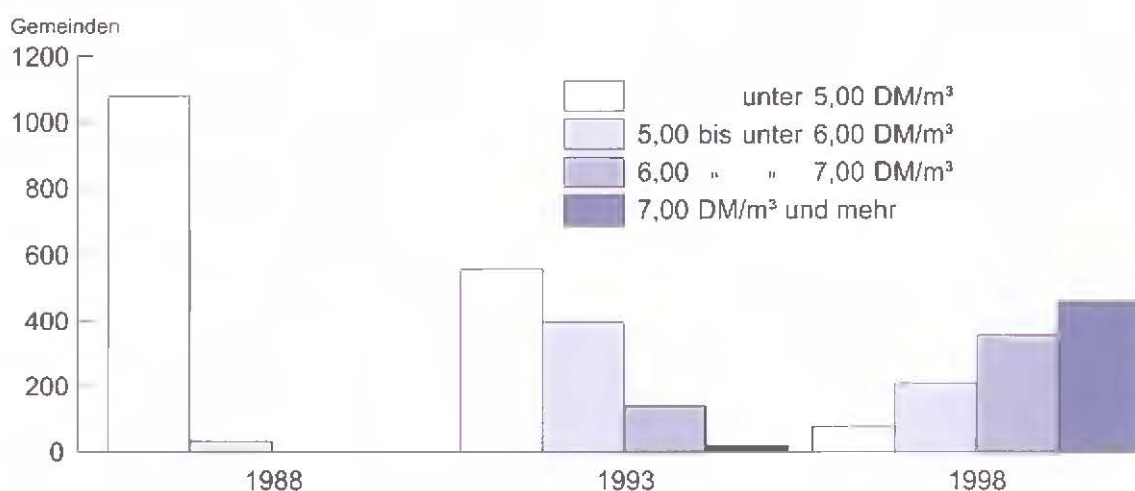
Nach wie vor groß sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Städten und Gemeinden. Der Wasserverbrauch streut zwischen 80 und 173 l/E•T. Gemeinden in ausgesprochen ländlichen Gebieten weisen einen sehr geringen, Gemeinden in Gebieten mit starkem Fremdenverkehr und solche in Ballungsräumen dagegen häufig einen recht hohen Pro-Kopf-Verbrauch auf.

Wasserverbrauch der Haushalte und Kleinverbraucher in den Gemeinden Baden-Württembergs 1995

Liter je Einwohner und Tag



Gesamtpreis für Trink- und Abwasser in den Gemeinden Baden-Württembergs 1988, 1993 und 1998 nach Gebührengößenklassen



Gesamtpreis für Trink- und Abwasser 1998 (ohne Grundpreis)

Höchste Preise pro m³:

1. Stadtkreis Pforzheim	8,18 DM
2. Neckar-Odenwald-Kreis	8,07 DM
3. Landkreis Freudenstadt	7,97 DM
4. Landkreis Sigmaringen	7,61 DM
5. Landkreis Esslingen	7,46 DM
Landkreis Schwäbisch Hall	7,46 DM

Niedrigste Preise pro m³:

44. Stadtkreis Karlsruhe	5,06 DM
43. Stadtkreis Baden-Baden	5,23 DM
42. Landkreis Ravensburg	5,97 DM
41. Landkreis Karlsruhe	5,98 DM
40. Landkreis Rastatt	6,01 DM

Land Baden-Württemberg: 6,70 DM

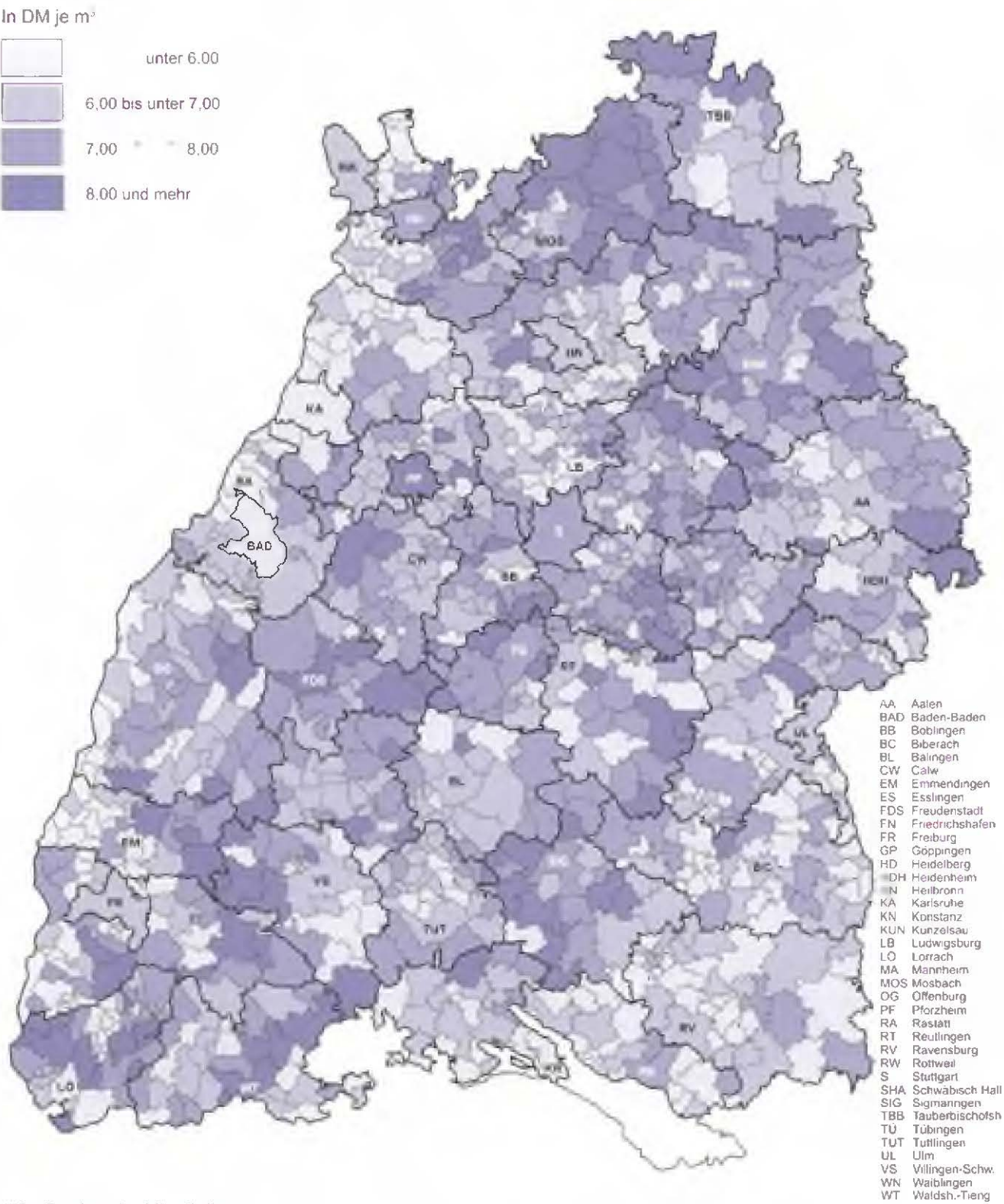
Bundesrepublik Deutschland: kein Vergleichswert vorhanden

Trink- und Abwasser kosteten 1998 durchschnittlich 6,70 DM pro Kubikmeter

Der Preis für Trink- und Abwasser betrug 1998 im Landesdurchschnitt 6,70 pro Kubikmeter. Trinkwasser kostete durchschnittlich 2,99 DM/m³, Abwasser im Mittel 3,71 DM/m³. Die Gesamtpreise für Trink- und Abwasser variieren von Gemeinde zu Gemeinde zwischen 3,07 und 12,34 DM/m³, wobei der Trinkwasserpreis zwischen 0,21 und 5,78 DM/m³ und der Preis für Abwasser sogar zwischen 0,90 und 7,95 DM/m³ streut. Stichtag für die Ermittlung der Gebühren ist jeweils der 1. Januar.

Im Vergleich zu 1988 (3,78 DM/m³) ist der Gesamtpreis im Landesmittel auf das 1,8fache angestiegen. Die Ursachen für den anhaltenden Preisanstieg liegen einerseits in den gewachsenen Aufwendungen für die Sicherstellung der Versorgung mit ausreichend Trinkwasser in einwandfreier Qualität, in höheren Kosten der Abwasserbeseitigung aufgrund gestiegener Anforderungen an den Gewässerschutz und nicht zuletzt in den notwendigen Sanierungsmaßnahmen des bestehenden Kanalnetzes. Andererseits kann sich auch aus dem zurückgehenden Wasserverbrauch in den Haushalten und der Industrie eine Anhebung der spezifischen Gebühren ergeben, da die hohen Fixkosten der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung auf die weniger verbrauchten Kubikmeter umzulegen sind. Dennoch lohnt sich letztlich das Wassersparen für die privaten Haushalte, da auch bei steigendem Kubikmeterpreis die Höhe der Wasserrechnung vom tatsächlichen Verbrauch entscheidend mitbestimmt wird.

Gesamtpreis für Trink- und Abwasser*)
in den Gemeinden Baden-Württembergs am 1. Januar 1998



AA

Aalen

BAD

Baden-Baden

BB

Baden

BC

Biberach

BL

Balingen

CW

Calw

EM

Emmendingen

ES

Esslingen

FDS

Freudenstadt

FN

Friedrichshafen

FR

Freiburg

GP

Göppingen

HD

Heidelberg

HDH

Heidenheim

HN

Heilbronn

KA

Karlsruhe

KN

Konstanz

KUN

Künzelsau

LB

Ludwigsburg

LO

Lörrach

MA

Mannheim

MOS

Mosbach

OG

Offenburg

PF

Pforzheim

RA

Rastatt

RT

Reutlingen

RV

Ravensburg

RW

Rottweil

S

Stuttgart

SHA

Schwäbisch Hall

SIG

Sigmaringen

TBB

Tauberbischofsheim

TU

Tübingen

TUT

Tuttlingen

UL

Ulm

VS

Villingen-Schwenningen

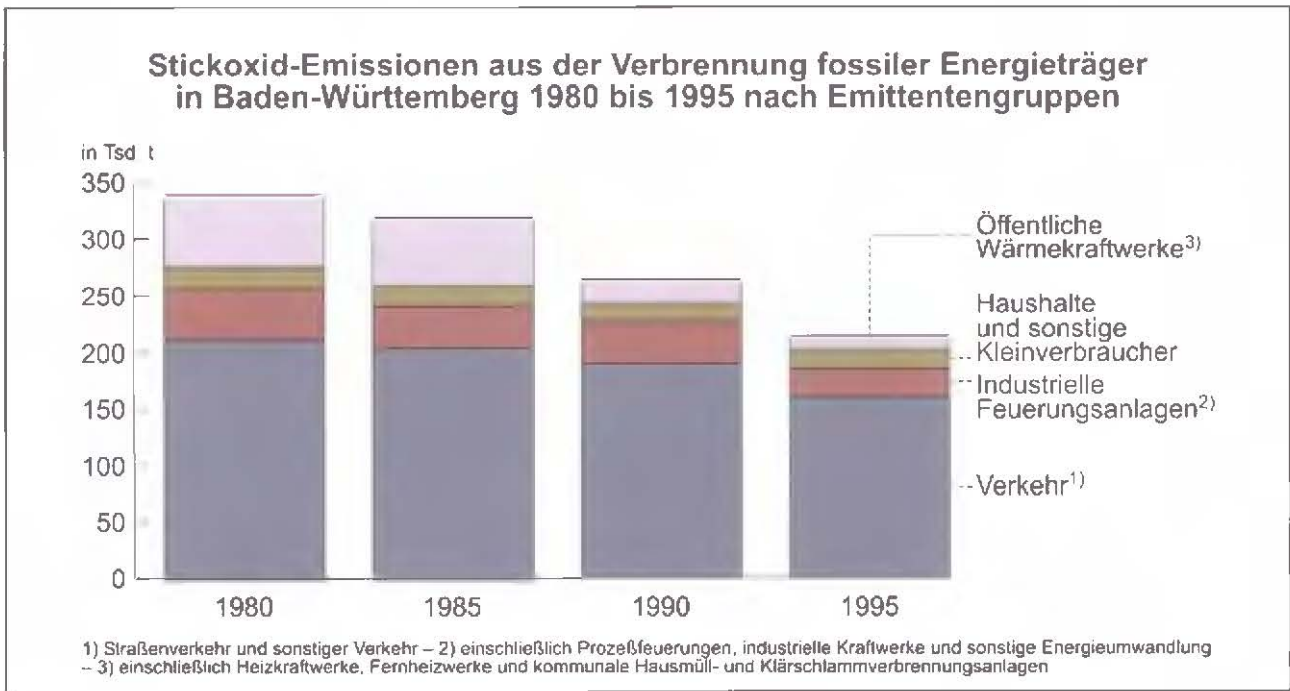
WN

Waldshut-Tiengen

WT

Waldshut-Tiengen

*) Der Grundpreis ist nicht enthalten.



NO_x-Emissionen 1995

Am meisten NO_x-Emissionen:

1. Stadtkreis Karlsruhe	11 407 t
2. Rhein-Neckar-Kreis	11 193 t
3. Ortenaukreis	9 686 t
4. Stadtkreis Mannheim	8 797 t
5. Landkreis Esslingen	8 690 t

Land Baden-Württemberg:	214 624 t
Bundesrepublik Deutschland:	1 932 000 t

Am wenigsten NO_x-Emissionen:

44. Stadtkreis Baden-Baden	1 095 t
43. Stadtkreis Heidelberg	2 010 t
42. Stadtkreis Pforzheim	2 199 t
41. Landkreis Calw	2 282 t
40. Stadtkreis Ulm	2 396 t

NO_x-Emissionen hauptsächlich durch den Straßenverkehr bedingt

Die NO_x-Emissionen betrugen 1995 etwa 214 600 t. Im Jahr 1980 waren es noch 338 300 t. Die Emissionsminderung seit 1980 ist mit 37 % deutlich niedriger als die Verringerung der SO₂-Emissionen (– 74 %). Diese Entwicklung hängt mit der spezifischen Emittentenstruktur zusammen. Bei den NO_x-Emissionen ist der Straßenverkehr mit einem Anteil von 59 % an den gesamten NO_x-Emissionen der Hauptverursacher, dagegen liegt der Straßenverkehrsanteil bei den SO₂-Emissionen nur bei 14 %; die anderen Emittentengruppen (Kraftwerke, Industrie, Haushalte) haben entsprechend niedrigere Anteile. Die deutlichen Minderungen der NO_x-Emissionen bei den Kraftwerken und industriellen Feuerungsanlagen wurden durch die Stagnation der Emissionen bei den Haushalten und der erst Ende der 80er Jahre einsetzenden Minderung der NO_x-Emissionen durch den Straßenverkehr wieder wettgemacht.

Für die Verteilung der NO_x-Emissionen auf die Stadt- und Landkreise sind die Straßenverkehrsemissionen und damit das regionale Verkehrsaufkommen bestimmend. In einzelnen Kreisen fallen auch die Kraftwerke und industrielle Großfeuerungsanlagen ins Gewicht.

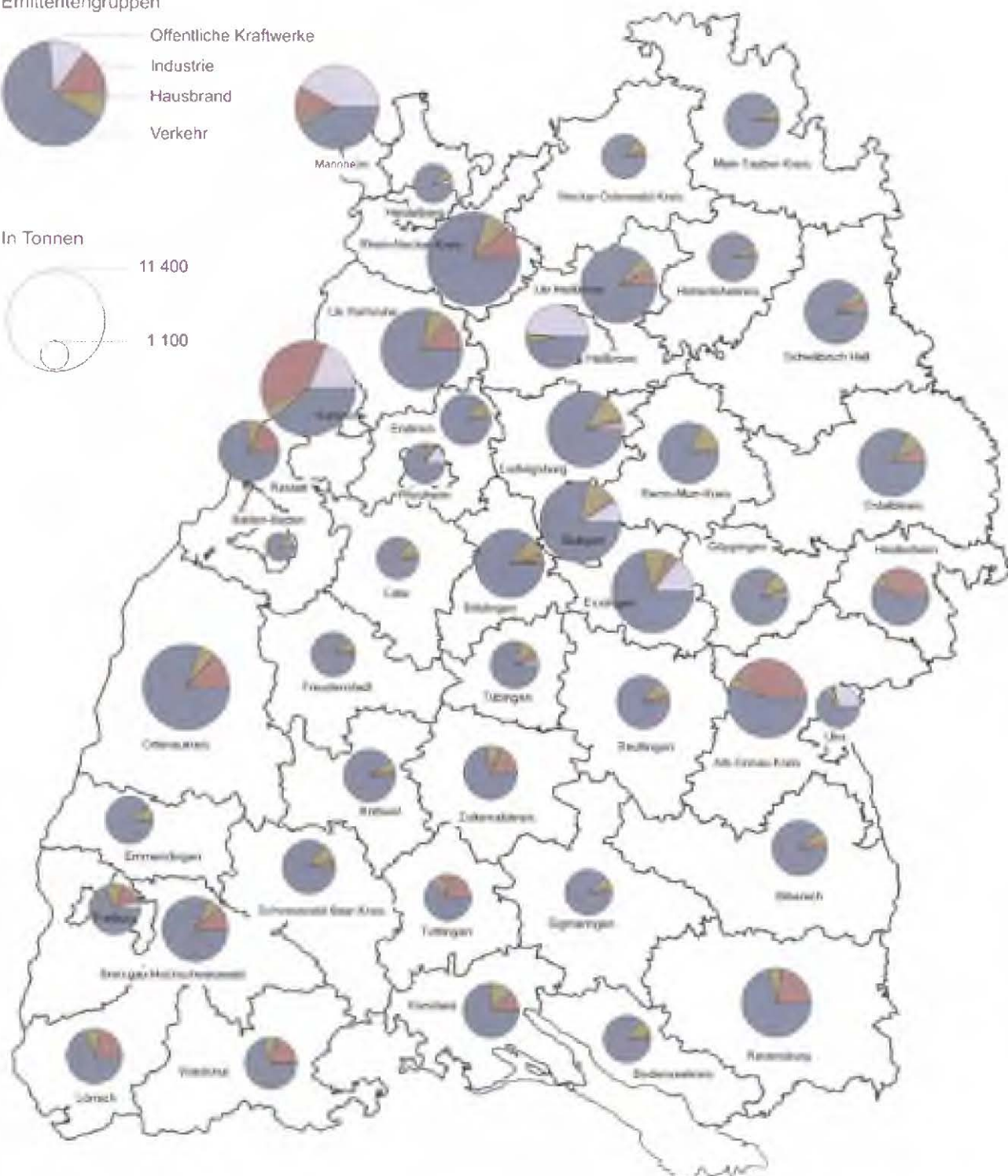
Die fünf Kreise mit den höchsten NO_x-Emissionen hatten 1995 zusammen eine NO_x-Fracht von 49 800 t. Dies entsprach einem Anteil von 23 % an den NO_x-Emissionen des Landes insgesamt. Die regionale Konzentration der NO_x-Emissionen ist damit deutlich geringer als bei den SO₂-Emissionen.

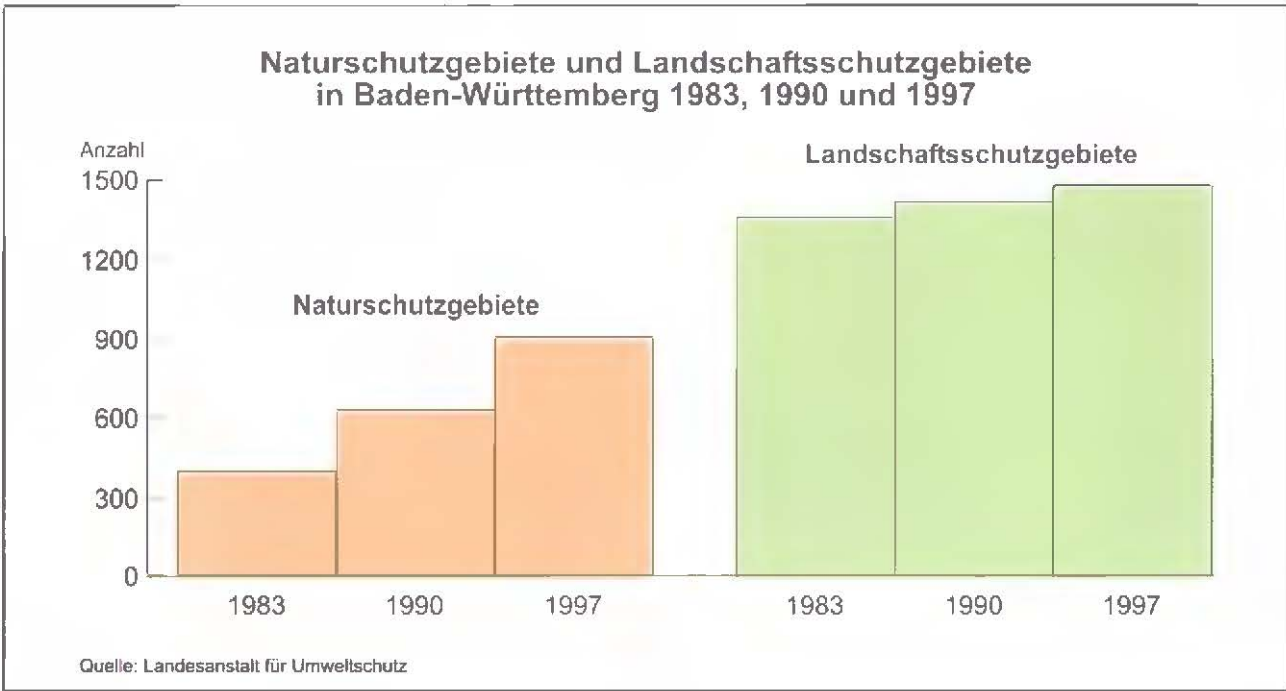
NO_x-Emissionen
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1995

Emittentengruppen



In Tonnen





Anteile der Schutzgebiete an der Gesamtfläche 1997

Höchster Anteil Naturschutzgebiete:

- | | |
|-------------------------|-------|
| 1. Landkreis Lörrach | 6,8 % |
| 2. Stadtkreis Stuttgart | 6,6 % |
| 3. Landkreis Konstanz | 5,0 % |

Geringster Anteil Naturschutzgebiete:

- | | |
|-------------------------|-------|
| 44. Landkreis Heilbronn | 0,2 % |
| 43. Stadtkreis Ulm | 0,3 % |
| 42. Hohenlohekreis | 0,5 % |
| Landkreis Rottweil | 0,5 % |

Land Baden-Württemberg:	2,0 % (1996: 1,9 %)
Bundesrepublik Deutschland:	2,3 % (1996)

Höchster Anteil Landschaftsschutzgebiete:

- | | |
|---------------------------|--------|
| 1. Stadtkreis Baden-Baden | 63,1 % |
| 2. Stadtkreis Pforzheim | 60,3 % |
| 3. Landkreis Esslingen | 44,6 % |

Geringster Anteil Landschaftsschutzgebiete:

- | | |
|----------------------------|-------|
| 44. Landkreis Lörrach | 7,3 % |
| Ortenaukreis | 7,3 % |
| 42. Landkreis Freudenstadt | 8,0 % |

Land Baden-Württemberg:	21,3 % (1995: 20,5 %)
Bundesrepublik Deutschland:	23,8 % (1995)

Gut 23 % der Landesfläche stehen unter Natur- oder Landschaftsschutz

Am 1. Januar 1976 trat in Baden-Württemberg das Naturschutzgesetz in Kraft. Seitdem wurden die klassischen Instrumente des Naturschutzes und der Landschaftspflege verstärkt ausgebaut. Die wertvollsten und wichtigsten Biotope eines jeden Naturraums wurden als Naturschutzgebiete oder Naturdenkmale gesichert. Die Landschaftsschutzgebiete dienen dagegen der Erhaltung der natürlichen Eigenart und Schönheit der Landschaft sowie der Sicherung von Erholungsräumen.

Seit 1980 erhöhte sich die Zahl der Naturschutzgebiete im Land von 298 auf 910, wobei sich die Fläche etwa verdreifachte. Die Landschaftsschutzgebiete nahmen demgegenüber im gleichen Zeitraum nur von 1 306 auf 1 479 zu, wobei hier die Fläche aber auch um ein Drittel zunahm. Die flächenmäßig größten Natur- und Landschaftsschutzgebiete befinden sich im Hochschwarzwald.

Entdecken.
Mit unserer
ganzen Energie.

EnBW
Die Energie-AG.

Wer auf Reisen geht ist bereit für neue Eindrücke und will fremde Kulturen kennenlernen. Die Neugier auf Unbekanntes öffnet den persönlichen Horizont und läßt auch Vertrautes in einem neuen Licht erscheinen. Die Entfernungen, die wir zurücklegen, sind dabei nicht immer entscheidend. Manch einer entdeckt in seiner direkten Nachbarschaft mehr Unbekanntes als in den tropischen Wäldern am Amazonas.

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG ist ständig auf der Suche nach sicheren und effizienten Techniken der Energiegewinnung. Durch die Weiterentwicklung neuer Tarife wollen wir allen Kunden das optimale Energiekonzept anbieten. Testen Sie uns.

Rufen Sie uns an: 0800-9 99 99 66.

EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe

www.enbw.com

**Mit Energie
was unternehmen.**



Kapitel 16

Die größten ..., die kleinsten ... (Ranking)

Heidelberg – Blick auf das Schloß

Eine der größten Touristenattraktionen und meistfotografierten Motive im Land ist das Heidelberger Schloß. Zusammen mit den romantisch-engen Gassen der Altstadt, dem Neckar mit seinen Brücken, zahlreichen barocken Bauten und der gotischen Heiliggeistkirche prägt die majestätische Ruine des Schlosses wesentlich das Stadtbild.

Heidelberg weist einige weitere Superlative auf. So wurde hier im Jahre 1386 unter der Herrschaft des Kurfürsten Ruprecht I. von der Pfalz – nach Prag und Wien – die dritte deutschsprachige Universität gegründet. In einem Archiv der Universität wird auch der Unterkiefer des "ältesten Baden-Württembergers" aufbewahrt: Der 500 000 bis 600 000 Jahre alte *Homo erectus heidelbergensis* wurde 1907 in einer Kiesgrube bei Mauer im Rhein-Neckar-Kreis gefunden.

Foto: Tourismus-Verband Baden-Württemberg e.V.



Stadt- und Landkreise, sortiert nach der Einwohnerzahl

Rang	Stadt-/Landkreis	Bevölkerung am 30.9.1998
1	Stadtkreis Stuttgart	582 986
2	Rhein-Neckar-Kreis	519 151
3	Landkreis Esslingen	494 029
4	Landkreis Ludwigsburg	490 676
5	Landkreis Karlsruhe	412 773
6	Rems-Murr-Kreis	404 117
7	Ortenaukreis	403 354
8	Landkreis Böblingen	358 407
9	Landkreis Heilbronn	313 150
10	Ostalbkreis	312 635
11	Stadtkreis Mannheim	309 054
12	Stadtkreis Karlsruhe	276 564
13	Landkreis Reutlingen	275 103
14	Landkreis Ravensburg	265 272
15	Landkreis Konstanz	262 542
16	Landkreis Göppingen	255 143
17	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	237 163
18	Landkreis Rastatt	221 795
19	Landkreis Lörrach	214 864
20	Schwarzwald-Baar-Kreis	209 172
21	Landkreis Tübingen	205 084
22	Stadtkreis Freiburg	199 843
23	Bodenseekreis	196 993
24	Zollernalbkreis	192 534
25	Enzkreis	189 609
26	Landkreis Schwäbisch Hall	183 969
27	Alb-Donau-Kreis	182 999
28	Landkreis Biberach	179 999
29	Landkreis Waldshut	164 419
30	Landkreis Calw	157 045
31	Landkreis Emmendingen	148 767
32	Neckar-Odenwald-Kreis	148 515
33	Landkreis Rottweil	140 001
34	Stadtkreis Heidelberg	138 897
35	Landkreis Heidenheim	137 453
36	Main-Tauber-Kreis	137 142
37	Landkreis Sigmaringen	132 033
38	Landkreis Tuttlingen	131 243
39	Stadtkreis Heilbronn	120 173
40	Landkreis Freudenstadt	119 687
41	Stadtkreis Pforzheim	117 614
42	Stadtkreis Ulm	115 468
43	Hohenlohekreis	106 015
44	Stadtkreis Baden-Baden	52 608

Stadt- und Landkreise, sortiert nach der Fläche

Rang	Stadt-/Landkreis	Fläche am 31.12.1998 in km ²
1	Ortenaukreis	1.850,8
2	Landkreis Ravensburg	1.631,8
3	Ostalbkreis	1.511,6
4	Landkreis Schwäbisch Hall	1.484,0
5	Landkreis Biberach	1.409,8
6	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	1.378,4
7	Alb-Donau-Kreis	1.357,3
8	Main-Tauber-Kreis	1.304,6
9	Landkreis Sigmaringen	1.204,4
10	Landkreis Waldshut	1.131,2
11	Neckar-Odenwald-Kreis	1.126,3
12	Landkreis Heilbronn	1.099,9
13	Landkreis Reutlingen	1.094,1
14	Landkreis Karlsruhe	1.085,0
15	Rhein-Neckar-Kreis	1.061,7
16	Schwarzwald-Baar-Kreis	1.025,3
17	Zollernalbkreis	917,7
18	Landkreis Freudenstadt	870,7
19	Rems-Murr-Kreis	858,2
20	Landkreis Konstanz	817,8
21	Landkreis Lörrach	806,8
22	Landkreis Calw	797,5
23	Hohenlohekreis	776,7
24	Landkreis Rottweil	769,4
25	Landkreis Rastatt	738,8
26	Landkreis Tuttlingen	734,4
27	Landkreis Ludwigsburg	687,0
28	Landkreis Emmendingen	679,9
29	Bodenseekreis	664,7
30	Landkreis Göppingen	642,3
31	Landkreis Esslingen	641,4
32	Landkreis Heidenheim	627,1
33	Landkreis Böblingen	617,8
34	Enzkreis	573,9
35	Landkreis Tübingen	519,2
36	Stadtkreis Stuttgart	207,3
37	Stadtkreis Karlsruhe	173,5
38	Stadtkreis Freiburg	153,1
39	Stadtkreis Mannheim	145,0
40	Stadtkreis Baden-Baden	140,2
41	Stadtkreis Ulm	118,7
42	Stadtkreis Heidelberg	108,8
43	Stadtkreis Heilbronn	99,9
44	Stadtkreis Pforzheim	97,8

Die größten Städte und Gemeinden, sortiert nach der Einwohnerzahl

Rang	Stadt/Gemeinde	Bevölkerung am 30.9.1998	Gehört zu...
1	Stuttgart, Landeshauptstadt	582 986	Stadtkreis Stuttgart
2	Mannheim, Universitätsstadt	309 054	Stadtkreis Mannheim
3	Karlsruhe, Stadt	276 564	Stadtkreis Karlsruhe
4	Freiburg im Breisgau, Stadt	199 843	Stadtkreis Freiburg
5	Heidelberg, Stadt	138 897	Stadtkreis Heidelberg
6	Heilbronn, Stadt	120 173	Stadtkreis Heilbronn
7	Pforzheim, Stadt	117 614	Stadtkreis Pforzheim
8	Ulm, Universitätsstadt	115 468	Stadtkreis Ulm
9	Reutlingen, Stadt	110 042	Landkreis Reutlingen
10	Esslingen am Neckar, Stadt	89 506	Landkreis Esslingen
11	Ludwigsburg, Stadt	86 404	Landkreis Ludwigsburg
12	Villingen-Schwenningen, Stadt	80 755	Schwarzwald-Baar-Kreis
13	Tübingen, Universitätsstadt	80 599	Landkreis Tübingen
14	Konstanz, Universitätsstadt	77 023	Landkreis Konstanz
15	Aalen, Stadt	65 956	Ostalbkreis
16	Schwäbisch Gmünd, Stadt	62 673	Ostalbkreis
17	Sindelfingen, Stadt	60 615	Landkreis Böblingen
18	Göppingen, Stadt	57 072	Landkreis Göppingen
19	Friedrichshafen, Stadt	57 025	Bodenseekreis
20	Offenburg, Stadt	56 922	Ortenaukreis
21	Baden-Baden, Stadt	52 608	Stadtkreis Baden-Baden
22	Heidenheim an der Brenz, Stadt	51 991	Landkreis Heidenheim
23	Waiblingen, Stadt	51 074	Rems-Murr-Kreis
24	Albstadt, Stadt	48 488	Zollernalbkreis
25	Ravensburg, Stadt	47 102	Landkreis Ravensburg
26	Böblingen, Stadt	46 107	Landkreis Böblingen
27	Rastatt, Stadt	46 072	Landkreis Rastatt
28	Lörrach, Stadt	45 160	Landkreis Lörrach
29	Singen (Hohentwiel), Stadt	44 455	Landkreis Konstanz
30	Leonberg, Stadt	43 971	Landkreis Böblingen
31	Weinheim, Stadt	42 782	Rhein-Neckar-Kreis
32	Fellbach, Stadt	42 626	Rems-Murr-Kreis
33	Lahr/Schwarzwald, Stadt	42 172	Ortenaukreis
34	Filderstadt, Stadt	41 621	Landkreis Esslingen
35	Bruchsal, Stadt	41 181	Landkreis Karlsruhe
36	Rottenburg am Neckar, Stadt	40 390	Landkreis Tübingen
37	Bietigheim-Bissingen, Stadt	39 972	Landkreis Ludwigsburg
38	Nürtingen, Stadt	38 668	Landkreis Esslingen
39	Ettlingen, Stadt	38 502	Landkreis Karlsruhe
40	Kirchheim unter Teck, Stadt	38 481	Landkreis Esslingen

Die kleinsten Städte und Gemeinden, sortiert nach der Einwohnerzahl

Rang	Gemeinde/Stadt	Bevölkerung am 30.9.1998	Gehört zu...
1	Böllen	111	Landkreis Lörrach
2	Emeringen	160	Alb-Donau-Kreis
3	Börslingen	164	Alb-Donau-Kreis
4	Unterwachingen	165	Alb-Donau-Kreis
5	Elbenschwand	182	Landkreis Lörrach
6	Tunau	192	Landkreis Lörrach
7	Guggenhausen	202	Landkreis Ravensburg
8	Wörnersberg	204	Landkreis Freudenstadt
9	Grundsheim	206	Alb-Donau-Kreis
10	Moosburg	206	Landkreis Biberach
11	Bürchau	210	Landkreis Lörrach
12	Breitingen	236	Alb-Donau-Kreis
13	Seekirch	240	Landkreis Biberach
14	Holzkirch	249	Alb-Donau-Kreis
15	Gutsbezirk Münsingen	261	Landkreis Reutlingen
16	Hausen am Bussen	272	Alb-Donau-Kreis
17	Wembach	273	Landkreis Lörrach
18	Raich	281	Landkreis Lörrach
19	Unterwaldhausen	283	Landkreis Ravensburg
20	Rechtenstein	303	Alb-Donau-Kreis
21	Allmannsweiler	315	Landkreis Biberach
22	Neuenweg	333	Landkreis Lörrach
23	Nerenstetten	346	Alb-Donau-Kreis
24	Schönenberg	348	Landkreis Lörrach
25	Sallneck	375	Landkreis Lörrach
26	Tegernau	376	Landkreis Lörrach
27	Dautmergen	398	Zollernalbkreis
28	Drackenstein	400	Landkreis Göppingen
29	Obergröningen	421	Ostalbkreis
30	Dürna	422	Landkreis Biberach
31	Ibach	423	Landkreis Waldshut
32	Öllingen	444	Alb-Donau-Kreis
33	Bärenthal	452	Landkreis Tuttlingen
34	Tiefenbach	464	Landkreis Biberach
35	Alleshausen	478	Landkreis Biberach
36	Fröhnd	486	Landkreis Lörrach
37	Zimmern unter der Burg	487	Zollernalbkreis
38	Reichenbach am Heuberg	496	Landkreis Tuttlingen
39	Kanzach	512	Landkreis Biberach
40	Königsheim	520	Landkreis Tuttlingen
173	Widdern, Stadt	1 820	Landkreis Heilbronn
201	Langenburg, Stadt	1 972	Landkreis Schwäbisch Hall
215	Hettingen, Stadt	2 084	Landkreis Sigmaringen
218	Aach, Stadt	2 098	Landkreis Konstanz
234	Hayingen, Stadt	2 174	Landkreis Reutlingen
253	Veringenstadt, Stadt	2 323	Landkreis Sigmaringen
269	Wiesensteig, Stadt	2 398	Landkreis Göppingen
298	Schönau im Schwarzwald, Stadt	2 529	Landkreis Lörrach
309	Sulzburg, Stadt	2 559	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
337	Scheer, Stadt	2 717	Landkreis Sigmaringen

Die größten Städte und Gemeinden, sortiert nach der Fläche

Rang	Stadt/Gemeinde	Fläche am 31.12.1998 in km ²	Gehört zu .
1	Stuttgart, Landeshauptstadt	207,3	Stadtkreis Stuttgart
2	Baiersbronn	189,6	Landkreis Freudenstadt
3	Bad Wurzach, Stadt	182,2	Landkreis Ravensburg
4	Ehingen (Donau), Stadt	178,3	Alb-Donau-Kreis
5	Leutkirch im Allgäu, Stadt	174,9	Landkreis Ravensburg
6	Karlsruhe, Stadt	173,4	Stadtkreis Karlsruhe
7	Villingen-Schwenningen, Stadt	165,4	Schwarzwald-Baar-Kreis
8	Freiburg im Breisgau, Stadt	153,0	Stadtkreis Freiburg
9	Aalen, Stadt	146,4	Ostalbkreis
10	Mannheim, Universitätsstadt	144,9	Stadtkreis Mannheim
11	Rottenburg am Neckar, Stadt	142,2	Landkreis Tübingen
12	Baden-Baden, Stadt	140,1	Stadtkreis Baden-Baden
13	Buchen (Odenwald), Stadt	138,9	Neckar-Odenwald-Kreis
14	Wertheim, Stadt	138,6	Main-Tauber-Kreis
15	Albstadt, Stadt	134,4	Zollernalbkreis
16	Forbach	131,8	Landkreis Rastatt
17	Bad Mergentheim, Stadt	129,9	Main-Tauber-Kreis
18	Ellwangen (Jagst), Stadt	127,4	Ostalbkreis
19	Sinsheim, Stadt	126,9	Rhein-Neckar-Kreis
20	Burladingen, Stadt	123,3	Zollernalbkreis
21	Horb am Neckar, Stadt	119,8	Landkreis Freudenstadt
22	Ulm, Universitätsstadt	118,6	Stadtkreis Ulm
23	Neresheim, Stadt	118,5	Ostalbkreis
24	Creglingen, Stadt	117,2	Main-Tauber-Kreis
25	Münsingen, Stadt	116,0	Landkreis Reutlingen
26	Schwäbisch Gmünd, Stadt	113,7	Ostalbkreis
27	Crailsheim, Stadt	109,0	Landkreis Schwäbisch Hall
28	Ostrach	108,9	Landkreis Sigmaringen
29	Heidelberg, Stadt	108,8	Stadtkreis Heidelberg
30	Bad Waldsee, Stadt	108,5	Landkreis Ravensburg
31	Tübingen, Universitätsstadt	108,1	Landkreis Tübingen
32	Mudau	107,5	Neckar-Odenwald-Kreis
33	Heidenheim an der Brenz, Stadt	107,1	Landkreis Heidenheim
34	Walldürn, Stadt	105,8	Neckar-Odenwald-Kreis
35	Bad Wildbad, Stadt	105,2	Landkreis Calw
36	Schrozberg, Stadt	105,2	Landkreis Schwäbisch Hall
37	Donaueschingen, Stadt	104,6	Schwarzwald-Baar-Kreis
38	Schwäbisch Hall, Stadt	104,2	Landkreis Schwäbisch Hall
39	Niederstetten, Stadt	104,0	Main-Tauber-Kreis
40	Boxberg, Stadt	101,7	Main-Tauber-Kreis

Die kleinsten Städte und Gemeinden, sortiert nach der Fläche

Rang	Gemeinde/Stadt	Fläche am 31.12.1998 in km²	Gehört zu.
1	Wembach	1,80	Landkreis Lörrach
2	Moosburg	1,86	Landkreis Biberach
3	Fischingen	1,89	Landkreis Lörrach
4	Leinzell	2,10	Ostalbkreis
5	Daisendorf	2,44	Bodenseekreis
6	Birenbach	2,50	Landkreis Göppingen
7	Unterwachingen	2,60	Alb-Donau-Kreis
8	Merzhausen	2,76	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
9	Breitingen	2,89	Alb-Donau-Kreis
10	Hagnau am Bodensee	2,93	Bodenseekreis
11	Freudental	3,07	Landkreis Ludwigsburg
12	Weilen unter den Rinnen	3,08	Zollernalbkreis
13	Holzmaden	3,09	Landkreis Esslingen
14	Altdorf	3,25	Landkreis Esslingen
15	Gammelshausen	3,31	Landkreis Göppingen
16	Altbach	3,35	Landkreis Esslingen
17	Altenriet	3,35	Landkreis Esslingen
18	Neulußheim	3,39	Rhein-Neckar-Kreis
19	Wörnersberg	3,48	Landkreis Freudenstadt
20	Grafenberg	3,51	Landkreis Reutlingen
21	Hausen am Bussen	3,52	Alb-Donau-Kreis
22	Eimeldingen	3,55	Landkreis Lörrach
23	Pfaffenweiler	3,61	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
24	Untereisesheim	3,67	Landkreis Heilbronn
25	Grundsheim	3,70	Alb-Donau-Kreis
26	Rechtenstein	3,77	Alb-Donau-Kreis
27	Sölden	3,80	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
28	Rohrdorf	3,93	Landkreis Calw
29	Schallbach	3,95	Landkreis Lörrach
30	Au	3,99	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
31	Aichelberg	4,01	Landkreis Göppingen
32	Heuweiler	4,03	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
33	Tunau	4,05	Landkreis Lörrach
34	Allmannsweiler	4,10	Landkreis Biberach
35	Unterwaldhausen	4,11	Landkreis Ravensburg
36	Gaiberg	4,15	Rhein-Neckar-Kreis
37	Großbettlingen	4,23	Landkreis Esslingen
38	Sipplingen	4,28	Bodenseekreis
39	Stetten	4,30	Bodenseekreis
40	Königsheim	4,36	Landkreis Tuttlingen
72	Asperg, Stadt	5,80	Landkreis Ludwigsburg
132	Oberriexingen, Stadt	8,16	Landkreis Ludwigsburg
194	Owen, Stadt	9,70	Landkreis Esslingen
222	Plochingen, Stadt	10,65	Landkreis Esslingen
223	Aach, Stadt	10,69	Landkreis Konstanz
227	Wernau (Neckar), Stadt	10,90	Landkreis Esslingen
241	Rauenberg, Stadt	11,16	Rhein-Neckar-Kreis
261	Heitersheim, Stadt	11,72	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
266	Meersburg, Stadt	12,03	Bodenseekreis
269	Wendlingen am Neckar, Stadt	12,15	Landkreis Esslingen

Die Städte und Gemeinden mit dem höchsten Waldanteil

Rang	Stadt/Gemeinde	Waldanteil 1997 (%)	Gehört zu...
1	Bad Rippoldsau-Schapbach	90,8	Landkreis Freudenstadt
2	Forbach	90,7	Landkreis Rastatt
3	Bad Wildbad, Stadt	89,9	Landkreis Calw
4	Enzklösterle	88,7	Landkreis Calw
5	Höfen an der Enz	86,3	Landkreis Calw
6	Dobel	85,8	Landkreis Calw
7	Schenkenzell	84,9	Landkreis Rottweil
8	Baiersbronn	84,1	Landkreis Freudenstadt
9	Seewald	81,6	Landkreis Freudenstadt
10	Schönau, Stadt	81,2	Rhein-Neckar-Kreis
11	Oberwolfach	81,2	Ortenaukreis
12	Schönau im Schwarzwald, Stadt	81,0	Landkreis Lörrach
13	Gernsbach, Stadt	80,7	Landkreis Rastatt
14	Simonswald	80,4	Landkreis Emmendingen
15	Oppenau, Stadt	80,1	Ortenaukreis
16	Nordrach	79,3	Ortenaukreis
17	Eberbach, Stadt	79,0	Rhein-Neckar-Kreis
18	Loffenau	78,9	Landkreis Rastatt
19	Bad Peterstal-Griesbach	78,6	Ortenaukreis
20	Schiltach, Stadt	78,2	Landkreis Rottweil
21	Sulzburg, Stadt	78,0	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
22	Wolfach, Stadt	78,0	Ortenaukreis
23	St. Blasien, Stadt	77,8	Landkreis Waldshut
24	Vöhrenbach, Stadt	77,6	Schwarzwald-Baar-Kreis
25	Friedenweiler	77,4	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
26	Neuenbürg, Stadt	77,1	Enzkreis
27	Grömbach	76,2	Landkreis Freudenstadt
28	Simmersfeld	76,2	Landkreis Calw
29	Todtmoos	76,2	Landkreis Waldshut
30	Heddesbach	75,5	Rhein-Neckar-Kreis
31	Bad Herrenalb, Stadt	75,0	Landkreis Calw
32	Oberried	74,7	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
33	Bürchau	74,6	Landkreis Lörrach
34	Oberreichenbach	74,5	Landkreis Calw
35	Seebach	74,1	Ortenaukreis
36	Zwingenberg	74,1	Neckar-Odenwald-Kreis
37	Gutach (Schwarzwaldbahn)	74,0	Ortenaukreis
38	Schömbach	73,9	Landkreis Calw
39	Hinterzarten	73,5	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
40	Hornberg, Stadt	73,5	Ortenaukreis
41	Beuron	73,5	Landkreis Sigmaringen
42	Wies	73,3	Landkreis Lörrach
43	Marxzell	72,5	Landkreis Karlsruhe
44	Elbenschwand	71,9	Landkreis Lörrach
45	Malsburg-Marzell	71,9	Landkreis Lörrach
46	Königsbronn	71,8	Landkreis Heidenheim
47	Plüderhausen	71,2	Rems-Murr-Kreis
48	Neuweiler	71,1	Landkreis Calw
49	Schluchsee	71,0	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
50	Todtnau, Stadt	71,0	Landkreis Lörrach

Die Städte und Gemeinden mit der größten Rebfläche

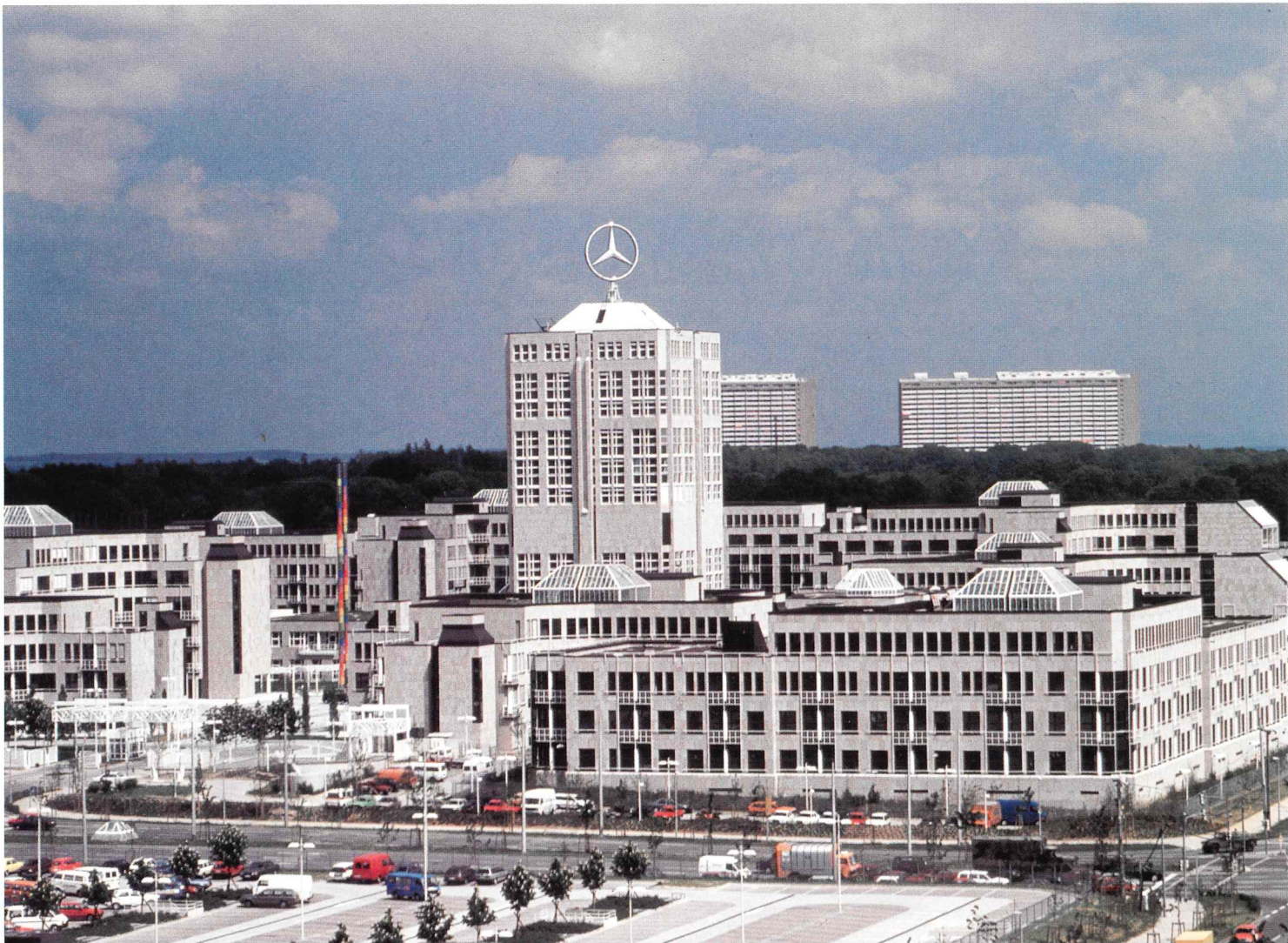
Rang	Stadt/Gemeinde	Rebfläche 1998 (ha)	Gehört zu..
1	Vogtsburg im Kaiserstuhl, Stadt	1 355	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
2	Brackenheim, Stadt	812	Landkreis Heilbronn
3	Freiburg im Breisgau, Stadt	732	Stadtkreis Freiburg
4	Ihringen	700	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
5	Endingen am Kaiserstuhl, Stadt	689	Landkreis Emmendingen
6	Lauffen am Neckar, Stadt	573	Landkreis Heilbronn
7	Heilbronn, Stadt	524	Stadtkreis Heilbronn
8	Weinstadt, Stadt	512	Rems-Murr-Kreis
9	Sasbach am Kaiserstuhl	505	Landkreis Emmendingen
10	Mühlheim, Stadt	500	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
11	Oberkirch, Stadt	426	Ortenaukreis
12	Weinsberg, Stadt	423	Landkreis Heilbronn
13	Stuttgart, Landeshauptstadt	413	Stadtkreis Stuttgart
14	Durbach	408	Ortenaukreis
15	Obersulm	379	Landkreis Heilbronn
16	Herbolzheim, Stadt	365	Landkreis Emmendingen
17	Eichstetten am Kaiserstuhl	363	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
18	Kenzingen, Stadt	356	Landkreis Emmendingen
19	Bötzingen	349	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
20	Ehrenkirchen	334	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
21	Ettenheim, Stadt	311	Ortenaukreis
22	Bahlingen am Kaiserstuhl	308	Landkreis Emmendingen
23	Lauda-Königshofen, Stadt	302	Main-Tauber-Kreis
24	Baden-Baden, Stadt	300	Stadtkreis Baden-Baden
25	Bühl, Stadt	297	Landkreis Rastatt
26	Vaihingen an der Enz, Stadt	288	Landkreis Ludwigsburg
27	Nordheim	270	Landkreis Heilbronn
28	Bretzfeld	269	Hohenlohekreis
29	Löwenstein, Stadt	259	Landkreis Heilbronn
30	Schliengen	257	Landkreis Lörrach
31	Merdingen	252	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
32	Erlenbach	252	Landkreis Heilbronn
33	Schwaigern, Stadt	248	Landkreis Heilbronn
34	Sachsenheim, Stadt	240	Landkreis Ludwigsburg
35	Kappelrodeck	228	Ortenaukreis
36	Teningen	223	Landkreis Emmendingen
37	Cleebronn	219	Landkreis Heilbronn
38	Auggen	218	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
39	Großbottwar, Stadt	213	Landkreis Ludwigsburg
40	Buggingen	211	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
41	Bönnigheim, Stadt	204	Landkreis Ludwigsburg
42	Offenburg, Stadt	201	Ortenaukreis
43	Beilstein, Stadt	201	Landkreis Heilbronn
44	Efringen-Kirchen	200	Landkreis Lörrach
45	Talheim	199	Landkreis Heilbronn
46	Östringen, Stadt	194	Landkreis Karlsruhe
47	Rauenberg, Stadt	193	Rhein-Neckar-Kreis
48	Mundelsheim	188	Landkreis Ludwigsburg
49	Friesenheim	184	Ortenaukreis
50	Fellbach, Stadt	183	Rems-Murr-Kreis

Anhang 1

DaimlerChrysler Konzernzentrale in Stuttgart-Möhringen

Bereits vor der Fusion mit dem amerikanischen Autohersteller Chrysler war Daimler-Benz der umsatzstärkste deutsche Industriekonzern. Auf dem Foto ist im Hintergrund die 1968 bis 1973 gebaute Großwohnsiedlung Asemwald zu sehen.

Foto: DaimlerChrysler AG, Stuttgart



Gemeinden im Regierungsbezirk Stuttgart

Stand: 1. März 1999



Gemeinden im Regierungsbezirk Stuttgart

Stand: 1. März 1999

Nr.	Stadt/Gemeinde	Gehört zu Landkreis/Stadtkreis
1	Aalen, Stadt	Ostalbkreis
2	Abstatt	Heilbronn
3	Abtsgmünd	Ostalbkreis
4	Adelberg	Göppingen
5	Adelmannsfelden	Ostalbkreis
6	Affalterbach	Ludwigsburg
7	Ahorn	Main-Tauber-Kreis
8	Aichelberg	Göppingen
9	Aichtal, Stadt	Esslingen
10	Aichwald	Esslingen
11	Aidlingen	Böblingen
12	Albershausen	Göppingen
13	Alfdorf	Rems-Murr-Kreis
14	Allmersbach im Tal	Rems-Murr-Kreis
15	Altbach	Esslingen
16	Altdorf	Böblingen
17	Altdorf	Esslingen
18	Altenriet	Esslingen
19	Althütte	Rems-Murr-Kreis
20	Aspach	Rems-Murr-Kreis
21	Asperg, Stadt	Ludwigsburg
22	Assamstadt	Main-Tauber-Kreis
23	Auenwald	Rems-Murr-Kreis
24	Backnang, Stadt	Rems-Murr-Kreis
25	Bad Ditzgenbach	Göppingen
26	Bad Friedrichshall, Stadt	Heilbronn
27	Bad Mergentheim, Stadt	Main-Tauber-Kreis
28	Bad Rappenau, Stadt	Heilbronn
29	Bad Überkingen	Göppingen
30	Bad Wimpfen, Stadt	Heilbronn
31	Baltmannsweiler	Esslingen
32	Bartholomä	Ostalbkreis
33	Beilstein, Stadt	Heilbronn
34	Bempflingen	Esslingen
35	Benningen am Neckar	Ludwigsburg
36	Berglen	Rems-Murr-Kreis
37	Besigheim, Stadt	Ludwigsburg
38	Beuren	Esslingen
39	Bietigheim-Bissingen, Stadt	Ludwigsburg
40	Birenbach	Göppingen
41	Bissingen an der Teck	Esslingen
42	Blaufelden	Schwäbisch Hall
43	Böbingen an der Rems	Ostalbkreis
44	Böblingen, Stadt	Böblingen
45	Böhmenkirch	Göppingen
46	Bönnigheim, Stadt	Ludwigsburg

47 Börtlingen	Göppingen
48 Boll	Göppingen
49 Bondorf	Böblingen
50 Bopfingen, Stadt	Ostalbkreis
51 Boxberg, Stadt	Main-Tauber-Kreis
52 Brackenheim, Stadt	Heilbronn
53 Braunsbach	Schwäbisch Hall
54 Bretzfeld	Hohenlohekreis
55 Bühlertann	Schwäbisch Hall
56 Bühlerzell	Schwäbisch Hall
57 Burgstetten	Rems-Murr-Kreis
58 Cleebronn	Heilbronn
59 Crailsheim, Stadt	Schwäbisch Hall
60 Creglingen, Stadt	Main-Tauber-Kreis
61 Deckenpfronn	Böblingen
62 Deggingen	Göppingen
63 Deizisau	Esslingen
64 Denkendorf	Esslingen
65 Dettingen unter Teck	Esslingen
66 Dischingen	Heidenheim
67 Ditzingen, Stadt	Ludwigsburg
68 Dörzbach	Hohenlohekreis
69 Donzdorf, Stadt	Göppingen
70 Drackenstein	Göppingen
71 Dürnau	Göppingen
72 Durlangen	Ostalbkreis
73 Eberdingen	Ludwigsburg
74 Ebersbach an der Fils, Stadt	Göppingen
75 Eberstadt	Heilbronn
76 Ehningen	Böblingen
77 Eislingen/Fils, Stadt	Göppingen
78 Ellenberg	Ostalbkreis
79 Ellhofen	Heilbronn
80 Ellwangen (Jagst), Stadt	Ostalbkreis
81 Eppingen, Stadt	Heilbronn
82 Erdmannhausen	Ludwigsburg
83 Erkenbrechtsweiler	Esslingen
84 Erlenbach	Heilbronn
85 Erligheim	Ludwigsburg
86 Eschach	Ostalbkreis
87 Eschenbach	Göppingen
88 Essingen	Ostalbkreis
89 Esslingen am Neckar, Stadt	Esslingen
90 Fellbach, Stadt	Rems-Murr-Kreis
91 Fichtenau	Schwäbisch Hall
92 Fichtenberg	Schwäbisch Hall
93 Filderstadt, Stadt	Esslingen
94 Flein	Heilbronn
95 Forchtenberg, Stadt	Hohenlohekreis
96 Frankenhardt	Schwäbisch Hall

97	Freiberg am Neckar, Stadt	Ludwigsburg
98	Freudenberg, Stadt	Main-Tauber-Kreis
99	Freudental	Ludwigsburg
100	Frickenhäusen	Esslingen
101	Gärtringen	Böblingen
102	Gäufelden	Böblingen
103	Gaildorf, Stadt	Schwäbisch Hall
104	Gammelshausen	Göppingen
105	Geislingen an der Steige, Stadt	Göppingen
106	Gemmingen	Heilbronn
107	Gemrigheim	Ludwigsburg
108	Gerabronn, Stadt	Schwäbisch Hall
109	Gerlingen, Stadt	Ludwigsburg
110	Gerstetten	Heidenheim
111	Giengen an der Brenz, Stadt	Heidenheim
112	Gingen an der Fils	Göppingen
113	Göggingen	Ostalbkreis
114	Göppingen, Stadt	Göppingen
115	Grafenau	Böblingen
116	Großbettlingen	Esslingen
117	Großbottwar, Stadt	Ludwigsburg
118	Großerlach	Rems-Murr-Kreis
119	Großrinderfeld	Main-Tauber-Kreis
120	Grünsfeld, Stadt	Main-Tauber-Kreis
121	Gruibingen	Göppingen
122	Gschwend	Ostalbkreis
123	Güglingen, Stadt	Heilbronn
124	Gundelsheim, Stadt	Heilbronn
125	Hardthausen am Kocher	Heilbronn
126	Hattenhofen	Göppingen
127	Heidenheim an der Brenz, Stadt	Heidenheim
128	Heilbronn, Stadt	Stadtkreis
129	Heiningen	Göppingen
130	Hemmingen	Ludwigsburg
131	Herbrechtingen, Stadt	Heidenheim
132	Hermaringen	Heidenheim
133	Herrenberg, Stadt	Böblingen
134	Hessigheim	Ludwigsburg
135	Heubach, Stadt	Ostalbkreis
136	Heuchlingen	Ostalbkreis
137	Hildrizhausen	Böblingen
138	Hochdorf	Esslingen
139	Hohenstadt	Göppingen
140	Holzgerlingen, Stadt	Böblingen
141	Holzmaden	Esslingen
142	Hüttlingen	Ostalbkreis
143	Igersheim	Main-Tauber-Kreis
144	Iggingen	Ostalbkreis
145	Ilfeld	Heilbronn
146	Ilshofen, Stadt	Schwäbisch Hall

147 Ingelfingen, Stadt	Hohenlohekreis
148 Ingersheim	Ludwigsburg
149 Ittlingen	Heilbronn
150 Jagsthausen	Heilbronn
151 Jagstzell	Ostalbkreis
152 Jettingen	Böblingen
153 Kaisersbach	Rems-Murr-Kreis
154 Kernen im Remstal	Rems-Murr-Kreis
155 Kirchardt	Heilbronn
156 Kirchberg an der Jagst, Stadt	Schwäbisch Hall
157 Kirchberg an der Murr	Rems-Murr-Kreis
158 Kirchheim am Neckar	Ludwigsburg
159 Kirchheim am Ries	Ostalbkreis
160 Kirchheim unter Teck, Stadt	Esslingen
161 Köngen	Esslingen
162 Königheim	Main-Tauber-Kreis
163 Königsbronn	Heidenheim
164 Kohlberg	Esslingen
165 Korb	Rems-Murr-Kreis
166 Korntal-Münchingen, Stadt	Ludwigsburg
167 Kornwestheim, Stadt	Ludwigsburg
168 Krautheim, Stadt	Hohenlohekreis
169 Kreßberg	Schwäbisch Hall
170 Kuchen	Göppingen
171 Künsheim, Stadt	Main-Tauber-Kreis
172 Künzelsau, Stadt	Hohenlohekreis
173 Kupferzell	Hohenlohekreis
174 Langenbrettach	Heilbronn
175 Langenburg, Stadt	Schwäbisch Hall
176 Lauchheim, Stadt	Ostalbkreis
177 Lauda-Königshofen, Stadt	Main-Tauber-Kreis
178 Lauffen am Neckar, Stadt	Heilbronn
179 Lauterstein, Stadt	Göppingen
180 Lehensteinsfeld	Heilbronn
181 Leinfelden-Echterdingen, Stadt	Esslingen
182 Leingarten	Heilbronn
183 Leinzell	Ostalbkreis
184 Lenningen	Esslingen
185 Leonberg, Stadt	Böblingen
186 Leutenbach	Rems-Murr-Kreis
187 Lichtenwald	Esslingen
188 Löchgau	Ludwigsburg
189 Löwenstein, Stadt	Heilbronn
190 Lorch, Stadt	Ostalbkreis
191 Ludwigsburg, Stadt	Ludwigsburg
192 Magstadt	Böblingen
193 Mainhardt	Schwäbisch Hall
194 Marbach am Neckar, Stadt	Ludwigsburg
195 Markgröningen, Stadt	Ludwigsburg
196 Massenbachhausen	Heilbronn

197	Michelbach an der Bilz	Schwäbisch Hall
198	Michelfeld	Schwäbisch Hall
199	Möckmühl, Stadt	Heilbronn
200	Mögglingen	Ostalbkreis
201	Möglingen	Ludwigsburg
202	Mötzingen	Böblingen
203	Mühlhausen im Täle	Göppingen
204	Mulfingen	Hohenlohekreis
205	Mundelsheim	Ludwigsburg
206	Murr	Ludwigsburg
207	Murrhardt, Stadt	Rems-Murr-Kreis
208	Mutlangen	Ostalbkreis
209	Nattheim	Heidenheim
210	Neckarsulm, Stadt	Heilbronn
211	Neckartaiflingen	Esslingen
212	Neckartenzlingen	Esslingen
213	Neckarwestheim	Heilbronn
214	Neidlingen	Esslingen
215	Neresheim, Stadt	Ostalbkreis
216	Neudenu, Stadt	Heilbronn
217	Neuenstadt am Kocher, Stadt	Heilbronn
218	Neuenstein, Stadt	Hohenlohekreis
219	Neuffen, Stadt	Esslingen
220	Neuhausen auf den Fildern	Esslingen
221	Neuler	Ostalbkreis
222	Niedernhall, Stadt	Hohenlohekreis
223	Niederstetten, Stadt	Main-Tauber-Kreis
224	Niederstotzingen, Stadt	Heidenheim
225	Nordheim	Heilbronn
226	Notzingen	Esslingen
227	Nürtingen, Stadt	Esslingen
228	Nufringen	Böblingen
229	Oberboihingen	Esslingen
230	Obergröningen	Ostalbkreis
231	Oberkochen, Stadt	Ostalbkreis
232	Oberriexingen, Stadt	Ludwigsburg
233	Oberrot	Schwäbisch Hall
234	Obersontheim	Schwäbisch Hall
235	Oberstenfeld	Ludwigsburg
236	Obersulm	Heilbronn
237	Oedheim	Heilbronn
238	Öhringen, Stadt	Hohenlohekreis
239	Offenau	Heilbronn
240	Ohmden	Esslingen
241	Oppenweiler	Rems-Murr-Kreis
242	Ostfildern, Stadt	Esslingen
243	Ottenbach	Göppingen
244	Owen, Stadt	Esslingen
245	Pfaffenhofen	Heilbronn
246	Pfedelbach	Hohenlohekreis

247 Pleidelsheim	Ludwigsburg
248 Plochingen, Stadt	Esslingen
249 Plüderhausen	Rems-Murr-Kreis
250 Rainau	Ostalbkreis
251 Rechberghausen	Göppingen
252 Reichenbach an der Fils	Esslingen
253 Remseck am Neckar	Ludwigsburg
254 Remshalden	Rems-Murr-Kreis
255 Renningen, Stadt	Böblingen
256 Riesbürg	Ostalbkreis
257 Roigheim	Heilbronn
258 Rosenberg	Ostalbkreis
259 Rosengarten	Schwäbisch Hall
260 Rot am See	Schwäbisch Hall
261 Rudersberg	Rems-Murr-Kreis
262 Ruppertshofen	Ostalbkreis
263 Rutesheim	Böblingen
264 Sachsenheim, Stadt	Ludwigsburg
265 Salach	Göppingen
266 Satteldorf	Schwäbisch Hall
267 Schechingen	Ostalbkreis
268 Schlaitdorf	Esslingen
269 Schlat	Göppingen
270 Schlierbach	Göppingen
271 Schönaich	Böblingen
272 Schöntal	Hohenlohekreis
273 Schorndorf, Stadt	Rems-Murr-Kreis
274 Schrozberg, Stadt	Schwäbisch Hall
275 Schwäbisch Gmünd, Stadt	Ostalbkreis
276 Schwäbisch Hall, Stadt	Schwäbisch Hall
277 Schwaigern, Stadt	Heilbronn
278 Schwaikheim	Rems-Murr-Kreis
279 Schwieberdingen	Ludwigsburg
280 Sersheim	Ludwigsburg
281 Siegelsbach	Heilbronn
282 Sindelfingen, Stadt	Böblingen
283 Sontheim an der Brenz	Heidenheim
284 Spiegelberg	Rems-Murr-Kreis
285 Spraitbach	Ostalbkreis
286 Steinenbronn	Böblingen
287 Steinheim an der Murr, Stadt	Ludwigsburg
288 Steinheim am Albuch	Heidenheim
289 Stimpfach	Schwäbisch Hall
290 Stöttlen	Ostalbkreis
291 Stuttgart, Landeshauptstadt	Stadtkreis
292 Süßen, Stadt	Göppingen
293 Sulzbach an der Murr	Rems-Murr-Kreis
294 Sulzbach-Laufen	Schwäbisch Hall
295 Täferrot	Ostalbkreis
296 Talheim	Heilbronn

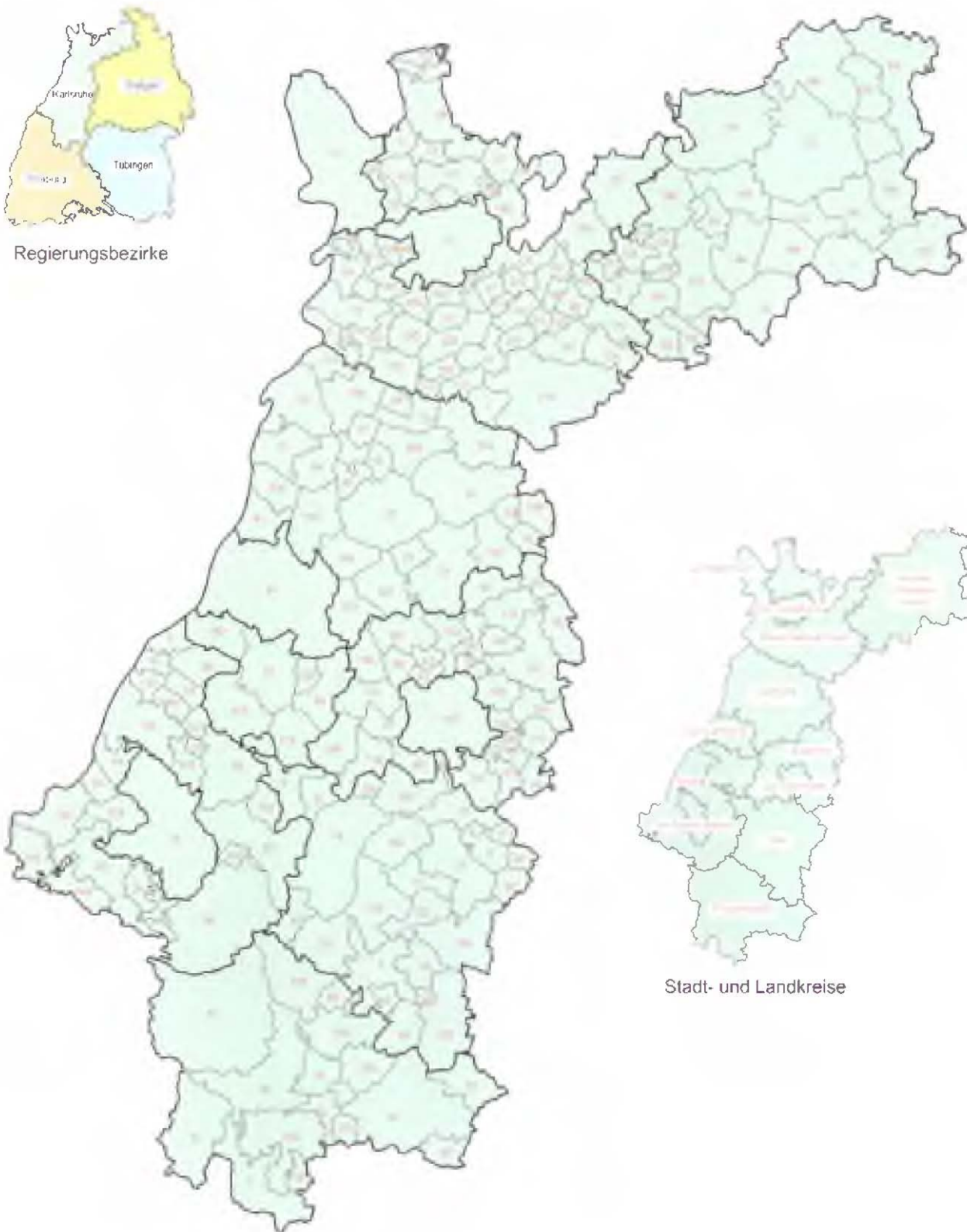
297 Tamm	Ludwigsburg
298 Tannhausen	Ostalbkreis
299 Tauberbischofsheim, Stadt	Main-Tauber-Kreis
300 Uhingen, Stadt	Göppingen
301 Untereisesheim	Heilbronn
302 Unterensingen	Esslingen
303 Untergruppenbach	Heilbronn
304 Untermünkheim	Schwäbisch Hall
305 Unterschneidheim	Ostalbkreis
306 Urbach	Rems-Murr-Kreis
307 Vaihingen an der Enz, Stadt	Ludwigsburg
308 Vellberg, Stadt	Schwäbisch Hall
309 Wäschenbeuren	Göppingen
310 Waiblingen, Stadt	Rems-Murr-Kreis
311 Waldenbuch, Stadt	Böblingen
312 Waldenburg, Stadt	Hohenlohekreis
313 Waldstetten	Ostalbkreis
314 Walheim	Ludwigsburg
315 Wallhausen	Schwäbisch Hall
316 Wangen	Göppingen
317 Weikersheim, Stadt	Main-Tauber-Kreis
318 Weil der Stadt, Stadt	Böblingen
319 Weil im Schönbuch	Böblingen
320 Weilheim an der Teck, Stadt	Esslingen
321 Weinsberg, Stadt	Heilbronn
322 Weinstadt, Stadt	Rems-Murr-Kreis
323 Weissach	Böblingen
324 Weissach im Tal	Rems-Murr-Kreis
325 Weißbach	Hohenlohekreis
326 Welzheim, Stadt	Rems-Murr-Kreis
327 Wendlingen am Neckar, Stadt	Esslingen
328 Werbach	Main-Tauber-Kreis
329 Wernau (Neckar), Stadt	Esslingen
330 Wertheim, Stadt	Main-Tauber-Kreis
331 Westhausen	Ostalbkreis
332 Widdern, Stadt	Heilbronn
333 Wiesensteig, Stadt	Göppingen
334 Winnenden, Stadt	Rems-Murr-Kreis
335 Winterbach	Rems-Murr-Kreis
336 Wittighausen	Main-Tauber-Kreis
337 Wört	Ostalbkreis
338 Wolfslugen	Esslingen
339 Wolpertshausen	Schwäbisch Hall
340 Wüstenrot	Heilbronn
341 Zaberfeld	Heilbronn
342 Zell unter Aichelberg	Göppingen
343 Zweiflingen	Hohenlohekreis

Gemeinden im Regierungsbezirk Karlsruhe

Stand: 1. März 1999



Regierungsbezirke



Stadt- und Landkreise

Gemeinden im Regierungsbezirk Karlsruhe

Stand: 1. März 1999

Nr.	Stadt/Gemeinde	Gehört zu Landkreis/Stadtkreis
1	Adelsheim, Stadt	Neckar-Odenwald-Kreis
2	Aglasterhausen	Neckar-Odenwald-Kreis
3	Alpirsbach, Stadt	Freudenstadt
4	Altensteig, Stadt	Calw
5	Althengstett	Calw
6	Altlußheim	Rhein-Neckar-Kreis
7	Angelbachtal	Rhein-Neckar-Kreis
8	Au am Rhein	Rastatt
9	Bad Herrenalb, Stadt	Calw
10	Bad Liebenzell, Stadt	Calw
11	Bad Rippoldsau-Schapbach	Freudenstadt
12	Bad Schönborn	Karlsruhe
13	Bad Teinach-Zavelstein, Stadt	Calw
14	Bad Wildbad, Stadt	Calw
15	Baden-Baden, Stadt	Stadtkreis
16	Baiersbronn	Freudenstadt
17	Bammental	Rhein-Neckar-Kreis
18	Betzweiler-Wäldle	Freudenstadt
19	Bietigheim	Rastatt
20	Billigheim	Neckar-Odenwald-Kreis
21	Binau	Neckar-Odenwald-Kreis
22	Birkenfeld	Enzkreis
23	Bischweier	Rastatt
24	Bretten, Stadt	Karlsruhe
25	Bruchsal, Stadt	Karlsruhe
26	Brühl	Rhein-Neckar-Kreis
27	Buchen (Odenwald), Stadt	Neckar-Odenwald-Kreis
28	Bühl, Stadt	Rastatt
29	Bühlertal	Rastatt
30	Calw, Stadt	Calw
31	Dettenheim	Karlsruhe
32	Dielheim	Rhein-Neckar-Kreis
33	Dobel	Calw
34	Dornstetten, Stadt	Freudenstadt
35	Dossenheim	Rhein-Neckar-Kreis
36	Durmersheim	Rastatt
37	Eberbach, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
38	Ebhausen	Calw
39	Edingen-Neckarhausen	Rhein-Neckar-Kreis
40	Egenhausen	Calw
41	Eggenstein-Leopoldshafen	Karlsruhe
42	Eisingen	Enzkreis
43	Elchesheim-Illingen	Rastatt
44	Elztal	Neckar-Odenwald-Kreis
45	Empfingen	Freudenstadt
46	Engelsbrand	Enzkreis

47 Enzklosterle	Calw
48 Epfenbach	Rhein-Neckar-Kreis
49 Eppelheim, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
50 Eschelbronn	Rhein-Neckar-Kreis
51 Ettlingen, Stadt	Karlsruhe
52 Eutingen im Gäu	Freudenstadt
53 Fahrenbach	Neckar-Odenwald-Kreis
54 Forbach	Rastatt
55 Forst	Karlsruhe
56 Freudenstadt, Stadt	Freudenstadt
57 Friolzheim	Enzkreis
58 Gaggenau, Stadt	Rastatt
59 Gaiberg	Rhein-Neckar-Kreis
60 Gechingen	Calw
61 Gernsbach, Stadt	Rastatt
62 Glatten	Freudenstadt
63 Gondelsheim	Karlsruhe
64 Graben-Neudorf	Karlsruhe
65 Grömbach	Freudenstadt
66 Haiterbach, Stadt	Calw
67 Hambrücken	Karlsruhe
68 Hardheim	Neckar-Odenwald-Kreis
69 Haßmersheim	Neckar-Odenwald-Kreis
70 Heddesbach	Rhein-Neckar-Kreis
71 Heddesheim	Rhein-Neckar-Kreis
72 Heidelberg, Stadt	Stadtkreis
73 Heiligkreuzsteinach	Rhein-Neckar-Kreis
74 Heimsheim, Stadt	Enzkreis
75 Helmstadt-Bargen	Rhein-Neckar-Kreis
76 Hemsbach, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
77 Hirschberg an der Bergstraße	Rhein-Neckar-Kreis
78 Hockenheim, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
79 Höfen an der Enz	Calw
80 Höpfingen	Neckar-Odenwald-Kreis
81 Horb am Neckar, Stadt	Freudenstadt
82 Hüffenhardt	Neckar-Odenwald-Kreis
83 Hügelsheim	Rastatt
84 Iffezheim	Rastatt
85 Illingen	Enzkreis
86 Ilvesheim	Rhein-Neckar-Kreis
87 Ispringen	Enzkreis
88 Kämpfelbach	Enzkreis
89 Karlsbad	Karlsruhe
90 Karlsdorf-Neuthard	Karlsruhe
91 Karlsruhe, Stadt	Stadtkreis
92 Keltern	Enzkreis
93 Ketsch	Rhein-Neckar-Kreis
94 Kieselbronn	Enzkreis
95 Knittlingen, Stadt	Enzkreis
96 Königsbach-Stein	Enzkreis

97 Kraichtal, Stadt	Karlsruhe
98 Kronau	Karlsruhe
99 Kürnbach	Karlsruhe
100 Kuppenheim, Stadt	Rastatt
101 Ladenburg, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
102 Laudenbach	Rhein-Neckar-Kreis
103 Leimen, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
104 Lichtenau, Stadt	Rastatt
105 Limbach	Neckar-Odenwald-Kreis
106 Linkenheim-Hochstetten	Karlsruhe
107 Lobbach	Rhein-Neckar-Kreis
108 Loffenau	Rastatt
109 Loßburg	Freudenstadt
110 Malsch	Karlsruhe
111 Malsch	Rhein-Neckar-Kreis
112 Mannheim, Universitätsstadt	Stadtkreis
113 Marxzell	Karlsruhe
114 Mauer	Rhein-Neckar-Kreis
115 Maulbronn, Stadt	Enzkreis
116 Meckesheim	Rhein-Neckar-Kreis
117 Mönsheim	Enzkreis
118 Mosbach, Stadt	Neckar-Odenwald-Kreis
119 Mudau	Neckar-Odenwald-Kreis
120 Mühlacker, Stadt	Enzkreis
121 Mühlhausen	Rhein-Neckar-Kreis
122 Muggensturm	Rastatt
123 Nagold, Stadt	Calw
124 Neckarbischofsheim, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
125 Neckargemünd, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
126 Neckargerach	Neckar-Odenwald-Kreis
127 Neckarzimmern	Neckar-Odenwald-Kreis
128 Neidenstein	Rhein-Neckar-Kreis
129 Neubulach, Stadt	Calw
130 Neuenbürg, Stadt	Enzkreis
131 Neuhausen	Enzkreis
132 Neulingen	Enzkreis
133 Neulußheim	Rhein-Neckar-Kreis
134 Neunkirchen	Neckar-Odenwald-Kreis
135 Neuweiler	Calw
136 Niefern-Öschelbronn	Enzkreis
137 Nußloch	Rhein-Neckar-Kreis
138 Oberderdingen	Karlsruhe
139 Oberhausen-Rheinhausen	Karlsruhe
140 Oberreichenbach	Calw
141 Obrigheim	Neckar-Odenwald-Kreis
142 Ölbronn-Dürrn	Enzkreis
143 Östringen, Stadt	Karlsruhe
144 Otigheim	Rastatt
145 Ötisheim	Enzkreis
146 Oftersheim	Rhein-Neckar-Kreis

147 Ostelsheim	Calw
148 Osterburken, Stadt	Neckar-Odenwald-Kreis
149 Ottersweier	Rastatt
150 Pfalzgrafenweiler	Freudenstadt
151 Pfinztal	Karlsruhe
152 Pforzheim, Stadt	Stadtkreis
153 Philippsburg, Stadt	Karlsruhe
154 Plankstadt	Rhein-Neckar-Kreis
155 Rastatt, Stadt	Rastatt
156 Rauenberg, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
157 Ravenstein, Stadt	Neckar-Odenwald-Kreis
158 Reichartshausen	Rhein-Neckar-Kreis
159 Reilingen	Rhein-Neckar-Kreis
160 Remchingen	Enzkreis
161 Rheinmünster	Rastatt
162 Rheinstetten	Karlsruhe
163 Rohrdorf	Calw
164 Rosenberg	Neckar-Odenwald-Kreis
165 Sandhausen	Rhein-Neckar-Kreis
166 Schefflenz	Neckar-Odenwald-Kreis
167 Schömburg	Calw
168 Schönaue, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
169 Schönbrunn	Rhein-Neckar-Kreis
170 Schopfloch	Freudenstadt
171 Schriesheim, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
172 Schwarzbach	Neckar-Odenwald-Kreis
173 Schwetzingen, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
174 Seckach	Neckar-Odenwald-Kreis
175 Seewald	Freudenstadt
176 Simmersfeld	Calw
177 Simmozheim	Calw
178 Sinsheim, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
179 Sinzheim	Rastatt
180 Speckbach	Rhein-Neckar-Kreis
181 St. Leon-Rot	Rhein-Neckar-Kreis
182 Steinmauern	Rastatt
183 Sterrenfels	Enzkreis
184 Straubenhardt	Enzkreis
185 Stutensee, Stadt	Karlsruhe
186 Sulzfeld	Karlsruhe
187 Tiefenbrunn	Enzkreis
188 Ubstadt-Weiher	Karlsruhe
189 Unterreichenbach	Calw
190 Waghäusel, Stadt	Karlsruhe
191 Waibstadt, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
192 Waldachtal	Freudenstadt
193 Waldbrunn	Karlsruhe
194 Waldbrunn	Neckar-Odenwald-Kreis
195 Walldorf, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
196 Walldürn, Stadt	Neckar-Odenwald-Kreis

197	Walzbachtal	Karlsruhe
198	Weingarten (Baden)	Karlsruhe
199	Weinheim, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
200	Weisenbach	Rastatt
201	Wiernsheim	Enzkreis
202	Wiesenbach	Rhein-Neckar-Kreis
203	Wiesloch, Stadt	Rhein-Neckar-Kreis
204	Wildberg, Stadt	Calw
205	Wilhelmsfeld	Rhein-Neckar-Kreis
206	Wimsheim	Enzkreis
207	Wörnersberg	Freudenstadt
208	Wurmberg	Enzkreis
209	Zaisenhausen	Karlsruhe
210	Zuzenhausen	Rhein-Neckar-Kreis
211	Zwingenberg	Neckar-Odenwald-Kreis

Gemeinden im Regierungsbezirk Freiburg

Stand: 1. März 1999



Gemeinden im Regierungsbezirk Freiburg

Stand: 1. März 1999

Nr.	Stadt/Gemeinde	Gehört zu Landkreis/Stadtkreis
1	Aach, Stadt	Konstanz
2	Achern, Stadt	Ortenaukreis
3	Aichhalden	Rottweil
4	Aitern	Lörrach
5	Albbruck	Waldshut
6	Aldingen	Tuttlingen
7	Allensbach	Konstanz
8	Appenweiler	Ortenaukreis
9	Au	Breisgau-Hochschwarzwald
10	Auggen	Breisgau-Hochschwarzwald
11	Bad Bellingen	Lörrach
12	Bad Dürrheim, Stadt	Schwarzwald-Baar-Kreis
13	Bad Krozingen	Breisgau-Hochschwarzwald
14	Bad Peterstal-Griesbach	Ortenaukreis
15	Bad Säckingen, Stadt	Waldshut
16	Badenweiler	Breisgau-Hochschwarzwald
17	Bärenthal	Tuttlingen
18	Bahlingen am Kaiserstuhl	Emmendingen
19	Balgheim	Tuttlingen
20	Ballrechten-Dottingen	Breisgau-Hochschwarzwald
21	Berghaupten	Ortenaukreis
22	Bernau im Schwarzwald	Waldshut
23	Biberach	Ortenaukreis
24	Biederbach	Emmendingen
25	Binzen	Lörrach
26	Blumberg, Stadt	Schwarzwald-Baar-Kreis
27	Bodman-Ludwigshafen	Konstanz
28	Böllen	Lörrach
29	Bösingen	Rottweil
30	Böttingen	Tuttlingen
31	Bötzingen	Breisgau-Hochschwarzwald
32	Bollschweil	Breisgau-Hochschwarzwald
33	Bonndorf im Schwarzwald, Stadt	Waldshut
34	Bräunlingen, Stadt	Schwarzwald-Baar-Kreis
35	Breisach am Rhein, Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald
36	Breitnau	Breisgau-Hochschwarzwald
37	Brigachtal	Schwarzwald-Baar-Kreis
38	Bubsheim	Tuttlingen
39	Buchenbach	Breisgau-Hochschwarzwald
40	Buchheim	Tuttlingen
41	Bürchau	Lörrach
42	Büsingen am Hochrhein	Konstanz
43	Buggingen	Breisgau-Hochschwarzwald
44	Dachsberg (Südschwarzwald)	Waldshut
45	Dauchingen	Schwarzwald-Baar-Kreis
46	Deilingen	Tuttlingen

47	Deißlingen	Rottweil
48	Denkingen	Tuttlingen
49	Denzlingen	Emmendingen
50	Dettighofen	Waldshut
51	Dietingen	Rottweil
52	Dogern	Waldshut
53	Donaueschingen, Stadt	Schwarzwald-Baar-Kreis
54	Dornhan, Stadt	Rottweil
55	Drbheim	Tuttlingen
56	Dunningen	Rottweil
57	Durbach	Ortenaukreis
58	Durchhausen	Tuttlingen
59	Ebringen	Breisgau-Hochschwarzwald
60	Efringen-Kirchen	Lörrach
61	Egesheim	Tuttlingen
62	Eggingen	Waldshut
63	Ehrenkirchen	Breisgau-Hochschwarzwald
64	Eichstetten am Kaiserstuhl	Breisgau-Hochschwarzwald
65	Eigellingen	Konstanz
66	Eimeldingen	Lörrach
67	Eisenbach (Hochschwarzwald)	Breisgau-Hochschwarzwald
68	Elbenschwand	Lörrach
69	Elzach, Stadt	Emmendingen
70	Emmendingen, Stadt	Emmendingen
71	Emmingen-Liptingen	Tuttlingen
72	Endingen am Kaiserstuhl, Stadt	Emmendingen
73	Engen, Stadt	Konstanz
74	Epfendorf	Rottweil
75	Eschbach	Breisgau-Hochschwarzwald
76	Eschbronn	Rottweil
77	Ettenheim, Stadt	Ortenaukreis
78	Feldberg (Schwarzwald)	Breisgau-Hochschwarzwald
79	Fischerbach	Ortenaukreis
80	Fischingen	Lörrach
81	Fluorn-Winzeln	Rottweil
82	Forchheim	Emmendingen
83	Freiamt	Emmendingen
84	Freiburg im Breisgau, Stadt	Stadtkreis
85	Fridingen an der Donau, Stadt	Tuttlingen
86	Friedenweiler	Breisgau-Hochschwarzwald
87	Friesenheim	Ortenaukreis
88	Frittlingen	Tuttlingen
89	Frnd	Lörrach
90	Furtwangen im Schwarzwald, Stadt	Schwarzwald-Baar-Kreis
91	Gaienhofen	Konstanz
92	Gailingen am Hochrhein	Konstanz
93	Geisingen, Stadt	Tuttlingen
94	Gengenbach, Stadt	Ortenaukreis
95	Glottertal	Breisgau-Hochschwarzwald
96	Görwihl	Waldshut

97 Gosheim	Tuttlingen
98 Gottenheim	Breisgau-Hochschwarzwald
99 Gottmadingen	Konstanz
100 Grafenhausen	Waldshut
101 Grenzach-Wyhlen	Lörrach
102 Gütenbach	Schwarzwald-Baar-Kreis
103 Gundelfingen	Breisgau-Hochschwarzwald
104 Gunningen	Tuttlingen
105 Gutach im Breisgau	Emmendingen
106 Gutach (Schwarzwaldbahn)	Ortenaukreis
107 Häg-Ehrsberg	Lörrach
108 Häusern	Waldshut
109 Hardt	Rottweil
110 Hartheim	Breisgau-Hochschwarzwald
111 Hasel	Lörrach
112 Haslach im Kinzigtal, Stadt	Ortenaukreis
113 Hausach, Stadt	Ortenaukreis
114 Hausen im Wiesental	Lörrach
115 Hausen ob Verena	Tuttlingen
116 Heitersheim, Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald
117 Herbolzheim, Stadt	Emmendingen
118 Herrischried	Waldshut
119 Heuweiler	Breisgau-Hochschwarzwald
120 Hilzingen	Konstanz
121 Hinterzarten	Breisgau-Hochschwarzwald
122 Höchenschwand	Waldshut
123 Hofstetten	Ortenaukreis
124 Hohberg	Ortenaukreis
125 Hohenfels	Konstanz
126 Hohentengen am Hochrhein	Waldshut
127 Horben	Breisgau-Hochschwarzwald
128 Hornberg, Stadt	Ortenaukreis
129 Hüfingen, Stadt	Schwarzwald-Baar-Kreis
130 Ibach	Waldshut
131 Ihringen	Breisgau-Hochschwarzwald
132 Immendingen	Tuttlingen
133 Inzlingen	Lörrach
134 Irndorf	Tuttlingen
135 Jestetten	Waldshut
136 Kandern, Stadt	Lörrach
137 Kappel-Grafenhausen	Ortenaukreis
138 Kappelrodeck	Ortenaukreis
139 Kehl, Stadt	Ortenaukreis
140 Kenzingen, Stadt	Emmendingen
141 Kippenheim	Ortenaukreis
142 Kirchzarten	Breisgau-Hochschwarzwald
143 Klettgau	Waldshut
144 Königsfeld im Schwarzwald	Schwarzwald-Baar-Kreis
145 Königsheim	Tuttlingen
146 Kolbingen	Tuttlingen

147 Konstanz, Universitätsstadt	Konstanz
148 Küssaberg	Waldshut
149 Lahr/Schwarzwald, Stadt	Ortenaukreis
150 Lauchringen	Waldshut
151 Lauf	Ortenaukreis
152 Laufenburg (Baden), Stadt	Waldshut
153 Lautenbach	Ortenaukreis
154 Lauterbach	Rottweil
155 Lenzkirch	Breisgau-Hochschwarzwald
156 Löffingen, Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald
157 Lörrach, Stadt	Lörrach
158 Lottstetten	Waldshut
159 Mahlberg, Stadt	Ortenaukreis
160 Mahlstetten	Tuttlingen
161 Malsburg-Marzell	Lörrach
162 Malterdingen	Emmendingen
163 March	Breisgau-Hochschwarzwald
164 Maulburg	Lörrach
165 Meißenheim	Ortenaukreis
166 Merdingen	Breisgau-Hochschwarzwald
167 Merzhausen	Breisgau-Hochschwarzwald
168 Mönchweiler	Schwarzwald-Baar-Kreis
169 Moos	Konstanz
170 Mühlenbach	Ortenaukreis
171 Mühlhausen-Ehingen	Konstanz
172 Mühlheim an der Donau, Stadt	Tuttlingen
173 Mühlingen	Konstanz
174 Müllheim, Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald
175 Münstertal/Schwarzwald	Breisgau-Hochschwarzwald
176 Murg	Waldshut
177 Neuenburg am Rhein, Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald
178 Neuenweg	Lörrach
179 Neuhausen ob Eck	Tuttlingen
180 Neuried	Ortenaukreis
181 Niedereschach	Schwarzwald-Baar-Kreis
182 Nordrach	Ortenaukreis
183 Oberharmersbach	Ortenaukreis
184 Oberkirch, Stadt	Ortenaukreis
185 Oberndorf am Neckar, Stadt	Rottweil
186 Oberried	Breisgau-Hochschwarzwald
187 Oberwolfach	Ortenaukreis
188 Öhningen	Konstanz
189 Offenburg, Stadt	Ortenaukreis
190 Ohlsbach	Ortenaukreis
191 Oppenau, Stadt	Ortenaukreis
192 Orsingen-Nenzingen	Konstanz
193 Ortenberg	Ortenaukreis
194 Ottenhöfen im Schwarzwald	Ortenaukreis
195 Pfaffenweiler	Breisgau-Hochschwarzwald
196 Radolfzell am Bodensee, Stadt	Konstanz

197 Raich	Lörrach
198 Reichenau	Konstanz
199 Reichenbach am Heuberg	Tuttlingen
200 Renchen, Stadt	Ortenaukreis
201 Renquishausen	Tuttlingen
202 Reute	Emmendingen
203 Rheinau, Stadt	Ortenaukreis
204 Rheinfelden (Baden), Stadt	Lörrach
205 Rheinhausen	Emmendingen
206 Rickenbach	Waldshut
207 Riegel am Kaiserstuhl	Emmendingen
208 Rielasingen-Worblingen	Konstanz
209 Rietheim-Weilheim	Tuttlingen
210 Ringsheim	Ortenaukreis
211 Rottweil, Stadt	Rottweil
212 Rümmingen	Lörrach
213 Rust	Ortenaukreis
214 Sallneck	Lörrach
215 Sasbach	Ortenaukreis
216 Sasbach am Kaiserstuhl	Emmendingen
217 Sasbachwalden	Ortenaukreis
218 Schallbach	Lörrach
219 Schallstadt	Breisgau-Hochschwarzwald
220 Schenkenzell	Rottweil
221 Schiltach, Stadt	Rottweil
222 Schliengen	Lörrach
223 Schluchsee	Breisgau-Hochschwarzwald
224 Schönau im Schwarzwald, Stadt	Lörrach
225 Schönenberg	Lörrach
226 Schönwald im Schwarzwald	Schwarzwald-Baar-Kreis
227 Schonach im Schwarzwald	Schwarzwald-Baar-Kreis
228 Schopfheim, Stadt	Lörrach
229 Schramberg, Stadt	Rottweil
230 Schuttertal	Ortenaukreis
231 Schutterwald	Ortenaukreis
232 Schwanau	Ortenaukreis
233 Schwörstadt	Lörrach
234 Seebach	Ortenaukreis
235 Seelbach	Ortenaukreis
236 Seitingen-Oberflacht	Tuttlingen
237 Sexau	Emmendingen
238 Simonswald	Emmendingen
239 Singen (Hohentwiel), Stadt	Konstanz
240 Sölden	Breisgau-Hochschwarzwald
241 Spaichingen, Stadt	Tuttlingen
242 St. Blasien, Stadt	Waldshut
243 St. Georgen im Schwarzwald, Stadt	Schwarzwald-Baar-Kreis
244 St. Märgen	Breisgau-Hochschwarzwald
245 St. Peter	Breisgau-Hochschwarzwald
246 Staufen im Breisgau, Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald

247 Stegen	Breisgau-Hochschwarzwald
248 Steinach	Ortenaukreis
249 Steinen	Lörrach
250 Steißlingen	Konstanz
251 Stockach, Stadt	Konstanz
252 Stühlingen, Stadt	Waldshut
253 Sulz am Neckar, Stadt	Rottweil
254 Sulzburg, Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald
255 Talheim	Tuttlingen
256 Tegernau	Lörrach
257 Tengen, Stadt	Konstanz
258 Teningen	Emmendingen
259 Tennenbronn	Rottweil
260 Titisee-Neustadt, Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald
261 Todtmoos	Waldshut
262 Todtnau, Stadt	Lörrach
263 Triberg im Schwarzwald, Stadt	Schwarzwald-Baar-Kreis
264 Trossingen, Stadt	Tuttlingen
265 Tunau	Lörrach
266 Tuningen	Schwarzwald-Baar-Kreis
267 Tuttlingen, Stadt	Tuttlingen
268 Ühlingen-Birkendorf	Waldshut
269 Umkirch	Breisgau-Hochschwarzwald
270 Unterkirnach	Schwarzwald-Baar-Kreis
271 Utzenfeld	Lörrach
272 Villingen-Schwenningen, Stadt	Schwarzwald-Baar-Kreis
273 Villingendorf	Rottweil
274 Vöhrenbach, Stadt	Schwarzwald-Baar-Kreis
275 Vöhringen	Rottweil
276 Vörstetten	Emmendingen
277 Vogtsburg im Kaiserstuhl, Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald
278 Volkertshausen	Konstanz
279 Waldkirch, Stadt	Emmendingen
280 Waldshut-Tiengen, Stadt	Waldshut
281 Wehingen	Tuttlingen
282 Wehr, Stadt	Waldshut
283 Weil am Rhein, Stadt	Lörrach
284 Weilheim	Waldshut
285 Weisweil	Emmendingen
286 Wellendingen	Rottweil
287 Wembach	Lörrach
288 Wieden	Lörrach
289 Wies	Lörrach
290 Wieslet	Lörrach
291 Willstätt	Ortenaukreis
292 Winden im Elztal	Emmendingen
293 Wittlingen	Lörrach
294 Wittnau	Breisgau-Hochschwarzwald
295 Wolfach, Stadt	Ortenaukreis
296 Wurmlingen	Tuttlingen

297 Wutach	Waldshut
298 Wutöschingen	Waldshut
299 Wyhl am Kaiserstuhl	Emmendingen
300 Zell am Harmersbach, Stadt	Ortenaukreis
301 Zell im Wiesental, Stadt	Lörrach
302 Zimmern ob Rottweil	Rottweil

Gemeinden im Regierungsbezirk Tübingen

Stand: 1. März 1999



Regierungsbezirke



Stadt- und Landkreise



Gemeinden im Regierungsbezirk Tübingen

Stand: 1. März 1999

Nr.	Stadt/Gemeinde	Gehört zu Landkreis/Stadtkreis
1	Achberg	Ravensburg
2	Achstetten	Biberach
3	Aichstetten	Ravensburg
4	Aitrach	Ravensburg
5	Albstadt, Stadt	Zollernalbkreis
6	Alleshausen	Biberach
7	Ailmannsweiler	Biberach
8	Allmendingen	Alb-Donau-Kreis
9	Altheim	Alb-Donau-Kreis
10	Altheim	Biberach
11	Altheim (Alb)	Alb-Donau-Kreis
12	Altshausen	Ravensburg
13	Ammerbuch	Tübingen
14	Amstetten	Alb-Donau-Kreis
15	Amtzell	Ravensburg
16	Argenbühl	Ravensburg
17	Asselfingen	Alb-Donau-Kreis
18	Attenweiler	Biberach
19	Aulendorf, Stadt	Ravensburg
20	Bad Buchau, Stadt	Biberach
21	Bad Schussenried, Stadt	Biberach
22	Bad Urach, Stadt	Reutlingen
23	Bad Waldsee, Stadt	Ravensburg
24	Bad Wurzach, Stadt	Ravensburg
25	Baienfurt	Ravensburg
26	Baindt	Ravensburg
27	Balingen, Stadt	Zollernalbkreis
28	Ballendorf	Alb-Donau-Kreis
29	Balzheim	Alb-Donau-Kreis
30	Beimerstetten	Alb-Donau-Kreis
31	Berg	Ravensburg
32	Bergatreute	Ravensburg
33	Berghülen	Alb-Donau-Kreis
34	Berkheim	Biberach
35	Bermatingen	Bodenseekreis
36	Bernstadt	Alb-Donau-Kreis
37	Betzenweiler	Biberach
38	Beuron	Sigmaringen
39	Biberach an der Riß, Stadt	Biberach
40	Bingen	Sigmaringen
41	Bisingen	Zollernalbkreis
42	Bitz	Zollernalbkreis
43	Blaubeuren, Stadt	Alb-Donau-Kreis
44	Blaustein	Alb-Donau-Kreis
45	Bodelshausen	Tübingen
46	Bodnegg	Ravensburg

47 Börslingen	Alb-Donau-Kreis
48 Boms	Ravensburg
49 Breitingen	Alb-Donau-Kreis
50 Burgrieden	Biberach
51 Burladingen, Stadt	Zollernalbkreis
52 Daisendorf	Bodenseekreis
53 Dautmergen	Zollernalbkreis
54 Deggenhausertal	Bodenseekreis
55 Dettenhausen	Tübingen
56 Dettingen an der Erms	Reutlingen
57 Dettingen an der Iller	Biberach
58 Dietenheim, Stadt	Alb-Donau-Kreis
59 Dormettingen	Zollernalbkreis
60 Dornstadt	Alb-Donau-Kreis
61 Dotternhausen	Zollernalbkreis
62 Dürmentingen	Biberach
63 Dürnau	Biberach
64 Dußlingen	Tübingen
65 Ebenweiler	Ravensburg
66 Eberhardzell	Biberach
67 Ebersbach-Musbach	Ravensburg
68 Ehingen (Donau), Stadt	Alb-Donau-Kreis
69 Eichstegen	Ravensburg
70 Emeringen	Alb-Donau-Kreis
71 Emerkingen	Alb-Donau-Kreis
72 Engstingen	Reutlingen
73 Eningen unter Achalm	Reutlingen
74 Erbach	Alb-Donau-Kreis
75 Eriskirch	Bodenseekreis
76 Erlenmoos	Biberach
77 Erolzheim	Biberach
78 Ertingen	Biberach
79 Fleischwangen	Ravensburg
80 Frickingen	Bodenseekreis
81 Friedrichshafen, Stadt	Bodenseekreis
82 Fronreute	Ravensburg
83 Gammertingen, Stadt	Sigmaringen
84 Geislingen, Stadt	Zollernalbkreis
85 Gomadingen	Reutlingen
86 Gomaringen	Tübingen
87 Grabenstetten	Reutlingen
88 Grafenberg	Reutlingen
89 Griesingen	Alb-Donau-Kreis
90 Grosselfingen	Zollernalbkreis
91 Grünkraut	Ravensburg
92 Grundsheim	Alb-Donau-Kreis
93 Guggenhausen	Ravensburg
94 Gutenzell-Hürbel	Biberach
95 Gutsbezirk Münsingen (gemeindefreies Gebiet)	Reutlingen
96 Hagnau am Bodensee	Bodenseekreis

97 Haigerloch, Stadt	Zollernalbkreis
98 Hausen am Bussen	Alb-Donau-Kreis
99 Hausen am Tann	Zollernalbkreis
100 Hayingen, Stadt	Reutlingen
101 Hechingen, Stadt	Zollernalbkreis
102 Heiligenberg	Bodenseekreis
103 Herbertingen	Sigmaringen
104 Herdwangen-Schönach	Sigmaringen
105 Heroldstatt	Alb-Donau-Kreis
106 Hettingen, Stadt	Sigmaringen
107 Hirlingen	Tübingen
108 Hochdorf	Biberach
109 Hohenstein	Reutlingen
110 Hohentengen	Sigmaringen
111 Holzkirch	Alb-Donau-Kreis
112 Horgenzell	Ravensburg
113 Hoßkirch	Ravensburg
114 Hülben	Reutlingen
115 Hüttisheim	Alb-Donau-Kreis
116 Illerkirchberg	Alb-Donau-Kreis
117 Illerrieden	Alb-Donau-Kreis
118 Illmensee	Sigmaringen
119 Immenstaad am Bodensee	Bodenseekreis
120 Ingoldingen	Biberach
121 Inzigkofen	Sigmaringen
122 Isny im Allgäu, Stadt	Ravensburg
123 Jungingen	Zollernalbkreis
124 Kanzach	Biberach
125 Kirchberg an der Iller	Biberach
126 Kirchdorf an der Iller	Biberach
127 Kirchentellinsfurt	Tübingen
128 Kißlegg	Ravensburg
129 Königseggwald	Ravensburg
130 Krauchenwies	Sigmaringen
131 Kressbronn am Bodensee	Bodenseekreis
132 Kusterdingen	Tübingen
133 Laichingen, Stadt	Alb-Donau-Kreis
134 Langenargen	Bodenseekreis
135 Langenau, Stadt	Alb-Donau-Kreis
136 Langenenslingen	Biberach
137 Laupheim, Stadt	Biberach
138 Lauterach	Alb-Donau-Kreis
139 Leibertingen	Sigmaringen
140 Leutkirch im Allgäu, Stadt	Ravensburg
141 Lichtenstein	Reutlingen
142 Lonsee	Alb-Donau-Kreis
143 Markdorf, Stadt	Bodenseekreis
144 Maselheim	Biberach
145 Meckenbeuren	Bodenseekreis
146 Meersburg, Stadt	Bodenseekreis

147 Mehrstetten	Reutlingen
148 Mengen, Stadt	Sigmaringen
149 Merklingen	Alb-Donau-Kreis
150 Meßkirch, Stadt	Sigmaringen
151 Meßstetten, Stadt	Zollernalbkreis
152 Metzingen, Stadt	Reutlingen
153 Mietingen	Biberach
154 Mittelbiberach	Biberach
155 Mössingen, Stadt	Tübingen
156 Moosburg	Biberach
157 Münsingen, Stadt	Reutlingen
158 Munderkingen, Stadt	Alb-Donau-Kreis
159 Neenstetten	Alb-Donau-Kreis
160 Nehren	Tübingen
161 Nellingen	Alb-Donau-Kreis
162 Nerenstetten	Alb-Donau-Kreis
163 Neufra	Sigmaringen
164 Neukirch	Bodenseekreis
165 Neustetten	Tübingen
166 Nusplingen	Zollernalbkreis
167 Oberdischingen	Alb-Donau-Kreis
168 Obermarchtal	Alb-Donau-Kreis
169 Obernheim	Zollernalbkreis
170 Oberstadion	Alb-Donau-Kreis
171 Oberteuringen	Bodenseekreis
172 Ochsenhausen, Stadt	Biberach
173 Öllingen	Alb-Donau-Kreis
174 Öpfingen	Alb-Donau-Kreis
175 Ofterdingen	Tübingen
176 Oggelshausen	Biberach
177 Ostrach	Sigmaringen
178 Owingen	Bodenseekreis
179 Pfronstetten	Reutlingen
180 Pfullendorf, Stadt	Sigmaringen
181 Pfullingen, Stadt	Reutlingen
182 Pliezhausen	Reutlingen
183 Rammingen	Alb-Donau-Kreis
184 Rangendingen	Zollernalbkreis
185 Ratshausen	Zollernalbkreis
186 Ravensburg, Stadt	Ravensburg
187 Rechtenstein	Alb-Donau-Kreis
188 Reutlingen, Stadt	Reutlingen
189 Riederich	Reutlingen
190 Riedhausen	Ravensburg
191 Riedlingen, Stadt	Biberach
192 Römerstein	Reutlingen
193 Rosenfeld, Stadt	Zollernalbkreis
194 Rot an der Rot	Biberach
195 Rottenacker	Alb-Donau-Kreis
196 Rottenburg am Neckar, Stadt	Tübingen

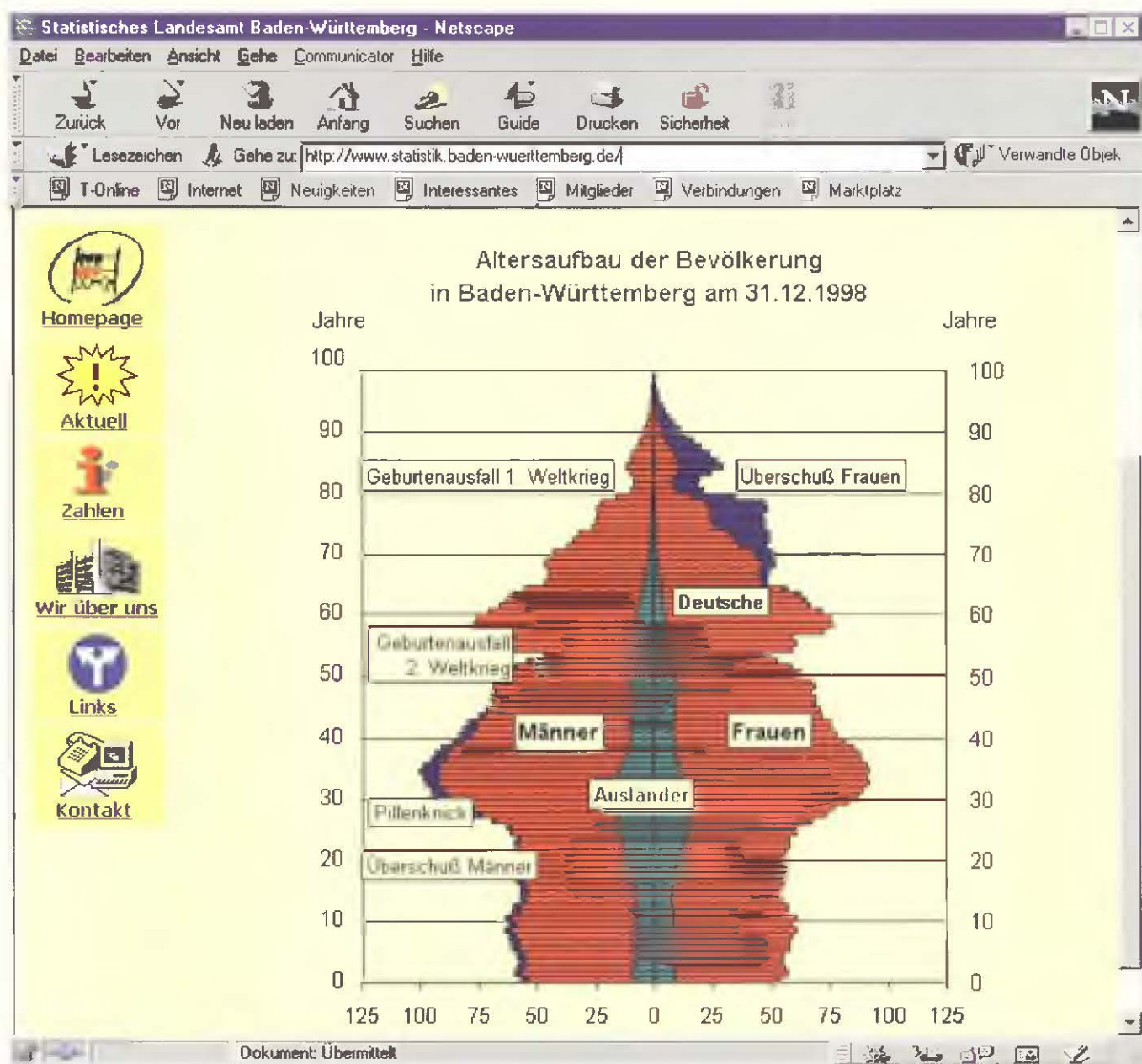
197	Salem	Bodenseekreis
198	Sauldorf	Sigmaringen
199	Saulgau, Stadt	Sigmaringen
200	Scheer, Stadt	Sigmaringen
201	Schelklingen, Stadt	Alb-Donau-Kreis
202	Schemmerhofen	Biberach
203	Schlier	Ravensburg
204	Schnürpflingen	Alb-Donau-Kreis
205	Schömburg, Stadt	Zollernalbkreis
206	Schwendi	Biberach
207	Schwenningen	Sigmaringen
208	Seekirch	Biberach
209	Setzingen	Alb-Donau-Kreis
210	Sigmaringen, Stadt	Sigmaringen
211	Sigmaringendorf	Sigmaringen
212	Sipplingen	Bodenseekreis
213	Sonnenbühl	Reutlingen
214	St. Johann	Reutlingen
215	Staig	Alb-Donau-Kreis
216	Starzach	Tübingen
217	Steinhausen an der Rottum	Biberach
218	Stetten	Bodenseekreis
219	Stetten am kalten Markt	Sigmaringen
220	Straßberg	Zollernalbkreis
221	Tannheim	Biberach
222	Tettang, Stadt	Bodenseekreis
223	Tiefenbach	Biberach
224	Trochtelfingen, Stadt	Reutlingen
225	Tübingen, Universitätsstadt	Tübingen
226	Überlingen, Stadt	Bodenseekreis
227	Uhdlingen-Mühlhofen	Bodenseekreis
228	Ulm, Universitätsstadt	Stadtkreis
229	Ummendorf	Biberach
230	Unlingen	Biberach
231	Untermarchtal	Alb-Donau-Kreis
232	Unterstadion	Alb-Donau-Kreis
233	Unterwachingen	Alb-Donau-Kreis
234	Unterwaldhausen	Ravensburg
235	Uttenweiler	Biberach
236	Veringenstadt, Stadt	Sigmaringen
237	Vogt	Ravensburg
238	Wain	Biberach
239	Wald	Sigmaringen
240	Waldburg	Ravensburg
241	Walddorfhäslach	Reutlingen
242	Wangen im Allgäu, Stadt	Ravensburg
243	Wannweil	Reutlingen
244	Warthausen	Biberach
245	Weidenstetten	Alb-Donau-Kreis
246	Weilen unter den Rinnen	Zollernalbkreis

247	Weingarten, Stadt	Ravensburg
248	Westerheim	Alb-Donau-Kreis
249	Westerstetten	Alb-Donau-Kreis
250	Wilhelmsdorf	Ravensburg
251	Winterlingen	Zollernalbkreis
252	Wolfegg	Ravensburg
253	Wolpertswende	Ravensburg
254	Zimmern unter der Burg	Zollernalbkreis
255	Zwiefalten	Reutlingen

Anhang 2

Gemeinde- und Kreisdaten Baden-Württembergs auch im Internet

Unter "www.statistik.baden-wuerttemberg.de" ist das Statistische Landesamt mit einem umfassenden Informationsangebot im Internet vertreten. So werden zum Beispiel alle Pressemitteilungen, der Preisindex für die Lebenshaltung oder die aktuellen Konjunkturdaten unmittelbar nach Freigabe der Ergebnisse auch auf diesem Weg der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Ebenso können aktuelle Gemeinde- und Kreisstatistiken online aus den Datenbanken des Landesinformationssystems abgerufen werden.



Informationsstellen in Baden-Württemberg – eine Auswahl

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

E-Mail: poststelle@stala.bwl.de

Zentraler Auskunftsdienst

- Statistische Fakten zu allen Städten und Gemeinden des Landes
- Historische Informationen (Landeskunde und Statistik)
- Koordination von themenübergreifenden Anfragen zur Statistik
- Koordination von bundesländerübergreifenden Anfragen zur Statistik

Tel: 0711/641-2833

Fax: 0711/641-2973

Auskünfte zur Preis- und Lohnstatistik

Tel: 0711/641-2449

Erstellung von thematischen Karten

Tel: 0711/641-2840

Pressestelle

Tel. 0711/641-2451

Bestellung von Veröffentlichungen, Veröffentlichungsverzeichnis

Tel: 0711/641-2866

Fax: 0711/641-2130

Bibliothek

- Öffentlich zugängliche Präsenzbibliothek für jedermann
- Amtliche und nichtamtliche Statistiken des In- und Auslands
- Bücher und Zeitschriften von Arbeitsmarkt bis Zahlungsbilanz

Tel: 0711/641-2826

Fax: 0711/641-2973

Internet

www.statistik.baden-wuerttemberg.de

- Gemeinde- und Kreisdaten (Landesinformationssystem)
- Baden-Württemberg 1950 bis heute
- Aktuelle Themen, z.B. Wahlberichterstattung
- Bestellung von Veröffentlichungen
- Die neuesten Pressemitteilungen (Eildienste)
- Umfassende Linkliste

Landesvermessungsamt Baden-Württemberg

Büchsenstraße 54
70174 Stuttgart

- Wander- und Radwegekarten
- CD-ROM-Angebote (Topographische Karten, Statistiken, Museen u.a.)
- Verwaltungskarte des Landes
- Verkehrskarten, Straßenkarten, Entfernungskarten
- Luftbilder
- Historische Karten
- Freizeitkarten

Karten, Druckschriften

Tel 0711/123-2831

Luftbilder

Tel 0711/123-2938

Geodaten, Dienstleistungen

Tel. 0711/123-3112, -3061

Fax: 0711/123-2980

E-Mail: vertrieb@lv-bw.de

Internet

www.lv-bw.de

**Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau
Baden-Württemberg**

Albertstraße 5
79104 Freiburg i.Br.

- Geologische Karten
- Bodenkarten
- Hydrogeologische Karten
- Baugrunderkennungskarten und rohstoffgeologische Karten
- Geowissenschaftliche Übersichtskarten auf CD-ROM
- Geowissenschaftliche Schriften

Pressereferent, Schriftleitung

Tel: 0761/204-4375

Fax: 0761/204-4438

E-Mail: storch@lgrb.uni-freiburg.de

Karten- und Schriftenbestellungen

Tel: 0761/204-4402

Fax: 0761/204-4438

E-Mail: menzel@lgrb.uni-freiburg.de

Internet

www.lgrb.uni-freiburg.de

Landesarbeitsamt Baden-Württemberg

Hölderlinstraße 36
70174 Stuttgart

Auskünfte zur Arbeitsmarktstatistik

Tel: 0711/941-1456
Fax: 0711/941-1641
E-Mail: Baden-Wuerttemberg@arbeitsamt.de

Internet

www.arbeitsamt.de

Deutscher Wetterdienst

Archivstraße 19
70182 Stuttgart

Klima- und Umweltberatung

Tel: 0711/23976-0
Fax: 0711/23976-12

Internet

www.dwd.de

Tourismus-Verband Baden-Württemberg e.V.

Esslinger Straße 8
70182 Stuttgart

Tel: 0711/23858-0
Fax: 0711/23858-99
E-Mail: info@tourismus-baden-wuerttemberg.de

Internet

www.tourismus-baden-wuerttemberg.de

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Staffenbergstraße 38
70184 Stuttgart

Veröffentlichungen und Veranstaltungen zur Landeskunde

Tel: 0711/2371-30
Fax: 0711/2371-496
E-Mail: lpb@lpb.bwue.de

Internet

www.lpb.bwue.de

Landesbildstelle Baden

Rastatter Str. 25
76199 Karlsruhe

Medienangebote (Fotos, Filme u.a.) zur Landeskunde, Fortbildungsveranstaltungen u.ä.

Tel: 0721/8808-26
Fax: 0721/8808-68
E-Mail: lbb@lbb.bw.schule.de

Internet

www.lbb.bw.schule.de

Landesbildstelle Württemberg

Rotenbergstr. 111
70190 Stuttgart

Medienangebote (Fotos, Filme u.a.) zur Landeskunde, Fortbildungsveranstaltungen u.ä.

Tel: 0711/2850-6
Fax: 0711/2850-780
E-Mail: lbw@lbw.bwue.de

Internet

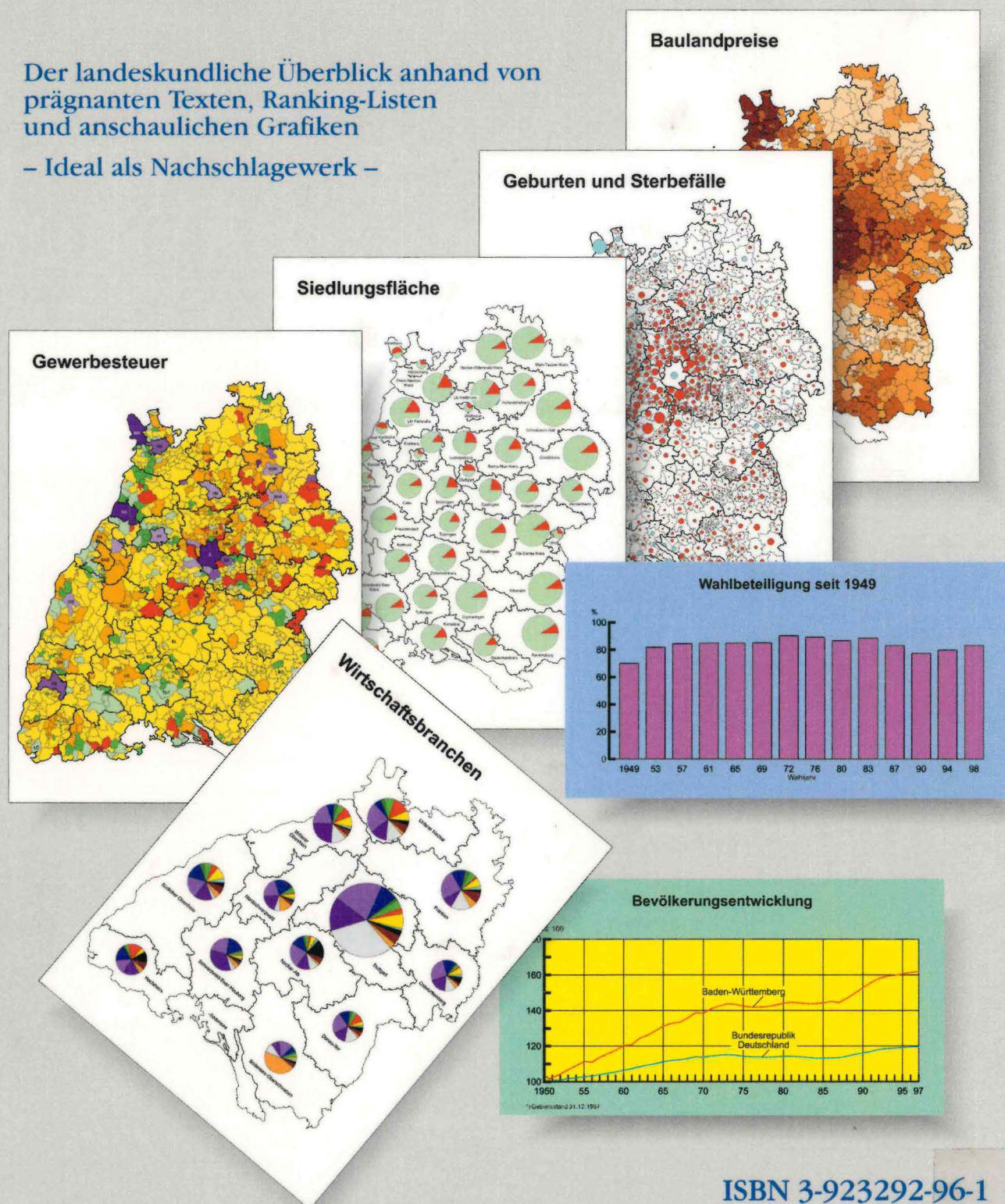
www.lbw.bw.bwue.de

Baden-Württemberg ATLAS 2000

Das Land, seine Kreise und Gemeinden

Der landeskundliche Überblick anhand von prägnanten Texten, Ranking-Listen und anschaulichen Grafiken

– Ideal als Nachschlagewerk –



ISBN 3-923292-96-1

